

# Wiener Landtag

## 26. Sitzung vom 5. Mai 2000

---

### Wörtliches Protokoll

#### Inhaltsverzeichnis

1. Entschuldigte Abgeordnete	(S. 3)	Abstimmung (S. 46)
2. Bekanntgabe, dass der Tätigkeitsbericht 1998 des Unabhängigen Verwaltungs- senats Wien übermittelt wurde	(S. 3)	8. Pr.Z. 232-MDBLTG, P. 1: Entwurf eines Gesetzes, mit dem das Gesetz be- treffend die Regelung des Kinowesens (Wiener Kinogesetz 1955) und das Gesetz betreffend die Erteilung von Unterricht in Gesellschaftsständen (Wiener Tanzschulgesetz 1996) ge- ändert werden (Beilage Nr. 9)
3. Fragestunde: 1. Anfrage (S. 3); 2. Anfrage (S. 6); 3. Anfrage (S. 10)		Berichterstatter: Amtsf StR Dr Peter Marboe (S. 47 u. 48)
4. Pr.Z. 55/AL/00: Aktuelle Stunde zum Thema "Ja zu Wien, heißt nein zu den Sanktionen" Redner: Die Abgen Mag Hilmar Kabas (S. 13), Mag Gabriele Hecht (S. 15), Mag Christoph Chorherr (S. 16), Mag Franz KARL (S. 17), Harry Kopietz (S. 18), Dr Wolfgang Alkier (S. 19), Dr Matthias Tschirf (S. 20), Dr Helmut GÜNTHER (S. 20), Johann Hatzl (S. 21) und Dr Rüdiger Stix (S. 22)		Redner: Die Abgen Jutta Sander (S. 47) und Mag Franz KARL (S. 47) Abstimmung (S. 48)
5. Wortmeldungen zur Geschäftsordnung: Redner: Die Abgen Gert Wolfram (S. 23), Johann Hatzl (S. 24) und Dr Helmut GÜNTHER (S. 24)		9. Pr.Z. 171-MDBLTG, P. 2: Entwurf eines Gesetzes über Änderungen der Grenze zwischen dem 3. und 11. Bezirk (Beilage Nr. 7)
6. Mitteilung des Einlaufs	(S. 25)	Berichterstatterin: Amtsf StR Mag Renate Brauner (S. 48) Abstimmung (S. )
7. Mitteilung der amtsführenden Stadträtin der Geschäftsgruppe Jugend, Soziales, Information und Sport, betreffend "Leistungen des Landes Wien im Be- hindertenbereich" Redner: LhptmSt Grete Laska (S. 25 u. 46), die Abgen Marco Smoliner (S. 28), Jutta Sander (S. 30), Mag Franz KARL (S. 33), Brigitte Schwarz- Klement (S. 35), Erika Stubenvoll (S. 36), Susanne Jerusalem (S. 39), Patrizia Fürnkranz-Markus (S. 42), Gerold Saßmann (S. 43) und Josefa Tomsik (S. 44)		10. Begrüßung der Umweltanwältin Dr Karin Büchl-Krammerstätter (S. 48)
		11. Pr.Z. 20-MDBLTG, P. 3: Tätigkeitsbe- richt 1998/99 der Wiener Umweltan- waltschaft Berichterstatter: Amtsf StR Fritz Svhalek (S. 48 u. 60)
		Redner: Die Abgen Hanno Pöschl (S. 48) und Rudolf Klucsarits (S. 49), StR Walter Prinz (S. 51) sowie die Abgen Erich VALENTIN (S. 52), Brigitte Reinberger (S. 54), Dr Rüdiger Stix (S. 55) und Susanne Jerusalem (S. 56) sowie Umweltanwältin Dr Karin Büchl- Krammerstätter (S. 58)

- Abstimmung (S. 62)**
- 12. Pr.Z. 212-MDBLTG, P. 4:** Entwurf eines Gesetzes, mit dem das Kanalräumungs- und Kanalgebührengesetz 1978 geändert wird  
(Beilage Nr. 2)  
Berichterstatter: Amtsf StR Fritz Svhalek (S. 62)  
Abstimmung (S. 63)
- 13. Pr.Z. 213-MDBLTG, P. 5:** Entwurf eines Gesetzes, mit dem das Wasserver- sorgungsgesetz 1960 geändert wird  
(Beilage Nr. 3)  
Berichterstatter: Amtsf StR Fritz Svhalek (S. 63)  
Redner: Abg Rudolf Klucsarits (S. 63), StR Walter Prinz (S. 63) sowie die
- Abgen Paul Zimmermann (S. 65) und Nikolaus Amhof (S. 65)**  
Abstimmung (S. 66)
- 14. Pr.Z. 282-MDBLTG, P. 6:** Ersuchen des Landesgerichts für Strafsachen Wien, Abt 9c vom 29. März 2000, GZZ 9cE Vr 2145/00 und Hv 1290/00 um Zu- stimmung zur Verfolgung des Herrn Abg Michael Kreißl wegen des Verstoßes gegen § 111 Abs 1 und 2 StGB  
(Beilage Nr. 13)  
Berichterstatter: Abg Godwin Schuster (S. 67 u. 70)  
Redner: Die Abgen Dr Rüdiger Stix (S. 67), Mag Sonja Wehsely (S. 69) und Dr Wilfried Serles (S. 69)  
Abstimmung (S. 70)

*(Beginn um 9.02 Uhr.)*

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete!

Ich darf Sie herzlich zur 26. Sitzung des Wiener Landtags begrüßen. Die 26. Sitzung ist somit eröffnet.

Entschuldigt sind heute Herr Abg Ing Dr Geringer, Frau Abg Weber und Herr Abg Woller.

Gemäß § 15 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Landtags gebe ich bekannt, dass mir der Tätigkeitsbericht 1998 des Unabhängigen Verwaltungssenats Wien zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung übermittelt wurde. Bevor wir diesen Bericht dem Landtag einer ausführlichen Behandlung zuführen, werde ich diesen nach Rücksprache mit Frau amtsf StR Mag Brauner dem Ausschuss für Integration, Frauenfragen, Konsumentenschutz und Personal zur Vorberatung zuweisen.

Aufmerksam machen möchte ich auch, dass unsere Sitzung heute ... Ja, es hält irgendwie sehr stark, man versteht das ganz schlecht, wie ich aus den Gesichtern der Abgeordneten sehe. Ist es jetzt ein bisschen besser? (Abg Hanno Pöschl: Ja etwas!) Ein bisschen ist es besser geworden. Okay, ich glaube, das war der richtige Knopf, danke vielmals.

Ich darf noch einmal darauf hinweisen, dass heute ein Sirenenalarm sein wird. Es handelt sich hier um die mindestens einmal im Jahr stattfindende Überprüfung aller Sirenen in Wien. Wir werden also ab 10.00 Uhr, ich glaube, im Viertelstundentakt, vermutlich auch hier im Gemeinderatssitzungssaal entsprechende Signale von außen hören, nehme ich einmal an. Sie werden uns aber bei unseren Beratungen nicht stören.

Wir kommen nun zur Fragestunde.

Die 1. Anfrage wurde von Frau Abg Mag Alexandra Bolena gestellt und ist an die amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Jugend, Soziales, Information und Sport gerichtet: *Halten Sie die Bestimmungen des Jugendwohlfahrtsgesetzes bezüglich Ferienamps und Ferienlager (§ 29 WrJWG) für zeitgemäß?*

Ich bitte um Beantwortung.

Der Hall ist allerdings noch immer relativ stark, glaube ich, oder? (Abg Hanno Pöschl: Es geht!) Geht, es geht. Gut.

LhptmSt Grete Laska: Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Sehr geehrte Damen und Herren!

Sie haben mich gefragt, ob ich die Bestimmungen des Jugendwohlfahrtsgesetzes bezüglich Ferienamps und Ferienlager für zeitgemäß halte und haben dazu auch in einer Pressekonferenz Ihre Meinung kundgetan. Ich darf Sie eingangs auf zwei Dinge hinweisen, die Ihnen vielleicht nicht bekannt sind, die aber Grundlage unserer Gesetzgebung sind.

Punkt 1 ist, die Bestimmungen des Wiener Wohlfahrtsgesetzes in dieser Causa orientieren sich an der Bundesgrundsatzgesetzgebung, die auch festlegt, dass sich die Festlegung auf Länderebene jeweils auf Aktionen im Bundesland zu beziehen hat. Das heißt,

die Wiener Regelung gilt für Jugenderholungsheime und Ferienlager, die im Land Wien abgehalten werden. Das heißt in weiterer Folge, dass Ferienaktionen, die ihren Ausgangspunkt wohl in Wien haben, aber in anderen Bundesländern stattfinden, von den dortigen Regelungen betroffen sind und sich nach ihnen zu richten haben.

Punkt 2 ist, dass im Laufe der letzten Jahre gerade im Bereich der Ferienaktionen für Kinder und Jugendliche im Gegensatz zu den Maßnahmen, die die Stadt Wien schon seit 1922 durchführt - wir haben, so wie in vielen anderen Bereichen, auch in diesem Bereich immer schon eine Vorreiterrolle innegehabt -, andere, auch kommerzielle Anbieter solche Ferienaktionen durchführen. Neben den Regelungen, die die Jugendwohlfahrt bestimmt und in Gesetzen regelt, sind natürlich auch eine Fülle anderer Gesetzlichkeiten für die Durchführung solcher Ferienaktionen und Ferienlager ausschlaggebend. Vor allem die Gewerbeordnung und alle Regelungen, die mit Gewerbe zu tun haben, spielen hier eine Rolle.

Daher befinden wir uns mit dem Wiener Gesetz und mit der Wiener Regelung auf der Grundlage der Bundesgesetzgebung und insofern halte ich es auch für zweckmäßig und sinnentsprechend, so wie es derzeit geregelt ist.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die erste Zusatzfrage wird von Frau Abg Mag Bolena gestellt. - Ich bitte.

Abg Mag Alexandra Bolena (Liberales Forum): *Frau Stadträtin!*

*Ich habe Ihnen mit meiner Anfrage nicht unterstellen wollen, dass Sie sich nicht auf bundesgesetzlichem Boden befinden. Ganz im Gegenteil. Ich bin auch der Meinung, dass die bundesgesetzlichen Regelungen nicht ausreichend und hinreichend dazu geeignet sind, Eltern und Kindern, die Ferienlager für sich in Anspruch nehmen, die Sicherheit zu geben, dass dort qualifiziertes Personal eingesetzt wird. Wir haben viele Gespräche auch mit dem entsprechenden Ministerium geführt, wo wir selbst dann von diesen Menschen, die dort arbeiten, gehört haben: Ach ja, das ist ja eigentlich wirklich eine Gesetzeslücke.*

*Das Einzige, was ich mit meiner Anfrage und meiner Aktion versuche zu initiieren, ist vielleicht auch eine länderübergreifende Initiative, wiewohl ich weiß, dass es in Landesgesetzen geregelt ist. Ich bin mir dessen bewusst, dass es unmöglich ist, solche Vorfälle auszuschließen. Aber ich glaube, im Sinne der Primärprävention wäre es wichtig, zumindest jene Dinge festzusetzen, die verhindern, dass unqualifiziertes Personal oder nicht qualifiziertes Personal zum Einsatz kommt.*

*In diesem Sinne frage ich Sie noch einmal: Glauben Sie nicht, dass es sinnvoll wäre, in einem ersten Schritt eine Ergänzung des Wiener Jugendwohlfahrtsgesetzes vorzunehmen, die sicherstellt, dass zumindest die Leiterinnen oder Leiter von Ferienlagern eine entsprechende pädagogische Ausbildung haben,*

*so wie wir das auch in allen anderen Bereichen wollen und wünschen, in denen Erwachsene mit Jugendlichen arbeiten?*

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Frau amtsführende Stadträtin!

LhptmSt Grete Laska: Im Grunde genommen gebe ich Ihnen Recht, wenn man pädagogische Qualität einfordert. Die kann durch viele Ausbildungsformen sichergestellt werden. Im Rahmen unserer Ferienaktionen, und das kann ich für Wien sagen, nämlich nicht für die, die in Wien stattfinden, sondern auch für die, die von der Stadt Wien und von anderen Wiener Organisationen durchgeführt werden, gilt dieser Grundsatz, weil grundsätzlich alle Organisationen in ihrer Pädagogik eine so strenge Auslegung haben, dass sie natürlich auch, wenn sie mit Kindern unterwegs sind, pädagogisch ausgebildete Kräfte mitschicken.

Ob dies nun im Wiener Jugendwohlfahrtsgesetz weitergehend als es die Bundesgesetzgebung vorschreibt eingeführt werden soll oder nicht, darüber kann man diskutieren. Ich habe jedenfalls veranlasst, dass dieses Thema im Rahmen der österreichweiten Tagungen der Verantwortlichen für die Jugendwohlfahrt diskutiert wird und letztendlich dann unter Umständen diese Diskussion mit Nachdruck von der Ländergemeinschaft auch an den Bundesgesetzgeber herangetragen wird, um hier auch zu einer einheitlichen Regelung zu kommen, vor allem vor dem Hintergrund, dass, wie gesagt, jeweils das Bundesland zu regeln hat, was in seinem Bundesland stattzufinden hat.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die zweite Zusatzfrage stellt Frau Abg Jerusalem. - Ich bitte.

Abg Susanne Jerusalem (GRÜNE): Gespräche mit Eltern zeichnen eigentlich ein etwas anderes Bild als das, was Sie jetzt hier gerade schildern, nämlich das Bild einer Pädagogik, die nicht unbedingt auf dem letzten Stand der Dinge ist. Das Ergebnis vieler Gespräche, die ich geführt habe, ist, dass bei diesen Ferienreisen und Ferienaktionen der Stadt Wien sehr viele Menschen als Erzieher mit auf die Reise geschickt werden, die keine Ausbildung haben oder mit der Ausbildung noch nicht fertig sind, die sich sehr bemühen, aber irgendwie doch überfordert sind. Diese Überforderung ist auch stark auf die Größe der Gruppe zurückzuführen, also der Schlüssel betreuender Mensch und Gruppengröße ist äußerst ungünstig.

Deshalb frage ich Sie: Haben Sie vor, diesen Schlüssel zu verbessern und dafür zu sorgen, dass mehr Personal zum Einsatz kommt?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Frau Stadträtin!

LhptmSt Grete Laska: Zwei Dinge dazu: Das Erste ist: Es war eine der Junglehrerforderungen aus dem Jahr 1974 - und ich war damals eine der vehementesten Vertreterin dieses Forderungspunktes -, dass wir damals verlangt haben, dass alle angehenden Pädagogen beziehungsweise Sozialpädagogen, Sozialarbeiter, ganz egal in welchem spezifischen Bereich

in diesem ganzen Kontext Leute eingesetzt werden, vor und während ihres Studiums Praktika in konkreter Arbeit mit Kindern machen sollen. Nämlich um genau abzutesten und um sich persönlich auch prüfen zu können, ob man in weiterer Folge den richtigen Berufsweg eingeschlagen hat, um in der Arbeit mit Kindern, ohne - was bei Lehrern besonders zutrifft - jetzt einem Lehrplan und ähnlichem ausgesetzt zu sein, einfach nur das menschliche Zusammensein und das menschliche Miteinander mit ihnen unter der Anleitung qualifizierter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die diese Lager meistens leiten, tatsächlich auch trainieren und erlernen zu können.

Langsam hat sich dieser Gedanke durchgesetzt, obwohl ich - zu meiner Enttäuschung - zugeben muss, dass es noch immer nicht Regel oder Verpflichtung ist, dass solche Einsätze stattfinden. Ich würde meinen, dass damit auch ein Schritt näher zu dem gemacht wird, was Sie gesagt haben, nämlich dass man sicherstellt, dass Kinder, egal ob sie jetzt Ferienbetreuungspersonen überantwortet sind oder auch während des Jahres in der Schule oder in anderen Einrichtungen betreut werden, nicht Gefahr laufen, von Personal nicht pädagogisch betreut zu werden, dass also die Qualität stimmt.

Ich meine daher, dass es gut ist, wenn auch gerade in den Ferien Menschen, Damen und Herren, die studieren, im Rahmen von solchen Ferienaktionen durchaus auch ihre Praxis absolvieren. Das ist in jeder Berufsausbildung gang und gäbe. In allen berufsbildenden mittleren und höheren Schulen ist es Verpflichtung, dass die Schülerinnen und Schüler diese Praxis machen und ich meine, das sollte gerade auch bei solchen Menschen Praxis sein, die ein Studium absolvieren, das in die pädagogische Richtung geht. Ich bin aber auch der Meinung, dass jedenfalls die Leitung qualifiziert sein muss und das ist sie auch. Auch wenn jemand keine einschlägige Ausbildung hat, die vielleicht zu dem Zeitpunkt, wo er zu arbeiten begonnen hat, auch noch gar nicht in diesem Sinne da war, weil sich da ja auch sehr viel entwickelt hat, so kann man auch auf Grund langjähriger Praxis Erfahrung erarbeiten, die ausreicht.

Über die Aktualität und die Modernität von Pädagogik könnten wir wahrscheinlich lange diskutieren und wären uns wahrscheinlich sehr einig, was wir unter moderner Pädagogik verstehen. Auch hier hat sich sehr viel verändert und auch da sage ich: Dort, wo pädagogische Kräfte am Werk sind, die die neuen Formen der Pädagogik noch nicht haben, muss man dementsprechend mit Nachschulung arbeiten.

Ich bin auch der Meinung, und ich habe selbst jahrelange Erfahrung nicht nur als Lehrerin in der Schule, sondern auch in den Ferien als Begleiterin von solchen Ferienaktionen, dass die Gruppengröße, die wir haben, durchaus geeignet ist, wobei Sie wissen und ich weiß, dass man immer sagen kann, kleinere Gruppen wären noch besser. Aber die Gruppen sind nicht so groß, dass aus diesem Grund Gefahr

besteht, dass die Pädagogik nicht so sinnvoll eingesetzt werden kann. Wenn jemand nicht pädagogisch handeln kann, dann arbeitet er mit zehn Kindern und mit fünf Kindern oder mit seinem eigenen einem Kind genauso falsch wie mit einer größeren Gruppe.

Daher werden wir hier natürlich nach Maßgabe der Möglichkeiten so wie in anderen Bereichen auch, immer danach trachten, die Gruppen etwas kleiner zu machen. Aber für eine Gefahr halte ich die derzeitige Gruppengröße nicht.

**Präsidentin Maria Hampel-Fuchs:** Auf die dritte Zusatzfrage wird verzichtet.

Die vierte Zusatzfrage stellt Herr Abg Strache. - Ich bitte.

**Abg Heinz Christian Strache (FPÖ):** Wir haben ja im Bereich der Jugendwohlfahrtsgesetzgebung eine ähnliche Problematik wie im Jugendschutzbereich, da wir hier auch - wie gesagt - eine unterschiedliche Gesetzgebungen in den Ländern haben. Auf der einen Seite wissen wir, dass Sie im Jugendschutzbereich auch immer wieder betont haben, hier ein einheitliches Jugendschutzgesetz zumindest in Verhandlung beziehungsweise in Angriff nehmen, um hier mit anderen Ländern gemeinsame Interessen abzusticken.

Ich frage, inwieweit wird das auch in diesem Bereich stattfinden? - Das könnte man ja gleich verbinden und verquicken, denn letztlich ist es ja auch der Kinder- und Jugendbereich und das wäre eine Möglichkeit, das in die Verhandlungen mit einzubeziehen.

**Präsidentin Maria Hampel-Fuchs:** Frau Stadträtin!

**LhptmSt Grete Laska:** Also, im Bereich der Jugendwohlfahrt sind wir ein Stückchen weiter, denn da gibt es ein Bundesgrundsatzgesetz. Der Bund könnte sich an diesem Gesetz orientieren und sich ein gutes Beispiel daran nehmen, dass es durchaus nicht weh tut, wenn man in bestimmten Fragen Bundesgrundsatzgesetze erlässt, an denen sich die Länder dann orientieren können. Also, dementsprechend gebe ich Ihnen Recht, dass man - auf ein Beispiel verweisend - sagen kann: Ihr braucht euch nicht zu fürchten, im Bereich des Jugendschutzes es als Bundesgrundsatzgesetz zu machen, weil es das in der Jugendwohlfahrt bereits gibt, sehr wohl aber dann mit Länderregelungen.

Die Länder sind auch hier in Fragen der Jugendwohlfahrt bemüht, in ihren Ausführungsgesetzen eine möglichst große Übereinstimmung zu finden, und ich habe schon gesagt, auch in dieser Frage wie auch in anderen Fragen ist es die Länderkonferenz, an die ich dieses Thema herangetragen habe und wo wir versuchen werden, vorzubereiten, dass wir zumindest auf Länderebene - wenn schon der Bund nicht weiter tut - eine möglichst hohe Übereinstimmung durchbringen. So gesehen sind wir da, wie gesagt, einig in der theoretischen Sache, einig in der praktischen Ausführung, im Detail liegt aber dann immer die Problematik. Aber ich bin zuversichtlich, dass wir Regelungen finden werden.

**Präsidentin Maria Hampel-Fuchs:** Die fünfte Zusatzfrage stellt Frau Abg Mag Bolena. - Ich bitte.

**Abg Mag Alexandra Bolena (Liberales Forum):** Ja, zunächst möchte ich meiner Verwunderung darüber Ausdruck geben, dass die ÖVP, die immer sagt, dass ihr der Schutz des Kindes und der Schutz der Familie ja so wichtig ist, zu diesem Thema keine Frage hat. Aber das nur abseits.

Zu Ihnen Frau Landesrätin: Ich freue mich, dass Sie auf Länderebene in der Länderkonferenz versuchen, diese Thematik zu thematisieren und zu schauen, dass etwas weitergeht, weil ich glaube auch, dass der Bund hier einfach nichts tut und ich freue mich, wenn die Länder initiativ werden.

Ich weiß auch, dass die Stadt Wien im Rahmen ihrer Familientage vor einigen Monaten einige Ferienanbieter aufgelistet hat, um Eltern zu vermitteln, was es hier an Anbietern gibt. Das, was ich aus meiner persönlichen Erfahrung weiß, ist, dass viele Eltern zwar dankbar für dieses Angebot sind, aber noch gerne etwas mehr hätten. Einfach nur eine Stelle, wo sie sich erkundigen können, welche Anbieter unter welchen Bedingungen arbeiten.

Der zweite Schritt wäre eine länderübergreifende Zusammenarbeit und der dritte Schritt wäre die Einrichtung einer Informationsstelle, wo Eltern die Möglichkeit haben, solche Informationen einzuholen.

Sehen Sie in nächster Zukunft die Möglichkeit oder teilen Sie meine Meinung, dass so eine Informationsstelle Sinn macht und glauben Sie, dass die Stadt Wien entweder selbst oder über die Kinderdrehscheibe oder über eine ähnliche Einrichtung, Möglichkeiten zur Verfügung stellen könnte, dass so eine Information auch an Eltern herangetragen werden kann?

**Präsidentin Maria Hampel-Fuchs:** Frau amtsführende Stadträtin bitte!

**LhptmSt Grete Laska:** Zwei Dinge dazu. Das eine ist - und ich bin auch als Mutter von vier Kindern dieser Meinung -, dass Eltern in diesem Zusammenhang vor allem ein Recht und eine Verpflichtung verstärkt wahrnehmen sollten, nämlich einzufordern bevor sie sich für eine Aktion oder für eine Organisation entscheiden, dass die Information läuft. Das heißt, eigentlich müssen vor solchen Ferienaktionen verpflichtend Elternabende abgehalten werden, wo man nicht nur hinterfragt, was hier an sportlichen, kulturellen oder sonstigen Freizeitaktivitäten angeboten wird, sondern auch um die Pädagogik zu hinterfragen. Das halte ich für unendlich wichtig, denn gerade das führt ja oft zu Konflikten, wenn Kinder aus unterschiedlichen familiären Erziehungssituativen dann in eine Erziehungssituation kommen, die unter Umständen mit der in der Familie nicht übereinstimmt. Also, dieses Informationsrecht der Eltern ist auch eine Verpflichtung, dass ich, bevor ich mein Kind mit irgendjemandem mitschicke, mich schon genauer erkundige, was mir hier angeboten wird, und die Angebote sind vielfältig.

Das Zweite ist die Information darüber, was man

tatsächlich seitens einer öffentlichen Stelle von den Anbietern zu halten hat. Das machen wir genau mit dem, was wir angesprochen haben, nämlich mit diesem bewussten Anbieten. Das sind natürlich Aktionen, die wir uns schon angeschaut haben, bevor wir sie überhaupt in die Familientagsbroschüre aufnehmen. Seitens des Bundesministeriums für Unterricht gibt oder gab es auch eine Broschüre, ob es sie jetzt noch gibt, weiß ich nicht, aber solange ich im Wiener Schulservice tätig war und das Schulservice des Unterrichtsministeriums eine sehr enge Kooperation mit dem Land Wien gehabt hat, wurden vor allem auch die Ferienaktionen unter dem Motto "Lernhilfe" oder "Vorbereitung auf Wiederholungsprüfungen" geprüft, bevor sie in diese Broschüre des Unterrichtsministeriums aufgenommen wurden. Also, das war auch irgendwie so eine Garantie, eine Halbwegsgarantie dafür, dass hier nur geprüfte Organisationen aufgenommen werden.

Ich kann mir durchaus vorstellen, dass man das macht, wiewohl auch damals die Broschüre dort an Grenzen gestoßen ist, wo einzelne Organisationen zwar nicht bereit waren, ihre Inhalte offen zu legen, aber dann sehr wohl juristisch bekämpft haben, dass mehr oder weniger eine Abqualifizierung dadurch stattgefunden hat, dass sie hier nicht aufgenommen worden sind. Es war also auch eine gesetzliche Gratwanderung, Verzerrung von Wettbewerb und Ähnliches, und was da alles zum Tragen kommt. Aber im Grunde genommen ist das ein Vorschlag, dem man durchaus folgen kann.

**Präsidentin Maria Hampel-Fuchs:** Danke, damit ist die 1. Anfrage beantwortet.

Wir kommen nun zur 2. Anfrage. Sie wurde von Herrn Abg Dr Johannes Hahn gestellt und ist an die amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke gerichtet: *Mit welchen Hauptanliegen für die demnächst anstehende Neuverhandlung der Art. 15a-Vereinbarung über die Reform des Gesundheitswesens und der Krankenanstaltenfinanzierung werden Sie als zuständiges Mitglied der Landesregierung in die Gespräche gehen?*

Frau Stadträtin, ich bitte um Beantwortung.

**Amtsf StR Mag Brigitte Ederer:** Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Abgeordneter!

Ich möchte zunächst in Erinnerung bringen, dass sich der Bund, die Länder und die Gemeinden im Jahr 1996 auf eine grundlegende Neuordnung der Krankenanstaltenfinanzierung geeinigt haben, die mit 1. Jänner 1997 in Kraft getreten ist und als eine der wesentlichen Neuerung mit sich brachte, dass neun Länderfonds gebildet wurden, die mit den vormaligen Mitteln des Krankenanstaltenzusammenarbeitsfonds sowie mit den bisherigen von den Sozialversicherungsträgern in Form von Direktzahlungen an die Spitalerhalter geleisteten Beiträgen, wie zum Beispiel Pflegegebührensätze, Ambulanzgebühren und Jahresausgleichszahlungen sowie mit zusätzlichen Mitteln

des Bundes dotiert wurden. Den Länderfonds obliegt seitdem die Verteilung dieser Mittel an die einzelnen Krankenanstalten.

Diese derzeit geltende Vereinbarung wurde für die Jahre 1997 bis 2000 abgeschlossen und tritt so mit 31. Dezember 2000 außer Kraft.

Die Krankenanstaltenfinanzierung ist für die österreichischen Bundesländer im Hinblick auf deren grundlegende Bedeutung für die Länderhaushalte ein wesentlicher, grundlegender und zwingender Bestandteil des Finanzausgleichs 2001. Unter der Prämisse, dass das derzeit vereinfachte System der Leistungsorientiertheit der Krankenanstaltenfinanzierung nicht in Frage zu stellen ist, haben die Länder daher bereits im März dieses Jahres ein Ländermemorandum zum Finanzausgleich 2001 erstellt, welches auch bereits die wesentlichen Forderungen der Länder im Bereich der Krankenanstaltenfinanzierung enthält.

Auf Grund des medizinischen Fortschritts und der demographischen Entwicklung, aber auch auf Grund erheblicher finanzieller Auswirkungen für die Krankenanstaltenträger und Länder durch vom Bund noch vor Einführung des Konsultationsmechanismus beschlossene gesetzliche Regelungen - zu erwähnen sind hier beispielsweise das Krankenanstaltenarbeitsgesetz, das Gesundheits- und Krankenpflegegesetz und die KG-Novelle -, ist es Faktum, dass sich die Schere zwischen den Einnahmen und den Kostensteigerungen der Krankenanstalten weiter öffnet. Obwohl die Spitäler verstärkte Kostendisziplin einhielten, erhöhten sich im Zeitraum 1994 bis 1998 trotz massiver Kostensenkungsprogramme die Kosten der Spitäler um 10,6 Milliarden S, während hingegen im selben Zeitraum die Beiträge des Bundes und der Sozialversicherungen lediglich um 6,6 Milliarden S stiegen, so dass letztendlich im Jahr 1998 der nicht gedeckte Betrag bereits um 4 Milliarden S höher lag als 1994.

Über die Jahre 1995 bis 1998 ergibt sich trotz Einführung der leistungsorientierten Krankenanstaltenfinanzierung eine kumulierte Unterdeckung von 12,3 Milliarden S. Eine wesentliche Länderforderung ist daher, dass die finanziellen Beiträge des Bundes und der Sozialversicherungsträger an die tatsächliche Kostenentwicklung angepasst werden, wobei insbesondere die Aufhebung der bestehenden Deckungsregelung der Sozialversicherungsträger zu fordern ist, um die steigenden Belastungen der Länder und Krankenanstaltenträger zu vermindern. Das Ziel, die Ambulanzleistungen aus dem Anstaltenbereich in die freie Praxis zu verlagern, um damit den ambulanten Anstaltenbereich zu entlasten, konnte auf Grund der gegebenen, von den Ländern ebenfalls nicht zu beeinflussenden Rahmenbedingungen nicht erreicht werden.

Während sich die Ambulanzkosten im Zeitraum 1994 bis 1997 um 1,1 Milliarden S erhöhten, stiegen die für die Abgeltung von Ambulanzleistungen vorgesehenen Beiträge der Sozialversicherungsträger um

lediglich 300 Millionen S. Deshalb ist eine weitere gemeinsame Länderforderung, dass die Abgeltung der Ambulanzeleistungen durch die Sozialversicherungsträger unter Berücksichtigung des medizinischen Fortschritts und der daraus resultierenden Kostenentwicklung leistungsadäquat zu erfolgen hat.

Weiters muss die Abrechnungsform für ausländische Gastpatienten so gestaltet werden, dass nicht die Krankenanstalten beziehungsweise die Landesfonds die Kosten vorfinanzieren, da die Krankenversicherung genauso wie der Abschluss diesbezüglicher internationaler Vereinbarungen Bundessache ist und daher diese Kosten direkt von der Krankenversicherung sowie auch früher im Rahmen einer Vorleistungspflicht zu tragen wären.

Betreffend die Allgemeine Unfallversicherungsanstalt ist festzuhalten, dass im Zuge des Abschlusses der derzeit gültigen 15a-Vereinbarung die Ambulanzzverträge, die die AUVA mit einzelnen Krankenanstalten abgeschlossen hatte, von der AUVA mit Wirkungskreis 31. Dezember 1996 gekündigt wurden. Trotz Kündigung werden die Leistungen der Krankenanstalten jedoch weiterhin erbracht, weshalb die Länder fordern, dass die dadurch entstehenden Kosten von jährlich 110 Millionen S wertgesichert abgegolten werden.

Weitere Forderungen der Länder sind die Vorverlegung der Zahlungsziele der Sozialversicherung, die Schaffung von Rahmenbedingungen, die eine bessere finanzielle Abgeltung für die Behandlung von Sonderklassenpatienten ermöglichen, die Vereinfachung des LKF-Modells mit Rückkehr zu Fallpauschalsystemen, sowie die Endabrechnung des Krankenanstaltenzusammenarbeitsfonds, die bis heute nicht erfolgt ist, obwohl der Krankenanstaltenzusammenarbeitsfonds seit Ende 1996 nicht mehr besteht.

Über die genannten gemeinsamen Länderforderungen hinaus, Herr Abgeordneter, wird sicherlich auch zu thematisieren sein, dass die Beiträge der Sozialversicherungsträger und des Bundes im Wege der Umsatzsteueranteile auf insgesamt neun Länderböpfen aufgeteilt werden, wobei sich 1997 die Aufteilung einerseits an den Quoten der früheren Krankenanstaltenzusammenarbeitsfondsregelung, andererseits an den Leistungen der Sozialversicherungsträger für die stationäre und ambulante Versorgung orientierte.

Da sich die Parameter seit damals wesentlich verändert haben, wird jedenfalls auch über eine Neuaufteilung der Länderquoten zu diskutieren sein, dies insbesondere deshalb, weil seit Einführung der leistungsorientierten Krankenanstaltenfinanzierung ab 1. Jänner 1997 die Gastpatientenproblematik zu Ungunsten Wiens zunehmend an Bedeutung gewonnen hat. Der Anteil der niederösterreichischen Patienten in Wiener Fondskrankenanstalten betrug beispielsweise 1998 über 15 Prozent der Fälle, wobei auf Grund der in Wien stattfindenden Behandlung schwererer Fälle aus Niederösterreich mehr Leistung, nämlich 18 Prozent aller Abrechnungspunkte auf

Patienten mit Hauptwohnsitz in Niederösterreich entfielen. Im Vergleich dazu sind nur 4 Prozent der Patienten der niederösterreichischen Krankenanstalten aus Wien.

Im Detail betrachtet sind in einzelnen Abteilungen städtischer Krankenanstalten, speziell im Bereich der Spitzenmedizin, Patienten mit Wiener Hauptwohnsitz sogar klar in der Minderheit. Diese Daten beweisen einerseits, dass die hohe Qualität der Wiener Krankenanstalten keinen nationalen und internationalen Vergleich zu scheuen braucht und die medizinische Versorgung in Wien auch im Bereich der Krankenanstalten auf höchstem Standard erfolgt. Andererseits sind die von Jahr zu Jahr steigenden finanziellen Auswirkungen für Wien durch die Behandlung der Gastpatienten in der Vereinbarung über die Krankenanstaltenfinanzierung für die Jahre 1997 bis 2000 finanziell nur sehr unzureichend berücksichtigt, weshalb auch diesbezüglich eine nachhaltige Lösung in der neu abzuschließenden Vereinbarung anzustreben sein wird.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Danke vielmals. - Die erste Zusatzfrage wird von Herrn Abg Dr Hahn gestellt. - Ich bitte.

Abg Dr Johannes Hahn (ÖVP): Danke, Frau Stadträtin, für diese sehr umfassende Beantwortung, die sich über weite Strecken sowohl von der Analyse als auch von den zu treffenden Maßnahmen mit meinen Einschätzungen deckt.

*Ich glaube, dass auch insbesondere die Deckungsproblematik bei den Sozialversicherungen ein gravierendes Problem für die Spitalerhalter darstellt. Das kann so in der Form nicht weitergehen.*

*Ich möchte Sie aber in diesem Zusammenhang fragen: Es gibt im Bereich der Gesundheits- und Spitalsfinanzierung verschiedene Überlegungen, die Finanzierungsströme zu einem einzigen Strom sozusagen zusammenfließen zu lassen, weil sich eben gezeigt hat, dass verschiedene Verantwortlichkeiten eben zu strukturellen Mängeln führen, weil die Sozialversicherungen natürlich andere Interessen haben als Spitalerhalter. Es gibt verschiedene Modelle, die aber allesamt den gemeinsamen Nenner haben, dass entweder der Bund oder - was ich präferieren würde - die jeweiligen Länder eine Gesamtverantwortung für die Gesundheitsfinanzierungsströme haben, so dass man auch zwischen dem niedergelassenen und dem muralen Bereich, also den Spitalsbereich, einen sinnvollen Ausgleich dahingehend schaffen kann, dass in der Tat dort die medizinischen Leistungen erbracht werden, wo sie sowohl für den Patienten sinnvoll sind, als auch wo es volkswirtschaftlich am sinnvollsten ist. Etwas, was momentan sicher nicht der Fall ist.*

*Wie stehen Sie zu diesen Überlegungen?*

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Frau Stadträtin.

Amtsf StR Mag Brigitte Ederer: Ich teile grundsätzlich Ihre Meinung, dass es natürlich sehr, sehr viel Sinn machen würde, dass es eine Struktur gibt,

die für die Gesundheitspolitik und Finanzierung dieses Landes verantwortlich ist. Ich halte die Aufteilung auf mehrere Bereiche für oft nicht zielführend. Sie haben angesprochen, dass natürlich eine Entscheidung, ob man zum niedergelassenen Arzt oder in eine Ambulanz geht, zur Folge hat, dass unterschiedliche Strukturen dafür zahlen. Das allein zeigt schon, wie schwierig das Ganze ist, weil es nie zu einer Lösung kommt, dass der Patient dorthin geht, wo rasch und am besten geholfen werden kann oder weil die Gefahr besteht, dass das nicht der Fall ist.

Ich bin aber natürlich sehr skeptisch, was die Realisierung angeht, weil im Moment durch die knappen Mitteln aller, die Übernahme von Leistungen, die jetzt jemand anderer erbringt oder zu bezahlen hat, wahrscheinlich zur Folge hätte, dass nicht die gesamte Summe mitwandert, sondern dass es hier zu einer Kürzung käme und damit zu einer Ausweitung der Finanzierung der Gesundheitsaktivitäten auf Länderebene oder vielleicht auch umgekehrt. Ich glaube, es wäre sinnvoll. Ich sehe die Realisierung nicht wirklich, weil sich in erster Linie drei oder vier Strukturen einigen müssten und zu einer gemeinsamen ernsthaften Finanzierung kommen müssen.

Ich sage Ihnen nur ein Beispiel: Es gibt jetzt bei den Ambulanzen einen Selbstbehalt. Bis heute ist mir nicht klar, eigentlich müssten das die Spitalerhalter bekommen. Wenn ich das in den Medien richtig verfolgt habe, bekommen das aber die Sozialversicherungsträger. An sich zeigt sich schon mit solchen Maßnahmen, dass das insgesamt ein System ist, das sicher reformiert gehörte.

**Präsidentin Maria Hampel-Fuchs:** Die zweite Zusatzfrage wird von Herrn Abg Rehse gestellt. - Ich bitte.

**Abg Klemens Rehse (FPÖ):** Sehr geehrte Frau Landesrat!

*Ich möchte an die vorige Frage gleich anschließen, weil sie einen Kernbereich der Finanzierung in Zukunft betrifft.*

*Die Vereinbarung über die Reform des Gesundheitswesens wurde meiner Meinung nach vom Land Wien, und zwar insbesondere was den 5. und 6. Abschnitt, also diese leistungsorientierte Finanzierung betrifft, nicht im wünschenswerten Umfang erfüllt.*

*Als kleines Beispiel: Es sind keinerlei Abstimmungen der Kosten durch den WIKRAF erfolgt, der gerade zur Durchführung dieser Finanzierung errichtet wurde. Es ist bis jetzt kein Krankenanstaltenplan erlassen worden.*

*Dadurch, dass sich aus diesem Wiener LKF-Modell keinerlei Ansätze zur Reduzierung der hohen Spitalskosten erkennen lassen und daher ein wesentliches Ziel der Vereinbarung nicht erreicht wird, lautet meine Frage: Wann werden Sie endlich die freiheitliche Idee einer Wiener Gesundheitsholding - und das wurde hier auch angesprochen - umsetzen?*

**Präsidentin Maria Hampel-Fuchs:** Frau Stadträtin!

**Amtsf StR Mag Brigitte Ederer:** Es stimmt so nicht, Herr Abgeordneter, dass es nicht große Anstrengungen gegeben hat, die Kosten einzubremsen. Ganz im Gegenteil. In Wien ist es gelungen, was nicht heißt, dass es genug war, dass man bei den Kosten für den Gesundheitsbereich die relativ starke Dynamik herausnimmt und dass es eigentlich bei der Kostenentwicklung weniger Dynamik gegeben hat, so wie das in anderen Bundesländern der Fall ist. Aber keine Landesregierung, keine Stadtregierung kann natürlich den demografischen Entwicklungen und den gesundheitlichen Veränderungen Rechnung tragen oder wie soll man sagen, etwas dagegen tun, sondern es ist gut, dass Menschen älter werden, es ist gut, dass es neue medizinische Erkenntnisse gibt, die dann Investitionen erfordern. Das ist ein Fortschritt in unserer Gesellschaft. Aber das bedeutet natürlich auch höhere Kosten. Durch die Deckelung der Sozialversicherungsträger, die Herr Abg Hahn angesprochen hat, die sehr einfach sagen: Das, was wir mehr einnehmen, das bekommt ihr mehr; egal welche gesellschaftliche Entwicklung stattfindet, ist natürlich die Stadt Wien in einer Situation mit allen anderen Spitalerhaltern, dass hier doch Kosten in einem erheblichen Maß vorhanden sind und wir Lösungen finden müssen.

Der Spitalsplan ist in Erarbeitung und ich gehe davon aus, dass wir im Großen und Ganzen, vor allem auch Herr StR Rieder, Schritte setzen, um hier auch in der Zukunft dieses hohe Niveau der Gesundheitsversorgung garantieren und finanzieren zu können.

**Präsidentin Maria Hampel-Fuchs:** Die dritte Zusatzfrage wird von Frau Abg Mag Bolena gestellt. - Ich bitte.

**Abg Mag Alexandra Bolena (Liberales Forum):** Frau Landesrätin!

*Ich gebe Ihnen Recht, dass die finanzielle Situation im ganzen Gesundheitswesen eine entscheidende ist. Aber ich glaube, dass wir angesichts der Maßnahmen, die auf Bundesebene getroffen wurden, in so einer Fragestunde auch den Aspekt der Patientenfreundlichkeit nicht außer Acht lassen sollten. Sie haben selbst den Selbstbehalt in den Ambulanzen genannt.*

*Ich denke, dass ein Selbstbehalt in Ambulanzen durchaus ein Steuerungsinstrument sein kann, aber ganz sicher nicht dann, wenn seitens der niedergelassenen Ärzteschaft eine Zuweisung zu einer Ambulanz erfolgt, weil es dann tatsächlich kranke Menschen trifft. Ich halte das für eine inakzeptable Maßnahme.*

**Könnten Sie mir sagen, ob Sie das für ein geeignetes Steuerungsinstrument halten?**

**Präsidentin Maria Hampel-Fuchs:** Frau Stadträtin!

**Amtsf StR Mag Brigitte Ederer:** Frau Abgeordnete!

Ich würde bitten, dass man gesundheitspolitische Fragen mit Herrn StR Rieder behandelt, weil ich Gefahr laufe, nicht wirklich fundierte Antworten zu geben. (Amtsf StR Dr Sepp Rieder: Das können wir

*gleich machen!) Ja, da bin ich mir sicher.*

Meine persönliche Meinung dazu: Die persönliche Meinung ist, dass in diesem Land mehr getan werden müsste, dass Menschen zu den niedergelassenen Ärzten gehen und nicht sofort in Ambulanzen, weil das wesentlich teurer und kostenintensiver ist. Ich habe schon gesagt, bei beiden Strukturen zahlen unterschiedliche Financiers und das ist das Problem, dass es zu wenig gemeinsame Anstrengungen gibt, sondern dass ich ganz im Gegenteil eher Sorge habe, dass beide Strukturen oder die verschiedenen Strukturen eher daran arbeiten, dass der andere mehr zahlen muss und wir damit Kosten einsparen.

Insgesamt kommt man immer wieder zu dem Punkt, es müsste eine Struktur geben, die in diesem Land - nicht in diesem Bundesland, sondern in dieser Republik - für Gesundheit zuständig ist und sich verantwortlich fühlt. Von der Natur der Sache wären das eigentlich die Sozialversicherungen, weil dafür zahlen der Einzelne und die Einzelne. Es ist aus der Geschichte heraus nicht der Fall. Ich sehe es als äußerst schwierig an, das anzugehen. Jede Verhandlung mit den Sozialversicherungsträgern ist extrem mühsam, auch wenn es sich nur um kleinste Beträge handelt. Ich habe vorhin die Ambulanzgebühren erwähnt. Da verhandeln wir ohne wirklichen Erfolg seitdem ich in diesem Haus bin. Der Fortschritt ist daher hier kaum zu erkennen.

Ob es medizinisch gescheit ist, Selbstbehalte einzuführen oder nicht, da würde ich meinen, dass das Herr StR Rieder beantworten sollte. Aber dass weniger Menschen in Ambulanzen gehen sollten und mehr zum niedergelassenen Arzt, das halte ich für sinnvoll.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die vierte Zusatzfrage wird von Frau Abg Jerusalem gestellt. - Ich bitte.

Abg Susanne Jerusalem (GRÜNE): Frau Stadträtin!

*Die derzeitige Form der Finanzierung, die, wie Sie auch schon erwähnt haben, getrennt verläuft, das heißt, es gibt einen Finanzierungstopf für den niedergelassenen Bereich und einen zweiten gedeckelten für den stationären Bereich, wird ja nie dazu führen, dass die strukturellen Defizite im niedergelassenen Bereich behoben werden können.*

*Jetzt gibt es diese Neuverhandlungen für die 15a-Verträge und ich möchte Sie gerne fragen: Sehen Sie eine realistische Chance, als Wiener Finanzstadträtin in dem Sinn Einfluss zu nehmen, dass die Finanzströme in Zukunft so fließen werden, dass eine ernsthafte Chance für die Belebung des niedergelassenen Bereichs besteht?*

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Frau Stadträtin!

Amtsf StR Mag Brigitte Ederer: Nein. (*Allgemeine Heiterkeit.*)

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die fünfte Zusatzfrage wird von Herrn Abg Dr Hahn gestellt. - Ich bitte.

Abg Dr Johannes Hahn (ÖVP): Na ja, das ist ge-

*nau der Aufhänger, zu dem ich kommen möchte. Ich glaube, wir müssen uns in der Politik immer einen Schuss Naivität bewahren, damit wir irgendetwas weiterbringen, denn wenn wir immer nur den Status quo analysieren, dann bleibt vieles so, wie es ist, weil es viele Erklärungen und plausible Erklärungen gibt.*

*Wir haben, glaube ich, in Wien mit der Verschuldens unabhängigen Patientenentschädigung ein Modell entwickelt, das von allen Parteien hier im Haus getragen wurde und getragen wird, wo wir gesagt haben, wir probieren einmal etwas aus und haben etwas zustande gebracht, an dem mehrere Bundesregierungen gescheitert sind. Heute wird das als Modell hingestellt. Daher jetzt meine Frage auf einer größeren, komplexeren Ebene.*

*Könnten Sie sich vorstellen, jedenfalls für den Bereich Wien, gemeinsam mit Herrn StR Rieder einmal so einen kleinen Gesundheitsfinanzierungsgipfel auf die Beine zu stellen oder an den Tisch zu bringen, wo Ärztekammer, Apothekervertretung, Gebietskrankenkassa und wir als Stadt - ich weiß nicht, wer dann vielleicht noch in Frage käme, ohne dass es zu aufgeblättert wird - einmal versuchen, derartige Dinge auf die Reihe zu bringen? - Die Frage nämlich - und das ist jetzt auch von Kollegin Bolena angeklungen - mit dem Ins-Spital-gehen und mit dem Zuweisen in die Ambulanz vom niedergelassenen Arzt, ist ja auch eine Frage, welche Leistungsmöglichkeiten der niedergelassene Arzt erbringen kann. Das ist ja nicht nur eine fachliche Frage, sondern das ist auch eine Honorierungsfrage, womit schickt er die Leute ins Spital et cetera.*

*Das sind aber Dinge, die von der Lösungskompetenz her grundsätzlich auf der Ebene des Bundeslandes angesiedelt sind. Das ist zwar nicht unmittelbar in unserer Ingerenz als Stadt, aber in dem Fall zwischen Sozialversicherung und Ärztekammer.*

*Aber ich denke, den Versuch wäre es jedenfalls wert, dass wir versuchen, auf Wiener Ebene so etwas einmal auf die Reihe zu bringen. Ich bin bei Ihnen, ich würde sagen, die Eintrittswahrscheinlichkeit ist nicht null, aber vielleicht 2 Prozent. Aber diese 2 Prozent sollten wir vielleicht nutzen oder sich darum bemühen.*

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Frau Stadträtin!

Amtsf StR Mag Brigitte Ederer: Ich bin immer dafür, wenn die Vernunft aufgerufen ist, dass man hier nachgeben sollte und positive Initiativen setzen sollte. Das ist jetzt überhaupt keine Frage.

Persönlich würde ich meinen, ich konzentriere mich in den nächsten Monaten auf die Finanzausgleichsverhandlungen und auf diesen Teil. Ich muss dort die Frage der Gastpatienten einbringen. Da hat Wien einen enormen Nachteil. Ich sehe es als meine Aufgabe an, das aufzuzeigen und auch aufzuzeigen, dass es hier eine Lösung geben muss. Es kann nicht so sein, dass Wien hier in Wahrheit als Spitalserhalter für andere Bundesländer, vor allem für Niederöster-

reich, Leistungen erbringt. Da muss es eine Lösung geben.

Ich meine auch, es müsste eine Lösung in der Frage "Deckelung ja oder nein" geben. Es kann nicht jemand, wie die Sozialversicherung, die in diesem Land für die Gesundheitspolitik zuständig ist und von der Mehrheit der Menschen in diesem Land auch als solche angesehen wird, wie ich glaube, einfach sagen: Das, was wir einnehmen, das geben wir euch und wenn es weniger wird, wird es weniger und wenn eine gute Konjunktur und eine gute Beschäftigung sind, wird es mehr, egal, welche Altersentwicklung wir haben und egal, welche medizinischen Fortschritte wir haben. Das kann meiner Meinung nach nicht sein. Ich muss aber zugeben, dass die Sozialversicherungsträger sehr gescheit schon ein halbes Jahr vorher damit angefangen haben, dass sie vollkommen bankrott sind und daher überhaupt nichts leisten können.

Ob das stimmt oder nicht, kann ich nicht beurteilen. Ich gratuliere ihnen zu der Taktik, denn es war wirklich eine gute. Daher wird es sehr, sehr schwierig werden, hier Veränderungen durchzusetzen. Ich werde mich sicherlich im nächsten halben Jahr oder im nächsten Jahr auf das konzentrieren und schauen, dass die größten Finanzierungsgerechtigkeiten, die diese Stadt hat, jedenfalls aufgehoben werden.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Damit ist die 2. Anfrage beantwortet. Ich danke, Frau Stadträtin.

Die 3. Anfrage wurde von Herrn Abg Dr Herbert Madejski gestellt und ist an den Herrn Landeshauptmann gerichtet: *Die zirka 1,2 Millionen t (700 000 m<sup>3</sup>) Bodenaushub für einen Teil des Lainzer Tunnels werden, wie Ihnen seitens der HL-AG mitgeteilt wurde, nicht per Schiene, sondern durch Lkw auf Straße abtransportiert. Offensichtlich quer durch Penzing. Was haben Sie unternommen beziehungsweise werden Sie unternehmen, dass die HL-AG ihre Zusage, den größten Teil des Tunnelaushubs durch die Firma ELA (Tochtergesellschaft der ÖBB) zu entsorgen, einhält und welche Maßnahmen gedenken Sie widrigfalls zu setzen?*

Herr Landeshauptmann, ich bitte um die Beantwortung.

Lhptm Dr Michael Häupl: Sehr geehrter Herr Abgeordneter!

Ich darf zunächst in Erinnerung rufen, dass nach dem Gespräch, das Herr VBgm Dr Görg und ich im September 1999 mit den Vertretern der Hochleistungs-AG geführt haben, das Ergebnis vorgelegt wurde, dass zumindest 50 Prozent des Aushubmaterials mit der Bahn abzutransportieren sind. Wir haben damals den Herrn Stadtbaudirektor mit dieser Koordination beauftragt und ich darf daher den Bericht über den aktuellen Stand der Dinge, den er mir gegeben hat, hier auch kurz referieren.

Der Westbereich des Lainzer-Tunnel-Projekts ist - wie uns allen bekannt ist - in fünf Baulose unterteilt, und zwar in die Baulose Wiental, Bierhäuslberg, Ha-

dersdorf, Weidlingau und Purkersdorf. Im Baulos Wiental haben die Bauarbeiten bereits im Februar 1999 begonnen, was dann im Herbst des vergangenen Jahres auch zu den Diskussionen geführt hat. Bei den restlichen vier Baulosen laufen die Bauarbeiten derzeit an.

Von den im westlichen Teil des Lainzer-Tunnel-Projekts anfallenden zirka 1,3 Millionen Kubikmeter Aushubmaterial sollen laut der Transportlogistik, die der Ausschreibung der HL-AG zugrunde gelegt und mit der MD-Stadtbaudirektion abgestimmt ist, etwa 700 000 Kubikmeter, das sind etwa 55 Prozent, per Bahn und 600 000 Kubikmeter, das sind zirka 45 Prozent, per Lkw abtransportiert werden.

Neben dem Bahntransport hat die beauftragte Bietergemeinschaft im Rahmen des Ausschreibungsverfahrens auch eine billigere Alternative mit Lkw-Transport angeboten. Bei dieser Alternative war vorgesehen, durch eine entsprechende Adaptierung der Wolf in der Au-Brücke und der Auhof-Brücke eine direkte Verbindung für den Lkw-Transport vom Baustellenbereich Wolf in der Au zur stadtauswärts führenden Wientalstraße zu schaffen. Der Aushub sollte dann über die Wientalstraße zur A 1 Richtung Westen transportiert werden.

Bei der Erteilung des Zuschlags hat sich die HL-AG gegenüber der Bietergemeinschaft vertraglich ausbedungen, dass die angebotene Lkw-Alternative nur dann zur Ausführung kommen kann, wenn die Bietergemeinschaft die dafür erforderlichen Genehmigungen und Benützungsbewilligungen selbst bei der Stadt Wien erwirkt. Der Alternativvorschlag ist zwischenzeitlich in der Stadtbaudirektion überprüft sowie eingehend erörtert und aus Umweltgründen abgelehnt worden. Die Ablehnung wurde der Bietergemeinschaft schriftlich zur Kenntnis gebracht.

Es kann daher davon ausgegangen werden, dass jener Anteil des Aushubmaterials, dessen Abtransport per Bahn vorgesehen war, auch per Bahn erfolgen wird. Dies deshalb, weil die Stadt Wien nicht bereit ist, die für den Alternativvorschlag notwendigen Grundbenützungsbewilligungen und sonstigen Genehmigungen zu erteilen.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Danke. - Die erste Zusatzfrage wird von Herrn Abg Dr Madejski gestellt. - Ich bitte.

Abg Dr Herbert Madejski (FPÖ): Danke für diese Beantwortung.

*Es war - darf ich nur korrigieren, Herr Bürgermeister? - in einer zweiten Runde ja nicht mehr von 50, sondern - soweit ich mich erinnern kann - sogar in Richtung 60 Prozent die Rede. Das hat damals der Herr Vizebürgermeister auch zugesichert.*

*Aber abgesehen davon, ist derzeit folgende Situation gegeben, dass das natürlich - und das ist das, was Sie gerade gesagt haben - nur den Lkw-Verkehr für das Baulos im äußersten Westen des Bauabschnitts betrifft. Es gibt aber insgesamt fünf Bauabschnitte. Drei davon sollen - soweit ich informiert bin*

*- auf jeden Fall mit Lkw abtransportiert werden. Der Unterschied, abgesehen von der Umwelt, ist ein weit bedeutender. Jenes Material, das mit der Schiene abtransportiert werden soll, wird für Straßenbauliche Maßnahmen, für den Neubau von Straßen und Schnellstraßen in Niederösterreich verwendet. Jener Teil, der mit dem Lkw abtransportiert werden soll - das war immer vorgesehen und das war auch im Angebot so drinnen -, sollte für die Güterumfahrung St. Pölten, für die Dammaufschüttung, verwendet werden. Nun hat aber, wie Sie wahrscheinlich wissen, der Herr Bundesminister für Verkehr einen Baustopp über die Güterumfahrung St. Pölten verfügt, was natürlich eminente Auswirkungen auf den Lkw-Transport hat.*

*Daher meine Frage, Herr Landeshauptmann: Ist Ihnen bekannt, wohin in Richtung Westen oder in andere Teile des Wiener Umlandes diese Aushubmaterialien per Lkw verführt werden sollen, wenn der Baustopp über die Güterumfahrung St. Pölten aufrecht bleiben sollte?*

**Präsidentin Maria Hampel-Fuchs:** Herr Landeshauptmann!

Lhptm Dr Michael Häupl: Nein, das ist mir nicht bekannt, um diese Frage hier zu beantworten, denn ich sage auf der anderen Seite auch, dass ich nicht bereit bin, jene Aussagen des Herrn Bundesministers für Infrastruktur zu akzeptieren, die den Ausbau der Westbahn zwischen Wien und St. Pölten und die Güterumfahrung von St. Pölten selbst in Frage gestellt beziehungsweise einen Baustopp in St. Pölten selbst verfügt haben.

Ich halte das im Hinblick auf die Interessen Wiens, für Wien den TEN-Knoten, also diesen mitteleuropäischen Eisenbahnknoten, zu erhalten und damit natürlich auch den entsprechenden Eisenbahn ausbau in Österreich selbst, für ganz verheerend. Das vor allem vor dem Hintergrund der künftigen europäischen Verkehrsentwicklung zu unterbinden, ist verheerend, denn wenn der Ausbau zwischen Wien und St. Pölten nicht erfolgt, erübrigen sich natürlich auch alle weiteren Ausbaumaßnahmen der Weststrecke. Damit ist der Eisenbahnknoten, der TEN-Knoten Wien, dieser mitteleuropäische Eisenbahnknoten, auch erledigt und wir werden nicht die geringste Chance haben, jene insbesondere auf Grund der ökonomischen Entwicklung unserer östlichen Nachbarländer zu erwartende Verkehrsentwicklung auch nur annähernd bewältigen zu können. Das ist der Punkt dabei. Im Vergleich zu der drohenden Katastrophe des Verkehrsinfrastrukturausbaus oder des Eisenbahn ausbaus im Osten Österreichs - sollten sich diese Ankündigungen des Herrn Bundesministers umsetzen -, ist die Frage, ob ich jetzt weiß, wohin dieses Material gebracht wird, wenn nicht nach St. Pölten, nicht unbedingt erste Priorität.

Ich habe daher gemeinsam mit dem Landeshauptmann von Niederösterreich und dem Landeshauptmann vom Burgenland um Termin beim Herrn

Bundesminister angesucht, um ihm zu verdeutlichen, welche Entscheidung er hier angedroht hat, gerade im Hinblick auf den Eisenbahn ausbau. Das ist mir, ehrlich gesagt, das Wichtigere dabei.

**Präsidentin Maria Hampel-Fuchs:** Danke. - Auf die dritte Zusatzfrage wird nicht verzichtet. Die zweite Zusatzfrage kommt vorher dran. Sie wird von Herrn Abg Pöschl gestellt. - Ich bitte. (Abg Hanno Pöschl stolpert.) Nicht stürzen.

**Abg Hanno Pöschl (Liberales Forum):** Schönen guten Morgen, Herr Landeshauptmann!

*Der in der Anfrage erwähnte Lainzer Tunnel - und Sie haben es vorher auch schon in Ihrer Beantwortung erwähnt - ist sicher eine Hauptvoraussetzung, um Wien in die Transeuropäischen Netze einzubinden.*

*Jetzt kann ich mich erinnern, dass es im Jahr 1996, glaube ich, von Ihnen eine Initiative gegeben hat, mit anderen Bürgermeistern gemeinsam dafür zu sorgen, dass Wien auch Teil dieser Transeuropäischen Netze wird. In letzter Zeit ist es darum ein bisschen still geworden.*

*Daher auch meine Frage, auch im Lichte der derzeitigen Isolation Österreichs in Europa: Wie sieht es derzeit mit der Einbindung Wiens in die Transeuropäischen Netze konkret aus und wird es auch wirklich einen Transeuropäischen Knotenpunkt Wien geben?*

**Präsidentin Maria Hampel-Fuchs:** Herr Landeshauptmann!

Lhptm Dr Michael Häupl: Ich halte die Verwirklichung dieses Transeuropäischen Knotenpunkts Wien für die Wirtschaftsentwicklung der Ostregion Österreichs als für vollkommen unerlässlich.

Es ist generell ein Problem, dass wir in der Ostregion Österreichs im Verkehrsinfrastrukturausbau in einem Ausmaß nachhinken, wie dies in kaum einem anderen Bereich der Fall ist. Beim Eisenbahn ausbau trifft mich dieses Versäumnis in besonderem Ausmaß, denn nicht zuletzt auf Grund dieser Initiative aus 1996, gemeinsam mit den Bürgermeistern von Berlin, Prag, aber natürlich auch von Budapest und von Ljubljana, haben gerade in Ungarn, aber auch in der Tschechischen Republik im Eisenbahn ausbau Umsetzungen begonnen, die uns im Hinblick auf das künftige Erweiterungsprojekt der Europäischen Union in ein eklatantes Hintertreffen bringen können.

Ich halte es in der Zwischenzeit nicht nur für notwendig, dass wir diesen Lainzer Tunnel bauen und die Westbahn entsprechend ausbauen, sondern es sind selbstverständlich auch die Nord-Süd-Verbindungen entsprechend auszubauen, und bei der Südverbindung auch die eisenbahnmäßige Anbindung an den Korridor 6, also die Eisenbahnverbindung von Budapest nach Ljubljana beziehungsweise nach Triest. Es ist hier ein großes Transeuropäisches Eisenbahnnetz im Entstehen, das in den künftigen Unionspartnerstaaten - wo man sich dessen auch annimmt - in besonderem Ausmaß ausgebaut wird.

Wenn wir die künftigen Warenströme und Ver-

kehrsströme in der größer gewordenen Union bewältigen wollen, dann ist es unerlässlich, dass insbesondere auch in der Ostregion dieser Verkehrsausbau und hier insbesondere auch der Eisenbahnausbau durchgeführt wird.

Das ist der Grund, warum ich auch so sehr darauf dränge, dass Österreich seine Hausaufgaben erfüllt. Erweiterungsprojekt der Union ist nicht nur eine Sache, die man von den künftigen Partnern zu verlangen hat, sondern hier haben wir auch Hausaufgaben zu machen. Die Union hat Hausaufgaben zu machen, aber selbstverständlich hat auch Österreich die Hausaufgaben zu machen. Eine dieser Hausaufgaben ist, die Verkehrsinfrastruktur im Osten Österreichs endlich auch auf jenen Stand zu bringen, den wir notwendigerweise dann in diesem künftigen größeren Europa auch brauchen werden. Daher werde ich persönlich alles daransetzen, dass dieser Verkehrsausbau, insbesondere der Eisenbahnausbau, durchgesetzt wird.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Danke. - Auf die dritte Zusatzfrage wird verzichtet. Die vierte Zusatzfrage stellt Herr Abg Mag KARL. - Ich bitte.

Abg Mag Franz KARL (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann!

*Die Aushubfrage weiß ich beim Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter und bei dir in den besten Händen. Kollege Madejski ist ja jetzt Gott sei Dank auch bereits für den Lainzer Tunnel. Allerdings gibt es in der Frage der Ein- oder Zweiröhrigkeit Auffassungsunterschiede, wobei ich den Eindruck habe, dass der Herr Infrastrukturminister nicht so sehr für die Zweiröhrigkeit ist. Aus meiner Sicht würde die Zweiröhrigkeit vor allem auch zu einer jahrelangen Verzögerung beim Bau dieses so wichtigen Tunnels führen.*

Wie ist dein Wissensstand in der Frage der Zweiröhrigkeit?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Herr Landeshauptmann, bitte.

Lhptm Dr Michael Häupl: Wir haben diese Diskussion hier ja bereits einmal geführt. Auf Grund dieser Diskussion, die uns allen eher durchschnittliches Wissen oder vermitteltes Wissen gezeigt hat, haben wir versucht, dies auch entsprechend zu versachlichen. Ich bin in Kenntnis davon, dass der Herr Vizebürgermeister eine Zusammenstellung des internationalen Stands der Technik - des internationalen Stands der Diskussion - beauftragt hat.

Ich gehe davon aus, dass das Ergebnis dieser Arbeit bis Mitte des kommenden Monats vorliegen wird, so dass wir dann einen internationalen Überblick über diese Frage von Zweiröhigkeit, Einröhigkeit und der notwendigen Sicherheit haben, wobei mein persönliches Vertrauen zum Herrn Branddirektor ein ganz hohes ist, nachdem er auch als einer der großen internationalen Experten für diese Sicherheitsfragen gilt und zu internationalen Gutachten auch immer wieder herangezogen wird. Daher besteht auch, so denke

ich, begründetes Vertrauen.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Danke. - Die fünfte Zusatzfrage stellt Herr Abg Dr Madejski. - Bitte.

Abg Dr Herbert Madejski (FPÖ): Darf ich ganz kurz auch einen Satz betreffend den Herrn Branddirektor sagen?

*Es zweifelt niemand an der Kompetenz des Herrn Branddirektors. Es ist nur eines, und das zieht sich seit zehn Jahren durch die Debatte, dass ja hier ein Rettungskonzept - und der Herr Branddirektor redet immer nur von einem Rettungskonzept - gegeben ist, aber der Schritt vorher, damit es überhaupt nicht dazu kommen kann oder nur in sehr geringen Prozentsätzen - die Wahrscheinlichkeit für eine Rettung -, das Sicherheitskonzept, und da kommen wir wieder zur Zweiröhrigkeit, fehlt. Das aber nur am Rande, weil das jetzt angesprochen worden ist.*

Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Selbstverständlich ist das Stückwerk, das wir vor allem im Osten Österreichs im Bahnbau, aber auch im Straßenbau haben, ein Vermächtnis der bisherigen Verkehrsminister. Der frühere Verkehrsminister Einem hat ja dem jetzigen Infrastrukturminister wirklich ein Desaster an Baustellen hinterlassen. Daher muss hier jetzt erstens einmal ein Gesamtkonzept erstellt werden. Der Baustopp von St. Pölten sagt ja nicht, dass dort ewig Baustopp sein wird, sondern er wird jetzt einmal in einer Studie, die er in Auftrag gegeben hat, feststellen, ob die Planung, so wie sie dort ist, sinnvoll, wirtschaftlich und verkehrstechnisch notwendig ist oder nicht.

Eine andere Frage ist: Selbstverständlich ist im Verkehr eine Symbiose zwischen Straße und Bahn notwendig. Daher frage ich Sie: Wenn man in Wien schon vom Eisenbahnknoten TEN spricht, wenn man vom Ausbau der Westbahn spricht, der unbedingt notwendig ist, das ist überhaupt keine Frage, dann gehört aber auch das Konzept Wiens dazu und da fehlt mir seit Jahren das Konzept Wiens zur Nord-Ost-Umfahrung. Der Herr Vizebürgermeister hat jetzt vier Varianten vorgestellt, wobei eine wieder durch Aspern durchgeführt.

Daher meine Frage: Welcher der vier Varianten, die jetzt vorgestellt worden sind, reden Sie das Wort, weil das im Zuge des Ausbaus der Weststrecke der Eisenbahn sehr wichtig ist?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Herr Landeshauptmann.

Lhptm Dr Michael Häupl: Sehr geehrter Herr Abgeordneter!

Ich wollte gerade die ... (Abg Heinz Hufnagl: Das ist ein gedanklicher Meilensprung!!)

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs (unterbrechend): Der Herr Landeshauptmann hat das Wort. - Bitte.

Lhptm Dr Michael Häupl (fortsetzend): Die 6. Donauquerung ist im Vergleich zu dieser Brücke geradezu ein Lappert.

Ich verstehe schon, dass man vom Aushubmate-

rial des Lainzer Tunnels zur Nord-Ost-Umfahrung der Straße kommen kann. Das ist vollkommen klar. Ich habe nur den dumpfen Verdacht, der Lainzer Tunnel wird lange fertig sein, bevor die Nord-Ost-Umfahrung auch nur ihren Baubeginn haben wird. Die Nord-Ost-Umfahrung für den Abtransport des Aushubmaterials des Lainzer Tunnels vorzuschlagen, wird daher ein bisschen schwierig sein, denke ich.

Ich habe mir im Hinblick auf die Nord-Ost-Umfahrung keine abschließende Meinung gebildet. Ich denke nur, dass man die Chance nutzen muss, auch dies in ein Gesamtkonzept einzubauen. Wer heute etwa von Wien nach Brünn fährt, kann dies daran erkennen, dass man auf österreichischem Gebiet auf einer Bundesstraße und auf tschechischem Gebiet auf einer Autobahn mit Anschluss an die Autobahn Bratislava - Prag fährt. Ich halte das für eine völlig unzumutbare Bedingung. Daher ist es mir wichtig und erscheint es mir unerlässlich, dass man unter größtmöglicher Schonung - auch der Bewohner im nordöstlichen und nördlichen Bereich der Stadt - zu diesem autbahnmäßigen Ausbau und zu dieser autbahnmäßigen Anbindung, auch an die Autobahn Bratislava - Prag, kommt, so dass man die selben Verhältnisse herstellt, wie wir sie in Österreich etwa beim Ausbau der Südautobahn oder auch der Westautobahn haben, wenn man gerade durchgängig fahren kann, was ja zur Stunde nicht der Fall ist.

Erlauben Sie mir noch ein Wort dazu: Ich weiß schon, wenn Minister und die Farbe wechseln - der Herr Klubobmann Kabas kennt das noch aus früheren Zeiten -, dann wechselt natürlich auch die Beurteilung der Politik. Ich kann mich dunkel daran erinnern, dass die Umweltpolitik der österreichischen Bundesregierung in einer Phase der frühen achtziger Jahre eine unglaublich großartige gewesen ist, weil es zu diesem Zeitpunkt einen FPÖ-Verantwortlichen in der Regierung gegeben hat, und später war sie natürlich völlig debakulös. (*Abg Mag Hilmar Kabas: Das war nur ein Staatssekretär!*) Ich verstehe das alles. Ich verstehe das. Es ist alles klar. Ich halte mir nur zugute, dass ich diese Forderungen und diese Verlangen mit großer Zähigkeit völlig unabhängig von der Person des für Eisenbahn- oder Straßenausbau zuständigen Ministers gewollt habe. Wir haben uns gemeinsam eine Meinung gebildet und ich habe diese mit gleicher Härte gegenüber jedwedem zuständigen Minister vertreten und werde das auch in Zukunft tun. Ich habe nur den Eindruck, dass die Umgangsformen ein bisschen anders geworden sind und man darunter ein wenig gelitten hat. Denn wie immer der Herr Landeshauptmann von Niederösterreich es machen wird, sich Vorschläge in die Haare zu schmieren, es wird ihm aus technischen Gründen besonders schwer fallen, fürchte ich, nachdem er es dabei lediglich seitlich tun kann.

Ich denke, dass es vernünftig ist, über dieses Gesamtkonzept durch den neuen Infrastrukturminister nachzudenken, klar zu erkennen, welche Bedeutung

sowohl der Eisenbahnausbau in Ostösterreich, als auch der Straßenausbau in Ostösterreich für die künftige Wirtschaftsentwicklung des Wirtschaftsstandorts Ostösterreich haben und danach sind Maßnahmen zu treffen. Zu sagen, ich muss jetzt die bereits im Entstehen begriffene Güterumfahrung von St. Pölten stoppen, dafür fasse ich den entsprechenden Choralmhausbau und Ähnliches ins Auge - also ich verschiebe aus sehr vordergründigen politischen Motiven das Geld, das ich mir beim Westbahnausbau erspare, in den Süden Österreichs -, scheint mir nicht besonders sinnvoll zu sein. Ich sage dazu, wir werden auch den Choralmhausbau machen müssen, weil wir die Gesamtstrecke ausbauen müssen, weil wir insgesamt gesehen die Eisenbahn in diesem Land so ertüchtigen und so ausbauen müssen, dass sie den Erfordernissen dieses Jahrhunderts tatsächlich gerecht wird. Da werden wir uns mit flotten Sprüchen à la "in die Haare schmieren" nicht wirklich retten können, sondern nur dadurch, dass wir Taten setzen. Das scheint mir sehr wichtig zu sein, nicht uns wechselseitig zu bevorzugen! (*Beifall bei der SPÖ.*)

**Präsidentin Maria Hampel-Fuchs:** Danke für die Beantwortung dieser Frage. - Damit ist die Fragestunde beendet.

Wir kommen nun zur Aktuellen Stunde.

Von Herrn Abg Mag Hilmar Kabas wurde eine Aktuelle Stunde mit dem Thema "Ja zu Wien, heißt nein zu den Sanktionen" verlangt. Das Verlangen wurde gemäß der Geschäftsordnung von der notwendigen Anzahl von Abgeordneten unterzeichnet.

Ich bitte den Erstunterzeichner, Herrn Abg Mag Kabas, die Aktuelle Stunde zu eröffnen, wobei ich bemerke, dass seine Redezeit mit zehn Minuten begrenzt ist. (*Abg Harry Kopietz: Zehn sinnlose Minuten!*)

**Abg Mag Hilmar Kabas (FPÖ):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Gestern war in einer renommierten deutschen Tageszeitung, nämlich in der "Welt", zu lesen, dass es zu einer Entspannung bei den EU-Sanktionen gegen Österreich kommen könnte. Diese Zeitung hat unter Berufung auf hochrangige Vertreter der EU-Kommission sowie Diplomaten gemeint, eine Mehrheit der 14 EU-Partnerstaaten Österreich sei inzwischen bereit, möglichst rasch einen politischen Ausweg aus diesem Sanktionsdilemma zu suchen, wobei man schon anmerken muss, dass diese Sanktionen von Österreich aus gestartet wurden. Dazu gibt es die Dokumentationen in den Medien. (*Abg Heinz Hufnagl: Das liegt schon an der Regierung! Ich nenne nur die Verschwörungstheorie!*) Ich kann es Ihnen gerne zur Verfügung stellen, Herr Hufnagl. Allerdings, Sie lesen ja, obwohl es die "Arbeiter Zeitung" nicht mehr gibt, nur einschlägige Zeitungen. Wieso glauben Sie wirklich, dass dänische, schwedische, französische und deutsche Zeitungen irgendeiner Verschwörungstheorie nachgeben? - Das überlasse ich Ihnen, nämlich das Gegenteil zu machen. (*Beifall bei der*

**FPÖ.)**

Wer allerdings gestern in der "Zeit im Bild 3" die Diskussion zwischen der Generalsekretärin der ÖVP und dem Herrn Voggenhuber gesehen hat, der hat gewusst, dass diese Meldung in der "Welt" schon wieder konterkariert wurde. Denn der Herr Voggenhuber, der ein besonderer Savonarola-Typ gegen Österreich ist, hat in einer widerwärtigen Agitation gegen Österreich signalisiert, dass er alle Hebel in Bewegung gesetzt hat, damit es nicht zu einer Entspannung kommt. Das ist wirklich etwas, was in höchstem Maße verurteilungswürdig ist! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Es handelt sich hier in Wahrheit um völlig rechtswidrige, vertragswidrige und ungerechtfertigte Sanktionen gegen die österreichische Bevölkerung. Das wissen auch diejenigen, die nicht müde werden, im Ausland ein verzerrtes Bild unserer Heimat und ein verlogenes Bild der FPÖ darzustellen! (*Abg Hanno Pöschl: Sie verzerrn das Bild unserer Heimat! Sie sind das!*) Aber für den Versuch, die eigene Partei wieder an die Macht zu bringen, ist sozusagen jedes Mittel recht! Da werden auch die Menschen im eigenen Land aufgehetzt, da macht man Demonstrationen Schulter an Schulter mit der gewaltbereiten Linken, mit internationalen Kommunisten, mit Anarchisten und was es sonst noch in diesem Randspektrum gibt! (*Abg Harry Kopietz: Das sagen gerade Sie, der Erfinder der Verhetzung!*)

Laut Innenministerium haben diese Kundgebungen bereits 27 Millionen S an Exekutiveinsätzen gekostet! (*Abg Harry Kopietz: Das muss man der FPÖ anlassen!*) 13 Millionen S Vandalismusschäden, 280 Anzeigen, 224 Gerichtsverfahren, 54 Verletzte haben diese angeblich so friedlichen Kundgebungen bereits gekostet!

Eines kann ich Ihnen hier aber sagen: Es ist keinem demokratischen Staatsbürger in den vergangenen 30 Jahren, in denen es SPÖ-Kanzler gegeben hat, eingefallen, niemand ist auf die Idee gekommen, kein FPÖler, wahrscheinlich auch kein ÖVPler und auch keine Leute, die keiner Partei angehören, auf die Straße zu gehen und gegen einen Wählerentscheid zu demonstrieren, geschweige denn das eigene Land anzupaten, nur weil ihnen diese Regierung nicht gefällt! (*Beifall bei der FPÖ. - Abg Ilse Forster: Wollen Sie die Demokratie abschaffen? Wollen Sie Grundrechte abschaffen?*)

Anders allerdings rot und grün. Sie demonstrieren und werden nicht müde, in ganz Europa Österreich zu vernadern, Österreich schlecht zu machen. (*Abg Godwin Schuster: Nicht nur rot und grün!*) Gusenbauer, Kostelka, Häupl fahren in Europa herum. Überall, wo sie waren, wird am nächsten Tag wieder bekräftigt, dass man bei den Sanktionen bleibt. Da hetzen die GRÜNEN, da schäumt - das habe ich schon erzählt - Voggenhuber und da stellt in Italien der Herr Van der Bellen in aller Öffentlichkeit fest, dass der Alltagsfaschismus in Österreich täglich zu-

nimmt. Sogar die Frau Lunacek - habe ich neulich in der "Presse" gelesen - fährt nach München und vernadert unsere Heimat. Es zieht sich ein rot-grüner Faden von Stockholm, wo die Sanktionen von Herrn Klima bestellt wurden, über die Häupl-Tour nach Lissabon bis zum Frankreich-Trip vom Herrn Gusenbauer durch. Es ist immer wieder Stimmung für die Beibehaltung der Sanktionen gegen Österreich gemacht worden.

Am 1. Mai, beim Bundesparteitag der SPÖ, hat zum Beispiel der Landeshauptmann festgestellt, dass er Verständnis für die Sanktionen zeigt, weil auch er die FPÖ nicht in der Regierung haben will. Das sei ihm unbenommen, nur das ist genau das, wenn man sagt, man hat Verständnis für diese Sanktionen, worauf sich dann die EU-Staaten immer wieder beziehen. Und keiner ist auf Ihrem Parteitag aufgestanden, als ausländische Gäste gesagt haben, diese Sanktionen gegen die österreichische Bevölkerung sind gerechtfertigt und werden beibehalten! Keiner von Ihnen ist aufgestanden! Das ist wirklich ein Skandal sondergleichen! (*Beifall bei der FPÖ. - Abg Ilse Forster: Das ist nicht gesagt worden!*)

Hier wird politisches Kleingeld auf Kosten aller Österreicher gewechselt! (*Abg Ilse Forster: Das hat kein Mensch gesagt!*) Hier werden Parteiinteressen vor die Interessen unserer Heimat gestellt! (*Abg Godwin Schuster: Wo ist das gesagt worden?*) Gestern haben wir gehört, es werden jetzt hoffentlich die Landeshauptleute eine Verurteilung der Sanktionen machen. Der Herr Landeshauptmann sagt, man muss aber auch eine Verurteilung der Xenophobie machen. Da wird er zumindest mit uns keinerlei Schwierigkeiten haben (*Abg Harry Kopietz: Sie wissen gar nicht, was das heißt!*), aber sicher nicht so, dass der Herr Landeshauptmann die Wienerinnen und Wiener als xenophob darstellt, weil sie sind nicht fremdenfeindlich! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Er selbst hat nach der Erdrutschniederlage bei der vergangenen Nationalratswahl festgestellt, dass er schwere Fehler in der Ausländerpolitik gemacht hat. (*Abg Ilse Forster: Wir sind aber noch immer die stärkste Partei!*) Häupl wörtlich am 6. Oktober 1999: "Zu lange hat man" - hören Sie zu, weil das haben Sie wahrscheinlich nicht gelesen - "zu viele Ausländer ins Land gelassen und zu rasch eingebürgert. Die Konflikte im Beserlpark und in abgewohnten Grätzeln sind nicht zu übersehen.", weiß Bürgermeister Häupl." - Das stand in der "Kronen Zeitung".

Daher können die Fehler und die Spannungen, die daraus entstehen, sicherlich nicht den Wienerinnen und Wienern in die Schuhe geschoben werden. Darauf werden wir jedenfalls achten. Sie von der SPÖ müssen jetzt Farbe bekennen und letztlich eine Rolle rückwärts machen, weil Sie merken, wie sehr Sie mit Ihrer Vernaderungshaltung unter den Druck der Bevölkerung kommen. Wie Sie, wenn Sie diese Rolle rückwärts machen - was wir uns alle im nationalen Interesse für unsere Heimat wünschen -, das Ihren

Partnern in der Sozialistischen Internationale verkauft werden, ist Ihr Problem. Wir Freiheitliche sagen klar und deutlich, ein Ja zu Wien heißt ein Nein zu den ungerechtfertigten Sanktionen! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Wir fordern Sie alle, meine sehr geehrten Damen und Herren, speziell aber von der SPÖ, auf, im Interesse unserer Stadt, unseres Landes, der Wienerinnen und Wiener, nicht länger dieses internationale Sanktionstheater zu unterstützen und zu applaudieren, sondern endlich klare Worte dagegen zu finden! Wenn die Sanktionen nicht in absehbarer Zeit von den relevanten Kräften und Parteien unseres Landes verurteilt werden, dann glaube ich, dass es gerechtfertigt ist, darüber eine Volksbefragung abzuhalten. Wir werden diese Linie jedenfalls gehen. (*Lange anhaltender Beifall bei der FPÖ.*)

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Für weitere Wortmeldungen bringe ich in Erinnerung, dass sich die Damen und Herren Abgeordneten nur einmal zu Wort melden dürfen und ihre Redezeit mit fünf Minuten begrenzt ist.

Als nächste Rednerin hat sich Frau Abg Mag Hecht zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

Abg Mag Gabriele Hecht (*Liberales Forum*): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Zum Thema "Sanktionen gegen Österreich" stelle ich drei Behauptungen auf:

Erstens betreffen und treffen die Sanktionen der 14 EU-Staaten die Regierung und nicht das österreichische Volk. (*Beifall beim Liberalen Forum und bei der SPÖ.* - Abg Mag Heidemarie Unterreiner: Das ist doch lächerlich!)

Zweitens werden die Sanktionen von dieser Regierung gepflegt und geschürt, weil sie ihr nutzen. (*Beifall beim Liberalen Forum und bei der SPÖ.* - Abg Mag Hilmar Kabas: Nein! Nicht von uns!)

Drittens liegt es alleine an dieser Bundesregierung, die Sanktionen zu beenden. (*Beifall beim Liberalen Forum und bei der SPÖ.*)

Ich werde Ihnen diese drei Behauptungen auch begründen. (*Abg Mag Hilmar Kabas: Sie haben ja am 3. Oktober die Antwort bekommen!*)

Zum ersten Punkt, den Sanktionen der 14 EU-Staaten: Sehr geehrter Herr Klubvorsitzender Kabas, es gibt keine EU-Sanktionen! (*Abg Mag Hilmar Kabas: Natürlich! Das ist ja alles erfunden!*) Es gibt Sanktionen der Staatschefs der 14 EU-Staaten, die natürlich begründet sind. Ich muss Ihnen ja nicht in Erinnerung rufen, welche Zitate Ihres Parteichefs es gibt, von der "ordentlichen Beschäftigungspolitik im Dritten Reich" angefangen, über eine Rede vor SS-Veteranen, in der er gesagt hat: "Wir geben Geld für Terroristen, wir geben Geld für gewalttätige Zeitungen, wir geben Geld für arbeitsscheues Gesindel und wir haben kein Geld für anständige Menschen.", womit er die SS-Veteranen gemeint hat. Ich rede gar nicht von Ihren Ritten gegen Schwarzafrikaner in Wien, Herr Kabas.

"Machtlos gegen 1 000 Nigerianer!" (*Abg Mag Hilmar Kabas: Das war eine Zeitungsüberschrift, Sie Analphabetin!*) Das war ein Inserat, eine bezahlte Anzeige! (*Abg Mag Hilmar Kabas: Das sind doch Überschriften von Zeitungen!*) Ich rede von Ihren Plakaten. Ich rede von Ihren verhetzenden Aussendungen, die Sie in Wien an jeden Haushalt geschickt haben! (*StR Johann Herzog: Das sind Überschriften von Zeitungsartikeln!*) Das Problem mit der FPÖ ist, dass sie unbeliehrbar ist! Sie lernen nicht dazu und verändern sich nicht! (*Beifall beim Liberalen Forum und bei der SPÖ.* - StR Johann Herzog: Sie sind unbeliehrbar!)

Das, was die FPÖ in den letzten Jahren getan hat, was Ihr Parteichef getan hat, war Anlass für Sanktionen der 14 EU-Chefs, die ich verstehe. (*Abg Mag Hilmar Kabas: Und die Sie begrüßen!*) Ich kann sie verstehen und ich kann sie nachvollziehen. Dass man gegen die Sanktionen ist, ist selbstverständlich. Ich bin auch gegen Sanktionen gegen Österreich (*StR Johann Herzog: Es gibt keine, haben Sie gerade gesagt!*), aber man muss sich die Frage stellen, wer schuld an den Sanktionen ist. Nicht der Herr Chirac, sondern der Herr Haider ist schuld an den Sanktionen! (*Beifall beim Liberalen Forum und bei der SPÖ.*)

Der zweite Punkt: Ich behaupte, die Sanktionen werden von der Regierung bewusst gepflegt und geschürt. Auch das kann ich Ihnen nachweisen. Es hat eine Umfrage in der Zeitschrift "Format" gegeben, dass 88 Prozent der Bevölkerung gar nichts von den Sanktionen bemerkten haben (*Abg Mag Hilmar Kabas: Da können wir schnell den Gegenbeweis herbeiführen!*), weil die ungerechtfertigten emotionalen Reaktionen, die es zu Beginn gegeben hat, wie Schüler schlecht behandelt wurden, wie Touristen im Ausland schlecht behandelt wurden, haben sich bereits gelegt. Das hat sich beruhigt. Da hat man eingesehen, dass das ungerechtfertigt war und dass es die Falschen trifft. (*Abg Dr Herbert Madejski: Lesen Sie einmal die Überschrift der heutigen "Kronen Zeitung"*) Davon reden wir heute gar nicht mehr. Aber das, was diese Regierung jetzt tut, ist eine klare Methode zur Ablenkung für die unpopulären Maßnahmen, die sie jetzt in ihrer Regierungsarbeit setzte. Die Regierung möchte in Österreich Druck erzeugen, um eine Akzeptanz dieser Regierung in Österreich zu erzwingen, und zwar indem man die Opposition dazu zwingen möchte, diese Regierung zu akzeptieren.

Der Herr Kabas hat selbst zitiert, dass schon sehr viele EU-Staaten für eine Beruhigung in der Beziehung mit Österreich eintreten. Wenn das in Österreich bemerkt wird, dass eine Deeskalation stattfindet, dann fällt dem Herrn Haider sofort wieder etwas ein, um es erneut anzustacheln. (*Abg Heinz Christian Strache: Das machen schon Häupl und andere!*) Der Gipelpunkt dieses Aufstachels, Herr Kabas, ist Ihre Forderung, die Sie heute wiederholt haben, nämlich eine Volksbefragung, ob die Österreicher für Sanktionen oder ob sie dagegen sind. Das ist eine lächerliche Frage! (*Abg Mag Helmut Kowarik: Warum sollen wir*

*nicht fragen?!* Selbstverständlich wünschen sich die Österreicher keine Sanktionen gegen ihr eigenes Land! (StR Karin Landauer: Sie haben gerade gesagt, Sie haben Verständnis dafür!)

Jetzt möchte ich noch ganz kurz zum dritten Punkt kommen: Es liegt alleine an dieser Regierung, die Sanktionen zu beenden. Das, was Sie machen, dieser nationale Schulterschluss, den Sie haben wollen, ist erstens ein Versuch, die Kritiker mundtot zu machen und zweitens ein Einbunkern. Es gäbe Maßnahmen, die die Regierung setzen muss, und zwar vertrauensbildende Maßnahmen ...

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs (*unterbrechend*): Frau Abgeordnete, Ihre Zeit ist abgelaufen.

Abg Mag Gabriele Hecht (*fortsetzend*): Liebe Frau Präsidentin, ich bin so oft unterbrochen und an meiner Rede gehindert worden, dass ich diesen Satz noch zu Ende führen möchte.

... ein Zugehen auf die EU auf diplomatischem Wege.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs (*unterbrechend*): Frau Abgeordnete, das ist nicht möglich.

Abg Mag Gabriele Hecht (*fortsetzend*): Wenn Herr Schüssel einmal sagen würde, er habe Verständnis für diese Sanktionen (StR Karin Landauer: Warum sollte er das sagen?), dann wäre das schon ein großer Schritt in Richtung einer Normalisierung der Beziehungen mit der EU. (Beifall beim Liberalen Forum, bei der SPÖ sowie des Abg Mag Christoph Chorherr.)

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Als nächster Redner hat sich Herr Abg Mag Chorherr zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Mag Christoph Chorherr (*GRÜNE*): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Wenn ein internationaler Beobachter Gründe sucht, warum es vielleicht sinnvoll ist, die eine oder andere diplomatische Note gegen eine Partei zu setzen, die so agiert, wie Sie jetzt agieren, und er würde oben auf der Galerie sitzen und bemerken, wie eine Partei ein parlamentarisches Gremium zum Bierzelt herabstuft, grölt, schreit, polemisiert ... (StR Walter Prinz: Das darf doch nicht wahr sein!) Grölen und schreien Sie ruhig weiter! (StR Johann Herzog: Das kommt bei Ihnen nie vor!) Die Wiener Bevölkerung wird in keiner wie auch immer gearteten demokratischen Wahl eine Partei wie Sie überhaupt in die Lage bringen, in die Regierung zu kommen! Da bin ich froh, da bin ich stolz auf die Wiener Bevölkerung, die Ihnen in allen Meinungsumfragen ein deutliches Signal gibt! (StR Karin Landauer: Das glauben Sie! Das ist Ihr Wunscheden!) Für diese Politik gibt es ein deutliches Signal der Wiener Bevölkerung! (StR Johann Herzog: Warten Sie die Wahlen ab!) So schaut es für die FPÖ in Wien aus und darüber bin ich froh! (Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPÖ. - Abg Heinz Christian Strache: Das schauen wir uns an!)

Zum Glück gibt es ein Mikrofon im Gemeinderatsaal, so dass es noch möglich ist, im Gegröle der FPÖ zumindest ohne Gegenzuschreien, ein paar Ar-

gumente entgegenzusetzen. Was ist der Grund dafür, warum die FPÖ flehentlich bittet und alles versucht, um immer wieder das Thema "EU und Sanktionen" hinaufzubringen? (Abg Mag Helmut Kowarik: Wir brauchen es nur abzuschaffen!) Der Grund ist, weil Ihre bisherige Performance, Ihre bisherigen Maßnahmen, die Sie in der Bundesregierung gesetzt haben, eine verheerende Bilanz aufweisen! Darum wollen Sie überhaupt nicht über Innenpolitik sprechen, über das, was bei den Zivildienern passiert, über das, was Sie beim Postversand den vielen Tausenden Vereinen zufügen wollten, über das, was Sie bei der Presseförderung vorhaben (Abg Heinz Christian Strache: Das geschieht auf Grund des finanziellen Chaos, das Sie hinterlassen haben!), wo Sie mit der Presseförderung auch auf Bundesebene permanent versuchen zu erpressen und - so weit sind wir bereits - die unabhängigen Medien unter Druck setzen wollen (StR Karin Landauer: Haha! Unabhängige Medien!), über das Debakel bei den Pensionen, wo sich zeigt, dass diese Politik eine Abfuhr bekommt! Das ist der Grund, warum Sie nicht über Innenpolitik reden wollen. Das ist der Grund, warum Sie darüber hinwegtäuschen wollen und immer wieder dieses Europathema hervorziehen!

Reden wir ruhig kurz auch über den Grund, warum viele europäische Länder wie zum Beispiel Frankreich oder Belgien aus der Kenntnis der Geschichte, aus eigenem Erleben von Geschichte, sehr sensibel sind auf Töne, die aus Österreich oder aus Deutschland kommen, die nahtlos dort anschließen, was zu Terror in diesen Ländern geführt hat. (Abg Heinz Christian Strache: Kommunismus!) Wie viel geschichtliche Kenntnis muss man Ihnen nachsagen, um ein bisschen Verständnis zu bekommen?

Es richtet sich nicht dahin, sondern in diesem Bereich, wo es einen Grund gibt, dass ein Herr Görg vielleicht nicht da ist und wo ich eine Hochachtung auch vor dem StR Marboe habe, der im Unterschied zu vielen anderen in seiner Partei klare Worte gegen diese Bundesregierung gefunden hat. Wie geht es einem eigentlich, wenn man sich das anhört? Wie geht es einem eigentlich, wenn man sich das anhört und das Gefühl hat, mit denen sitzt man in einer Regierung, mit diesem Stil (Abg Mag Heidemarie Unterreiner: Was ist denn das für ein Stil?), mit dieser Hetzerei, mit Schaum vor dem Mund, mit dem der Herr Kabas hier steht, sich hysterisch an sein Papier klammert und seine Parolen herunterklopft? Wie geht es Ihnen eigentlich damit? (StR Karin Landauer: Sagen Sie, haben Sie sich schon einmal gesehen?) Wie rechtfertigen Sie auch gegenüber Ihren Wählern diese Politik?

Das ist der Grund, warum wir vehement, vor allem auf Bundesebene, aber auch in Wien, ganz kühl der österreichischen Bevölkerung das kommunizieren, was das Ergebnis der FPÖ-Regierungsbeteiligung ist und uns ganz stark auf den Wahltag im nächsten Jahr freuen, wo ein deutliches Signal kommen soll,

dass es einen ganz großen Wahlverlierer gibt, was gut für Wien ist und auch in ganz Europa wahrgenommen wird, denn die erste große Wahl wird ein deutlicher Verlust für die FPÖ sein. Darum sind Sie auch so hysterisch! - Danke. (*Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPÖ.*)

**Präsidentin Maria Hampel-Fuchs:** Als nächster Redner ist Herr Abg Mag KARL zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

**Abg Mag Franz KARL:** Frau Präsidentin! Hohes Haus!

"Die Union beruht auf den Grundsätzen der Freiheit, der Demokratie, der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie der Rechtsstaatlichkeit." - So beginnt der Artikel 6 Z 1 des Vertrags von Amsterdam.

Wo, meine Damen und Herren, hat die österreichische Bundesregierung die Grundsätze der Freiheit, der Demokratie, der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie die Rechtsstaatlichkeit gebrochen? Ich frage Sie: Wo? (*StR Dr Friedrun Huemer: Da könnten uns schon einige Gründe einfallen!*)

Hingegen ist die Handlungsweise der 14 EU-Staaten ein klarer Verstoß gegen die Menschenrechte und gegen die Rechtsstaatlichkeit, eine Verurteilung, ohne den Angeklagten zu hören, eine Verurteilung, ohne auch nur einen konkreten Grund anzugeben! Nicht Österreich hat den EU-Vertrag gebrochen, sondern die 14 anderen Mitglieder! (*Beifall bei der ÖVP und FPÖ.*)

So sieht dies auch der Großteil der Österreicher, wenn diese nicht gerade die rote oder grüne Brille aufhaben. Die liberale erwähne ich gar nicht mehr, weil die hat sich schon mit der grünen integriert. (*Beifall bei der ÖVP und FPÖ.*)

Die Sanktionen gegen Österreich sind undemokatisch! Sie sind ungerecht, ja ungeheuerlich! Ich habe daher das vollste Verständnis dafür, dass sich Österreich wehren muss. Dieses Wehren muss meiner Ansicht nach primär auf rechtlicher Ebene erfolgen, erst in zweiter Linie auf politischer. Daher ist eine Volksbefragung, über deren Ergebnis es wohl keinen Zweifel geben kann, erst als ultima ratio anzusehen.

Meine Damen und Herren, ich frage Sie: Was hat sich zwischen dem 5. Jänner und dem 5. Mai 2000 in Österreich geändert? Brennen bei uns Asylantenheime, wie es in Deutschland der Fall war? Ziehen Nazihorden durch die Straßen, wie in manchen skandinavischen Ländern? Gibt es Verfolgung von Ausländern wie in Spanien?

Nichts davon, meine Damen und Herren, ist der Fall. Das Österreich im Mai 2000 unterscheidet sich vom Österreich im Jänner 2000 nur dadurch, dass wir jeden Donnerstag mit stark verkehrsbehinderten, für die Straßenreinigung relativ teuren Demonstrationen konfrontiert sind und dass jeder zweite Künstler es als künstlerische Aussage betrachtet, wenn er zum Widerstand aufruft. (*Beifall bei der ÖVP und FPÖ.*)

Waren wir in den vergangenen Jahrzehnten nicht nahezu in jedem europäischen Konflikt erste Anlaufstelle für Verfolgte? - 170 000 Ungarn 1956, 162 000 Tschechen und Slowaken 1968, Tausende Polen 1981, die Kroaten und die Bosnier 1991 und 1992 und zuletzt die Kosovo-Albaner. (*Abg Helga Klier: Da hatten wir auch noch eine andere Regierung!*)

Weil am 1. Mai starke Worte gefunden wurden: Ist Marcus Omofuma unter einem sozialdemokratischen Innenminister umgekommen oder unter dem jetzt regierenden christdemokratischen? (*Beifall bei der ÖVP. - Abg Johann Hatzl: Sie wissen, was Sie jetzt gesagt haben?*) Ich habe vom 1. Mai gesprochen. (*Abg Johann Hatzl: Da würde ich Ihnen jetzt wirklich empfehlen, darüber nachzudenken!*)

Häupl und Pröll - so hat es heute in der Früh im Radio geheißen - werden zusammen etwas in der Frage der EU-Sanktionen unternehmen. Ich würde das sehr begrüßen! Denn, so sehr wir die urbane und weltoffene Haltung des Herrn Landeshauptmanns Häupl schätzen, frage ich mich, welcher Teufel ihn geritten hat, als er auf der Mai-Tribüne "tief in die Tasten gegriffen hat", während sein Amtsvorgänger, Herr Dr Zilk, einen Tag vorher ein Plädoyer für Österreich gehalten hat, das man in jedem Punkt unterschreiben kann.

Zur Frau Hecht: Lassen Sie mich deutlich sagen, der Versuch zwischen dem Volk und seiner Regierung zu unterscheiden, ist zutiefst undemokatisch. (*Abg Godwin Schuster: Wo ist denn die Demokratie zu Hause?*) Denn nur in Diktaturen wie der ehemaligen DDR ist der Ruf "Wir sind das Volk und die anderen die Regierung" zulässig. In einer Demokratie repräsentiert die parlamentarische Mehrheit immer das Staatsvolk, gleichgültig was Verblendete, die eine Niederlage nicht verkraften können, auch immer sagen. (*Beifall bei der ÖVP und FPÖ.*)

Die Worte der Kardinäle Christoph Schönborn und Franz König sollten uns Mahnung und Auftrag sein: "Das Fundament stabiler Gemeinsamkeit, das unsere Republik in den vergangenen Jahrzehnten zu einem Hort der Gerechtigkeit, Mitmenschlichkeit und des Wohlstands gemacht hat, droht kleiner zu werden. Wir sind in Sorge um das Miteinander in Österreich."

Meine Damen und Herren! Die Österreichische Volkspartei bekennt sich zu Wien, zu Österreich und zu Europa. Sorgen wir dafür, dass sich dieses Österreich, das sich mit der größten Mehrheit aller Unionsstaaten für Europa entschieden hat, nicht wieder von diesem so wichtigen Europa abwendet.

**Präsidentin Maria Hampel-Fuchs (unterbrechend):** Herr Abgeordneter.

**Abg Mag Franz KARL (fortsetzend):** Wir, wir alle müssen dieses Europa wieder zu seinen Grundwerten zurückführen! (*Beifall bei der ÖVP und FPÖ. - Abg Godwin Schuster: Und null Kritik zur FPÖ! Das ist unglaublich!*)

**Präsidentin Maria Hampel-Fuchs:** Als nächster

Redner hat sich Herr Abg Kopietz zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

**Abg Harry Kopietz (SPÖ):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

FPÖ und ÖVP haben das größte außenpolitische Debakel herbeigeführt, das man sich vorstellen kann! (*Abg Michael Kreißl: Nein, die SPÖ war es!*) Die blau-schwarze Regierung hat bisher nichts getan, um die Situation zu verbessern! Um keine Legenden aufkommen zu lassen, die Sozialdemokratie ist mit Maßnahmen gegen die österreichische Zivilgesellschaft selbstverständlich nicht einverstanden! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Würde ich grundsätzlich nicht so zurückhaltend sein, würde ich sagen, Herr Kollege Kabas, Sie müssen eine wahnsinnige Panik um Ihre Person vor Ihrer Partei und dem nahen Parteitag haben, um eine derartige Rede und derartige Aktionen zu starten! (*IStR Johann Herzog: Danke für die Sorge! Sie ist aber unnötig!*)

Meine Damen und Herren! Wir unterstützen seine Kandidatur. Wenn man sich nicht nur in dieser Rede die wunderbaren Pamphlets anschaut, das Sie aussenden - ich hoffe, es kommen noch einige -, so ist das so tief, dass es der Letzte begreift, worum es geht, wenn Sie darin versuchen, im Vorfeld der heutigen Diskussion Lhptm Dr Häupl unglaubliche Unterstellungen herbeizuschreiben, wo Sie zum Beispiel bewusst - ich hoffe nicht, dass die Einfältigkeit der Grund war, sondern die Bewusstheit - den Prager Bürgermeister als sozialistischen Bürgermeister bezeichnen, obwohl dieser - wie Sie wissen - der ODS angehört und somit den Konservativen in Europa. Eine Lüge folgt der anderen! Dafür kann ich gerne den Beweis antreten und erwarte mir auch gerne - wenn es sein muss - eine Rüge dafür. Ich stehe dazu!

Die SPÖ ist immer gegen Einzelsanktionen gegen die Bürger Österreichs eingetreten. Ich erinnere an die Ereignisse, wo Schüler ausgeladen wurden, wo Touristen beschimpft wurden. Es war das Engagement von Lhptm Häupl und des Parteivorsitzenden Alfred Gusenbauer sowie anderer SPÖ-Funktionäre bei den EU-14, damit derartige Sanktionen wieder verschwunden sind. Das war die Aufgabe, die sie auch übernommen haben, wobei sich der Landeshauptmann auf einer guten Basis befand, denn immerhin hat dieser Landtag - ich erinnere daran - eine Resolution beschlossen, wo wir die Bestürzung über die Beteiligung der FPÖ manifestiert und den Landeshauptmann ersucht haben, weiterhin durch den Einsatz seiner ganzen Persönlichkeit und seines politischen Gewichts die drohenden gesellschaftspolitischen sozialen Verwerfungen und wirtschaftspolitischen Schäden von Österreich et cetera abzuwenden. Wir waren sehr klug und haben schon zu dem Zeitpunkt gewusst, worum es geht, meine Damen und Herren. Sie wissen es bis heute offensichtlich noch nicht!

Es war auch Lhptm Häupl, der beim Rat der Ge-

meinden und Regionen Gesamteuropas eine Resolution eingebracht hat, der zugestimmt wurde. Ich sage Ihnen, lesen Sie sie einmal, dann würden Sie sehen, wie man vorgehen muss, um in Europa akzeptiert zu werden!

Wenn jemand sagt, wir wollen Haiders FPÖ nicht in der Regierung, dann kann ich das verstehen. Ich will sie auch nicht in der Regierung, meine Damen und Herren! (*Beifall bei der SPÖ. - Abg Heinz Christian Strache: Die Entscheidung liegt nicht bei Ihnen!*)

Ja zu Wien, heißt nein zu Jörg Haider und seiner FPÖ! Es ist Jörg Haider, der durch seine wiederholten EU-feindlichen und aggressiven Äußerungen gegen Politiker diese Sanktionen schürt. Er hat in der Aschermittwochrede über Jacques Chirac gesagt - ich werde mich hier kurz verbreiten -, Österreich braucht diesen Westentaschen Napoleon des 21. Jahrhunderts nicht, sein ausgestreckter Zeigefinger habe die moralische Qualität von Pinocchio. Kein Wunder, dass dieser so reagiert.

Über unseren Bundespräsidenten Klestil: Der Bundespräsident habe bei der Angelobung der neuen Bundesregierung dreingeschaut, als hätten ihm die Hühner das Brot gestohlen. Der Volksmund rede schon davon, dass Waldheim nicht mehr ins Ausland konnte, Klestil könnte nicht mehr ins Inland. - Haider O-Ton.

Über USA und Bill Clinton: Auch der amerikanische Präsident Bill Clinton habe es nicht notwendig, Österreich zu kritisieren. Amerika, das die Indianer in Reservate gesteckt habe, sorge sich nun um die verbliebenen Roten in Österreich und in der EU. - Haider O-Ton. (*Abg Heinz Christian Strache: Alles richtig!*)

Alles Sozialdemokraten, die er beschimpft hat, meinen Sie oder versuchen Sie uns immer wieder aufs Aug' zu drücken, wie man auf wienerisch sagt. Jörg Haider versucht damit immer wieder aufs Neue, die außenpolitische Isolation Österreichs zu erhalten. Die Reaktion der EU-14 wurde durch die fortgesetzten Sprüche Jörg Haiders ausgelöst. Die Regierung würde Österreich den größten Dienst erweisen, meine Damen und Herren, wenn sie sich endlich dazu durchringen würde, sich glaubwürdig von Jörg Haider zu distanzieren!

Die SPÖ ist gegen die von der FPÖ gewünschte Volksbefragung. Das Ergebnis ist klar. Das ist eine No-na-Frage und eine Verschleuderung von 50 Millionen S. Die Steuergelder wären anderswo besser angelegt. Allein die Debatte über eine mögliche Volksbefragung macht einmal mehr als deutlich, dass die Regierung an einer Aufhebung der Sanktionen kein Interesse hat. Im Gegenteil, die Regierung betreibt damit eine bewusste Eskalationsstrategie, da ihr die Sanktionen aus innenpolitischer Sicht sehr gelegen kommen. So lange die Sanktionen nämlich Nummer-1-Thema sind, gerät das ungerechte Belastungspaket der Regierung in den Hintergrund!

Ich fordere daher, zum Schluss kommend, die blau-schwarze Bundesregierung auf, ihre Sanktionen

gegen das österreichische Volk einzustellen, meine Damen und Herren! (*Abg Heinz Christian Strache: Das war schwach!*) Das ist das viel größere Problem, als die bilateralen Maßnahmen der EU-Staaten gegen Österreich. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ja zu Wien, heißt nein zu den Sanktionen der Regierung gegen Wien!

**Präsident Johann Römer (unterbrechend):** Herr Abgeordneter, Ihre Zeit ist jetzt schon länger vorbei.

**Abg Harry Kopietz (fortsetzend):** Ich erinnere daran, Kärnten bekommt 12 Prozent Zivildiener mehr und Wien 50 Prozent weniger. Ja zu Wien, heißt nein zur Bundesregierung der Grauslichkeiten! Statt den kleinen Mann zu unterstützen, wird gerade der kleine Mann mit massiven Belastungspaketen belegt! (*Abg Mag Franz KARL: Zehn Minuten!*)

Meine Damen und Herren! Ich kann nur nochmals die Bundesregierung auffordern, ja zu Wien zu sagen und sich endlich von Jörg Haider zu distanzieren! (*Beifall bei der SPÖ.*)

**Präsident Johann Römer:** Zum Wort gemeldet ist Herr Abg Dr Alkier. Ich erteile es ihm.

**Abg Dr Wolfgang Alkier (Liberales Forum):** Herr Präsident! Sehr verehrte Damen und Herren!

Der Höhepunkt der bisherigen Diskussion im Sinne eines Tiefpunkts war die Aussage, dass die Unterscheidung zwischen einem Volk und seiner Regierung zutiefst undemokratisch ist. (*Abg Mag Heidemarie Unterreiner: So ist es auch!*)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn der Qualtinger seinen Herrn Karl, nicht Herrn Karl genannt hätte, die einzige Alternative, die er gehabt hätte, wäre, dass er ihn Herrn Franz genannt hätte, bei diesem Geschichtsverständnis, das Sie haben, Herr KARL. (*Abg Mag Franz KARL: Was ist eine Demokratie ohne eine Regierung?*) 1933 hat es in Deutschland auch demokratische Wahlen gegeben. Die Regierung, die in Deutschland daraus hervorgegangen ist, ist auch nicht von allen Menschen im Volk gutgeheißen worden. (*Abg Mag Franz KARL: Das ist ein ungeheuerlicher Vergleich!*) Diejenigen, die sich gegen diese Regierung gestellt haben, als Undemokraten darzustellen, ist genauso perfide, wie wenn Sie das heute machen, Herr KARL! (*Beifall beim Liberalen Forum, bei der SPÖ und bei den GRÜNEN.* - *Abg Mag Franz KARL: Hören Sie auf! Das ist beschämend!*)

Ich, Herr KARL, habe diese Regierung nicht gewählt und ich bin stolz darauf! Und niemand hier oder in Österreich hat diese Regierung gewählt! (*Beifall beim Liberalen Forum und bei der SPÖ.*)

Gewählt wurde am 3. Oktober ein Parlament. Es wurden so genannte freie Mandatare gewählt. Es wurde eine Österreichische Volkspartei gewählt, mit einem Parteiobermann, der ein Wahlversprechen abgegeben hat, das geheißen hat: "Werde ich Dritter, gehe ich in die Opposition." (*Beifall beim Liberalen Forum und bei der SPÖ.*) Ich glaube, er wurde Dritter und hat sein erstes Wahlversprechen gebrochen, der

Herr Schüssel. (*Abg Klemens Rehse: Und wie haben die Liberalen abgeschnitten?*)

Die Mehrheitsverhältnisse in diesem Parlament waren zu diesem Zeitpunkt im Wesentlichen keine anderen als vorher. Also tun Sie nicht so, als ob dieser Regierungswechsel ein demokratischer Wunsch war! Diesen Tabubruch - wenn Sie es sich früher getraut hätten, mit dieser FPÖ eine Regierung zu machen - hätten Sie schon früher haben können. Also reden Sie sich nicht immer darauf aus, dass es eine demokratische Entscheidung war! Das war bei weitem keine demokratische Entscheidung! (*Abg Mag Franz KARL: Das war eine demokratische Entscheidung!*) Das war eine Aufholjagd dieser ÖVP bei den Parlamentswahlen, die durch zwei Dinge bestimmt war, nämlich einerseits durch die Ankündigung von Herrn Schüssel, die er nicht gehalten hat, dass er in Opposition gehen würde, wenn er Dritter wird, und andererseits durch eine Reihe von KandidatInnen Ihrer Seite, die gesagt haben, mit der FPÖ würden sie sicher keine Koalition eingehen. Erinnern Sie sich doch an die Frau Inzersdorfer-Chefin, die noch immer im Parlament sitzt (*Abg Mag Hilmar Kabas: Und Sie nicht mehr! Sie sind weg vom Parlament und in Kürze auch von hier!*) und gesagt hat, wenn die ÖVP eine Regierung mit der FPÖ machen wird, dann werde sie ihr Mandat hergeben. Das heißt, sehr viele Menschen, die demokratisch die ÖVP gewählt haben, haben diese sehr wohl nur unter dieser Voraussetzung gewählt. (*Abg Mag Hilmar Kabas: Sie sind demokratisch abgewählt worden!*)

Darüber brauchen wir nicht zu reden. Das Liberale Forum ist demokratisch abgewählt worden. Das stelle ich nicht in Frage. So ist es. (*Abg Mag Hilmar Kabas: Daher ist das alles ein Holler!*) Ich bin nicht begeistert darüber, aber das nehme ich als Demokrat zur Kenntnis. Ich nehme jedoch als Demokrat nicht zur Kenntnis, dass diese Regierung gewählt wurde. (*Abg Mag Hilmar Kabas: Das ist eine Mehrheit!*) Es wurde ein Parlament gewählt. (*Beifall beim Liberalen Forum und bei der SPÖ.* - *Abg Johannes Prochaska: Das ist ungeheuerlich! Sie gehören in eine Volksdemokratie!* - *Abg Georg Fuchs: Das ist ungeheuerlich!* - *Abg Han-no Pöschl: Herr Präsident, bitte!*)

**Präsident Johann Römer (unterbrechend):** Ich bitte um ein bisschen Ruhe im Saal und darum, Herrn Abg Dr Alkier weitersprechen zu lassen.

**Abg Dr Wolfgang Alkier (fortsetzend):** Danke schön.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die andere Seite ist, ich bin persönlich gegen die Sanktionen. Ich bin gegen diese Sanktionen, wohlgemerkt nicht gegen die EU-Sanktionen, damit man noch einmal diese Semantik ganz klar herausstreichet, denn es gibt keine EU-Sanktionen. Es gibt Sanktionen von 14 EU-Staaten. Ich sage Ihnen den Hauptgrund, warum ich gegen diese Sanktionen bin. Diese Sanktionen stärken und bunkern diese Regierung scheinbar ein. Das ist das, was ich am wenigsten wünsche.

*(Beifall beim Liberalen Forum. - Abg Mag Franz KARL: Dann schaffen wir es ab!)*

Das ist die Begründung dafür, weswegen ich gegen jede Sanktion bin. Nur, meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie hätten in diesem Sinne den Titel dieser Aktuellen Stunde erweitern müssen: "Ja zu Wien" - dazu stehe ich -, "heißt nein zu Sanktionen" - dazu stehe ich auch, - "aber das heißt auch nein zu dieser Bundesregierung." *(Beifall beim Liberalen Forum und bei der SPÖ. - Abg Mag Hilmar Kabas: Nein, wirklich nicht! Mehrheit ist Mehrheit! Das werden Sie noch lernen!)*

Präsident Johann Römer: Als nächster Redner ist Herr Abg Dr Tschirf zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Dr Matthias Tschirf (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Das, was wir jetzt vom Kollegen Alkier erlebt haben, war sicherlich ein Tiefpunkt des Niveaus in diesem Hause! *(Beifall bei der ÖVP und FPÖ.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Was hat Kollege Alkier hier getan? - Er hat die Wahlen vom 5. März 1933 mit den Wahlen vom Oktober 1999 auf die gleiche Stufe gestellt! Meine sehr geehrten Damen und Herren, er hat damit nichts anderes getan, als das, was im Nationalsozialismus geschehen ist, zu relativieren, zu einem normalen demokratischen Prozess zu erklären! Das ist ungeheuerlich und gehört an dieser Stelle auf das Schärfste verurteilt! *(Beifall bei der ÖVP und FPÖ. - Abg Josefa Tomsik: Das ist aber schon geschichtlich nachgewiesen!)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich würde wirklich, bei aller persönlichen Wertschätzung, gerade von Mitgliedern der Sozialdemokraten, darum bitten, sich bei solchen Äußerungen zurückzuhalten *(Abg Josefa Tomsik: Das ist alles geschichtlich!),* was am 5. März 1933 geschehen ist, auf gleiche Stufe zu stellen. Das ist so ungeheuerlich, dafür gibt es keine Worte mehr! *(Abg Godwin Schuster: Er hat das ja gar nicht gesagt! Das interpretieren Sie nur!)*

Das hat er gemacht, weil er hat davon gesprochen, dass das Ergebnis genauso undemokratisch zu Stande gekommen wäre, wie im Jahr 1933. Vielleicht fehlt Ihnen das politische Wissen, vielleicht fehlt Ihnen die historische Bildung, um zu wissen, wie das damals vor sich gegangen ist! *(Abg Godwin Schuster: Ja, die historische Bildung wäre jetzt notwendig!)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist jenes Bild, das im Ausland gezeichnet wird, wo wir uns dann nicht wundern sollten, warum entsprechende Reaktionen erfolgen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es hat gestern der Generalsekretär des Außenamtes, Albert Rohan, klipp und klar gesagt, dass das beste Mittel, die Sanktionen zu überwinden, darin besteht, dass alle in Österreich zusammenstehen. *(Amtsf StR Dr Sepp Rieder: Das hat er nicht gesagt!)* Das ist der Weg, den wir gehen sollten! *(Beifall bei der ÖVP und*

*FPÖ.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich weiß, dass man hier Unterschiedliches heraushören kann. *(Abg Godwin Schuster: Das hat er nicht gesagt! Das haben Sie vielleicht gehört, aber das hat er nicht gesagt! - Abg Heinz Hufnagl: Obwohl er ein Konservativer ist, hat er das nicht gesagt!)* Orientieren Sie sich bitte an dem, was der Präsident des Verfassungsgerichtshofs, Adamovich, vor dem französischen Senat vor kurzem entsprechend vorgetragen hat. *(Abg Godwin Schuster: Kollege Tschirf, sagen Sie etwas zu Ihrem Regierungspartner!)* Es handelt sich nicht darum, dass gegen eine Regierung vorgegangen wird, sondern 14 Regierungen setzen Sanktionen gegen die österreichische Bevölkerung! *(Abg Godwin Schuster: Nein!)* Das ist das Problem! *(Abg Mag Gabriele Hecht: Keine Sanktionen gegen die Bevölkerung!)* Es ist traurig, wenn das von Ihrer Seite nicht so gesehen wird.

Wer sind die Leidtragenden? - Nicht die Diplomaten. Reden Sie mit den Diplomaten. Zu denen sagen in Brüssel Vertreter anderer Staaten, dass es ihnen unangenehm ist. Leiden tun beispielsweise die Schüler. Darum sollte es uns gehen, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der ÖVP und FPÖ.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte gerade in Richtung der Liberalen auf einen wirklichen Liberalen Europas hinweisen, der die richtigen Worte findet, nämlich Klaus Kinkel, den langjährigen Außenminister der FDP, Mitglied des deutschen Bundestags, der klipp und klar sagt, dass die Sanktionen gegen Österreich unklug sind. Klaus Kinkel sagt, die EU habe sich auf ihrem Weg vergaloppiert. Das sind Worte, die ich mir auch vom Liberalen Forum hier erwarten würde. *(Abg Dr Wolfgang Alkier: Das habe ich auch gesagt!)* Klaus Kinkel - einer, der das zu Recht kritisch sieht - sagt, was Jörg Haider und die Aussagen von Jörg Haider betrifft, es wäre besser gewesen, diese Maßnahmen nicht zu setzen. Daran sollten sich die Liberalen auch in diesem Hause orientieren und sich nicht in etwas hineinmanövrieren, aus dem sie offensichtlich nur schwer herauskommen. *(Abg Hanno Pöschl: Sie nehmen Jörg Haider die ganze Zeit in Schutz!)*

Für uns ist der richtige Weg klar, dass wir unsere Probleme in Österreich lösen und dass wir dazu nicht das Ausland benutzen, um innenpolitisch offensichtlich etwas zu erzielen, was allen Österreichern auf den Kopf fällt. Wir brauchen nur in einem Buch eines amerikanischen Autors nachzulesen, "Big Trade" heißt es. Wie es damals bei der Waldheim-Affäre war, das brauchen wir kein zweites Mal! Tun wir uns zusammen! Es geht um Österreich, es geht um Wien! *(Beifall bei der ÖVP und FPÖ.)*

Präsident Johann Römer: Als nächster Redner ist Herr Abg Dr GÜNTHER zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Dr Helmut GÜNTHER (FPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Nach dem Unrechtsbeschluss von Lissabon, der vom Ratsvorsitzenden, portugiesischen Ministerpräsidenten und auch Vorsitzenden der Sozialistischen Internationale Guterres initiiert wurde und der sich immer auf die europäischen Werte bezieht, sind sozialistische Spitzenpolitiker Österreichs als Drahtzieher durch die Lande gezogen. Dabei sind der neue sozialistische Bundesparteiobmann Gusenbauer, der ehemalige Wiener Stadtrat und jetzige EU-Abgeordnete Swoboda und der Wiener Lhptm Häupl an der Spitze gestanden.

Aber lassen Sie mich einmal darauf zurückkommen, was die europäischen Werte sind. Es gibt keine Definition der europäischen Werte, auf die man sich immer beruft. Nur im Vertrag von Amsterdam von 1998 wird festgestellt, dass Freiheit, Achtung der Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit die vier europäischen Werte darstellen. Genau diese Punkte wurden in Österreich nie verletzt und werden auch durch diese Bundesregierung seit 2. Februar 2000 nicht verletzt.

Es ist interessant, dass im Bereich der Menschenrechte in Österreich vom Europäischen Parlament ein tadelloser Umgang mit diesen festgestellt wurde. Anders schaut es in einem der Länder aus, in denen besonders gegen Österreich gehetzt wird, nämlich in Frankreich, wo Jacques Chirac dies vermutlich deshalb tut, weil er die Vorherrschaft in Europa übernehmen möchte, nachdem Kohl eine große Lücke in diesem Bereich hinterlassen hat und Schröder noch lange nicht hineingewachsen ist. Bezuglich Frankreich wird in diesem Menschenrechtsbild zum Beispiel festgestellt, dass dort der Polizei ein brutales Vorgehen vorgeworfen wird. In Italien dauert die Untersuchungshaft zu lange. Griechenland hat Probleme wegen der langen Strafen gegen Kriegsdienstverweigerer. Und so weiter. Österreich wird jedoch ein tadelloses Zeugnis ausgestellt. (*Abg Heinz Hufnagl: Weil Sie bisher nicht in der Regierung waren! Das ist schon klar!*) Nein, weil die FPÖ in der Regierung ist und sich nichts geändert hat! Der Kollege Hufnagl ist bei jeder Rede, die hier gehalten wird, für die schwächsten Zwischenmeldungen zuständig! Er redet immer zu allem, wovon er nichts versteht! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Es ist bei der EU zu bemerken, dass es Vorwürfe gibt, dass gegen die europäischen Werte verstoßen wird. Aber eine Anklage gegen Österreich hat es noch nicht gegeben. Es wird nur in den Raum gestellt und von den EU-14 täglich verstärkt.

Es ist wirklich interessant, die SPÖ hat sich zu ihrem Bundesparteitag eine Reihe von internationalen Gästen geholt und sie alle ans Rednerpult geschickt, um festzustellen, wie wichtig und international sie ist. Dort ist auch der Ministerpräsident von Schweden, Herr Persson, hinausgegangen und hat festgestellt - das schreibt heute der Staberl dankenswerterweise -, dass es den EU-14 nicht so sehr darum geht, was in Österreich geschieht, sondern um eine

Befrafung Österreichs, weil es gewagt hat, nach 30 Jahren keine Sozialisten mehr in die Regierung zu nehmen. Hier kann man eigentlich als Österreicher dankbar sein, dass Persson das festgestellt hat, worum es der Sozialistischen Internationale und den sozialistisch regierten Staaten geht. Diesbezüglich frage ich mich, wo die Demokratie in der Europäischen Union ist. Wir überlegen die ganze Zeit, wie schlecht die Sanktionen erst sein werden, wenn Frankreich im Juli die Präsidentschaft übernimmt. Aber es geht noch weiter, denn am 1. Jänner 2001 übernehmen die Schweden die EU-Präsidentschaft und mit einer derartigen Einstellung eines schwedischen Ministerpräsidenten fürchte ich schon heute um Österreich und seine Bürger.

Meine Damen und Herren! Munitioniert von diesem Parteitag gingen dann Herr Gusenbauer und Herr Lhptm Häupl auf den Rathausplatz und haben gesagt: "Kein Schulterschluss für rot-weiß-rot." (*Abg Godwin Schuster: Nein, mit der Bundesregierung! Das ist doch ein Unterschied!*) Genau das ist abzulehnen, meine Damen und Herren von der Sozialdemokratie, kein Schulterschluss für rot-weiß-rot, das durch diese Bundesregierung vertreten wird, die auf Grund eines Wahlergebnisses und einer Mehrheit im Parlament zu Stande gekommen ist!

Gestern hat es eine Sitzung der Landeshauptleute gegeben. Dort wurden Herr Lhptm Pröll und Herr Lhptm Häupl beauftragt, ein Papier der Landeshauptleutekonferenz zu erstellen. Das ist zu spät. Es gehören diese Sanktionen sofort beseitigt. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Deshalb ist heute die Regierung in einem Sonderministerrat zusammengetreten. Die große Wiener SPÖ sollte sich an der kleinen SPÖ aus dem Burgenland ein Beispiel nehmen, wo der Landeshauptmann gesagt hat, er sei gegen die Sanktionen gegen Österreich und die österreichische Bevölkerung. Solange Sie nicht diesen Mut aufbringen, Ihrem Landeshauptmann aus dem Burgenland nachzufolgen, werden die Wienerinnen und Wiener und Österreicher für diese Sozialdemokratie und ihre Einstellung kein Verständnis haben! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsident Johann Römer: Als nächster Redner ist Herr Abg Hatzl zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Johann Hatzl (*SPÖ*): Herr Präsident! Hoher Gemeinderat!

Vorerst bin ich einmal für das Thema dankbar, weil es eine gute Gelegenheit dazu gibt, einige Klarstellungen zu treffen. Ich bin aber auch dankbar für die Pressemeldungen der letzten Stunden, dass Herr Kabas bei der nächsten Gemeinderatswahl wieder Spitzenkandidat für die FPÖ werden soll. (*Beifall des Abg Dr Rüdiger Stix.*) Beides tut uns gut. Ich sage das ganz offen, weil es eine schlechte Generalprobe war.

Eine kleine Nebenbemerkung, ohne mir von den fünf Minuten allzu viel wegzustehlen: Herr KARL,

wenn Sie von der roten und grünen Brille reden, durch die man nicht schauen soll, gebe ich gerne zu, dass, wenn man durch eine solche Brille schaut, es eine leichte Farbveränderung gibt, aber wenn ich mir etwas mit einer schwarzen Brille anschau, dann bin ich sehr blind, dann sehe ich nichts. Genau das ist das Problem der ÖVP, dass sie blind geworden ist gegenüber den Freiheitlichen und nicht mehr sieht, was alles an Schaden für Österreich angestellt wird! (Beifall bei der SPÖ. - Abg Mag Hilmar Kabas: Der Schadensverursacher sind schon Sie!)

Meine Damen und Herren! Es scheint so, als ob die ÖVP auf Bundesebene beim Weißwaschen der Freiheitlichen gar nicht mehr bemerkt, wie blau sie bereits geworden ist. Das ist das Problem in diesem Land und der Entwicklung in diesem Zusammenhang. (Beifall bei der SPÖ.)

Einige Klarstellungen:

Erstens. Wir Sozialdemokraten sind für keine Sanktionen gegen die Österreicherinnen und Österreicher und haben das auch immer wieder gesagt, aber wir verstehen, dass man sich von dieser österreichischen Bundesregierung distanziert.

Zweitens. Schuld daran sind die Freiheitlichen und der Marionettenzieher Haider, denn diese politische Geistes- und Grundhaltung ist genau das Problem und die Ursache für das Verhalten der ausländischen Regierungen gegenüber der österreichischen Bundesregierung.

Drittens. Mitschuld trägt der gegenwärtige Bundeskanzler, der wusste, was passieren wird und sich trotzdem mit den Freiheitlichen eingelassen hat.

Das, was wir nicht mitmachen, ist die Reinwuschung der Regierung von blau-schwarz auf Bundesebene. Die kann es nicht geben. Ich sage ganz offen, wer sich mit der FPÖ - wie sie sich zur Zeit politisch deutet - ins Bett legt und dann übersät mit Infektionen aufsteht, darf sich nicht wundern, dass es andere gibt, die das nicht tun wollen oder die Angst vor einer Ansteckung haben! Das muss in diesem Bereich klargestellt werden. (Beifall bei der SPÖ und bei Teilen der GRÜNEN.)

Meine Damen und Herren! Es wäre Zeit für ein Engagement des Bundeskanzlers, klare Worte gegenüber seinem Regierungspartner zu finden, um diese Struktur der Haltung europäischer Regierungen und internationaler Regierungen gegen die österreichische Regierung zu durchbrechen. Auf diese klaren Worte warten wir. Das wäre gut für Wien und gut für Österreich. (Beifall bei der SPÖ. - Abg Mag Hilmar Kabas: Es geht Ihnen doch nur um die Macht und die haben Sie verloren! Das wollen Sie nur nicht wahrhaben! Das ist undemokatisch! Sie sind undemokatisch! Um die Macht geht es Ihnen!)

Wir Sozialdemokraten und darüber hinaus sicherlich viele andere anständige Österreicherinnen und Österreicher appellieren an die europäischen Regierungen: Ächtet von uns aus diese Regierung, aber ächtet nicht die Österreicherinnen und Österreicher

mit ihrer Leistung, mit ihren Möglichkeiten, weil diese Regierung in Wirklichkeit nicht die mehrheitliche Unterstützung der Österreicherinnen und Österreicher besitzt! (Beifall bei der SPÖ. - Abg Mag Hilmar Kabas: Eine machtbesessene Gruppe sind Sie!)

Meine Damen und Herren! Dieses Ja zu Wien bedeutet den möglichst baldigen Kurswechsel (Abg Mag Hilmar Kabas: Jawohl! - Heiterkeit bei der FPÖ.) auf österreichischer Bundesebene und ein Ende der blau-schwarzen Koalition, einer Koalition, die sich in Wirklichkeit nicht scheut, in wenigen Tagen so viel an Versprechungen zu brechen, wie es wahrscheinlich international noch keine Regierung zustande gebracht hat. (Beifall bei der SPÖ.) Neue Belastungen für Mieter, Bestrafung der Kranken, Krankengeld-Kürzungen, Ende des freien Hochschulzuganges, Abkassieren bei den kleinen Leuten, Sozialabbau, Zivildienst-Reduktion (Abg Mag Hilmar Kabas: Ihr habt das Budget abgewirtschaftet!), Steuer- und Gebührenerhöhungen, Autofahrer schröpfen, Milliarden geschenke an Großbauern und Reiche (Abg Mag Hilmar Kabas: Ein Schuldenberg ungeahnten Ausmaß!), Pensionsverschlechterungen, Verschleudern österreichischen Eigentums, Großamnestie für Steuerhinterzieher, Umverteilung von Arm zu Reich ... (Abg Mag Hilmar Kabas: Milliarden von Schulden habt ihr hinterlassen! - Weitere Zwischenrufe.)

Präsident Johann Römer (unterbrechend): Entschuldigen Sie, dass ich Sie unterbreche, Herr Klubobmann. Ich bitte im Saal um etwas mehr Ruhe!

Abg Johann Hatzl (fortsetzend): ... sukzessive Zerschlagung der Interessenvertretung der Arbeitnehmer, Gefährdung der Arbeitsplätze, Abschaffung der Hausbesorger, Anstieg der Arbeitslosen, Verteuerung des öffentlichen Verkehrs, Durchlöchern des Konsumentenschutzes, Abbau von Familienpolitik. (Abg Mag Hilmar Kabas: Ihr seid regierungsunfähig!) Das sind nur Bruchstücke einer schauerlichen Regierungsgeschichte dieser Koalition, für die hauptverantwortlich die Freiheitliche Partei in diesem Land ist und die die ÖVP duldet. (Beifall bei der SPÖ.)

Daher: Ja zu Wien, heißt nein zu Schüssel und Haider oder zu Haiders Marionetten! (Abg Mag Hilmar Kabas: Aus ist's!) Ja zu Wien, bedeutet die Aufforderung an die FPÖ, radikal ihre bisherige Politik zu ändern. (Abg Mag Hilmar Kabas: Die Zeit der SPÖ ist aus!) Und die Bitte an die ÖVP, an die Wiener ÖVP, auf Bundesebene mitzuhelpen (Abg Mag Hilmar Kabas: Aus! Ihr geht jetzt nach Hause!) - weil man in Wien gemeinsam dokumentiert, dass es auch anders geht -, für einen anderen, für einen neuen und besseren Weg für die Wienerinnen und Wiener sowie für die Österreicher zu sorgen. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Johann Römer: Als nächster Redner ist Herr Abg Dr Stix zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Dr Rüdiger Stix: Danke, Herr Präsident!

Bevor Kabas wieder flieht - Feigheit vor dem Feind, würde man das in meinem Beruf nennen -,

möchte ich sagen: Ich habe vollstes Verständnis für Mag Kabas. (*Heiterkeit bei der SPÖ.*) Ich habe auch vollstes Verständnis für die Anliegen von Mag Kabas. Ich habe Verständnis dafür, dass man empört ist, wenn Maßnahmen von Mächtigen gegen einen Schwächeren getroffen werden. Ich habe Verständnis dafür, dass man empört ist, wenn Maßnahmen von einem unzuständigen Gremium getroffen werden. Ich habe Verständnis für Mag Kabas, wenn er darüber empört ist, dass Maßnahmen in einem unzulässigen Verfahren getroffen werden. Ich habe Verständnis für Mag Kabas, wenn er darüber empört ist, dass Maßnahmen hinterrücks, ohne Gespräch getroffen werden. Ich habe umso mehr Verständnis für Mag Kabas, wenn er darüber empört ist, dass anschließend eine Diskussion verweigert wird. Ich habe noch mehr Verständnis für Mag Kabas, wenn er darüber empört ist, dass dann anschließend nicht nur die Diskussion verweigert, sondern auch mit Rufmord gearbeitet wird. (*Abg Dr Wilfried Serles: Jetzt wird es aber schon pathetisch!*)

Ich habe umso mehr Verständnis, als ich sehr gut weiß, wovon ich rede. Denn vor zwei Jahren hat mich die Freiheitliche Partei gemeuchelt, weil ich mich dem Knebelungsstatut nicht unterworfen habe, weil ich freiheitlich geblieben bin - genau mit dem Mechanismus. Jetzt ist mein Einzelschicksal im Verhältnis völlig belanglos, aber von Mensch zu Mensch verstehe ich und kann ich nachfühlen, was Mag Kabas heute bewegt.

Das ändert nichts daran, dass ich all das, worin ich Verständnis für den Menschen Mag Kabas habe, ernst meine. Es ändert nichts daran, dass ich die Sanktionen der 14 EU-Mitgliedsstaaten auch materiell - vom Formellen brauchen wir gar nicht zu reden, das ist klar - für lächerlich halte. Die Ausländerpolitik in Österreich ist gemessen an dem, was die anderen 14 EU-Mitglieder machen, in einem Ausmaß offen, dass einem fast die Worte fehlen, wie man so etwas begründen kann.

Jörg Haider als rechtsextrem zu bezeichnen, Rechtsextremismus zu fürchten, Rechtsradikalismus zu fürchten - na ja, ich kenne Jörg Haider schon lange. Jörg Haider - wenn Sie sich anschauen, was er wirklich vertritt - vertritt linke Positionen bei zugegebenermaßen rechter Folklore. Jörg Haider war linksliberal in der alten FPÖ, zu dem Zeitpunkt, als Hilmar Kabas noch linker Garant dafür war, dass Androsch die CA übernehmen konnte. Jörg Haider war als Sozialsprecher der FPÖ links von Dallinger und - ich habe nicht das Copyright darauf - Jörg Haider fordert mehr Staatsinterventionismus, als der KP-Chef Baier sich jemals trauen würde.

Meine Damen und Herren! Die Sanktionen sind lächerlich, die Sanktionen sind unzulässig, die Sanktionen gehören weg. Ich appelliere an alle, ich appelliere natürlich auch an Jörg Haider, den ich seit meinem 10. Lebensjahr kenne. In dem Fall appelliere ich, weder den französischen Präsidenten zu beleidigen,

noch die belgische Regierung zu beleidigen. Aber ich appelliere an alle Fraktionen hier im Haus, klar dagegen aufzutreten, dass österreichischen Vertretern auf allen Ebenen - es ist ja nicht nur der Kanzler, es sind nicht nur die Botschafterinnen und Botschafter, sondern auch die Schüler betroffen - der Handschlag verweigert wird. Der Handschlag wird verweigert, meine Damen und Herren, während von denselben Staaten Präsidenten umarmt werden, die den Antiterror-Polizeieinsatz zu verantworten haben - "Polizeieinsatz", "Antiterror einsatz" nach eigener Diktion -, der eine Stadt in der Größenordnung von Linz, nämlich Grosny, Meter für Meter zu Schutt und Asche zerstampft hat. (*Beifall der Abgen Ing Dr Thomas Gerlinger und Gerhard Pfeiffer.*)

**Präsident Johann Römer:** Die Aktuelle Stunde ist beendet.

Es gibt eine geschäftsordnungsmäßige Wortmeldung, und zwar hat sich Herr Abg Wolfram zum Wort gemeldet.

**Abg Gert Wolfram (FPÖ):** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Hohes Haus!

Es gibt verschiedene Ansätze, Politik zu betreiben, und ich achte jede ehrlich vorgebrachte politische Meinung. Aber, meine Damen und Herren, was hier im Zusammenhang mit der neuen Regierung an Heuchelei vorgebracht wird, ist etwas, was mich zutiefst kränkt und was ich zutiefst zurückweisen möchte.

Wenn ich Herrn StR Hatzl daran erinnern möchte, wo er mit seiner sozialistischen Partei eigentlich herkommt (*Abg Marco Smoliner: Ist das eine Geschäftsordnungsdebatte? Was soll das?*), wenn ich daran denke, dass der Wahlauftruf der SPÖ 1949 noch gelautet hat: Die Gewissensfrage an jeden ehemaligen Nationalsozialisten ... (*Rufe bei der SPÖ: Zur Geschäftsordnung!*)

**Präsident Johann Römer (unterbrechend):** Herr Abg Wolfram, entschuldigen Sie, dass ich Sie unterbreche! Ich bitte Sie, Ihren Debattenbeitrag, den Sie zur Geschäftsordnung beantragt haben, vorzubringen.

**Abg Gert Wolfram (fortsetzend):** Dann komme ich zum zweiten Punkt, meine Damen und Herren, und zwar zu der Aussage und zu dem Zeichen des Herrn Klubobmanns Mag Chorherr, der in seiner Rede, die Faust geballt, mit dem Daumen nach unten gezeigt hat. Meine Damen und Herren! Was dies als Zeichen bedeutet, die geballte Faust mit dem nach unten zeigenden Daumen ... (*Rufe bei der SPÖ: Zur Geschäftsordnung!* - *Abg Heinz Christian Strache: Das ist zur Geschäftsordnung!*)

Die Bedeutung möchte ich vorlesen und ich möchte dafür einen Ordnungsruf beantragen. Ich möchte den Vorsitzenden ersuchen, das zu prüfen und dafür einen Ordnungsruf zu erteilen. Denn die Bedeutung dieses Zeichens, meine Damen und Herren, wurde Ihnen hier schon am 21. März 1997 referiert. (*Zwischenruf des Abg Hanno Pöschl.*) Bei den Römern hatten die Fechter, die in Kampfspielen miteinander kämpften, die Bezeichnung "Gladiatoren". Unter den

Spielen zur Befriedigung der Schaulust des Volkes stand in der Gunst aller Klassen der Kampf der Gladiatoren obenan. (*Ruf bei der SPÖ: Das ist schon drei Wochen her! - Weitere Zwischenrufe.*) Ursprünglich sind es vermutlich von den Etruskern entlehnte Leichenspiele. In den letzten Zeiten der römischen Republik wurden diese Kämpfe bei den verschiedenartigen Gelegenheiten von Magistratspersonen veranstaltet. Die Gladiatoren waren Kriegsgefangene, verurteilte Verbrecher, Sklaven und auch freiwillig Angeworbene. Auf ein Zeichen der Tuba begann nach vorhergehenden Scheingefechten der Endkampf. (*Abg Marco Smoliner: Ist das jetzt eine Geschichtsvorlesung? - Zwischenrufe bei der SPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Was bedeutet nun dieses Zeichen? - Wer nicht mehr weiter konnte, ließ die Waffen sinken und er hob den Zeigefinger zum Zeichen der Bitte um Gnade. (*Abg Hanno Pöschl: Herr Vorsitzender! In der Geschäftsordnung steht: Das Lesen ist bei Geschäftsordnungs-Wortmeldungen nicht erlaubt! - Weitere Zwischenrufe.*) Die Gewähr der Bitte war durch Schwenken von Tüchern verkündet. Die geballte Faust mit dem Daumen nach unten befahl den Todesstoß. (*Anhaltende Zwischenrufe.*)

Meine Damen und Herren! Die gefallenen Gladiatoren wurden mit Haken nach dem so genannten Spolarium geschleppt, wo, wenn erforderlich, ihnen der letzte Rest gegeben wurde. (*Anhaltende Zwischenrufe.*) - Wenn Sie, meine Damen und Herren von den GRÜNEN, wollen, dass 1,4 Millionen Wähler mit Haken und Stangen getötet werden, dann verlange ich in diesem Zusammenhang einen Ordnungsruf! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsident Johann Römer: Zur Geschäftsordnung hat sich Herr Klubobmann Hatzl zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Johann Hatzl (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus!

Ich habe gestern um eine Unterbrechung gebeten, nicht um über den Verlauf, sondern über die Vorgangsweise von Äußerungen zu sprechen. Wir haben in der Präsidiale darüber gesprochen und ich habe angenommen, dass Einverständnis unter allen fünf Fraktionen darüber besteht, dass bei Auslegung aller Möglichkeiten, eine Diskussionsbreite nicht so engerzig zu sehen, trotzdem die Regeln der Geschäftsordnung eingehalten werden. Ich stelle jetzt zumindest für mich fest, dass das offensichtlich heute schon nicht mehr funktioniert und hält.

Ich ersuche daher in diesem Zusammenhang, darauf zu achten, abgesehen von dem, was die Geschäftsordnung zum Beispiel zur Aktuellen Stunde ausdrücklich vorsieht: Dass in einer Aktuellen Stunde nicht einmal Möglichkeiten bestehen, zusätzliche Wortmeldungen entgegenzunehmen, über die Zeit verlängert zu werden oder tatsächliche Berichtigungen vorzubringen, um nicht einen Missbrauch in der nachfolgenden Form zu machen. Ich verzichte darauf, hier zu fragen, woran sich das in der Geschäftsord-

nung tatsächlich orientiert.

Ich bin aber trotzdem sehr dankbar für den Redebeitrag und die Aussagen, die zuvor getroffen wurden, weil es doch ein Zeugnis von dem abgibt, was wir immer wieder sagen und was wir zu befürchten haben: Warum genau diese Einschätzung bei vielen Ländern und Regierungen besteht. Auch dieser Redebeitrag war dafür ein Beweis. (*Abg Dr Wilfried Serles: Das war jetzt auch nicht zur Geschäftsordnung! Sie halten sich an Ihre eigene Vereinbarung nicht!*)

Was ich aber vehement zurückweise, ist der Versuch meines Vorredners, in der Geschäftsordnung die Sozialdemokratie offensichtlich in ihrer Vergangenheit auf eine Basis zu stellen, dass sie undemokatisch oder nicht rechtmäßig agiert hätte. (*Abg Dr Wilfried Serles: Was ist das für eine Wortmeldung zur Geschäftsordnung?*) Wenn das ein zweites Mal passiert, würde ich mich nicht scheuen, die Geschichte der Freiheitlichen Partei bis zur Gründung der WdU und der Orientierung der damaligen Parteigründer in ihrer politischen Vergangenheit zu beleuchten. (*Abg Dr Wilfried Serles: Herr Vorsitzender! Das ist keine Wortmeldung zur Geschäftsordnung! Das ist eine Provokation!*) Dann wäre nämlich die Unterschiedlichkeit noch deutlicher und klarer feststellbar. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Johann Römer: Als nächster Redner hat sich Herr Abg Dr GÜNTHER zur Geschäftsordnung gemeldet.

Abg Dr Helmut GÜNTHER (FPÖ): Nach diesem Ausflug von Klubobmann Hatzl in die Geschichte seiner eigenen Partei möchte ich zurückkommen auf die Geschäftsordnung und auf die Begründung dafür, dass Kollege Wolfram hier erklärt hat, warum er um den Ordnungsruf ersucht.

Leider ist das, was sonst bei einem Ordnungsruf üblich ist - dass man im Protokoll nachlesen kann -, bei einem Handzeichen nicht möglich. Aus diesem Grund war es notwendig, dass er erklärt, wofür der Ordnungsruf erfolgen sollte, und das war der Grund für diese Begründung. Sonst kann man nämlich zum Vorsitzenden oder Präsidenten gehen und sagen: Lassen Sie sich bitte das Protokoll kommen und erteilen Sie für diese Aussage einen Ordnungsruf! - Das war hier nicht möglich und aus diesem Grund erfolgte die Begründung des Kollegen Wolfram. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsident Johann Römer: Ich möchte zwei Dinge klarstellen.

Zum Ersten: Die Aktuelle Stunde war bereits beendet. Mir ist eine Wortmeldung zur Geschäftsordnung vorgelegen und wir haben gehört, dass Kollege Wolfram einen Ordnungsruf für Herrn Klubobmann Chorherr beantragt hat. Es ist jetzt leider Gottes so, dass das nicht im Protokoll steht. Ich habe diese Frage mit der Ersten Präsidentin besprochen. Sie hat das auch nicht gesehen, wir können das daher nicht verifizieren. Meine Aufforderung besteht fürs Erste darin, dass sich alle hier Anwesenden der Würde

dieses Hauses bewusst sind und Dinge, die andere Menschen beleidigen könnten, unterlassen sollten.

Bevor wir zur Erledigung der Tagesordnung kommen, gebe ich gemäß § 15 Abs. 2 der Geschäftsordnung bekannt, dass an schriftlichen Anfragen von Abgeordneten der "Die Grünen - Grüne Alternative Wien" 1 und der Freiheitlichen Partei Österreichs 1 vorliegen.

Vor Sitzungsbeginn sind folgende Anträge von Landtagsabgeordneten eingelangt: Von der Freiheitlichen Partei Österreichs 3.

Den Fraktionen wurden alle Anträge schriftlich bekannt gegeben.

Abg Mag Alexandra Bolena sowie Partnerinnen und Partner haben einen Antrag, betreffend Qualitätssicherung in der Ferienbetreuung, eingebracht. Dieser Antrag ist nicht genügend unterstützt.

Ich frage daher die Damen und Herren des Landtags, ob sie diesen Antrag unterstützen wollen, und bitte als Zeichen dafür, die Hand zu heben. - Danke. Der Antrag ist genügend unterstützt.

Ich weise ihn der amtsführenden Stadträtin der Geschäftsgruppe Jugend, Soziales, Information und Sport zu.

Abg Mag Michaela Hack sowie Partnerinnen und Partner haben gemäß § 30 b Abs. 1 der Geschäftsordnung eine Gesetzesvorlage, betreffend Änderung des Aufzugsgesetzes, eingebracht.

Da dieser Antrag nicht genügend unterstützt ist, ersuche ich jene Mitglieder des Landtags, die diesen Antrag unterstützen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Danke. Damit ist der Antrag genügend unterstützt.

Ich weise ihn dem Ausschuss für Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung zu.

Die Frau amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Jugend, Soziales, Information und Sport hat sich gemäß § 16 der Geschäftsordnung zu einer Mitteilung zum Thema "Leistungen des Landes Wien im Behindertenbereich" zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

**LhptmSt Grete Laska:** Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich möchte den heute stattfindenden Internationalen Protesttag gegen Behindertendiskriminierung zum Anlass nehmen, vor allem ein Dankeschön zu sagen, ein Dankeschön an alle, die in dem gesamten Bereich tätig sind, der sich für und mit Menschen mit besonderen Bedürfnissen beschäftigt, die dort arbeiten, sich engagieren und sich vor allem gegen Diskriminierung einsetzen. (*Beifall bei der SPÖ und ÖVP.*)

Es erscheint mir ganz wesentlich, besonders jene Tatsache herauszustreichen, die eigentlich selbstverständlich sein sollte, es aber im täglichen Leben oftmals nicht ist, nämlich dass behinderte Menschen in erster Linie Menschen, aber nicht primär behindert sind. Man darf auch nicht Behinderung mit einer Krankheit verwechseln oder davon ausgehen, dass behinderte Menschen zwangsläufig arm seien. Auch

bei behinderten Menschen existiert - so wie in der übrigen Gesellschaft - die gesamte Bandbreite an persönlichen Lebensverhältnissen. Dies bedeutet aber, dass eine zeitgemäße gesellschaftliche Integration behinderter Menschen auch auf die einzelnen Personen, ihre konkreten Bedürfnisse und Lebensverhältnisse Rücksicht nehmen muss und dementsprechend legistische und andere Maßnahmen erforderlich.

Das Land Wien hat, diesem Grundsatz folgend, in der laufenden Legislaturperiode entsprechende Akzente und Maßnahmen gesetzt und auf der Grundlage der Wiener Gesetze auch die Gemeinde Wien dazu veranlasst, die Maßnahmen in ihrer Kompetenz dementsprechend zu setzen. Wir werden diesen Weg auch in Zukunft verstärkt fortsetzen. Ich möchte einerseits insbesondere auf die legistischen Maßnahmen, die Grundlage der gesamten Wiener Behindertenpolitik sind, eingehen, und andererseits auf das, was in den vergangenen Wochen, Monaten und Jahren im Bereich der Legistik bereits an Veränderungen vorgenommen wurde, speziell hinweisen.

Besonders wichtig erscheint es mir in diesem Zusammenhang, dass eine Arbeitsgruppe zur Durchforschung des Wiener Landesrechts nach behindertendiskriminierenden Bestimmungen eingerichtet wurde, dass diese Arbeitsgruppe tatsächlich sehr intensiv gearbeitet und die Schwachstellen ausgeforscht hat und dass der Wiener Landtag in vielen Bereichen bereits Novellierungen vorgenommen hat. Das trifft zu für das Wiener Behindertengesetz, das Wiener Sozialhilfegesetz, das Wiener Krankenanstaltengesetz, das Wiener Parkometergesetz und die Marktordnung. Verordnungen des Magistrats sind vielfach ebenfalls bereits verändert worden, so zum Beispiel im Bereich der Bewilligung zum Betrieb eines Kindertagesheims oder etwa die Verordnung, die die Führung von Heimen und sonstigen Einrichtungen für Jugendliche betrifft.

Entscheidend war für mich die Novelle zum Wiener Pflegegeldgesetz, wodurch wir bereits in Vorziehung eines - wie ich hoffe - auf Bundesebene noch zu erledigenden Gesetzes, die Anspruchsvoraussetzung des dritten Lebensjahrs zum Rechtsanspruch für Pflegegeld beseitigt haben. Wir waren der Initiator für ein adäquateres Einstufungssystem für Kinder und Jugendliche - dafür gibt es eine Arbeitsgruppe auf Bundesebene -, und das Wiener Bedienstetenschutzgesetz nimmt ebenfalls Bedacht auf die Bedürfnisse behinderter Menschen. Das Wiener Veranstaltungsgesetz regelt in seiner Neufassung vor allem die bessere Zugänglichkeit und Benutzbarkeit von Veranstaltungsstätten.

Auch in Zukunft wird es nötig sein, weitere Maßnahmen im legistischen Bereich zu setzen. So gilt es vor allem, das Wiener Wahlrecht an das Bundeswahlrecht anzupassen, um ungerechtfertigte Bestimmungen zu beseitigen. Ich möchte gerade am heutigen Internationalen Protesttag gegen Behindertendiskriminierung darauf hinweisen, dass ich als Landessozial-

referentin der berechtigten Forderung behinderter Menschen nach einem Behindertengleichstellungsgesetz insofern gefolgt bin, als ich im Rahmen der letzten Landessozialreferenten-Konferenz den Antrag gestellt habe, eine Arbeitsgruppe aus Vertretern der behinderten Menschen des Bundes, der Länder und der allgemeinen Vertretungskörper einzurichten, die einen derartigen Entwurf für ein solches Gesetz ausarbeiten sollen. Mit dieser Forderung bin ich noch nicht wirklich durchgekommen. Es gibt in dieser Hinsicht auf Länderebene noch keinen Gleichklang, dieser ist aber erforderlich, um auch den Bund nachdrücklich auffordern zu können. Das wird mich nicht daran hindern, diese Forderung weiter zu erheben. Ich hoffe, dass zumindest alle Sozialreferentinnen und Sozialreferenten der Länder dies ebenso wie wir als dringliche Forderung sehen und die Angelegenheit dementsprechend vorangetrieben werden kann.

Basierend auf den legitimen Grundlagen haben in den letzten Jahren unendlich viele Maßnahmen seitens der Gemeinde Wien ihre Umsetzung erfahren. Insbesondere im Bereich der Integration behinderter Menschen ist Wien in vielerlei Hinsicht zukunftsweisend und vorbildhaft, auch gegenüber den anderen Bundesländern. Ich denke etwa an die Frühförderung und an die Kinderbetreuung, da können wir an einigen Zahlen - die ich hier nur erwähnen will - erkennen, was die Stadt Wien diesbezüglich im Auftrag des Landes Wien umgesetzt hat. Was die Frühförderung betrifft, stehen den Ausgaben im Jahr 1995 in Höhe von 6 Millionen S im Voranschlag 2000 bereits 37 Millionen S gegenüber, die dafür eingesetzt werden. Hatten wir im Jahr 1995 noch 38 Integrations-Kindertagesheimgruppen für Drei- bis Sechsjährige, so sind es im Jahr 2000 bereits 88. So könnte ich noch viele andere Beispiele dafür aufzählen, wie die Intention tatsächlich in die Praxis umgesetzt wurde.

Besonders im Schulbereich ist deutlich geworden, dass die Absicht des Bundes, Integration auch in den Schulen wirksam werden zu lassen, in Wien deutlich umgesetzt wurde. Wir haben derzeit 535 Integrationsklassen in öffentlichen Schulen und wir haben 10 Spezial-Sonderschulen. Das Spezielle daran ist - darauf möchte ich besonders hinweisen -, dass die Integration auch in diesen Spezialschulen insofern ihren Fortgang genommen hat, als dort nichtbehinderte Kinder integriert wurden, um auch so dem Prinzip der Gleichstellung gerecht zu werden.

Ich spreche gar nicht von den Ausbildungsprogrammen, die im Bereich der Aus- und Fortbildung sowie der Erwachsenenbildung zum Tragen gekommen sind.

Ein besonders wichtiges Thema ist immer dann, wenn wir von Gleichstellung und gegen Diskriminierung sprechen, die Mobilität. Da sind selbstverständlich die Infrastruktur und die Mobilität im öffentlichen Raum wichtige Themen. Wir können mit Stolz darauf hinweisen, dass die WIENER LINIEN in den letzten Jahren enorme Mittel eingesetzt und damit Maßnah-

men gesetzt haben, um diese Mobilität tatsächlich zu gewährleisten. Ich meine das taktile Leitsystem, das eingeführt wurde, die taktilen Stationspläne. Ich denke an die 190 Niederflurbusse mit Klapprampen, die im Einsatz sind; bis Ende 2000 werden es 270 sein. Ich spreche von der Aufzugs-Offensive, die dazu geführt hat, dass die Stationen leichter zugänglich sind, und von der Entwicklung von neuen U-Bahn-Garnituren, die vor allem RollstuhlfahrerInnen entgegenkommen sollen und werden. Es geht hier um Bahnsteigkanten und andere Maßnahmen, die dazu führen sollen, dass ein gleichwertiges Benützen dieser öffentlichen Einrichtungen gegeben ist. Solange die 100-prozentigkeit noch nicht gewährleistet ist, bekennen wir uns aber auch zu anderen Beförderungsmöglichkeiten, wie etwa der Fahrtendienst der Stadt Wien eine ist.

In den öffentlichen Gebäuden ist es vor allem wichtig, die Zugänglichkeit zu gewährleisten und den Ausbau von behindertengerechten sanitären Einrichtungen zustande zu bringen. Gerade hier ist es gelungen, insgesamt 200 Behinderten-WC-Anlagen einzubauen und zu finanzieren.

Es geht aber auch um die bessere Nutzbarkeit von öffentlichen Freiräumen. Das erreicht man durch Lichtsignalanlagen, die behindertengerecht und auch für Blinde geeignet eingerichtet sind. Da geht es um Gehsteigabsenkungen, mit deren Zahl wir noch nicht zufrieden sind; aber das Ausbauprogramm wird ständig erweitert. Da geht es auch um behindertengerechte WC-Anlagen im öffentlichen Raum. Allein im Bereich der MA 51 - auf den Sportplätzen und außerhalb der Großsportanlagen - wurden in den letzten fünf Jahren 20 neue Behinderten-WC errichtet. Dasselbe gilt in noch größerem Ausmaß für die städtischen Friedhöfe. Ein wichtiges Vorhaben in diesem Bereich ist die Änderung der Beförderungsrichtlinien der WIENER LINIEN, die vor allem den RollstuhlfahrerInnen die Benützung der U-Bahnen auch ohne Begleitperson ermöglichen soll.

Die Antidiskriminierung ist - wie schon aus dem ersten Teil meiner Ausführungen erkennbar ist - kein Thema, mit dem sich ein Bereich allein zu beschäftigen hätte, sondern das ist eine Querschnittsmaterie der klassischen Art, die für alle Bereiche des Lebens in Wien gilt und daher selbstverständlich auch für den Bereich des Wohnens. Gerade beim Wohnen ist es mir wichtig, darauf hinzuweisen, dass wir ein eigenes Referat für WohnungswerberInnen mit besonderen Bedürfnissen beim Wiener Wohnen und derzeit 741 behindertengerecht ausgestattete Wohnungen haben. Es geht auch darum, Menschen dabei zu beraten, wie sie in ihren bestehenden Wohnungen Einrichtungen entfernen und durch andere ersetzen können, die es ihnen erleichtern, mit ihren besonderen Bedürfnissen umzugehen.

Man muss sich auch der Tatsache bewusst sein, dass Behinderung in Wirklichkeit jedem von uns zu jedem Zeitpunkt passieren kann. Selbst die beste

Wohnsituation sollte auf ihre Behindertengerechtigkeit hin überprüft werden, auch zu einem Zeitpunkt, zu dem man selbst oder die Familie noch nicht betroffen ist. Denn allein schon ein gebrochener Fuß, verbunden mit einem Liegegips, kann dazu führen, dass man draufkommt, dass die eigene Wohnung alles andere als behindertengerecht ist.

Wir haben neben dem Wohnen in einem besonders wichtigen Bereich des Lebens Maßnahmen gesetzt: Sie sollen die Integration im Bereich der Arbeitswelt vorantreiben. Dazu muss ich sagen, dass wir insbesondere im Bereich der Arbeitswelt nicht allein von Seiten der öffentlichen Hand Maßnahmen setzen können, sondern dass in dieser Hinsicht vor allem die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft von größter Notwendigkeit ist.

Damit möchte ich ein Thema ansprechen, das für alle Bereiche, im Besonderen aber für das Thema Arbeit gilt. Es hilft nicht - auch nicht an einem Tag wie heute -, ein öffentliches Bekenntnis abzulegen, sondern es geht auch um das tägliche Umsetzen in der Praxis. Gerade im wirtschaftlichen Bereich ist es nötig, dass dieses Bekenntnis in der Praxis umgesetzt wird. Wir brauchen die Wirtschaft als unseren Partner, damit den Menschen, die wir im schulischen Bereich, im Ausbildungsbereich bestmöglich integrieren und damit auch bestmögliche Voraussetzungen schaffen, im Berufsleben tatsächlich die Integration ermöglicht wird. Wir unterstützen das vor allem mit Projekten, wie der Arbeitsassistenz und der Ausbildung. Aber den tatsächlichen Arbeitsplatz muss die Wirtschaft zur Verfügung stellen und sie muss damit auch ihren Beitrag zur besseren Eingliederung und zum gleichwertigen Menschsein bieten. (*Beifall bei der SPÖ und des Abg Mag Franz KARL.*)

Im Rahmen der Stadt Wien haben wir das jedenfalls mit der Sonderaktion getan, mit dem Ziel, 700 behinderte Bedienstete aufzunehmen. Dieses Ziel haben wir mit April 2000 fast schon erreicht. Wir haben derzeit 670 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in dieser Sonderaktion. 9 weitere Aufnahmeverfahren sind gerade im Laufen und das Ziel von 700 wird sicherlich erreicht werden. Was dabei besonders wichtig ist, ist in weiterer Folge die Zielsetzung, dass diese MitarbeiterInnen aus der Sonderaktion auf die so genannten normalen oder systemisierten Dienstposten - um mit den Worten dieses Hauses zu sprechen - übernommen werden. Das ist bei 87 bereits gelungen. Damit wird ihnen auch die gleichwertige Weiterentwicklung ihrer persönlichen Arbeitswelt und ihrer Berufslaufbahn ermöglicht. Wir haben gerade im Bereich dieser Tatsache sehr viel getan, auch mit der Initiative Arbeit, die in Zusammenarbeit mit anderen eingeleitet wurde und die wir weiter ausbauen wollen.

Sehr wichtig ist es mir, in diesem Zusammenhang darauf hinzuweisen, dass wir uns gerade im Bereich der MA 12 im Moment in einer Reorganisationsphase befinden. Eine der wichtigsten Forderungen in diesem

Zusammenhang ist - das werden wir auch so schnell wie möglich umsetzen - die Einrichtung eines Servicecenters für behinderte Menschen, das nicht nur selbstverständlich ohne Barrieren erreichbar ist, sondern nach dem One-desk-System auch alle Informationen bietet, die für diese Stadt nötig sind, und damit verhindert, dass behinderte Menschen quer durch die Stadt geschickt werden, um die Informationen und die Hilfe zu bekommen, die sie tatsächlich brauchen.

Im Bereich der Freizeit, des Sports und der Kultur ist es nötig, besonders darauf zu achten, dass es keine Diskriminierung bei verschiedenen Veranstaltungen gibt. Ich bin sehr stolz darauf, dass gerade im Bereich der Kinder, Jugendlichen und Familien in allen Angeboten der MA 13 darauf Rücksicht genommen wird. Von dieser Abteilung wurde schon vor einiger Zeit - dafür bedanke ich mich noch im Nachhinein bei den Mitgliedern meines Ausschusses, die seinerzeit auf die Abhaltung einer Ausschussreise verzichtet hatten, so dass damals die Mittel dafür zur Verfügung gestellt wurden - der erste Behindertenatlas der Stadt Wien herausgegeben, der immer wieder erneuert wird und seit Jänner 1999 auch über das Internet verfügbar ist, so dass auch über die modernen Kommunikationsmedien abgerufen werden kann, was in Wien im Freizeitbereich, im Sportbereich und andrem zur Verfügung steht.

Es gibt eine Initiative der Wiener Städtischen Bäder, die voll adaptiert sind und damit keine Barrieren mehr aufweisen. Es gibt neben den vielen, die wie das Amalienbad, das Laaerberg-Bad und andere bereits voll adaptiert sind, konkrete Planungen zur behindertengerechten Vollausstattung für das Theresienbad und für die Volksbäder im 11. und 15. Bezirk. Aber auch in den Hallenbädern Simmering, Hietzing und Döbling gibt es bereits entsprechende Teilausstattungen, ebenso in einigen Sommerbädern.

Die Aktion der MA 7, die es den Programmkinos ermöglichte, ihre Veranstaltungsräume barrierefrei zugänglich zu machen, darf nicht unerwähnt bleiben. Die Beratung hat auch bei anderen Kunst- und Kultureinrichtungen dazu geführt, dass dort die Barrieren beseitigt werden konnten.

Im Sozial- und Gesundheitsbereich ist es mir besonders wichtig, auf die Einrichtung der Gehörlosenambulanz am Krankenhaus der Barmherzigen Brüder hinzuweisen. Das ist eine Maßnahme, die eine Forderung der Gehörlosen war und die wir nun erfüllen konnten.

Die Ausgaben, die das Sozialamt im Rahmen der Behindertenhilfe jährlich tätigt, sind von 1995 bis 2000 um 50 Prozent gestiegen, so dass man auch hier sagen kann - darauf bin ich besonders stolz - , dass Wien immer dann, wenn es darum gegangen ist, die Mittel, die wir zur Verfügung haben, effizient einzusetzen, jedenfalls im Bereich des Sozialen und auch im Bereich der Behindertenintegration keineswegs gespart hat, sondern in diesem Bereich ganz im

Gegenteil Steigerungsraten aufweisen kann. Das ist eine Maßnahme, die auch das soziale Gewissen dieser Stadt unterstreicht. (*Beifall bei der SPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP.*)

Insgesamt lässt sich zusammenfassen, dass sich die Behinderten-Integrationspolitik Wiens klar an den Gedanken des selbstbestimmten Lebens und der bestmöglichen Mitgestaltung behinderter Menschen orientiert hat und weiterhin orientieren wird. Insbesondere heute, am Internationalen Protesttag gegen Diskriminierung behinderter Menschen, ist es mir wichtig, darauf hinzuweisen, dass an diesem eingeschlagenen politischen Weg mit dem Ziel der Erreichung von Gleichstellung und Gleichberechtigung behinderter Menschen in allen Bereichen des täglichen Lebens auch in Zukunft festgehalten werden wird. Wir werden von Wien aus auch ein waches Auge auf alle Maßnahmen werfen, die andere Verantwortlichkeiten - sei es auf Länder- oder auf Bundesebene - setzen werden und die diesen Weg unter Umständen desavouieren. Wir werden das in Wien und von Wien aus sicherlich nicht zulassen. - Ich danke Ihnen. (*Beifall bei der SPÖ und ÖVP.*)

**Präsident Johann Römer:** Ich danke Frau LhptmSt Laska für den Bericht.

Die Geschäftsordnung bestimmt, dass zur Besprechung dieser Mitteilung kein Redner öfter als zweimal und mehr als insgesamt 20 Minuten sprechen darf. Ausgenommen von dieser Beschränkung sind der Landeshauptmann und die zuständigen weiteren Mitglieder der Landesregierung.

Zur Besprechung der Mitteilung erteile ich Herrn Abg Smoliner das Wort.

**Abg Marco Smoliner (Liberales Forum):** Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Gäste!

Zunächst einmal möchte ich mich bei der Ersten Präsidentin des Landtags dafür bedanken, dass sie es über die geltende Beschlusslage hinaus möglich gemacht hat, dass die Gebärdensprachdolmetscherinnen auch bei dieser Mitteilung zugegen sind und diese Mitteilung selbstverständlich auch in Gebärdensprache übersetzen. Ich bedanke mich selbstverständlich auch bei den Dolmetscherinnen, die einen sehr guten Job machen. Danke! (*Beifall beim Liberalen Forum sowie bei Abgeordneten von SPÖ und ÖVP.*)

Ich bitte um Verständnis dafür, dass es nicht möglich ist, im Rahmen der Diskussion einer solchen Mitteilung umfassend und erschöpfend zum Thema "Behindertenpolitik und behindertengerechte Stadt" Stellung zu nehmen. Lassen Sie mich aber zu einigen Themen einige Dinge erläutern. Ich bin sehr dankbar für diesen Bericht der Frau Vizebürgermeisterin, wiewohl wir uns von der Behindertenkommission gewünscht hätten, dass ein solcher Bericht vom Herrn Bürgermeister persönlich kommt. Ich nehme aber den Inhalt sehr ernst und zur Kenntnis und möchte auch ein bisschen darauf eingehen.

Meine Damen und Herren! Behindertenpolitik und

Sozialpolitik sind nicht dasselbe. - Soviel als erster Grundsatz; deswegen ist es vielleicht auch ein bisschen verwirrend, dass jetzt die Sozialstadträtin zur Behindertenpolitik Stellung nimmt. Ich nehme es aber als kompetenten Bericht der Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin in dieser Angelegenheit gerne zur Kenntnis. Behindertenpolitik ist deswegen nicht ausschließlich Sozialpolitik, weil behinderte Menschen nicht ausschließlich Sozialfälle oder Menschen, die von sozialen Transferleistungen leben, sind. Es gibt unter den Behinderten solche, die Unterstützung brauchen, es gibt aber auch andere, die schlicht und einfach damit zufrieden wären, in ihrem täglichen Berufs- und Freizeitleben nicht behindert zu werden. Daran erweist sich der Unterschied zwischen Behindertenpolitik und Sozialpolitik. Da gibt es sicherlich Überschneidungen, es ist aber nicht dasselbe.

Einige Worte zur Arbeitsgruppe zur Rechtsbereinigung behindertendiskriminierender Bestimmungen und vielleicht zur Behindertenkommission: Beide Gremien haben ein ausgezeichnetes Gesprächsklima, was nicht zuletzt mit der Vorsitzführung zusammenhängt. Lassen Sie mich dieses Lob als Opposizionsmensch einmal auch hier kundtun. In beiden Arbeitsgruppen gibt es eine ausgezeichnete Diskussionskultur und die Möglichkeit, tatsächlich konkrete Verbesserungen vorzubereiten. Das muss gesagt werden.

Meine Damen und Herren! Was mich - und nicht nur mich - in Wien ein bisschen irritiert, ist, dass sehr viele Dinge viel zu langsam vor sich gehen. Wann immer man über Accessibility, über Erreichbarkeit, über Zugänglichkeit spricht, tauchen gewisse Stehsätze auf: Das ist alles so teuer, das ist alles so kompliziert, man könnte, man sollte, man müsste. - Das sind die Hauptgründe dafür, dass viele Dinge sehr langsam geschehen. Ich weiß, dass viele Dinge teuer sind, ich weiß, dass viele Dinge kompliziert sind. Aber das "teuer" und "kompliziert" kommt erst weit unter dem "wir wollen". Zuallererst müssten wir uns in Wien einmal dazu durchringen können - deswegen freue ich mich über diesen Bericht der Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin -, dass wir uns dazu bekennen: Wir wollen diese Stadt accessible - erreichbar - machen.

Ich verwende das Wort "accessible" deswegen auf Englisch, weil uns - das wissen alle Mitglieder der Behindertenkommission - die USA im Bereich Accessibility um Jahrzehnte voraus sind. Die grenz- und barrierefrei zugängliche Stadt ist in den USA nicht nur Selbstverständlichkeit, sondern auch gesetzliche Verpflichtung. All jene, die mit uns in Amerika waren und sich Los Angeles und das Umland angesehen haben, sind draufgekommen, dass es in einer Stadt, die zum Beispiel überhaupt keine Musterstadt des öffentlichen Verkehrs ist, ganz selbstverständlich ist, dass 98 Prozent der öffentlichen Busse mit Hubliften ausgestattet sind und dass Fahrgäste einen Rechtsanspruch darauf haben, den öffentlichen Verkehr auch nützen zu können.

All jene, die mit uns in Los Angeles waren, wissen selbstverständlich, dass es in den USA ohne Behinderteneinstellungsgesetz und ohne Quote selbstverständlich große private Unternehmen gibt, die ohne jeden Zwang und aus einer Motivation gepaart aus sozialem Gewissen, aber auch steuerlicher Begünstigung, selbstverständlich Behinderte einstellen, dass Riesenunternehmen ihre gesamte Poststelle mit teils körperbehinderten, teilweise auch geistig behinderten Menschen einfach managen können, mit Arbeitsassistenz und staatlicher Unterstützung, dass aber selbstverständlich private Unternehmen gerne bereit sind, Geld für die berufliche Integration und Weiterentwicklung von behinderten Menschen auszugeben. Das ist dort Status quo, das ist selbstverständlich, weil man dort einen Grundsatz pflegt, der natürlich wahr ist: It's better to have a taxpayer than a benefit receiver. - In der Geschäftsordnung steht, man muss Deutsch reden, als sage ich es auf Deutsch noch einmal: Es ist natürlich besser, einen Steuerzahler zu haben, als einen Sozialhilfeempfänger.

Insofern relativieren sich sehr viele der Argumente, die immer wieder mit Kosten als Hinderungsgrund für die Accessibility argumentieren. Wunsch und Wille sollte es uns sein, mit dieser amerikanischen Philosophie im Hintergrund zu sagen: Wir wollen, dass unsere Stadt Wien genauso unabhängig von Fahrtendiensten, von Privatchauffeuren oder Begleitpersonen erschließbar, erfahrbar, begehbar wird für Menschen mit Körperbehinderungen und Sinnesbehinderungen.

Ein paar Worte zum Thema Antidiskriminierung: Auch da leben uns die USA vor, wie es sein könnte und wie es gehen könnte. Wir wissen, dass es in Amerika den ADA, den Americans With Disabilities Act, gibt. Dieser ADA ist ein Bundesgesetz und gilt in allen 50 US-Bundesstaaten. Er ist an sich ein relativ kompaktes Gesetzeswerk, also nicht allzu lang, er ist aber im Laufe der Zeit sehr diffizil ausjudiziert worden. Das Besondere an diesem ADA ist - wenn man ihn mit unserer Staatszielbestimmung im Artikel 7 vergleicht -, dass er ganz konkrete Rechtsansprüche einräumt und dass diese Rechtsansprüche auf dem Klagesweg durchsetzbar sind, und zwar sowohl gegenüber der Öffentlichkeit - also gegenüber dem Staat, der Gemeinde, dem Land, dem Bundesstaat - als auch gegenüber Privaten.

Wir haben zwar ein äußerst löbliches Bekenntnis in der Staatszielbestimmung des Artikels 7 drinnen. Aber es gibt keinerlei rechtliche Möglichkeit, es durchzusetzen, es einzuklagen, wirklich vor Gericht zu gehen und zu sagen: Ich habe auf Grund dieser Bestimmung einen Rechtsanspruch auf diese oder jene Leistung, die mir auf Grund dieser oder jener Behinderung verwehrt wird. - Das heißt, was wir in Österreich brauchen, ist ein Antidiskriminierungsgesetz, das auch greift, das wirkt, das Rechtsansprüche von diskriminierten Menschen feststellt. Ich halte das Antidiskriminierungsgesetz für eines der wichtig-

ten Vorhaben der nächsten Zeit, wiewohl ich nicht besonders optimistisch bin, dass es unter der aktuellen Bundesregierung zustande kommen könnte.

Meine Damen und Herren! Es gibt bereits einen Entwurf dieses Antidiskriminierungsgesetzes. Das Boltzmann-Institut für Menschenrechte hat im Auftrag des Wiener Integrationsfonds ein umfassendes Antidiskriminierungsgesetz entworfen. Diesen Entwurf - wer immer ihn noch nicht hat, ich kann ihn auch gerne elektronisch verschicken - halten wir für eine sehr brauchbare Diskussionsgrundlage dafür, über Rechtsansprüche gegen Diskriminierung zu diskutieren. Denn ohne Rechtsansprüche nützt uns das schönste Bekenntnis nichts.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich noch kurz zu den Anträgen, insbesondere zu dem Antrag der Koalition, der heute eingebracht wird, Stellung nehmen. Ich halte ein Bekenntnis dieser Stadt zu Accessibility, zu bestimmten Maßnahmen, die Behinderten ein selbstbestimmtes und unabhängiges Leben in dieser Stadt möglich machen, für dringend und bitter notwendig. Diesem Antrag, den die Bundesregierung, nein, leider nicht die Bundesregierung, sondern die Regierungsfraktionen heute hier einbringen, werden selbstverständlich auch wir zustimmen. Sie werden aber bitte auch verstehen, meine Damen und Herren, dass uns dieses Bekenntnis allein - wie auch ein Bekenntnis in der Bundesverfassung als Staatsziel - zu wenig ist.

Wenn wir über Behindertenpolitik sprechen - ich komme jetzt zum letzten Teil meiner Ausführungen, meine Damen und Herren -, dann müssen wir Behindertenpolitik als große Querschnittsmaterie in allen Bereichen der Gemeinde- und Landespolitik und nicht als behindertenfördernde Maßnahmen verstehen. Das Abschrägen von Gehsteigen, das Schaffen und ordentliche Überwachen von Behindertenparkplätzen, das barrierefreie Gestalten des öffentlichen Raums, das Zugänglichmachen von öffentlichen Ämtern, das Zugänglichmachen von Service- und Dienstleistungsstellen in der Stadt, und zwar für jeden Personenkreis, nicht nur für Rollstuhlfahrer, sondern auch für alte Menschen, für Menschen mit Kinderwagen, für Leute, die seh- oder hörbehindert sind, das alles sind keine behindertenfördernden Maßnahmen, meine Damen und Herren! Das wäre ähnlich skurril, wie wenn ich den Einbau eines Damenlos in einem Amt als Frauenförderung bezeichnen würde. Das ist es nicht, meine Damen und Herren. Das alles sind selbstverständliche Dienstleistungen, die wir jetzt schon nach Artikel 7 der Bundesverfassung zu erbringen haben und die können wir nicht als irgend eine besondere Förderung verkaufen. (*Beifall beim Liberalen Forum.*)

Meine Damen und Herren! Dazu bekennen wir uns als Liberale. Wir bekennen uns aber auch zu einer parteienübergreifenden Zusammenarbeit in den existierenden Gremien, und wir bekennen uns dazu, wo immer es möglich ist - denn sinnvoll ist es überall,

aber wo immer es möglich ist -, so viele Fachleute und Betroffene wie möglich in all diese Planungen und Vorbereitungen von legislativen Maßnahmen einzubeziehen. Denn was nützt uns die schönste Planung und Vorbereitung, wenn die betroffenen Menschen nichts davon haben, weil wir als Nichtbehinderte einfach Dinge übersehen?

Meine Damen und Herren! Ich freue mich über den Bericht der Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin. Ich freue mich aber auch auf eine noch dynamischere, noch energischere und vielleicht auch noch konsequenter Zusammenarbeit in der Gemeinderätlichen Behindertenkommission, in dem Arbeitskreis zur Rechtsbereinigung behindertendiskriminierender Bestimmungen, und ich freue mich darauf, dass vielleicht bei der nächsten Debatte über Behinderte in Wien das Plenum ein wenig voller als heute sein wird. - Danke. (*Beifall beim Liberalen Forum und bei Abgeordneten der SPÖ.*)

**Präsident Johann Römer:** Als nächste Rednerin ist Frau Abg Sander zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

**Abg Jutta Sander (GRÜNE):** Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Heute ist der Internationale Protesttag der behinderten Menschen gegen Diskriminierung und Nichtmobilität - wie immer man diesen Tag auch bezeichnet. Es geht darum, dass behinderte Menschen in dieser Gesellschaft nicht so integriert sind, wie es erforderlich wäre. Eigentlich - das ist schon erwähnt worden - hat die Arbeitsgruppe vorgehabt, dass der Landeshauptmann einen Bericht zu den Ergebnissen der Antidiskriminierungs-Kommission erstattet. Diese Ergebnisse liegen aber noch nicht so umfangreich vor, wie wir alle es gerne hätten. Es ist auch ziemlich kompliziert, all diese Passagen aus den Gesetzen zu fischen, und es ist noch komplizierter, all jene Passagen hineinzureklamieren. Es gibt immer wieder Überlegungen und, man kann schon sagen, Widerstand, warum jetzt gerade da oder dort etwas noch nicht möglich sein soll.

Wir sind im Landtag, das ist schon klar. Ich möchte noch ganz kurz auf die Fragestunde zurückkommen. Ich habe eine Anfrage gestellt, die zu stellen mir untersagt wurde, weil sie nicht ganz dem Landtag entspricht. Es ging dabei eigentlich um die Verhandlungen der Stadt Wien mit dem Ministerium für Infrastruktur bezüglich der Änderung der Beförderungsbedingungen. Immerhin verhandelt darüber das Land Wien mit den Bundesbehörden. Ich sehe das sehr wohl als eine Landtagsangelegenheit an und protestiere von hier aus noch einmal dagegen, dass diese Anfrage nicht zugelassen wurde. Das Thema "Die Leistungen der Stadt Wien" ist ebenfalls nicht nur ein explizites Landtagsthema, darüber müssen wir uns klar sein.

Zur Sache selbst: Selbstbestimmtes Leben und selbstbestimmte Mobilität sind einfach die wichtigsten Grundlagen von behinderten Menschen. Alles

andere baut darauf auf, alles andere muss dieses selbstbestimmte Leben ermöglichen und erleichtern. Es geht für die behinderten Menschen klipp und klar um die Teilhabe am Leben.

Ich komme jetzt zu einigen Bereichen, die selbstverständlich auch mit Landesgesetzen verbessert werden könnten und verbessert werden müssen. Der öffentliche Raum: Dringend notwendig ist die Änderung der Bauordnung. Statt ständig geführter Hinweise auf die alte Bausubstanz in Wien - wir können ja nicht alle Häuser, die jetzt in Wien stehen, abreißen -, muss man ganz konkret darauf eingehen, zu sagen: Es werden Umbauten gemacht, es werden Neubauten gemacht; wir konzentrieren uns darauf, dass diese Umbauten entsprechende behindertengerechte Umbauten sind. Dass Lokale und Geschäfte, die ständig umgebaut werden, weil Neuübernahmen oder Modernisierungen durchgeführt werden, eine Stufe bekommen, die sie vorher nicht hatten - das heißt, vorher waren sie eher behindertengerecht, nachher bekommen sie eine Stufe, weil das gerade schick ist -, so etwas darf in Wien nicht stattfinden. Diese Abschrägung lässt sich in den meisten Fällen machen, ist aber einfach nicht gewünscht und wird auch von der Stadt Wien als Baubehörde nicht eingefordert. Es entsteht kein Zwang auf die Bauherren oder Baufrauen, dies so umzusetzen.

Bei öffentlichen Neu- und Umbauten ist als klares Beispiel die Arbeitsmarktservice-Stelle in Ottakring öffentlich kritisiert worden: Der Zugang ist nicht behindertengerecht und eigentlich relativ gefährlich, wenn man mit dem Rollstuhl dort hineinkommen möchte; man kann einfach hintenüber über die Stiegen kippen. Es ist alles recht eng. Man braucht immer fremde Hilfe. Ein selbständiges Vorankommen ist überhaupt nicht möglich. Wenn der betroffene Mensch dann auch noch das Behinderten-WC, das sich im Haus befindet, benutzen möchte, ist das nicht selbstständig möglich; ein Schlüssel muss organisiert werden. Wenn man sich die Ausführung dieses Behinderten-WC anschaut, dann weiß man, dass die Person, die das geplant hat, noch nie in das Merkblatt für Behinderten-WC, in die ÖNORM hineingeschaut oder sie einfach absichtlich ignoriert hat. Auch in diesem Bereich ist keine Verbesserung eingetreten. Die öffentliche Kritik hat überhaupt nicht dazu geführt, dass auch nur Details, die in Sofortmaßnahmen möglich gewesen wären, umgesetzt worden wären.

Es geht also um selbstbestimmte und selbständige Zugänglichkeit. Ich möchte da auch auf ein Beispiel aus den Kinos eingehen. Eine Anfrage von mir an StR Faymann hat klipp und klar gezeigt, wie es ausschaut: Mangels gesetzlicher Basis kann jedoch in den Verfahren zur Genehmigung von Kino-Centern die Herstellung einer Induktionsanlage für schwerhörige Menschen, die Einhaltung der ÖNORM B 1600, die Ausstattung der Toiletten nach dem Informationsblatt "Öffentliche WC-Anlagen" des Netzwerkes der österreichischen Beratungsstellen für barrierefrei-

es Planen und Bauen und die Errichtung einer bestimmten Anzahl von Behindertenparkplätzen nicht durchgesetzt werden. - Das schreibt StR Faymann am 17. Jänner 2000, und das müsste doch eigentlich heißen, dass im darauffolgenden Landtag vom selben Stadtratbüro sofort ein Abänderungsantrag eingebracht wird, damit es eben durchsetzbar ist. Das ist ein Armutszeugnis.

Heute kommen wir beim Tagesordnungspunkt 1 auch zum Tanzschulgesetz. Ich werde bei diesem Tagesordnungspunkt dazu noch Näheres sagen, hier reicht die Zeit nicht. Denn die 20 Minuten reichen überhaupt nur dafür, dass man staccatomäßig einiges anführt. Es geht darum, scharfe Sofortmaßnahmen mit Exempelwirkung bei Nichtumsetzung von behindertengerechtem Planen und Bauen durchzuführen.

In der Realität ist es geradezu ein Kavaliersdelikt, wenn nicht behindertengerecht geplant und gebaut wird. Hauptsache, es ist hübsch und es gefällt dem Architekten oder der Architektin, den Anrainern oder einem Fotografen, der das ablichten soll. Aber über die Benutzbarkeit für alle Menschen in dieser Stadt wird einfach hinweggesehen und die Magistratsabteilung, das heißt, die Einrichtung, das Büro im Magistrat für behindertengerechtes Planen und Bauen wird - seien wir uns ehrlich! - nicht einmal im Bereich des Magistrats der Stadt Wien ernst genommen. Herr Groiss, der sicherlich viel weiß und auch bemüht ist, ist selbst gerne bereit, seine Forderungen im Gespräch wieder zurückzunehmen. Da muss ich sagen: Das ist kein Druck auf Bauinstitutionen.

Ein Beispiel aus Los Angeles, weil mein Vorredner auch schon einige genannt hat. Dort hat die City of Los Angeles - das war ein konkretes Beispiel, viele können sich noch daran erinnern - ein Hotel, in dem immer wieder Kongresse durchgeführt wurden, mit Aufträgen boykottiert, weil der Umbau in ein behindertengerechtes Hotel nicht stattfindet. Beispiele in Wien lassen sich suchen, wobei es nicht darum geht, dass die Stadt Wien etwas boykottiert. Sie soll ihre eigenen Dienststellen einmal so weit bringen!

Ein Beispiel aus dem öffentlichen Raum: Der Urban-Loritz-Platz ist für blinde Menschen nach der architektonischen Umgestaltung ein Horror. Dieses Zelt, das darüber gespannt ist, ist vielleicht von weit her erkennbar, es hat aber den Platz unten nicht besser strukturiert. Die blinden Menschen haben dort einfach das Vergnügen, sich bei dieser zeltartigen Stangenführung den Kopf anzuschlagen. Jetzt macht man irgendwelche Verbesserungen und Nachbesserungen. Das sind irgendwelche Seile, die unten gespannt sind. Schauen wir einmal hin! Nehmen Sie sich selbst das Beispiel vor Augen und Sie werden sehen, dass das eigentlich keine Lösung ist.

Zu den Gehsteigabsenkungen. Die flächendeckenden Gehsteigabsenkungen wienweit sind überhaupt eine Utopie geworden, seit diese Gehsteigabsenkungen in die Bezirkskompetenz gelangt sind. Früher konnte man noch sagen, in wie vielen Jahren man in

etwa zu einer flächendeckenden Gehsteigabsenkung kommen können. Das ist jetzt völlig unmöglich und die Bezirke haben das Budget nicht oder nehmen sie es sich auch nicht dafür, das heißt, es wird bestenfalls dort umgestaltet, wo ein Umbau, ein Straßenumbau stattfindet. Und da muss man halt warten, bis jede Kreuzung einmal irgendeinen Wasserrohrbruch hatte oder ich weiß nicht was, dann wird es soweit sein. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, das werden weder Sie noch ich erleben.

Also, insofern kann ich den im eingangs angeführten Bericht der Frau StR Laska zum Ausdruck gebrachten Optimismus überhaupt nicht teilen.

Zum Fahrtendienst. Seit die Firma Haas den Fahrtendienst nicht mehr macht, gibt es eigentlich keine Verbesserungen in der Neustrukturierung. Er ist weiterhin unpünktlich, telefonisch schlecht erreichbar, zum Beispiel am Wochenende, die Firmen sind unflexibel und unzuverlässig wie eh und je und das Buchen für das Wochenende ist praktisch am Freitag notwendig. Ich bitte Sie doch auch, buchen Sie doch Ihre Straßenbahnhfahrt, Ihre Autofahrt, Ihre Busfahrt für das Wochenende schon heute rechtzeitig und vergessen Sie dann, wenn Sie es heute nicht gemacht haben, am Wochenende sich irgendwo hinzubewegen. Dann werden auch Sie es spüren, wie das ist, wenn die Firmen so unflexibel und so unzuverlässig sind. Und wenn es Beschwerden gibt, dann wird stets auf weitere Firmen vertröstet, wobei es auf der anderen Seite wieder ein Revier gibt, das man einzuhalten hat. Also, es ist eigentlich keine Lösung, es ist ein Hin-und-her-Geschiebe der Betroffenen.

Zu den WIENER LINIEN: Man muss schon auch ein kleines Lob aussprechen. Es gab einiges an Kooperation und dieses System der taktilen Leitlinien ist sicher wichtig und gut. Es ist noch nicht überall umgesetzt und es hat sich auch zeitmäßig irrsinnig hingezogen.

Aber gleich im Wien-Bereich zu den ÖBB hinübergeschaut. Da ist null, da ist gar nichts. Die ÖBB sehen das nicht als Notwendigkeit, die sagen, das ist uns egal, wir denken nicht einmal daran. Sie bauen ihre Plattformen mit Steinen aus, die von der Lärmstufe her bestenfalls Anrainer belästigend sind, wenn man mit dem Koffer darüber fährt, aber wo sich das taktile Leitliniensystem nicht gescheit aufbringen lässt. Und jetzt wird ein Stein verlegt. Vielleicht in 100 Jahren, so wie das ausschaut.

Es gibt ein Projekt, aber mit der Umsetzung hapert es und es gibt auch viele Bahnhöfe in Wien, Schnellbahnhöfe, die einfach einen asphaltierten Boden haben. Aufbringen morgen, gestern, heute - nichts passiert, die ÖBB wollen nicht, so ist es in Wirklichkeit.

Und die Stadt Wien müsste meiner Meinung nach viel mehr dahinter sein, immerhin ist es in unserem Landesbereich und geht es darum, dass dieselben Leute, die auf der U-Bahn sich langsam vortasten können, bei den ÖBB wieder stecken bleiben. Ist ja

alles eine Verkehrsinstitution.

Bei den Beförderungsbedingungen auf die Sie, Frau Laska, heute so zukunftsträchtig eingegangen sind: Da sehe ich gar nichts, was so rosig ausschaut. Denn obwohl das wirklich seit Jahren kritisiert wird, wirklich seit vielen Jahren, denn schon Bgm Zilk hat gesagt, ja, das wird sich ändern und das wird er rasch umsetzen und so weiter. Den Herrn Bürgermeister gibt es schon lange nicht mehr und in der Zwischenzeit hat sich gar nichts geändert. Die Beförderungsbedingungen sind nach wie vor für behinderte Menschen diskriminierend. Sie brauchen eine Begleitperson, ein selbständiges Benützen der U-Bahn-Züge wird auch in Zukunft nicht möglich sein und der neu ausgestattete "ULF", die Niederflurstraßenbahn, wird auch in Zukunft nicht alleine benutzbar sein, und das sind die neuesten Auskünfte.

Das heißt, die Beförderungsbedingungen, die zur Zeit zwischen dem Infrastrukturminister und den WIENER LINIEN in Verhandlung stehen ... Es ist nicht so, Frau Stadträtin, es wird nicht. Sie haben gesagt, behinderte Menschen werden selbständig die U-Bahn benützen können, ohne Begleitperson. Das wird nicht so sein, denn die Anträge der WIENER LINIEN sind nicht darauf ausgerichtet und nach dem Willen des Ministeriums ist das auch nicht so. Das heißt, es wird explizit viel Arbeit dazu erforderlich sein. Ich sage, es ist eben nur ein rosiges Darstellen, aber von der Umsetzung her würde es mich sehr freuen, wenn sich etwas ändert. Noch ist es aber nicht soweit.

Zu den Aufzügen. Langsam kommen die Aufzüge. Wir haben von Anfang an gefordert - und ich habe als GRÜNE von Anfang an gefordert -, dass die Aufzüge nicht eine vertikale, sondern eine horizontale Anordnung der Tastatur haben sollen. Ganz einfach, damit nämlich behinderte Menschen, die im Rollstuhl sitzen und ihre Arme nicht so hoch heben können, in der horizontalen Ebene die Tasten erreichen können.

Und einer Anfragebeantwortung entnehme ich - und das lassen Sie sich bitte auch im Ohr zergehen -, jeder Aufzug ist eine vertikale Aufstiegshilfe, weshalb seit jeher im Interesse einer leichteren Orientierung, eine vertikale Anordnung der Bedienungselemente zur Ausführung kam. Eine horizontale Anordnung hat darüber hinaus noch andere Nachteile und dann wird halt aufgezählt, dass das bei einem größeren Fahrgastaufkommen nicht so einsehbar ist oder dass sich die Menschen dagegen lehnen könnten und eine andere Taste betätigen könnten. Aber da frage ich schon, im Auto ist doch auch alles so angegeben und nicht so und trotzdem fahren Sie in diese Richtung. Also, diese Begründungen sind wirklich an den Haa ren herbeigezogen und dienen eigentlich nur dazu, die betroffenen Menschen wirklich zu verärgern.

Zur Badner Bahn, in die wir als Land gemeinsam mit dem Verkehrsverbund sehr viel Geld investiert haben. Da ging es auch darum, sie behindertengerecht zugänglich zu machen. Die Zeit erlaubt ja nur, dass ich kurz etwas daraus zitiere: Abschließend

möchte ich noch darauf hinweisen, dass die Fahr dienstleiter gerne persönliche Hilfe beim Ein- und Aussteigen gewähren. Dazu ist ein kurzer Anruf bei den besetzten Bahnhöfen notwendig. Macht ja nichts. Rufen auch Sie bitte jeden Tag, bevor Sie in Ihre Straßenbahn einsteigen, vorher einmal bei den WIENER LINIEN an und machen wir das alle gemeinsam. Es wird ein wunderbares Chaos ergeben. So kann die Zukunft für behinderte Menschen einfach nicht ausschauen.

Zur neuen U-Bahn. Wir haben sie vorgestellt bekommen. Herzlichen Dank an die WIENER LINIEN, dass das schon vor geraumer Zeit stattgefunden hat. Aber wir haben uns auch schon öfters von hier aus darüber mokiert, dass es nicht so sein kann, dass es in den neuen U-Bahnen nur ein Ghetto-Abteil geben wird, nämlich eines für behinderte Menschen, für RadfahrerInnen und für KinderwagenschieberInnen, und das sollen sie sich dann irgendwie streitbar teilen. So kann es nicht sein. Es ist bei dem Wunsch nach verstärkter Integration einfach unmöglich, dass man dann von der Hoffnung ausgeht, dass bestenfalls nur einer von den Dreien jeden Zug frequentiert.

Ich meine, so muss es wohl sein, denn sonst wäre es ja nicht möglich, dass man einfach sagt, wir machen ein Abteil, vielleicht eines vorne und eines hinten, das macht schon zwei. Aber wie lange ist ein Langzug von der U-Bahn? - Der ist schon ziemlich lang, und wenn sich dann wirklich nur zwei Kinderwagenfahrer treffen, dann ist es eigentlich ohnedies schon aus für den Behinderten, weil der ist vielleicht nicht so schnell und nicht so wendig. Macht nichts, er kann ja auf den nächsten Zug warten und hoffen, dass dann kein Radfahrer oder keine Radfahrerin vor der Türe steht und dass er sich nicht weiterstreiten muss.

So kann es nicht sein. Ich bezeichne dieses Abteil daher ganz eindeutig als Ghetto-Abteil.

Es gibt Beispiele in Helsinki, es gibt Beispiele in Washington, es gibt Beispiele, die man sich anschauen kann. Wir haben auch selbst in einer Diskussion erklärt, wie es besser wäre. Man könnte zumindest vorrücken, aber nicht einmal diesen Vorrüstungen in anderen Abteilen des Zuges ist zugestimmt worden, das heißt, es wird jetzt wieder eine U-Bahn in Auftrag gegeben, wo nicht darauf Bedacht genommen wurde, dass man das auch entsprechend nachrüsten kann, wenn sich der Bedarf zeigt. Und ich garantiere Ihnen, der Bedarf wird sich zeigen.

Zu den öffentlichen Behinderten-WC. Es gibt viele, das mag schon sein, aber wie schauen sie aus? - Sie sind nicht entsprechend behindertengerecht aus gestattet, nach dem schon zitierten ÖNORM-Blatt. Gehen wir doch hin, messen wir es nach und so weiter. Wir wissen, dass die Behinderten-WC immer wieder versperrt sind und vor allem in der Nacht verdreckt sind, weil da sind sie für alle zugänglich. Das ist häufig kritisiert worden, es ändert sich aber nichts daran.

Diese ÖNORM ist ein Luxus für das Archiv, aber keine Anleitung zur Umsetzung. Und ich würde mir sehr wünschen, dass diese Bestimmungen, Verordnungen, Gesetze, die das Land Wien auch erlässt, auch wenn es für mich zu wenige sind, wenigstens eingehalten werden.

Zur Integration im Arbeitsbereich. Die Stadt Wien erfüllt die Einstellungsverpflichtung nicht, seit Jahren nicht. Seit all den Jahren, wo ich nachfrage, ist die Einstellungspflicht nicht erfüllt, lieber werden Ausgleichszahlungen vorgenommen. Die Sonderaktion für behinderte Menschen ist keine tatsächliche Integration in das normale Arbeitsleben. Wenn es jetzt 87 Menschen sind, die bereits aus der Sonderaktion übernommen wurden, so freue ich mich darüber, aber eigentlich ist das eine Ausgliederungsmaßnahme und kein integratives Arbeitsleben und es bedarf enormer Anstrengung der betroffenen Person, sich auch in dieses normale Arbeitsverhältnis überführen zu lassen.

Zum Pflegegeld: Ich habe seit Jahren den Antrag gestellt, dass sich die Stadt Wien dafür einsetzen möge, dass das Pflegegeld valorisiert wird. Man kann nicht davon ausgehen, dass die behinderten Personen mit dem Geld, das sie seit Jahren im gleichen Ansatz, in der gleichen Höhe bekommen, stets steigende Leistungen finanzieren können. Und soweit ich vom Landeshauptmann in den letzten Jahren immer die gleiche Antwort bekommen habe, dass das nicht nur wienweit nicht geht, sondern dass das österreichweit gemacht werden muss und dass das eine Bundessache sei, so ist es immerhin interessant nachzulesen, dass sich der Herr Landeshauptmann diesmal die Mühe gemacht hat, meinen Antrag der Frau Sickl weiterzuleiten. Ja, so ist es, wenn sich die Bundespolitik ändert. Nur denke ich, dass das für die Wiener Pflegegeldbezieher und -bezieherinnen nicht zu einer raschen Änderung ihrer Einkommenshöhe führen wird.

Ein Beispiel aus der Praxis: Kürzlich wurde mir bekannt, dass man eine alte Frau, die sich bei der Stadt Wien um Pflegegeld beworben hat, die gesagt hat, ich möchte das beantragen, mit der Begründung weggeschickt hat - hören Sie richtig -, ihr Einkommen sei zu hoch.

Immerhin haben wir hier vor vielen Jahren festgestellt, dass das Pflegegeld eine vom Einkommen unabhängige Sache sei. Wie kann es also nach vielen Jahren bei der Stadt Wien noch dazu kommen, dass das Einkommen so betrachtet wird? (*LhptmSt Grete Laska: Bitte geben Sie mir Name und Adresse der Stelle, die das gemacht hat!*) Später, ja.

Ich würde gerne noch etwas zur Wahl sagen, das lässt sich aber leider jetzt nicht mehr machen. Ich werde einen anderen Zeitpunkt im Landtag oder Gemeinderat dafür finden, diese Kritik anzubringen und wir sprechen ja auch in der Arbeitsgruppe darüber. Ich fordere auf jeden Fall von dieser Stelle ein Antidiskriminierungsgesetz oder ein Gleichstellungsge-

setz, das scheint nämlich dringend nötig zu sein, und möchte nur noch einen Satz zu diesem Beschluss- und Resolutionsantrag, der heute von SPÖ und ÖVP eingebracht wird, sagen.

Ich werde diesem Antrag zustimmen, die GRÜNEN werden diesem Antrag zustimmen, ich selbst wollte aber auf diesem Antrag nicht draufstehen, weil ich meine, dass viele Wörter eher relativierend und nicht fordernd genug sind, also mir ist dieser Antrag, um es einfach zu sagen, zu weich. (*Beifall bei den GRÜNEN.*)

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Als nächster Redner hat sich Herr Abg Mag KARL zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Mag Franz KARL (ÖVP): Frau Präsidentin! Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte mich der Kritik des Kollegen Smoliner über die Anwesenheit bei diesem Tagesordnungspunkt gerne anschließen und mich speziell bei jenen Damen und Herren Abgeordneten bedanken, die nicht im unmittelbaren Behindertenbereich tätig sind und trotzdem hier sitzen. Herzlichen Dank, dass Sie da sind!

Ich glaube, dass das ganz wichtig ist, denn Behindertenfragen sind eben eine Querschnittsmaterie, die weit über den engen Bereich des Sozialen, wie das oft gesehen wird, hinausgeht.

Ich bin aber sehr froh, dass, so glaube ich, zum ersten Mal in diesem Hause eine Mitteilung über diese wichtige Problematik gemacht wird. Ich bin 13 Jahre im Haus, aber ich habe noch nie eine Mitteilung zur Behindertenproblematik hier in diesem Haus gehört. Ich halte das für einen ungeheuren Fortschritt, dass das heute passiert und möchte auch dafür meinen Dank sagen. Ein bisschen ist ja die Arbeitsgruppe, die zu leiten ich die Ehre habe, daran schuld. Es war der Vorschlag der Arbeitsgruppe, am 5. Mai 2000 eine Mitteilung zu machen. Wir haben verlangt, es möge das der Herr Landeshauptmann tun und nicht die Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin. Das war aber keine Frage der Wertschätzung oder irgendeiner Sympathie oder Antipathie, sondern der Grund war ganz einfach die Meinung, dass es eben eine Querschnittsmaterie ist. Ich bin also sehr froh, dass die Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin hier und heute meiner Ansicht nach in ihrer Eigenschaft als Landeshauptmann-Stellvertreterin gesprochen hat und nicht "nur" - ohne dass das abwertend sein soll - als Sozialstadträtin. Es dies eben eine Materie, die in alle Lebensbereiche reicht. Ich werde mich relativ kurz fassen, weil die Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin wirklich einen umfassenden und aus meiner Sicht beeindruckenden Bericht über das gegeben hat, was die Stadt Wien für die behinderten Menschen leistet.

Die Behindertenproblematik ist trotz Kritik der Opposition und lobenden Worten der Regierungsparteien weitgehend außer Streit gestellt und ich führe die

geringe Anwesenheit darauf zurück. Daher kann man sie - und man soll immer positiv denken - auch positiv sehen.

Ich möchte natürlich ein bisschen auf die Arbeit der Arbeitsgruppe gegen behindertendiskriminierende Bestimmungen eingehen. Wir leisten dort, glaube ich, wirklich konstruktive Arbeit und ich denke, es ist der große Vorteil dieser Arbeitsgruppe, die ja in Analogie zur Bundesebene eingerichtet wurde, dass auch die Vertreter der behinderten Menschen an dieser Arbeitsgruppe teilnehmen. Wir haben zwar in der Behindertenkommission bestimmte Teilnehmerzahlen beschlossen, aber es hat sich niemand darüber aufgeregt, dass wir das ein bisschen locker genommen haben. Wenn eine Behindertenorganisation oder auch behinderte Menschen gesagt haben, wir möchten gerne daran teilnehmen, dann hat sich hier eigentlich kein Problem ergeben.

Ich glaube auch, meine Damen und Herren, wir sollten im Herbst einen schriftlichen Bericht dieser Arbeitsgruppe vorlegen und natürlich sollte die Arbeit fortgesetzt werden. Es gibt hier noch sehr viel zu tun!

Ich möchte die Schwierigkeiten, die sich immer wieder ergeben, anhand eines Gesetzes erläutern. Wir haben uns in der letzten Sitzung sehr ausführlich über die Gemeindewahlordnung, das Volksabstimmungs- und das Volksbefragungsgesetz unterhalten und über die Barrierefreiheit und Behindertengerechtigkeit von Wahllokalen. Wir sind eigentlich alle der Meinung, dass jedes Wahllokal behindertengerecht und barrierefrei zugänglich sein soll. Nur, das ist ein großer Wunsch, aber wie weit sind wir in der Wirklichkeit davon entfernt. Meine Erhebungen im Bereich von Bezirkvorstehern haben ergeben, die Anzahl der behindertengerechten Wahllokale liegt zwischen 5 und 45 Prozent in den verschiedenen Bezirken. Sie sehen also, dass wir hier noch weit vom Idealzustand entfernt sind.

Wenn wir das der entsprechenden Nationalratswahlordnung bloß angleichen wollen, ist das viel zu wenig. Ich finde, wir müssen da weit darüber hinaus gehen. Denn in der Nationalratswahlordnung steht drinnen, in jedem Bezirk muss mindestens ein Wahllokal behindertengerecht sein. Da hätte ich im Parlament, wenn ich dort Abgeordneter wäre, nicht mitgestimmt. So hätte man das gleich weglassen können, weil das empfinde ich eher als Pflanz denn eine ernsthafte Auseinandersetzung mit diesem Problem.

Wir haben von der Arbeitsgruppe auch eine Unterarbeitsgruppe Bauordnung eingesetzt. Ich glaube, dass das eine ganz wichtige Frage ist. Die Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin hat etwa auf die Problematik eines gebrochenen Fußes hingewiesen. Nun ja, das zeigt eben deutlich, dass man nicht nur Behindertenwohnungen errichten soll, sondern dass grundsätzlich alle Wohnungen im weitesten Sinne barrierefrei sein sollten. Ich weiß schon, dass das auch wieder eine starke Forderung ist, glaube aber,

dass die Bauordnung das auch vorschreibt, zumindest bei neugebauten Wohnungen.

Ich bin hier bei einer Problematik, auf die wir immer wieder stoßen, nämlich, dass unter Umständen Gesetze ganz gut sind, dass aber dann die Vollziehung dieser Gesetze nicht 100-prozentig so ist, wie sie sein müsste. Wenn Kollegin Sander von scharfen Sofortmaßnahmen mit Exempelwirkung gesprochen hat, so sage ich, mir gefällt das ausgezeichnet. Ich wünschte mir einmal, dass ein Millionenbau, weil er den Bestimmungen nicht entspricht, weggerissen werden müsste. Mir täte um die Million, meine Damen und Herren, nicht Leid, mir täte um die Million wirklich nicht Leid! Das wäre ein derartiges Exempel für die Öffentlichkeit, dass es dann nie wieder passieren würde. Das hätte sicher positive Auswirkungen. Ich darf aber auch sagen, dass wir da sehr dahinter sind und der zuständige Ausschusskollege Fuchs - dem ich Dank sagen möchte - bemüht sich sehr, dass wir bei der Bauordnung auch in der Frage der Barrierefreiheit und Behindertengerechtigkeit weiterkommen.

Selbstverständlich muss auch die Wirtschaft als Partner auftreten. Da bin ich aber sehr zuversichtlich, dass wir im Präsidenten Nettig einen guten Mann haben, der diesen Fragen Augenmerk zuwendet. Ich darf nur daran erinnern, dass wir immer Anfang Juli auf der Hohen Warte ein eigenes Fußballturnier für den Behindertensport haben. Auch das zeigt eine grundsätzliche Einstellung, die natürlich immer noch besser werden könnte. (*Abg Josefa Tomsik: Die Wirtschaft muss das auch übernehmen!*) Bitte? (*Abg Erika Stubenvoll: Ein bissel Arbeitsplätze schaffen!*) Natürlich, ich bin durchaus dieser Meinung und werde mich sicher auch sehr bemühen.

Jemandem, dem man auch einmal hier ganz besonderen Dank sagen sollte, das ist Herr Ing Groiss. Ich habe immer - ich sage das ganz offen - den Eindruck, der Ing Groiss ist in der Beamtenschaft insbesondere, aber auch höheren Orts, nicht besonders beliebt, weil er ein "lästiger Mensch" ist. Er muss ein "lästiger" Mensch sein. Wenn der beliebt wäre, dann würde ja etwas nicht stimmen. Er muss den Leuten auf die Nerven gehen, er muss immer wieder sagen, das stimmt nicht und da muss man mehr für Behinderte machen. Daher bitte wirklich großen Dank an einen, der wahnsinnig unangenehm auffällt. (*Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ.*)

Ich komme jetzt zu dem obersten Rechtsgelehrten der Stadt Wien, dem Herrn Bereichsdirektor Dr Ponzer, der die Tätigkeit dieser Arbeitsgruppe ganz hervorragend betreut. Auch ihm nochmals Dank für seine Unterstützung! Natürlich müssen wir uns bei allen Dingen auch immer 100-prozentig juristisch absichern, und da ist Herr Dr Ponzer ein ganz wichtiger Mann. (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ.*)

Wenn Kollege Smoliner gesagt hat, dass vieles viel zu langsam geht, so stimme ich ihm natürlich bei, trotz meiner Haltung beim nächsten Tagesordnungs-

punkt, wo Sie vielleicht sagen werden: "Du bist schuld, dass es viel zu langsam geht." Ich darf aber versichern, dass ich und viele andere wirklich bemüht sind, ein bisschen auf das Tempo zu drücken, weil es eben ganz wichtig ist, dass die Dinge nicht auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben werden.

Ich möchte aber trotz aller Kritik, die die Oppositionsparteien immer wieder äußern, auch allen Oppositionsparteien danken. Es gibt in keiner Frage in diesem Hause eine derart konstruktive, angenehme und gute Zusammenarbeit! Das ist es, meine Damen und Herren, was mich eigentlich für die behinderten Menschen in dieser Stadt so zuversichtlich macht! Dass alle hier mit unterschiedlichen Nuancen an einem Strang ziehen, soll wirklich auch einmal in den Vordergrund gestellt werden. Diese Gemeinsamkeit, die uns leider in vielen anderen Fragen fehlt, ist großartig!

Ich komme zum Schluss und möchte der Person danken, die mit großem Charme und großer Beharrlichkeit als Vorsitzende der Behindertenkommission versucht, die Dinge auch umzusetzen. Und die sich, wie ich glaube, so ähnlich wie Herr Groiss, auch immer ein bisschen unbeliebt machen muss - ich kenne das schließlich auch aus meinem eigenen Klub -, weil es nicht immer so leicht ist, die Dinge durchzusetzen. Hier bedarf es ganz einfach dieser Einsatzfreude!! Liebe Erika Stubenvoll, herzlichen Dank dafür, dass du dich für diese Sache so einsetzt! (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Ich glaube, es war Marco Smoliner, der gesagt hat, Bekenntnis ist zu wenig. Auch das würde ich 100-prozentig unterstreichen, bei aller Wichtigkeit des heutigen Antrags, der nur ein Bekenntnisantrag sein kann. Es gibt einen Ausspruch von Adolf Kolping: "Die Tat zierte den Mann!" Ich sage sofort, "die Tat zierte den Menschen", weil sonst bekomme ich Schwierigkeiten mit den Damen. Aber Sie wissen ja alle, dass ich als ehemaliger Frauensprecher da sehr positiv eingestellt bin. "Die Tat zierte den Menschen", meine Damen und Herren, Bekenntnis ist zu wenig! Wir sollten uns alle bemühen, Taten zu setzen, und ich bin überzeugt, dass das gelingen wird! (*Beifall bei der ÖVP.*)

**Präsidentin Maria Hampel-Fuchs:** Als nächste Rednerin hat sich Frau Abg Schwarz-Klement zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

**Abg Brigitte Schwarz-Klement (FPÖ):** Frau Präsidentin! Frau Vizebürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren!

Natürlich habe auch ich mit großer Aufmerksamkeit den Ausführungen der Frau Vizebürgermeister über die Leistungen der Stadt Wien im Behindertenbereich zugehört. Dieser Bericht war notwendig, er war auch ein Signal an die behinderten Menschen unserer Stadt und ich sage danke, Frau Vizebürgermeister. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Aber ich möchte auch eines hier klar und deutlich feststellen, auch wenn es nicht wörtlich gesagt wur-

de: Stadt Wien ist nicht gleich SPÖ, obwohl sie es vielleicht ganz gerne so hätten und so sehen würden. Und Sie wissen es ganz genau, Frau Vizebürgermeister, wie viele Anträge von uns Freiheitlichen, aber auch von den anderen Parteien mitgetragen werden. So zum Beispiel wird auch der heutige Beschluss- und Resolutionsantrag von uns Freiheitlichen mitgetragen, denn er widerspiegelt viele unserer Ideen und unserer Vorstellungen im Behindertenbereich. Auch mir ist es hier einmal ein Bedürfnis klarzustellen, dass viele Anträge von uns Freiheitlichen gestellt, abgelehnt werden und sich dann als Initiativanträge oder als Ideen der anderen Parteien wiederfinden.

Es heißt zwar immer - und auch ich bin dieser Meinung - Behindertenpolitik darf nichts mit Parteipolitik zu tun haben. Aber ein gemeinsames Arbeiten, ein wirklich gemeinsames Arbeiten, ein produktives Miteinander gibt es eigentlich nur - und auch das ist heute schon einige Male gesagt worden - in der Gemeinderätlichen Behindertenkommission und dafür möchte ich mich auch heute einmal bei den Kollegen für die Arbeit im Sinne unserer behinderten Mitbürger bedanken. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Auch die Sitzungen des Arbeitskreises Rechtsbe-reinigung hinsichtlich behindertendiskriminierender Bestimmungen waren ein Erfolg für die behinderten Menschen in unserer Stadt und ich hoffe, dass die diversen weiteren Anträge bald hier zur Abstimmung kommen werden.

Aber wissen Sie, Frau Vizebürgermeister, etwas habe ich bei Ihrem Bericht schon vermisst und das ist ein bisschen Selbstkritik. Natürlich kann man alles schönreden und man kann auch beschwichtigen. Ich habe aber den Eindruck, dass Sie doch manchmal unter einer gewissen Realitätsverweigerung leiden, wenn Sie die Situation der Behinderten in Wien als gut bezeichnen.

Ich bin zwar Realistin genug, um feststellen zu können, was sich alles im Behindertenbereich verändert hat, seit ich begonnen habe, mich intensiv mit der Behindertenproblematik auseinander zu setzen und das sind doch immerhin satte 25 Jahre. Aber bei der Lösung vieler ausstehender Probleme kann doch nicht immer nur der Wunsch Vater des Gedanken sein.

Frau Vizebürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Sie haben es uns heute noch einmal deutlich gesagt und wir alle wissen ja auch, wie viele Millionen Steuergeld, die natürlich unseren Behinderten zugute kommen sollen, einfach in der Administration hängen bleiben. Vieles sind Herzeigprojekte. Jetzt sage ich einmal salopp, groß aufgeblasen. Zugegeben, gut verkauft, aber doch für eine nur kleine Anzahl von Klienten bestimmt. Manches ist aber auch nur ein hübsch vorgetragenes Lippenbekenntnis.

Und an Hand einiger Beispiele möchte ich Ihnen das hier, sehr geehrte Damen und Herren, verdeutlichen.

Erstens. Wiens Gehörlosen und Gehörgeschädig-

ten könnte so leicht ihre Angst vor öffentlichen Verkehrsmitteln genommen werden, gäbe es doch eine optische Einstiegshilfe in Form eines roten Blinklichts neben den pneumatischen Türen, und sie würden nicht mehr eingezwickt werden, da sie ja die akustischen Abfahrtssignale nicht wahrnehmen können.

Auch die Untertitelung von Filmen im ORF beziehungsweise Gebärdendolmetscher bei wesentlichen Informationssendungen lassen noch immer auf sich warten. Und wenn ich an eine, ich glaube, es war eine Sonntagssendung, erinnere, wo eine Dame dolmetscht, dann ist das zwar sehr schön, aber ein Einzelprojekt. Wenn aber dann die Filme zu laufen beginnen, dann sind weder Untertitel da, noch sonst ein Gebärdendolmetscher zu sehen, also auch eine recht abgehackte Geschichte, die nicht sehr zielführend ist.

Induktionsanlagen in Kinos, Konzertsälen und so weiter, wären für schwerhörige Menschen eine wirklich nicht aufwendige Lösung, sie brächten aber unheimlich viel an Lebensqualität für die Betroffenen.

Zweitens. Doch immer noch schier unglaubliche Barrieren werden den Rollstuhlfahrern in den Weg gestellt. Ob das jetzt Ämter, Kinos, Theater, ja sogar einzelne Sommerbäder sind, Rollstuhlfahrer bleiben ausgeschlossen.

Lebenswichtige Einkäufe, wie in Apotheken oder im Supermarkt, aber auch in Drogeriemärkten, sind fast unmöglich.

Die Schilderung der aufwendigen Tortur einer Krankenkassenfahrt mit dem Fahrtendienst erspare ich Ihnen heute. Ich kann Ihnen aber eines sagen, locker lasse ich da sicher nicht. (*LhptmSt Grete Laska: Sagen Sie mir einfach, wenn Sie etwas hören, nicht allen, sondern mir auch, dankel!*) Bitte sehr.

Frau Stadträtin! Sie haben von den WIENER LINIEN gesprochen. Auch da wurden bereits die diskriminierenden Beförderungsbedingungen angesprochen. Wir haben bereits vom Herrn Bürgermeister gehört, das wäre totes Recht. Ich frage Sie noch einmal: Was heißt denn eigentlich totes Recht, nämlich für den einzelnen Betroffenen, wenn der in der U-Bahn zum Beispiel allein im Rollstuhl angetroffen wird? Heißt das, dass er aussteigen muss, heißt das, dass er weiterfahren muss? - Ich glaube, das heißt, dass sich die Wiener Stadtregierung im gegebenen Fall auf diesen Paragraphen zurückziehen kann und sich damit aus der Affäre zieht.

Für Blinde und Schwerstsehbehinderte ist das Überqueren von Straßen und Kreuzungen an vielen Stellen unserer Stadt noch immer ein äußerst schwieriges Unterfangen. Die Blindenampeln sind entweder gefährlich schlecht eingestellt, sie sind zu leise oder sie fehlen überhaupt. Und täglich, meine Damen und Herren, kommen neue Stolpersteine hinzu und, auch das wurde heute bereits erwähnt, wie zum Beispiel die Verankerungen der Membranüberdachung am Urban-Loritz-Platz.

Ich glaube aber nicht, dass all diese Dinge böser

Wille sind. Ich glaube, sie sind Gedankenlosigkeit und Gleichgültigkeit gegenüber den Bedürfnissen unserer behinderten Mitbürger. Aber, Frau Vizebürgermeister, es könnten auch mangelnde Kontrolle oder mangelnder Wille sein und diesen Vorwurf müssen Sie sich heute von mir gefallen lassen.

Ich glaube, es ist dringender Handlungsbedarf Ihrerseits gegeben. Und sicherlich, ich weiß schon, es kommt dann wieder der Vorwurf, ich möchte die Leistungen der Stadt Wien mies machen. Ich kann Ihnen versichern, das will ich sicher nicht. Aber Wiens Behinderte warten auf die Umsetzung ihrer berechtigten Wünsche und Bedürfnisse und ich sage zum heutigen internationalen Protesttag gegen Diskriminierung Behindeter: Gesetze alleine genügen nicht, leben Sie endlich die Integration. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Als nächste Rednerin hat sich Frau Dritte Präsidentin Prof Erika Stubenvoll zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

Abg Erika Stubenvoll (SPÖ): Frau Präsidentin! Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin!

Auch ich bin sehr froh, dass wir heute zum Thema Behinderten-Integrations-Politik in der Stadt, im Land Wien, sprechen können. Ich wünsche mir mehr politische Aussagen zum Thema "Behinderte" in der Öffentlichkeit. Sowohl von uns hier im Wiener Landtag, als auch von den Bundespolitikerinnen, als auch von den Medienvertreterinnen und Medienvertretern. Denn meistens wird nur zu Weihnachten oder zu bestimmten Anlässen in den allgemeinen oder in den vereinseigenen Medien der Organisationen über Behindertenangelegenheiten geschrieben, ansonsten wird dieses Thema sehr oft ausgeklammert behandelt.

Und gerade die Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin hat gesagt, es kann jedem von uns passieren, dass er behindert wird. Sei es durch einen Sportunfall, sei es durch einen Verkehrsunfall oder durch eine andere Art der Erkrankung.

Wenn wir die Schätzwerke der WHO hernehmen, so sind 10 bis 15 Prozent der Bevölkerung in den Industriestaaten in unterschiedlichem Ausmaß behindert. Auf Wien umgelegt bedeutet das, dass etwa 200 000 Menschen von einer Behinderung im weitesten Sinne betroffen sind.

Die Zielsetzung wurde heute schon sehr klar formuliert, dass wir für diese Menschen nicht wünschen, dass sie separiert werden, sondern dass sie integriert werden. Wir wissen aber auch, dass Integration der beschwerlichere, der personell und wirtschaftlich aufwendigere Weg ist und dass er manchmal zu Konfrontationen führen kann und dass wir nicht immer auf Verständnis und auf Mitleiden der nicht behinderten Bevölkerung rechnen können. Also, dass es manchmal auch zu Gedankenlosigkeiten kommt und das spürt der behinderte Mensch im besonderen Ausmaß.

Für die Sozialdemokraten in dieser Stadt war es

immer auch Ziel, Lebensqualität für alle zu erreichen. Das bedeutet, dass jeder Mensch, egal mit welcher Behinderung, Mit- und Selbstbestimmung im Sinne der Menschenrechte, auch entsprechend seinen persönlichen Neigungen, Wünschen und Fähigkeiten, entwickeln können muss.

Um diese Lebensqualität aber zu gewährleisten, müssen eben bestimmte Voraussetzungen erfüllt sein. Und im Bericht der Frau Vizebürgermeisterin haben wir heute sehr deutlich gehört, welche Maßnahmen, welche Schritte zur Lebensqualität diese Stadt im Laufe eines bestimmten Zeitraums gesetzt hat.

Wir haben das sehr deutlich an der Budgetentwicklung im Bereich des Behindertenwesens gesehen, wir haben es aber auch sehen können, am Umdenken einzelner Institutionen in dieser Stadt. Wenn ich denke, als 1981 die Behindertenkommission gegründet wurde, war überhaupt noch keine Rede davon, dass ein Verkehrsmittel behindertengerecht sein muss und auch die WIENER LINIEN haben sehr viel dazu gelernt. Nicht zuletzt auch durch die Mitwirkung der Betroffenen, die heute auch zahlreich auf der Galerie vertreten sind. Sie waren Motor, Anlass, Auforderer, hier etwas zu verändern.

Dass es auch mir zu langsam geht, ich glaube, das wissen Sie alle. Dass wir lernen müssen, dass wir auch Beispiele aus anderen Städten immer wieder heranziehen müssen, um Verbesserungen durchzuführen, das ist ganz klar. Wir haben eben noch nicht diese Tradition, wie skandinavische Länder oder wie wir auch in den Vereinigten Staaten gesehen haben, die haben zwar eine sehr kurze Geschichte, aber in dieser kurzen Geschichte war es möglich, eben auf Grund der Gesetze, die hier geschaffen wurden, mehr umzusetzen, obwohl auch nicht alles Gold ist was glänzt. Wir haben auch einige Schattenseiten bei dieser Reise erleben können und es gibt auch dort noch sehr viele behinderte Menschen, die zu Hause sitzen und keinen Arbeitsplatz haben, und wo es auch nicht unbedingt eine Bemühung gibt, sie an einen Arbeitsplatz zu bringen.

Wir haben in der Arbeit der Gemeinderätlichen Behindertenkommission seit 1981, seit der Gründung, uns immer wieder auch damit beschäftigt, was ein Mensch, der besondere Bedürfnisse hat, in dieser Stadt braucht, und wir haben versucht, sozusagen von der Schwangerschaft über die Geburt, über den Kindergarten, über die Schule, über die Lehre und Ausbildung, auch natürlich über die Universität, hier ein Netz an Hilfsmaßnahmen zu ziehen, die eben diese Integration in den Alltag, die das Leben miteinander leichter machen.

Und wenn die Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin heute die Frühförderung angeschnitten hat: Auch mir war das ein ganz besonders wichtiges Anliegen, weil hier sozusagen der Ansatzpunkt ist, möglichst früh Nachteilsausgleich zu betreiben. Aber auch die Angehörigen, die ja durch die Geburt eines

behinderten Kindes besonders viel Leid erfahren haben, zu stützen, sie zu stärken und ihnen auch ein bisschen die Belastung wegzunehmen. Und wenn wir hier Geld investieren, glaube ich, ist es ein gut investiertes Geld. Genauso ist es auch wichtig, hier zu vernetzen und all die Institutionen miteinander zu verbinden, die Frühfördermaßnahmen setzen, natürlich unter Einbindung auch der magistratsinternen Dienststellen, eben der MA 11 und der MA 11A. Was wir - besonders erfreulich - immer wieder auch zeigen können, ist das Steigen der Statistik bei den Integrationsklassen und da wünsche ich mir noch, und spreche auch die Frau Bildungsministerin an, eine Ausdehnung dieser Integrationsmaßnahmen auf alle Schultypen, denn die Integration soll ja nicht nur im Pflichtschulbereich stecken bleiben.

Das Schwierigste, glaube ich, was wir hier in der Kommunalpolitik zu bewältigen haben, ist der Übergang von der Schule zum Beruf. (*StR Karin Landauer: Das ist schlecht!*) Also, für die Kinder, die aus Integrationsschulen kommen, auch integrative Arbeitsplätze zu finden.

Und da geht es mir mit der Wirtschaft ein bisschen zu langsam und ich hoffe sehr und richte auch an meinen Kollegen KARL von der ÖVP die Bitte, dass er noch einen Zahn zulegt und auch seine Kollegen, die in der Wirtschaft tätig sind, auffordert, sichtbare und messbare Zeichen zu setzen und Arbeitsplätze zu schaffen.

Ein Beispiel haben wir, das sehr gut gelungen ist. Das war die Ausbildung von Lehrlingen bei der Firma Siemens. Es waren gehörlose Lehrlinge, die alle vor einiger Zeit einen tollen Abschluss geschafft haben. Ein geglücktes Projekt, bei dem sich ein Wirtschaftsbetrieb die Mühe angetan hat und sich dazu bekannt hat, eben behinderte Lehrlinge aufzunehmen und ihnen in gleicher Weise eine gute Ausbildung zu ermöglichen, mit Hilfe von Arbeitsassistenz, das ist natürlich ganz besonders wichtig. (*Beifall bei der SPÖ sowie der Abgen Johannes Prochaska und Mag Franz KARL.*)

Die Gehörlosenambulanz, ein gemeinsames Kind von uns allen, glaube ich, hat schon in den ersten Tagen nach der Eröffnung bewiesen, dass das ein notwendiger Schritt war, dass hier einfach gehörlose Menschen eine andere Qualität der medizinischen Betreuung erfahren können, dass sie dort ohne Barrieren kommunizieren können und dadurch auch Ansprechpartner gefunden haben. Denn wenn es um die eigene Gesundheit geht, dann möchte man doch eine Intimsphäre haben, man möchte auch wirklich die nötige Zeit haben, um über diese Probleme mit dem Arzt zu kommunizieren. Und ich glaube, das ist uns mit diesem Schritt auch sehr gut gelungen.

Ich bedanke mich bei allen, die mitgeholfen haben, durch Unterstützung, Unterschriftenaktionen, immer wieder auch durch die Teilnahme an Besprechungen, und ich danke vor allem auch der Stadt Wien und der Frau Finanzstadträtin für die das zur

Verfügung stellen der Mittel. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Normalisierung, das haben wir uns immer wieder vorgenommen, soll ein Prinzip sein, das zu dieser Lebensqualität führt. Wir sprechen heute über Antidiskriminierung, das geht also weit über diesen Bereich hinaus. Antidiskriminierung bedeutet einmal, gesellschaftliches Bewusstsein auf rechtlicher Basis abzusichern, aber das bedeutet noch sehr viel mehr, nämlich Bewusstsein zu erzeugen, heißt Menschen überzeugen, mit ihnen sprechen, sie aufzuklären, ihnen Ängste zu nehmen, Berührungsängste mit Behinderten aufzuzeigen und Gegenmaßnahmen zu setzen. Es bedeutet aber auch, das Leben so normal wie möglich zu gestalten, das bedeutet behindertengerechte öffentliche Gebäude, Wohnungen, Schulen, Kinos, Verkehrsmittel, Fernsehsendungen mit Untertiteln, ich glaube, das ist für uns alle klar, all diese Maßnahmen sind ganz wichtige Forderungen von uns Sozialdemokraten.

Gebärdensprache, dort wo es notwendig ist, um die Kommunikation zu verbessern. Brailleschrift und technische Hilfsmitteln für Blinde und Sehbehinderte.

Unsere Maßnahmen, die wir setzen, müssen transparent sein, müssen verständlich sein, für die Menschen leicht verfügbar sein. Sie müssen sicher sein, das heißt zuverlässig, die Menschen müssen sich auf diese Maßnahmen verlassen können, sie müssen kontinuierlich gewährleistet werden und es muss auch die Rechtssicherheit gegeben sein.

Ich freue mich auf eine Neuformulierung des Wiener Behindertengesetzes, das in leicht verständlicher Form auch diese Rechtssicherheit weiterhin für die behinderten Menschen in dieser Stadt gewährt. Maßnahmen sollten aber auch so individuell wie möglich und so flexibel wie möglich für die Menschen da sein. Individuell nach persönlichen Bedürfnissen abgestimmt, so wie zum Beispiel die Frühförderung oder die Gehörlosenambulanz. Ebenso flexibel zum Beispiel wie wir uns jetzt bemühen, den Fahrtendienst so zu gestalten, dass mehrere verschiedene Unternehmungen tätig sind, dass aber durchaus auch Taxis für die Menschen zum Einsatz kommen.

Es ist sicher noch einiges verbesserungswürdig, aber es ist schon sehr viel besser geworden und in der Beschwerdestelle der MA 12 konnten in letzter Zeit überhaupt keine Beschwerden mehr registriert werden.

Qualitätssicherung ist auch etwas, was wir unbedingt für die Dienstleistungen brauchen. Die Stadt Wien als Einkäufer dieser Leistungen soll genaue Vorgaben aufstellen, in welcher Qualität die Leistungen für die Menschen erbracht werden sollen. Und die Leistungen sollen qualitativ und quantitativ vielfältig sein. Selbst die Mitbestimmung, glaube ich, ist für uns selbstverständlich geworden. Es ist lange her, dass behinderte Menschen in unserer Stadt versorgt wurden. Längst ist der Weg von der Versorgung zur Selbst- und Mitbestimmung beschritten. Ich weiß, dass vielleicht BIZEPS jetzt nicht ganz einverstanden

ist mit dem, was ich sage. Sie sind ja die Vorreiter der Selbstbestimmt-Leben-Bewegung, aber ich denke, dass die Entwicklung in diese richtige Richtung geht. Ihr habt einen großen Anteil daran und ich danke schön auch für eure Arbeit. (*Beifall bei der SPÖ, bei der ÖVP und beim Liberalen Forum.*)

Was mir ein bisschen in der Wiener Bevölkerung abgeht, das ist die Sensibilität in der Art des Umgangs mit behinderten Menschen. Und hier glaube ich - wir hatten ja schon einmal eine Bewusstseinskampagne, die "Aktion Mensch" -, sollten wir vielleicht versuchen, einen neuen Anlauf zu nehmen, um Wege zu finden, wie Menschen bewusst werden kann, dass man mit großer Sensibilität mit behinderten Menschen umgehen muss und dass man vielleicht mehr denken muss, als man gemeinhin eben denkt.

Dass zum Beispiel Architekten im behinderten- und barrierefreien Bauen eine Zusatzausbildung bekommen, dass die Ärztekammer für die niedergelassenen Ärzte eine Schulung macht, wie gehe ich gut mit behinderten Menschen um, dass auch unsere Beamten in der Stadt Wien vielleicht so, wie sie jetzt eine Ausbildung zur Gebärdensprache angeboten bekommen, auch eine psychologische Ausbildung für den Umgang mit behinderten Menschen bekommen. Also, was wir brauchen, glaube ich, ist ein Humanisierungsschub in unserer Gesellschaft.

Zum Mobilitätskonzept. Hier glaube ich, sollten wir uns zu einem Mobilitätskonzept durchringen und die Ansätze, die schon vorhanden sind, zu einem Ganzen zusammenfügen und vor allem in der Zusammenarbeit mit den behinderten Organisationen zu einem gesamten Mobilitätskonzept für die Stadt zu kommen.

Es gibt ja schon Ansätze und ich möchte besonders heute auch BLICKKONTAKT erwähnen, die sich die Mühe gemacht haben, taktile Stationspläne zu erarbeiten, aber auch die Gruppe "MOVE", die für das Leitsystem verantwortlich ist, mit Ing Ertl von den WIENER LINIEN, und ich hoffe sehr, dass auch unsere Bezirksvorsteher, vor allem was die Behinderten-Parkzonen betrifft, hier ein wachsames Auge auf diesen Problemkreis werfen. Und ich hoffe sehr - und das wird auch in diesem Beschluss- und Resolutionsantrag drinnen sein -, dass unser Programm ARGE-Wohnplätze für behinderte Menschen in dieser Stadt weiter fortgeführt wird. Die Frau Vizebürgermeister hat ja schon 350 Plätze mehr als die 1 000 Wohnplätze genehmigt. Aber ich glaube, auf Grund der gesellschaftlichen und demografischen Entwicklung ist es sicher notwendig, dieses Programm weiter fortzuführen. Und so möchte ich heute einen Beschluss- und Resolutionsantrag, der von Kollegen KARL, von mir und von Frau Schwarzklement unterzeichnet wurde, einbringen und möchte vielleicht noch ganz kurz diesen Text vorlesen, damit alle wissen, was drinnen steht.

"Das Land Wien bekennt sich im Rahmen seines selbständigen Wirkungsbereichs dazu, durch Gesetzgebung und Vollziehung Vorsorge zu treffen,

gebung und Vollziehung Vorsorge zu treffen, dass alle Menschen mit Behinderung als gleichwertige Mitglieder der Gesellschaft angesehen werden, deren Menschenwürde zu achten ist. Durch individuelle Entwicklungsmaßnahmen die Selbständigkeit und Persönlichkeit der behinderten Menschen gefördert und ihnen zu größtmöglicher Eigenentscheidung und Lebensqualität verholfen wird und allen Menschen mit Behinderungen die Teilnahme am wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben der Gemeinschaft ermöglicht wird, sie von keinem Lebensbereich ausgeschlossen sind."

Es wird dann noch darauf hingewiesen, dass auch die Koalitionsregierung von SPÖ und ÖVP diese Absicht im Arbeitsübereinkommen formuliert hat. Wir bekennen uns eben zum Recht behinderter Menschen auf ein selbstbestimmtes Leben und Integration in die Gesellschaft. Daraus ergeben sich folgende Grundsätze: Recht auf Information, Recht auf Freizeit, Kultur, Sport und gesellschaftliches Leben, Recht auf Mobilität, Recht auf Wohnen, Recht auf Arbeit und Recht auf Schule, Bildung und Ausbildung.

Der Antragstext lautet folgendermaßen:

"Der Wiener Landtag fordert die Wiener Landesregierung auf, in der Durchsetzung dieser Grundsätze fortzufahren und die zahlreich gesetzten Maßnahmen insbesondere in folgenden Bereichen zu intensivieren: Verstärkung der Bewusstseinskampagne zur Integration behinderter Menschen" - das ist das, was ich auch zuerst angedeutet habe - , "bessere Zugänglichkeit aller öffentlichen, Freizeit- und Kultureinrichtungen, Unterstützung der Integration bei kulturellen und sportlichen Initiativen behinderter Menschen, Vorantreiben der Barrierefreiheit und Behindertengerechtigkeit im öffentlichen Raum und bei den Verkehrsmitteln, ohne die bestehenden Fahrtendienste vorerst einzuschränken. Integration im schulischen Bereich, in allen Schultypen sowie spezielle Unterstützung in der Berufsausbildung. Schaffung von Arbeitsplätzen für behinderte Menschen in Kooperation mit der Wirtschaft und im öffentlichen Dienst, als auch im Rahmen spezieller Aktionen, wobei auf die Aufstiegsmöglichkeiten verstärkt zu achten ist. Unterstützung von Arbeitsassistenz, Fortsetzung, Ausbau und Qualitätssicherung der ARGE Wohnplätze.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs (unterbrechend): Frau Abgeordnete, die Zeit ist schon um.

Abg Erika Stubenvoll (fortsetzend): Ich darf diesen Antrag nun einbringen und darf vielleicht noch ganz kurz mit einem Zitat von Erich Fried abschließen, das vielleicht für den heutigen Tag auch sehr gut passt, es heißt Heilungsvollzug und ich darf das kurz zitieren.

"Normal, damit er zu dieser Welt passt. Wie elend der Auftrag ist, das hängt davon ab, wie blutig die Welt ist und wie menschenfeindlich die Norm. Denn keiner soll passen zu dieser Welt, wie das Brennholz zur Flamme, sondern nur wie der, der ihn löscht, zum Brand." - Danke. *(Beifall bei der SPÖ sowie des Abg*

*Mag Franz KARL.)*

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Als nächste Rednerin ist Frau Abg Jerusalem zum Wort gemeldet. Ich ertheile es ihr.

Abg Susanne Jerusalem (GRÜNE): Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Meine Damen und Herren! Liebe Gäste!

Ich möchte in meiner Rede auf drei Bereiche Bezug nehmen.

Der erste Bereich sind die Kindertagesheime, die Betreuung der noch nicht schulpflichtigen Kinder, der zweite Bereich wird sich auf die Kinder in der Schule beziehen und ganz kurz ein paar Worte auch zu den behinderten Kindern in den Heimen der Stadt Wien.

Zunächst schicke ich voraus, dass selbstverständlich in den letzten 10, 15 Jahren in Wien in Sachen Integration viel geschehen ist. Trotzdem können wir mit dem Stand der Dinge bei weitem nicht zufrieden sein und noch lange nicht zufrieden sein. Das hängt, wie auch meine Voreddnerin bereits bemerkt hat, natürlich damit zusammen, dass ein derart enormer Aufholbedarf gegeben ist und man, um diesem Aufholbedarf gerecht zu werden und den behinderten Menschen gerecht zu werden, jetzt sehr viel in eigentlich kurzer Zeit tun müsste und auch tun muss.

Ich habe mir eine Aussendung von Frau StR Laska aus dem Jahre 1998 herausgeholt, wo sie darauf verweist, dass im Jahre 1988 nur für 14 Kinder in den Kindertagesheimen Integration möglich war, dass es dann Ende 1998 500 Kinder waren und heute sind wir ungefähr auf denselben Stand der Dinge.

Das sind sehr viel Kinder mehr, die in den Genuss von Integration kommen. Aber vom Bedarf ist das weit entfernt. Eine Bedarfsdeckung ist noch lange nicht gegeben.

Wenn Sie mit Eltern sprechen - meistens sind es Mütter von behinderten Kindern -, die für ihr Kind einen Platz in einem Kindertagesheim suchen, so ist das immer ein langer, ein mühevoller und im wahrsten Sinne des Wortes auch meistens sehr weiter Weg. Das ist immer noch sehr beschwerlich und wir können mit dem Stand der Dinge nicht zufrieden sein.

Ich möchte daher kurz vor allem jene Beschwerden, Sorgen und Wünsche, die von diesen Eltern der behinderten Kinder formuliert werden und mit denen wir uns in erster Linie befassen müssen, zusammenfassen:

Zunächst einmal der Stand der Dinge, die gesetzliche Lage der Kindertagesheime: Ich habe das schon oft kritisiert und muss ehrlich sagen, ich verstehe nicht, warum in diesem Punkt so rückschrittlich gearbeitet und gehandelt wird. Im Kindertagesheimgesetz ist auch heute noch festgehalten, dass Kinder, die infolge ihres geistigen oder körperlichen Zustands eine Gefährdung der übrigen Kinder befürchten lassen, vom Besuch des Kindertagesheims ausgeschlossen werden können. Das steht so, wie ich es jetzt zitiert habe, drinnen. Auf der anderen Seite werden Sie aber jenen Paragraphen vergeblich suchen, wo es

um die verpflichtende Integration von behinderten Kindern geht, wo die Rechte der Eltern und die Rechte der behinderten Kinder festgeschrieben sind. Den gibt es nicht. Das ist sehr rückschrittlich und heftig zu kritisieren.

Ich schlage daher vor, dass in eine Novellierung des Kindertagesheimgesetzes - ich denke, an einer derartigen wird derzeit gearbeitet - jedenfalls hineinkommen muss, dass die behinderten Kinder Rechte haben, die auch festgeschrieben werden.

Ich habe bereits darauf hingewiesen, dass in den Kindertagesheimen ein Fortschritt festzustellen ist. Dennoch, wenn Sie sich den Mängelkatalog, den die Eltern benennen, vor Augen halten, wissen Sie, dass wir auch diesbezüglich erst an einem Anfang stehen und dass der Zustand kein erfreulicher ist.

Ich möchte mich auch sehr auf meine schriftlichen Unterlagen beziehen, denn ich habe diese nach der Häufigkeit der Vorwürfe, die da kommen, gereiht. Der erste und häufigste Vorwurf ist der, dass die Eltern sagen, sie können sich den Kinderbetreuungsplatz nicht aussuchen. Sie sagen - ich gebe das hiermit an Sie weiter -, die MA 11 gibt Eltern keine Auskünfte über Standorte, welche Integrationsgruppen beziehungsweise integrativ geführte Gruppen installiert haben, und zwar mit der lapidaren Erklärung - das wiederholt sich immer wieder -, dass es doch nicht so sein kann, dass sich Eltern den Kinderbetreuungsplatz selbst aussuchen.

Warum nicht? Warum sollen sie sich das nicht selbst aussuchen?

Auch der Hinweis, dass die Liste im Internet steht, geht völlig ins Leere. Es ist nicht so, dass man heutzutage davon ausgehen kann, dass alle Eltern, die Mütter, die Betroffenen, einen Internet-Zugang haben. Davon sind wir noch weit entfernt. Für diese Eltern ist die Auskunft maßgeblich, die sie erhalten, wenn sie zur MA 11 gehen. Wenn die MA 11 dann sagt, die Eltern können es sich nicht selber aussuchen, dann ist das die Auskunft, mit der diese Eltern konfrontiert sind. Ich gebe das hier weiter und hoffe, dass sich in diesem Punkt etwas ändern wird, denn wenn es im Internet steht, wird es auch möglich sein, dass die Auskunft der MA 11 eine diesbezügliche ist.

Zweiter Punkt: Die MA 11 sagt, keine konkreten Zahlen über den Bedarf an Plätzen für behinderte Kinder zu haben. Ich nehme das einmal so, wie das hier angeführt ist. Möglicherweise gibt es tatsächlich keine Bedarfserhebung oder aber es gibt eine Bedarfserhebung, die an die betroffenen Eltern nicht weitergegeben wird und die auch den Beratungsstellen - wie zum Beispiel der "Integration Wien" - tatsächlich nicht bekannt ist. Das heißt, wenn es sie gibt, dann besteht der Fehler darin, dass es nicht bekannt gemacht wird. Wenn es sie nicht gibt, dann besteht der Fehler eben darin, dass es sie nicht gibt. Jedenfalls ist Handlungsbedarf vorhanden.

Nächster Punkt: Wenn die Eltern für ihr Kind eine

Integrationsgruppe benötigen, werden ihre Kinder von einer Psychologin der MA 11 begutachtet. Das heißt, die Eltern, die sich das auch wünschen würden, können die eigene Psychologin, die das Kind in der Regel schon viele Jahre kennt und betreut, nicht mitbringen. Die fremde Psychologin entscheidet dann oft nach zehn Minuten - stellen Sie sich das bitte vor, nach einer Begutachtung von zehn Minuten -, ob das Kind integriert werden darf oder nicht und natürlich auch, an welchem Standort. Auch das kann und darf nicht der Stand der Dinge im Jahr 2000 in der Stadt Wien sein! Daraus ergibt sich nämlich zwangsläufig, dass die wenigen - leider immer noch wenigen - zur Verfügung stehenden Integrationsplätze nach dem Schweregrad der Behinderung vergeben werden, was bedeutet - das ist relativ logisch -, je leichter die Behinderung ist, umso höher ist die Chance auf einen Kinderbetreuungsplatz. Auch das muss sich in Zukunft eindeutig ändern.

Wenn wir uns die Lage bei den privaten Kinderbetreuungseinrichtungen anschauen, die nahezu die Hälfte der Angebote stellen, dann sind wir mit einer Situation konfrontiert, die noch viel ärger ist, als in den Kindertagesheimen der Stadt Wien, und zwar aus einem einfachen, vollkommen klaren, schwer zu kritisierenden Grund, nämlich die Finanzierung der privaten Träger ist schlecht. In der Regel beträgt diese Finanzierung nur ungefähr ein Zehntel dessen, was im Gemeindebereich üblich ist. Auch da hat sich einiges gebessert. Das will ich überhaupt nicht verschweigen, nur sind diese Verbesserungen nicht in dem Ausmaß erfolgt, wie sie benötigt würden.

Ich möchte jetzt gar nicht diese einzelnen Gruppen, die Privaten, wie die Kinderfreunde, die Alternativgruppen, die Tagesmütter, das Wiener Hilfswerk, die Initiative Pflegeeltern und die anderen privaten Kindertagesheime einzeln durchgehen. Es ist überall ziemlich gleich schlecht, weil es nicht leistbar ist und eine Rückfrage bei privaten Trägern - es sind alle durchgefragt worden - hat ergeben, dass 44 Einrichtungen sagen, selbstverständlich würden sie gerne behinderte Kinder nehmen, aber sie können es sich nicht leisten. Derzeit ist es tatsächlich so, dass sie nur Kinder mit leichten Behinderungen aufnehmen können.

Das heißt, unter dem Strich lautet die Bilanz, die Integration behinderter Kinder ist in den privaten Kindertagesheimeinrichtungen eine schwer zu kritisierende und schlechte. Schuld daran ist die Gemeinde auf Grund der schlechten Finanzierung, die sie anbietet.

Aus all dem, was ich jetzt gesagt habe, ergeben sich jede Menge Forderungen, die ich gar nicht mehr zusammenfasse, weil ich es nicht für notwendig halte. Ich möchte viel lieber noch auf die Integration im Schulbereich eingehen.

Der Schulbereich ist meiner Meinung nach jener Bereich, wo die Integration auf Grund der Integrationsnovellen, auf Grund von Anstrengungen einzelner

Menschen im Stadtschulrat und auf Grund von Anstrengungen vieler verschiedener engagierter Lehrerinnen und Lehrer am positivsten zu beurteilen ist, was leider nicht bedeutet, dass es dort nicht auch sehr viele Mängel gibt.

Der überhaupt am positivsten zu bewertende Bereich ist meiner Meinung nach - da kommen auch die wenigsten Kritikpunkte und Vorwürfe - der Volksschulbereich. Die Volksschule hat an sich gute Voraussetzungen durch das Einlehrerbeziehungsweise Einlehrerinnensystem. Die ganzheitliche Vorgehensweise ist jener Bereich, wo Integration die besten Rahmenbedingungen hat und am besten geglückt ist, wobei man für den Schulbereich feststellen muss, dass es natürlich ein Problem ist, wenn Schulversuche sehr gute Rahmenbedingungen bekommen und beim Übertritt ins Regelschulsystem, wenn das Ganze in der Regelschule weitergeführt wird, dann andere Rahmenbedingungen geschaffen werden und sich die Situation eindeutig verschlechtert. Diese Kritik haben Sie sicher schon oft gehört. Das ist so. Im Grunde genommen sollte man Schulversuche, die man dann evaluiert und beurteilt, auf Grund dieser Rahmenbedingungen immer so in das Regelschulsystem übernehmen. Dann gäbe es noch bessere Voraussetzungen, möchte in Bezug auf die Schule jetzt allerdings jene Mängel beim Namen nennen, die gravierend sind und die von Seiten der Eltern, aber auch von Seiten der Lehrerinnen und Lehrer formuliert worden sind. Der Teufel liegt im Detail und das muss man sich wirklich ganz genau anschauen, bevor man sich beruhigt zurücklehnt und sagt, im Schulbereich rennt alles praktisch von selbst.

In der Volksschule gibt es einen großen Problemkreis, die neue Schuleingangsphase. Drei Jahre Förderung durch Lehrerinnen, die allerdings in der Schuleingangsphase fachlich nicht versiert sind, wird nicht zu einer Verringerung der Zahl der Kinder mit einem Sonderbedarf an Förderung führen. Da wird man weiterarbeiten müssen. Da macht man jetzt erst die ersten Erfahrungen. Man wird weiterarbeiten. Ich bin zuversichtlich, dass etwas geschieht.

Viel schwieriger ist die Lage im Bereich der Hauptschulen und Mittelschulen, also der AHS. Damit werde ich mich gar nicht lange befassen, weil dort die Lage überhaupt ganz schwierig ist. Ich möchte aber auch für diese Schulstufe, die Sekundarstufe eins, ein bisschen der Reihe nach anführen, womit sich der Landtag beschäftigen müsste, damit die Situation besser wird. Ich zähle einfach nur die Punkte der Reihe nach auf.

Erstens. Die Kooperation zwischen bis zu 14 Lehrern an einer AHS - das ist leicht nachzuvollziehen - ist sehr schwierig. Die müssen jetzt alle im Hinblick auf die Integration miteinander kooperieren. Das ist wahnsinnig schwierig und sehr viel schwieriger als in der Volksschule. Diese großen Teams machen es schwer.

Zweiter Punkt: Regelmäßige Teamsitzungen sind unabdingbar. Alle diese LehrerInnen sagen, sie müssen regelmäßig die Chance und die Möglichkeit haben, zusammenzusitzen, um diese Probleme und alles besprechen zu können. An kaum einer Schule gelingt es, den Stundenplan so zu gestalten, dass wirklich wöchentlich eine Stunde frei bleibt, wo die miteinander reden können und im Hinblick auf die behinderten Kinder gute Voraussetzungen herstellen können. Dass die LehrerInnen besonders an der AHS unter einem starken Leistungsdruck stehen, dann kommt ein Zeitdruck dazu, dann kommt ein Lehrstoffdruck dazu, und deshalb sehr wenig übrig bleibt für die behinderten Kinder und deren besondere Problematik, versteht sich ebenfalls von selbst.

Nächster Punkt: Ich zähle es jetzt einfach nur auf, damit wir alles beisammen haben. Die Therapie ist auf die Sonderpädagogischen Zentren beschränkt. Nur dort gibt es die Therapiemöglichkeit. In den Integrationsklassen gibt es sie nicht. Da wäre zu überlegen, ob es nicht so etwas wie fliegende TherapeutenInnen geben sollte, die die Integrationsklassen besuchen und Therapie anbieten können.

Nächster Punkt: Das ganz große Problem der Supplierreserve. Gerade in diesem sensiblen Bereich, wie es eine Integrationsklasse nun einmal ist, ist unbedingt für eine Supplierung zu sorgen. Wenn ein Lehrer ausfällt, einfach zu sagen, dann steht halt nur einer drinnen, so kann es auch nicht gehen. Das heißt, in einer Integrationsklasse muss suppliert werden.

Nächster Punkt: Die Kooperation zwischen den IntegrationslehrerInnen und den Sonderpädagogischen Zentren. Die müssten von dort eigentlich betreut werden. Da gibt es eine Weisung vom Landesschulinspektor Gerhard Tuschl an die SPZ-LeiterInnen, einmal pro Semester alle IntegrationslehrerInnen des Bezirks zu einer Konferenz einzuladen. Das wird aber nicht gemacht. Es wäre aber so schön, wenn es gemacht werden würde, denn es würde den LehrerInnen, die oft wirklich in der Luft hängen, massiv helfen.

Nächster Punkt: Wenn früher eine junge Kollegin in der Sonderschule war, bestand die Möglichkeit, eine erfahrene Kollegin zu fragen, um Hilfe zu bitten, ein bisschen von der Kompetenz der erfahrenen Kollegin zu profitieren. Jetzt sind IntegrationslehrerInnen oft EinzelkämpferInnen an einer Schule und stehen sehr alleine da. Wenn sie dann konkrete Probleme haben, müssen sie warten, bis das PI vielleicht zu diesem Problem in den nächsten zwei bis drei Monaten ein Angebot macht. Aber so kann es ja nicht gehen, weil die brauchen sofort irgendeine Form von Unterstützung.

Unser Vorschlag ist daher, Förderzentren einzurichten, um auf diese Art und Weise Abhilfe zu schaffen. Das sollte ein Zentrum mit kompetenten Ansprechpartnern, die in sonderpädagogischen Dingen geschult sind und das auch weitergeben können,

sein. Dort könnte es auch Lernspiele und CD geben. Das wäre eine Maßnahme, die Wien setzen könnte und sollte.

Natürlich gibt es auch Schwierigkeiten mit Kindern. Die lasse ich jetzt weg. Ich nenne noch eine Schwierigkeit, die auch Eltern verursachen können: Schwierigkeiten mit Eltern, denn nicht alle Eltern können die Behinderung ihres Kindes tatsächlich akzeptieren. Wenn das nicht der Fall ist, dann müssen Zeit und Möglichkeit vorhanden sein, das zu bereden und diesen Konflikt in irgendeiner Form zu beheben.

Meine Zeit ist um. Ich sage ein Letztes zu den Kinderheimen der Stadt Wien. Ich habe immer wieder eingefordert, dass auch die Kinderheime der privaten Träger - dort vor allem sind die behinderten Kinder zu Hause und untergebracht - in die Heimreform 2000 einbezogen werden. Ich bedauere es außerordentlich, dass gerade dort die Integration noch nicht weit gediehen ist. Sie können sich vielleicht daran erinnern, Dr Berger hat dazu auch seine Stellungnahme abgegeben. Da gibt es noch sehr viel zu tun. Danke Ihnen für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei den GRÜNEN.)

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Als nächste Rednerin ist Frau Abg Fürnkranz-Markus zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

Abg Patrizia Fürnkranz-Markus (**ÖVP**): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin! Meine Damen und Herren! Werte Gäste auf der Galerie!

Wir haben schon sehr viel nach dieser Mitteilung der Landeshauptmann-Stellvertreterin gehört. Viele Dinge kann man unterstreichen. Wir wissen, dass viel getan wurde. Das haben wir auch in der Mitteilung gehört. Wir wissen allerdings auch, dass es noch Schwachstellen, Probleme, gibt, die noch nicht gelöst wurden. Ich glaube, man kann nicht oft genug betonen - das möchte ich aus der Rede oder aus der Mitteilung der Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin herausnehmen -, dass behinderte Menschen in erster Linie Menschen und erst in zweiter Linie behindert sind. Ich glaube, wenn man sich das als Leitsatz für die gesamte Politik nehmen würde, dann bräuchte man gewisse Arbeitskreise, gewisse Extraüberlegungen, gar nicht anzustellen, denn dann würde das in die alltägliche Politik einfließen. Dann würden gewisse Dinge, die jetzt schon getan werden - wie zum Beispiel das Blindenleitsystem in den U-Bahn-Stationen -, sehr begrüßt und dann auch wirklich in letzter Konsequenz weitergeführt werden.

Warum kann es dort nicht in der Brailleschrift aufgehängte Informationstafeln, wo welcher Bahnsteig ist, in welche Richtung dann der Zug fährt, wo die Stationen sind, wann die Stationen kommen, wo die Ausgänge sind, und dergleichen, geben? Warum kann es nicht sein, dass wir zum Beispiel bei großen Gebäuden, wie Verkehrsknoten, Bahnhöfen, Amtsgebäuden und dergleichen, Relieftafeln anbringen, die

den Grundriss des Gebäudes darstellen, die darstellen, wo irgendwelche Amtsräume oder Informationen liegen, wo sich die Toiletten befinden, die Ausgänge, wo sich der Besucher gerade aufhält?

Das sind Dinge, wo ich meine, dass sie nicht wirklich viel Geld kosten, weil es immer auch darum geht, dass alles so viel Geld kostet, sondern das ist einfach eine Weiterführung oder - ich würde sagen - eine Konsequenz einer Politik für Menschen und nicht nur, dass wir wieder Politik für Behinderte machen. Das hilft jedem. Das hilft auch älteren Personen, die sich nicht mehr so gut im öffentlichen Raum aufzuhalten und bewegen können. Das hilft in den öffentlichen Verkehrsmitteln. Auch einem älteren Menschen kann es nützen, wenn ein zusätzliches Licht angebracht wird und er erkennt, dass sich die Türe schließt. Er hört dann meistens auch schon schlecht.

Wir dürfen nicht auf das Argument eingehen, dass wir das nur für einen kleinen Teil unserer Mitbewohner in Wien, in Österreich, auf der Welt tun, sondern wir tun es für alle, wenn wir uns dabei einmal durchringen könnten, dass wir das auch leben und dass wir nicht nur auf Grund der Initiative der Behindertenkommission solche Mitteilungen haben, sondern dass wir öfter zu diesen Themen reden.

Wie auch die Dritte Landtagspräsidentin richtig gesagt hat, sind solche Themen für die Medien überhaupt nicht interessant. Die Galerie auf der Seite der Medien ist äußerst schwach bestückt. Ich kann selbst sagen, wenn ich zu dem Thema Pressekonferenzen abhalten möchte, interessiert das keinen Menschen. Wenn einer hinkommt - mit dem Kollegen Smoliner kommen sogar zwei -, dann ist das schon eine grandiose Leistung. Genau das ist schade und das Traurige. Das sollte nicht sein und das kann es auch nicht sein. Wenn das nicht aufgebrochen wird, dann nützen viele gute Aktionen und Investitionen der Gemeinde Wien auch nichts.

Wir müssen viel mehr hinaustragen, was schon passiert ist. Wir sehen das irgendwie als Selbstverständlichkeit an, wir haben einen Punkt abgehakt, erledigt, das muss man verkaufen. Das muss man nicht nur für die Betroffenen verkaufen, sondern das muss man für die Gesamtbevölkerung verkaufen, damit die sagt, da tut sich etwas. Das Bewusstsein, dass das - wie wir schon gehört haben - jedem passieren kann, sollten wir vielleicht ein bisschen mehr schärfen. Wir müssen die Bevölkerung für gewisse Themen sensibel machen. Das ist eben ein Thema, das wirklich jeden betreffen kann. Ein gesundes Paar kann ein Kind bekommen, das vielleicht nach der Geburt zweifellos noch sieht und dann ist es blind. Das Paar kommt in diese Situation und weiß überhaupt nicht, wie es damit umgehen soll. Vor allem die Umwelt reagiert dann meistens arg. Wenn wir sagen, wir müssen alle integrieren, sollten wir einmal damit anfangen, dass zum Beispiel Leute, die anders aussehen, nicht anders behandelt werden. Wenn die auch noch eine Behinderung haben, sind sie über-

haupt ausgestoßen aus der Gesellschaft.

Wo sind eigentlich alle unsere Behinderten? - Man sieht sie kaum, wenn man nicht mit geschultem Auge durch Wien geht. Vielleicht klingt das ein bisschen arg, aber es ist so. Man sieht sie nicht. Man sieht ab und zu einen Rollstuhlfahrer, wenn er mutig, jung, aktiv und agil ist, dass er die U-Bahn allein benützt, obwohl er das nicht dürfte. Auch das ist ein Problem. Da denke ich, können eigentlich die Parteien gar nicht mitgehen.

Zum Beispiel der neuerliche Versuch beim Beförderungsgesetz, dass Rollstuhlfahrer allein U-Bahnen benützen können, allein den öffentlichen Verkehr benützen können. Ich denke mir, es ist wirklich äußerst diskriminierend, wenn eine Antwort der WIENER LINIEN darauf heißt, dass sie alle Linien, nur nicht die U 6, benützen dürfen, weil die U 6 nicht überall gut zugänglich ist und dann irgendwelche Sicherheitsvorschriften nicht gewährleistet werden. Sie dürfen nur die Niederflurbusse, aber nicht den neuen ULF benützen. Ich habe mir immer gedacht, dass der ULF eigentlich das behindertengerechte Fahrzeug in Wien ist, die Straßenbahn, die wir versuchen, europaweit zu verkaufen, wenn nicht sogar weltweit. Es sind diskriminierende Maßnahmen, wenn dann das Argument kommt, es geht um die Sicherheit. Dann frage ich mich, um welche Sicherheit es sich handelt. Ich meine, es wird immer wieder argumentiert, wenn der Rollstuhlfahrer hinauffährt, könnte er vielleicht irgendeinen Stehenden mitnehmen. Das kann aber genauso passieren, wenn einer, der äußerst rasch und heftig hinausdrängt, jemanden mitnimmt. Da wird sich keiner aufregen. Ich wette und hoffe, dass diese Bestimmung fällt.

Wenn einmal etwas passiert, dann wird das an die große Glocke gehängt. Genau das sind die Dinge, die wir zu ändern versuchen müssen. Es passieren irrsinnig gute Dinge. Die Gemeinde Wien investiert wahnsinnig viel Geld, aber ich denke mir, es ist ganz wichtig für die Zukunft, dass wir bewusst das ändern, denn nur mit Geld allein kann man nichts machen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Wie schon mit ein paar Beispielen angeführt, braucht es nicht immer große Milliardenbeträge. Man kann auch mit kleinen Mitteln etwas machen. Ich wünsche mir - wie es auch die Dritte Landtagspräsidentin angeschnitten hat -, dass wir mehr in die Öffentlichkeit gehen. Ich weiß nicht, ob eine Kampagne so gut ist. Das ist auch wieder in eine Schiene hineinzubringen. Ich denke mir, wenn, dann müsste man eine Öffentlichkeitsarbeit so betreiben, dass es selbstverständlich in Wien unterschiedliche Gruppen gibt. Da zähle ich jetzt von den Babys bis zu den ganz alten Senioren alle dazu. Ob sie besser gehen, besser hören, besser sehen oder nicht sehen können, ist im Grunde genommen egal. Wenn wir diese Politik wirklich ernsthaft betreiben, so dass wir sagen, wir wollen integrieren, muss es meiner Meinung nach bei diesen Punkten beginnen.

Dafür werden wir uns sicherlich in Wien einsetzen, speziell auch in der Behindertenkommission, wozu ich noch sagen muss, das ist wirklich eine Einrichtung, wo über die Parteigrenzen hinweg irrsinnig gut diskutiert werden kann, wo die unterschiedlichsten Meinungen kollegial ausdiskutiert werden, wo wir schon einiges weitergebracht haben. Wir sind vielleicht noch nicht so bissfähig und schlagkräftig, wie wir es uns wünschen würden, aber ich denke, auch daran kann man arbeiten.

In diesem Sinne hoffe ich für die nähere Zukunft, dass wir öfters zu solchen Themen reden können, dass es aber in fernerer Zukunft gar nicht mehr notwendig sein wird, darüber zu reden! (*Beifall bei der ÖVP.*)

**Präsidentin Maria Hampel-Fuchs:** Als nächster Redner ist Herr Abg Saßmann zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

**Abg Gerold Saßmann (FPÖ):** Frau Präsidentin! Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren im Saal und auf der Galerie!

Wenn es um die Leistungen für Behinderte geht, herrscht hier große Übereinstimmung darüber, dass nicht genug getan werden kann. Wenn man sich ansieht, wie in diesem Bereich vorgegangen wird, kann man auch durchaus die Behauptung aufstellen, dass im Bereich der Gemeinderätlichen Behindertenkommission - die schon mehrmals angesprochen wurde - es zu weitaus weniger kontroversiellen Standpunkten kommt, als üblicherweise in Ausschüssen und Kommissionen. Man kann sicher nicht verhehlen, dass auf diesem Gebiet viel geleistet wird. Steigerungen im Angebot sind allerdings immer möglich. Die Aufgabe einer Oppositionspartei ist es auch, darauf hinzuweisen.

Erlauben Sie mir deshalb an einigen Beispielen darzulegen, wo wir uns Verbesserungen in der Behindertenpolitik vorstellen können, wo Verbesserungen notwendig sind. Nehmen wir beispielsweise den Bereich der Wohnplätze - einen wichtigen Bereich - her. Jeder hat ein Anrecht darauf, in einem gewissen Rahmen sein privates Leben und damit auch seinen Freiraum ausleben zu können. In manchen Fällen ist die Abkoppelung vom Elternhaus sogar medizinisch indiziert. Hier gibt es ein ehrgeiziges Programm, aber es kann halt auch einmal vorkommen, dass man zwei bis drei Jahre warten muss, um einen dringend benötigten Wohnplatz zu bekommen. Das ist dann für den einzelnen, persönlich Betroffenen sehr schwer. Derartige Fälle zu verhindern, kann und muss das Ziel behindertenfreundlicher Politik sein.

Die Leistungen der Stadt Wien im Behindertenbereich sind nicht schlecht, sie können und müssen aber besser werden. Ich habe davon gesprochen, dass in vielen Fällen zwischen den politischen Parteien dieses Hauses Konsens herrscht.

Ein Beispiel, die Umsetzung der ÖNORM oder einer ähnlich wirkenden Norm, welche barrierefreies,

behindertengerechtes und generationengerechtes Planen, Bauen und Wohnen garantieren sollte: Hier gibt es eine gemeinsame Empfehlung der Behindertenkommission zur Umsetzung. Es laufen in dieser Angelegenheit Verhandlungen, und zwar schon seit längerem, seit mehreren Jahren. Sie werden irgendwann einmal zu einem konkreten Ergebnis kommen. Wenn es auch schwierig ist, sollte man sich dennoch einen Vorsatz und einen Grundsatz immer vor Augen halten: "Wer schnell hilft, hilft doppelt." Dann könnten vielleicht Unsinnigkeiten wie beispielsweise der Hackinger Steg, wie beispielsweise das Apollo-Kino oder die Rampe beim Theresienbad, die alles Beispiele für behindertenunggerechtes Bauen sind, verhindert werden. Die Leistungen der Stadt Wien im Behindertenbereich sind sicher nicht schlecht. Sie können und müssen aber verbessert werden.

Eine weitere Empfehlung der Behindertenkommission betrifft die personelle Ausstattung der Fachstelle für barrierefreies Bauen und Wohnen. Seit drei Jahren gibt es hier einen Engpass und einen Wunsch der Kommission, diesen Engpass zu beseitigen. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Diese Fachstelle übt eine wichtige Funktion aus. Sie berät Behinderte, wenn es ums Wohnen oder ums Bauen geht. Seit drei Jahren ist eine notwendige Stelle eines Technikers nicht besetzt. Bei 65 000 Bediensteten der Gemeinde Wien kann diese eine Stelle doch nicht wirklich ein Problem sein. Anlässlich der heutigen guten Vorsätze bitte ich hiermit die Verwaltung, dieses Problem nicht auf die lange Bank zu schieben, sondern rasch Abhilfe zu schaffen. (*Beifall bei der FPÖ*.)

Die Leistungen der Stadt Wien im Behindertenbereich sind nicht schlecht. Sie können und müssen aber verbessert werden.

Für seinen Unterhalt selbst zu sorgen, ist wichtiger Bestandteil des Lebens. Arbeit zu haben, stärkt das Selbstbewusstsein und bedeutet Unabhängigkeit. Arbeitslosigkeit trifft in besonderem Ausmaß behinderte Menschen. Zwischen 1995 und 1999 stieg der Anteil der Behinderten an der Gesamtzahl der Arbeitslosen von 16,3 auf 20,6 Prozent. Dabei, meine sehr verehrten Damen und Herren, spielt der öffentliche Sektor eine bedeutende Rolle. Nicht nur das Angebot an Arbeitsplätzen und damit die Möglichkeit, einzelnen sinnvolle Beschäftigung zu ermöglichen, sondern auch die quantitativen Auswirkungen dieses Bereichs sind wichtig. Ein Phänomen allerdings übertrifft dabei alle anderen noch so wichtigen Punkte, und zwar die Vorbildwirkung, die der öffentliche Bereich für private, wirtschaftliche Einrichtungen zweifelsohne hat. Es gibt für einen privaten Arbeitgeber keine schönere Ausrede dafür, keinen Behinderten nach dem Behinderteneinstellungsgesetz einzustellen und Ausgleichtaxe zu bezahlen, als der Verweis auf öffentliche Arbeitgeber, die gleich handeln.

Es wurde von der Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin die Sonderaktion angesprochen. Ich erlaube mir zu sagen, es ist positiv, ein derartiges

Programm zu machen, aber in einem Zeitraum von zehn Jahren 87 Beschäftigte letztendlich in der Gemeinde Wien aufzunehmen, bedeutet nur einen Tropfen auf den heißen Stein. Wenn ich mir die Zahlen für Wien von 1996 auf 1999 anschau, die sich verbessert haben, gibt es doch noch einiges zu tun, denn mit einer Erfüllungsquote nach dem Behinderteneinstellungsgesetz von zirka 80 Prozent liegt Wien zwar im innerösterreichischen Mittelfeld, dabei haben wir aber noch nicht die Auswirkungen der Novelle des Behinderteneinstellungsgesetzes 1999 berücksichtigen können. Das wird sicher noch einmal zu einer Verschlechterung der Quote führen. Wenn wir beispielsweise die Bundesministerien im Durchschnitt betrachten, so erbringen diese eine Erfüllungsquote von 95 Prozent. Einige Bundesländer und deren Landeshauptstädte erfüllen die Pflichtzahl sogar zur Gänze. Steiermark und Graz, Oberösterreich und Linz, Kärnten und Klagenfurt beispielweise. Dabei stehe ich nicht an, hier nicht mit dem erhobenen Zeigefinger zu argumentieren, sondern man sollte das als sportlich-sozialen Wettbewerb sehen und wir Wiener sollten nicht hinter den anderen Bundesländern zurückstehen! (*Beifall bei der FPÖ*.)

Die Leistungen der Stadt Wien, meine sehr verehrten Damen und Herren, im Behindertenbereich sind nicht schlecht. Sie können und müssen aber verbessert werden. An uns Freiheitlichen soll es nicht liegen. (*Beifall bei der FPÖ*.)

**Präsidentin Maria Hampel-Fuchs:** Als nächste Rednerin hat sich Frau Abg Tomsik zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

**Abg Josefa Tomsik /SPÖ:** Frau Präsidentin! Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin! Sehr verehrte Damen und Herren!

Der heutige Tag ist wahrscheinlich wirklich sehr gut dafür geeignet, dass man über Behinderte oder über Politik für Menschen mit anderen Bedürfnissen in Wien spricht. Alle meine Vorredner haben gesagt und beteuert - das stimmt auch -, dass Behindertenpolitik seit dem Inkrafttreten der Behindertenkommission im Jahr 1981 weit über die politischen Grenzen hinaus keine Diskussion war. Natürlich ist in manchen Stellungnahmen klar, wenn politische Parteien verschiedener Ansichten sind, dass man vielleicht nicht immer genau den Ton getroffen hat. Aber eines möchte ich sagen: Als im Jahr 1981 die Behindertenkommission gegründet wurde, war sie die Erste in diesem Land. Der damalige Vorsitzende Karl Lacina ist heute Bezirksvorsteher in der Brigittenau, im Bezirk der Gehsteigabschrägungen. Außer bei einigen wenigen Gehsteigen gibt es dort Gehsteigabschrägungen, aber nicht weil irgendjemand gesagt hat, er muss das tun, sondern weil das seine innere Einstellung war, dass Barrierenabbau - egal welcher Art - wichtig ist, um sich in der Stadt, im Bezirk, in seinem Wohnbereich frei bewegen zu können.

Dann war da noch der Stellvertreter, ich möchte sagen, der legendäre Hansi König, der immer auf

Grund seiner eigenen Lebenserfahrung es auch in seiner eigenen Partei übernommen hat, der - unter Anführungszeichen - "Beißer" zu sein, der natürlich, wie es immer ist, wenn man von Menschen spricht, die integriert werden sollen - egal auf welchen Teil der Integration bezogen - auch in allen Parteien nicht unbedingt sehr geliebt wird, aber er hat das durchgeführt und es wurde wirklich sehr viel, aber natürlich - wie es eben in der Kommunalpolitik ist - noch zu wenig durchgeführt. Kommunalpolitik ist jedoch auch eine Politik, die nicht stehen bleiben kann oder soll.

Wenn hier vor allem der Kollege Smoliner und alle anderen gemeint haben, das geht alles zu langsam, dann haben Sie mich an Ihrer Seite, weil es sollte alles schon drei Tage vorher erledigt sein. Alles, was im menschlichen Leben so ist, wenn man selbst davon betroffen ist, wenn man selbst etwas sieht, erst dann kommt man darauf, man ist schon tagelang vorbeigegangen, aber hat es erst jetzt gesehen. Natürlich wissen Menschen mit anderen Bedürfnissen selbst am besten, wofür sie Barrieren sind.

Ich möchte über zwei Sachen, die heute gesagt wurden und die auch von der Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin angesprochen wurden, reden, und zwar zuerst über Arbeitsplätze:

Zu den Grundvoraussetzungen des Wohnens gehört auch Arbeiten, dass ich mich selbst ernähren kann. Jetzt kann man klarerweise sagen, das, was die Gemeinde Wien als Sonderaktion durchgeführt hat, ist noch viel zu wenig, weil eben nur 85 Prozent erfüllt wurden und der Kollege Saßmann hat gesagt, da werden dann immer Abschlagszahlungen geleistet. Dazu möchte ich schon sagen, dass gerade im Bereich der Arbeitsplätze immer Maß angelegt wurde von der größten kommunalen Wirtschaftsstelle und das ist nun einmal die Stadt Wien. Da sind Graz und Linz etwas kleiner. Ich persönlich würde mich freuen, wenn wir sagen könnten, wir haben 100 Prozent und wir bleiben bei den 100 Prozent Beschäftigten beim öffentlichen Dienst, hier bei der Gemeinde Wien.

Mir persönlich gefällt auch das Wort "Sonderaktion" nicht, weil "Sonder-" heißt, man ist etwas anderes. Vielleicht sollten wir uns überlegen, ob diese Aktion nicht anders heißen könnte, um nichts Besonderes daraus zu machen. Natürlich sollte man auch darüber sprechen, dass 87 Personen, die in den Regeldienst der Gemeinde Wien aufgenommen wurden, zu wenig sind in den letzten Jahren. Ich glaube, dass es hier sehr gut ist, wenn man sich mit Betroffenen, mit den zuständigen Stadträtinnen - es sind halt immer Frauen - überlegt, ob man nicht auch andere, bessere Bedingungen für unsere Menschen mit anderen Bedürfnissen durchführen kann.

Hier wurden auch die WIENER LINIEN angesprochen. Jetzt kann man sagen, in den letzten Jahren haben die WIENER LINIEN für die Verbesserung der öffentlichen Verkehrsmittel 1 Milliarde S verwendet, das ist zu wenig, weil alle Aufzugseinbauten, alle Niederflurbusse, alle Niederflurwaggons, die es eben

nun gibt oder die neu gebaut werden, hätten schon vor fünf oder vor zehn Jahren sein können. Da gebe ich jedem Recht, das hätte sein können. Aber ich meine, als wir schon vor zwei oder drei Jahren das erste Mal Niederflurbusse beziehungsweise Niederflurwägen angeschaut haben - da waren sehr viele, auch von der Behindertenkommission, anwesend -, haben wir gesagt, wir erwarten schon, dass das behindertengerecht ist, dass man nicht noch eine Einfuhrrampe braucht und so weiter.

Natürlich wird es wahrscheinlich für rollstuhlbehinderte Menschen sehr schwierig sein, in manche einzusteigen. Und je mehr jüngere Menschen - auch durch Unfälle - leider behindert werden, desto mehr Mobilität wird gefordert. Das ist auch klar. Das soll auch so sein und es soll möglich sein. Hier haben die WIENER LINIEN nicht einen abschlägigen Bescheid in dem Fall, dass es überhaupt nicht sein sollte, sondern dass auch rollstuhlbehinderte Menschen leichter eine Zufahrtmöglichkeit haben, aber es derzeit nicht bei allen möglich ist, dass man ohne Unfall in eine U-Bahn oder in eine Straßenbahn einsteigen kann. Ich glaube, dass hier noch etwas geschehen muss und dass das unwidersprochen ist. Ich sage es noch einmal. Kommunalpolitik ist für alle Menschen, die in einer Stadt wohnen, nicht eine Politik des Stehplatzes, sondern des Weitergehens.

Eines würde ich mir ganz persönlich wünschen, Frau Kollegin Fürnkranz-Markus: Ich persönlich - ich sage das wirklich aus meiner Überzeugung - würde mir wünschen, dass ich Behinderung nicht sehe, aber nicht weil es behinderte Menschen nicht gibt, sondern es nicht sehe, weil es normal ist. (*Beifall bei der SPÖ, bei Teilen der FPÖ und bei Teilen der ÖVP.*)

Ich meine, dass das etwas ist, was nicht nur, meine Damen und Herren, bei Behinderungen der Fall sein sollte, sondern bei allen Menschen, die - unter Anführungszeichen - "anders sind", dass ich das nicht sehe, sondern nur den Menschen, ob er schwarz, blau, grün, gelb, nur mit einem Fuß, mit Sehbehinderung oder sonst etwas ist. Es sind Menschen, die andere Bedürfnisse haben, die etwas anders aussehen. Diese Menschen sind für mich Menschen ohne Behinderungen, denn dann - das wäre ein Traum, nur werde ich es wahrscheinlich nicht mehr erleben - haben wir es gar nicht notwendig, dass es eine Behindertenkommission im Land Wien gibt oder dass wir Antidiskriminierungsgesetze haben müssen, um auf das Recht zu pochen.

Hier bin ich stolz, Sozialdemokratin zu sein, denn wir haben immer gesagt, es darf nicht Mitleidigkeit sein, sondern Rechtsanspruch. Meine Damen und Herren, das ist etwas Wichtiges, nicht mehr zu sehen, dass ein Mensch anders ist, nicht mehr zu sehen, dass ein Mensch auch anders aussieht und eigene Kommissionen und Gesetze bilden zu müssen. Das wäre für mich der Traum. Dann müsste es auch keinen internationalen Tag gegen Antidiskriminierung behinderter Menschen geben. (*Beifall bei der SPÖ,*

*des Abg Mag Franz KARL sowie der StR Karin Landauer.)*

Ich glaube, dass das etwas sehr Wichtiges ist.

Erlauben Sie mir, dass ich zum Schluss für Menschen mit anderen Bedürfnissen spreche, die mir persönlich am Herzen liegen, weil sie keine Lobby haben. Das sind meine Freunde, geistig und mehrfach behindert, die ich das erste Mal schon vor dem Jahr, als von der UNO das Jahrzehnt für behinderte Menschen ausgerufen wurde, im Psychiatrischen Krankenhaus gesehen habe. Die Erschütterung, als ich im so genannten Kinderpavillon war, wo 180 Kinder in einem Pavillon waren und sich nur 5 Prozent der Eltern um diese Kinder gekümmert haben, werde ich nie überwinden können. Aber ich bin stolz darauf, dass ich heute meine Freunde in ganz Wien suchen muss, weil sie zwar ihr Zuhause immer im Psychiatrischen Krankenhaus haben werden, aber in Wohneinheiten leben, die für sie etwas sind, was wir uns als so genannte Normale überhaupt nicht vorstellen können.

Wenn ich an meine 86-jährige Mutter denke, die in der Brigittenau geboren ist, so wollte sie nie aus der Brigittenau, eigentlich nicht einmal aus dem Grätzl von Zwischenbrücken hinaus und ist immer dort gewesen. Eine hochintelligente Frau, die mir einmal gesagt hat, ich solle nicht böse sein, aber ihre eigentliche Heimat ist dort, wo sie geboren wurde, die Arbeiterhäuser auf der Engerthstraße sind ihre Heimat. Ich habe ihr dann gesagt, Brigittenau ist Brigittenau. Sie ist eine Frau, die - ich glaube, ich habe das schon einmal gesagt - intelligent ist, die Erzieherin ist, die die so genannte Schönbrunn-Schule hinter sich hat, wo alle Menschen gleich sind. Und ich bin ein Produkt ihrer Erziehung.

Auch für die Menschen, die aus dem Psychiatrischen Krankenhaus gekommen sind, in Wohneinheiten leben und selbständig sind, ist es eine Freude, dass sie in einer Wohnung sind. Ich bedanke mich bei allen, die mitgewirkt haben, dass es im Psychiatrischen Krankenhaus ungefähr 25 geistig und mehrfach Behinderte sind, die in ihren Bezirken, von denen sie herkommen, wieder auf Wohnplätze kommen, denen es möglich gemacht wurde, dass sie dort wohnen können. Das ist ein Verdienst des damaligen Gesundheitsstadtrats Stacher, der die Psychiatriereform fast gemeinsam mit der Behindertenkommission eingeführt hat. Ich bedanke mich recht herzlich bei allen, die dazu mitgewirkt haben, meinen Traum zu erfüllen. Ich hoffe, wenn ich Urgroßmutter und dann zu Hause bin, dass ich sagen kann, ich habe das damals schon gesagt. Machen wir in unserem eigenen Herzen und in unseren Hirnen Platz, um auf Grund aller Integrationsbemühungen, die hier stattfinden - egal bei welchem Thema -, davon sprechen zu können, dass wir keine Behindertenkommission mehr brauchen, weil alle Gesetze für Menschen in dieser Stadt gemacht wurden! - Danke. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)*

**Präsidentin Maria Hampel-Fuchs:** Als nächster Rednerin erteile ich Frau amtsf StR Laska das Wort. - Bitte.

**LhptmSt Grete Laska:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren, vor allem jene Damen und Herren, die uns heute hier im Hause besucht haben!

Ich möchte mich bei allen bedanken, die an dieser Diskussion teilgenommen haben, auch für die sachliche Kritik und für die Vorschläge, die Sie eingebracht haben, bedanken, weil Politik etwas ist, was immer in Bewegung ist und wir nur vorankommen können, wenn wir immer wieder über neue Vorschläge und Wege diskutieren, wobei der vorgeschlagene Weg der Frau Abg Tomsik einer ist, dem ich mich 100-prozentig anschließen kann.

Ich möchte mich auch ganz herzlich bei den beiden Dolmetscherinnen bedanken, denn ich weiß, dass das eine Anstrengung ist. - Herzlichen Dank. *(Allgemeiner Beifall.)*

Ich freue mich auch, dass es von allen Parteien Zustimmung zu dem Beschluss- und Resolutionsantrag gibt, weil ich meine, dass diese Zustimmung eine ist, die unsere gemeinsame Zielvorgabe festlegt.

Eine Bitte möchte ich zum Abschluss äußern: Wir machen immer wieder die selbe Erfahrung und auch heute war es nicht anders, dass im Zuge von Diskussionsbeiträgen neben all der sachlichen Kritik und den Vorschlägen immer wieder auf Einzelfälle eingegangen wird oder zumindest Einzelfälle angesprochen werden, die dann im Raum stehen und in der Luft hängen bleiben. Das ist nicht der Weg, den ich als verantwortungsvolle Politikerin gehen möchte. Ich bitte daher alle, die heute von Einzelfällen gesprochen haben, diese, wenn sie sie nicht schon selbst gelöst haben - was natürlich ihre Aufgabe als Politikerin oder als Politiker in dieser Stadt ist - oder nicht lösen konnten, bitte weiterzuleiten und mir zu geben, so dass den Menschen geholfen werden kann und sie nicht nur auf einem Stück Papier in einer Rede im Landtag erwähnt werden. In diesem Sinne können wir auch für diese Menschen ein Stück Verbesserung bringen. Davon bin ich überzeugt, ein herzliches Dankeschön für die Beteiligung an einer sehr wichtigen Diskussion, an einem heute so wichtigen Tag. *(Beifall bei der SPÖ, bei der ÖVP, der StR Karin Landauer sowie des Abg Dr Helmut GÜNTHER.)*

**Präsidentin Maria Hampel-Fuchs:** Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den eingebrachten Beschluss- und Resolutionsantrag, eingebracht von den Abgen Prof Erika Stubenvoll, Mag Franz KARL und Brigitte Schwarz-Klement. Er ist an die Wiener Landesregierung gerichtet und wird dann an den Herrn Landeshauptmann übermittelt und zugetragen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Beschluss- und Resolutionsantrag ihre Zustimmung

geben, um ein Zeichen mit der Hand. - Das ist die einstimmige Zustimmung zu diesem Beschluss- und Resolutionsantrag.

Wir kommen nun zur Postnummer 1. Sie betrifft die erste Lesung der Vorlage eines Gesetzes, mit dem das Gesetz betreffend die Regelung des Kinowesens (Wiener Kinogesetz 1955) und das Gesetz betreffend die Erteilung von Unterricht in Gesellschaftstänzen (Wiener Tanzschulgesetz 1996) geändert werden.

Der Berichterstatter hiezu ist Herr amtsf StR Dr Marboe. Ich bitte ihn, die Verhandlung einzuleiten.

**Berichterstatter amtsf StR Dr Peter Marboe:** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Es liegt Ihnen der Entwurf eines Gesetzes vor, mit dem das Gesetz betreffend die Regelung des Kinowesens sowie die Erteilung von Unterricht in Gesellschaftstänzen geändert werden soll. Im Wesentlichen - wie Sie den Unterlagen entnehmen können - geht es dabei um die Änderung beziehungsweise Adaptierung der Schillingbeträge in Euro-Beträge. Es geht also um legistische Maßnahmen im Zusammenhang mit der Euro-Umstellung und auch um die Änderung der in den Schillingbeträgen enthaltenen Strafbestimmungen des Wiener Kinogesetzes und des Wiener Tanzschulgesetzes.

Ich bitte um Annahme dieses Entwurfs.

**Präsidentin Erika Stubenvoll:** Gemäß § 30c Abs. 10 der Geschäftsordnung schlage ich vor, die General- und Spezialdebatte zusammenzulegen. Wird gegen die Zusammenlegung eine Einwendung erhoben? - Das ist nicht der Fall. Ich werde daher so vorgehen.

Die Debatte ist eröffnet. Zum Wort gemeldet ist Frau Abg Sander. Ich erteile es ihr.

**Abg Jutta Sander (GRÜNE):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Herr Stadtrat! Meine Damen und Herren!

Selbstverständlich werden die GRÜNEN kein Problem mit den von Ihnen vorgeschlagenen Gesetzesänderungen haben.

Es ist uns aber bei der Durchsicht des Tanzschulgesetzes ein anderer Paragraph auffällig geworden, der dringend geändert gehört. In diesem Zusammenhang ist der Abänderungsantrag zu sehen, den ich hier einbringe. Im Jahr 1998, im Februar 1998 - also vor mehr als zwei Jahren -, wurde ein Arbeitsbehelf zur Überprüfung der Österreichischen Rechtsordnung hinsichtlich diskriminierender Bestimmungen erstellt. Dieser Bericht wurde von der "Integration Österreich", den "Selbstbestimmten Lebensinitiativen Österreichs" und der "Österreichischen Arbeitsgemeinschaft für Rehabilitation" erstellt, also uns durchaus sehr bekannten Initiativen, die grundsätzlich gut und sehr engagiert arbeiten. In diesem Arbeitsbehelf wurde bereits kritisiert, dass der § 15 des Wiener Tanzschulgesetzes, wo es um die Beschaffenheit der Betriebsstätte, in der der Tanzunterricht erteilt werden soll, geht, äußerst diskriminierend ist. Es wird nämlich ausdrücklich der § 30 des Wiener Veranstaltungsstättengesetzes, "Besondere Bestimmungen für

Rollstuhlfahrer als Ausnahme", definiert: "Öffentlich zugängliche Gebäude müssen behindertengerecht gestaltet und ausgestattet werden." - Das war der Vorschlag aus diesem Papier, dem ich mich nur anschließen kann.

In diesem Zusammenhang der Abänderungsantrag von mir und vom Kollegen Smoliner:

"Die Räume, in denen Tanzunterricht erteilt werden soll, müssen bis längstens 31.12.2001" - weil auch uns klar ist, dass man das nicht von heute auf morgen machen kann, also eine Übergangsfrist notwendig ist - "den Bestimmungen des zweiten Abschnitts des Gesetzes betreffend Lage, Beschaffenheit, Einrichtung und Betrieb von Veranstaltungsstätten, Wiener Veranstaltungsstättengesetz, in der jeweils geltenden Fassung, entsprechen."

Ich bringe diesen Abänderungsantrag hiermit ein und möchte gleichzeitig sagen, dass wir dem Beschluss- und Resolutionsantrag der ÖVP und SPÖ deswegen nicht zustimmen, weil er uns einfach - ich sage es nochmals wie vorhin - zu weich ist. Es ist ein Antrag, der die selbe Intention hat, aber die Problemlösung - sage ich einmal kurz - auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschiebt! Dieser Variante werden wir sicher nicht unsere Zustimmung geben! (*Beifall bei den GRÜNEN.*)

**Präsidentin Erika Stubenvoll:** Als nächster Redner ist Herr Abg Mag KARL zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

**Abg Mag Franz KARL (ÖVP):** Frau Präsidentin! Herr Stadtrat! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Fast hätte ich jetzt ein schlechtes Gewissen bei meiner Wortmeldung, wenn nicht hinter mir Peter Marboe säße. Natürlich halte ich den Antrag der Kollegin Sander für richtig, für wichtig und würde ihm an sich gerne sofort zustimmen. Wir haben zwar heute gesagt, dass vieles viel zu langsam geht. Hier darf ich aber sagen, das ist um eine Nuance zu schnell und daher trete ich ein bisschen als Bremser auf.

Aber ich möchte etwas sagen, das man in diesem Zusammenhang wirklich sagen muss: Die schnellste Behandlung eines Antrags für behinderte Menschen ist bei Peter Marboe passiert, denn der Antrag betreffend Blindenhunde wurde so blitzartig wie kein anderer in diesem Hause behandelt.

Ich glaube daher, dass in dieser Angelegenheit und überhaupt in Angelegenheiten der behinderten Menschen - ich erinnere daran, dass es seit Peter Marboe eigene Budgetposten für die behindertengerechte Adaptierung von Kinos und Theater gibt - wirklich viel gemacht wurde. Der von mir vorgelegte Beschlussantrag wird sicher zu einer baldigen Beschlussfassung führen. Es geht ganz einfach darum, auch mit den Betroffenen noch einmal zu reden. Es geht auch darum, dass durchaus seriöse Tanzschulinhaber nicht in den Ruin getrieben werden sollen.

Daher, meine Damen und Herren, dieser Beschluss- und Resolutionsantrag von Frau Prof Stubenvoll und mir. Ich bin ganz sicher, dass die Angelegenheit beim Kulturstadtrat in besten Händen ist. (*Beifall bei der ÖVP.*)

**Präsidentin Erika Stubenvoll:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Ich erkläre die Verhandlung für geschlossen und erteile dem Herrn Berichterstatter das Schlusswort.

**Berichterstatter amtsf StR Dr Peter Marboe:** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Ich bin dankbar, dass das auch zum Thema gemacht wurde. Ich glaube, dem Geist beider Anträge stehen wir wirklich sehr offen gegenüber und das ist ja auch schon von den beiden Vorrednern sehr treffend zum Ausdruck gebracht worden.

Sie erinnern sich, dass das Tanzschulgesetz 1996 dann eine volle rollstuhlgerechte Ausstattung vorsieht, wenn im Sinne des Veranstaltungsstättengesetzes eine Tanzschule Kurse für Behinderte abhält. Jedenfalls aber ist eine behindertengerechte Zugänglichkeit vorzusehen.

Das heißt, man sieht schon, dass das Problembewusstsein da war. Das ist übrigens auch strenger formuliert, als im Veranstaltungsstättengesetz, das ja auch die wirtschaftliche Zumutbarkeit vorsieht. Daher sind wir auf dem richtigen Weg.

Ich empfehle die Annahme des Antrags zur Zuweisung, und Sie können sicher sein, dass wir, so schnell es administrativ nur irgendwie geht, die weiteren Schritte setzen werden. Nochmals: Ich empfehle daher die Zustimmung zu dem Gesetzesantrag. - Danke.

**Präsidentin Erika Stubenvoll:** Danke. - Wir kommen nun zur Abstimmung über die Gesetzesvorlage.

Vorher möchte ich die beiden Abänderungsanträge in der Reihenfolge ihres Einbringens abstimmen lassen. Zuerst gelangt der Antrag der GRÜNEN und des Liberalen Forums zur Abstimmung.

Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Das ist die Minderheit. Der Antrag ist damit abgelehnt.

Wir kommen zum zweiten Abänderungsantrag, eingebracht von Mag Franz KARL. (*Abg Mag Franz KARL: Beschlussantrag!!*) - Entschuldigung! Kein Abänderungsantrag.

Ich bitte daher jene Mitglieder des Landtags, die der Vorlage einschließlich Titel und Eingang zustimmen wollen, die Hand zu heben. - Danke. Das Gesetz ist somit in erster Lesung einstimmig angenommen.

Jetzt kommt der Beschluss- und Resolutionsantrag, eingebracht von Abg Mag Franz KARL und mir.

Ich darf jene Damen und Herren, die diesem Antrag auf Zuweisung zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand bitten. - Das ist die Mehrheit. Der Antrag wird, so wie besprochen, zugewiesen.

Wenn kein Widerspruch erfolgt, kommen wir nun zur zweiten Lesung. - Ich sehe keinen Widerspruch.

Ich bitte daher jene Mitglieder des Landtags, die

dem Gesetz in zweiter Lesung zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Das Gesetz ist somit auch in zweiter Lesung einstimmig beschlossen.

Wir kommen zur Postnummer 2 der Tagesordnung. Sie betrifft die erste Lesung der Vorlage eines Gesetzes über Änderungen der Grenze zwischen dem 3. und dem 11. Bezirk.

Die Berichterstatterin ist Frau amtsf StR Mag Brauner. Ich bitte Sie, die Verhandlung einzuleiten.

**Berichterstatterin amtsf StR Mag Renate Brauner:** Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich bitte Sie, diesem Gesetz über die Änderung der Bezirksgrenzen zuzustimmen.

**Präsidentin Erika Stubenvoll:** Da zu diesem Tagesordnungspunkt keine Wortmeldung vorliegt, kommen wir gleich zur Abstimmung.

Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Vorlage einschließlich Titel und Eingang in erster Lesung ihre Zustimmung geben wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Das Gesetz ist somit in erster Lesung einstimmig angenommen.

Wenn kein Widerspruch erfolgt, werde ich sofort die zweite Lesung vornehmen lassen. - Widerspruch erfolgt nicht.

Ich bitte daher jene Mitglieder des Landtags, die dem Gesetz in zweiter Lesung zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Das Gesetz ist auch in zweiter Lesung einstimmig beschlossen.

Wir kommen zur Postnummer 3 der Tagesordnung. Sie betrifft den Tätigkeitsbericht 1998/99 der Wiener Umweltanwaltschaft.

Die Umweltanwältin, Frau Dr Büchl-Krammerstätter, ist unter uns. Ich darf sie recht herzlich begrüßen.

Ich bitte nun den Berichterstatter, Herrn amtsf StR Svhalek, die Verhandlung einzuleiten.

**Berichterstatter amtsf StR Fritz Svhalek:** Danke, Frau Präsidentin!

Der Tätigkeitsbericht 1998/99 liegt auf. Falls es Wortmeldungen gibt, ersuche ich, die Debatte zu eröffnen.

**Präsidentin Erika Stubenvoll:** Ja, zu diesem Tagesordnungspunkt gibt es Wortmeldungen. Zum Wort gemeldet hat sich Herr Abg Pöschl. Ich erteile es ihm.

**Abg Hanno Pöschl (Liberales Forum):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Herr Stadtrat! Frau Umweltanwältin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich glaube, dieser Tätigkeitsbericht 1998/99 ist eine sehr gute Gelegenheit, auch für alle hier in diesem Haus, die sich nicht so sehr mit Umweltfragen beschäftigen, zu sehen, was alles getan wird. Ich glaube, es ist auch die richtige Stelle, einfach auch einmal den Dank für das Engagement an das Team hier auszusprechen. Es ist - und das ist nicht pathetisch, sondern ernst gemeint - eine unverzichtbare Institution im Umweltbereich und ich möchte das auch anhand dieses Berichts begründen, warum das so ist.

Der Name Umweltanwaltschaft sagt ja eigentlich schon, dass man Anwalt für die Umwelt sein soll, und das ist auch der Fall. Das zeigt sich im Allgemeinen und in der täglichen Arbeit. Wenn man sich die Flächenwidmungsverfahren, die Flächenwidmungspläne ansieht, erkennt man: Hier wird ganz klar zu Fragen der Umwelt, insbesondere auch für die Erhaltung des Grünraums, Stellung genommen, im Speziellen auch hier in diesem Bericht.

Ein Punkt, der vielleicht nicht so wichtig erscheint, der aber in der Summe sicher auch zählt, ist das so genannte Parken im Wald. Das klingt vielleicht nicht so aufregend, ist es aber trotzdem. Ich erinnere an die Infokampagne gegen dieses missbräuchliche Abstellen im Wald, die gestartet wurde, und ich kann nur sagen, Gott sei Dank kümmert sich jemand darum.

Zweiter Bereich: Es ist nicht nur eine Anwaltschaft für die Umwelt, sondern auch eine Anwaltschaft für die BürgerInnen. Hier sei ein Thema erwähnt, das auch in diesem Bericht einen breiten Raum findet, das ist das Thema Mobilfunk. Dazu muss man sagen, dass von der Politik oder - drücken wir es vorsichtiger aus - von den Regierungsparteien sehr lange relativ wenig gemacht wurde. Es wurde auch relativ wenig Rücksicht auf mögliche Probleme in diesem Zusammenhang genommen, und zwar sowohl hinsichtlich der Gesundheitsgefährdung als auch in Bezug auf die Umwelt. Da gibt es die Initiative, die berechtigten Sorgen der BürgerInnen, die wir wirklich ernst nehmen sollten, zu kanalieren und sehr sachlich mit diesem Problem umzugehen.

Es geht aber nicht nur um die Anwaltschaft für die BürgerInnen, sondern auch um BürgerInnenbeteiligung, wie das Beispiel Mediationsverfahren Lainzer Tunnel zeigt, das in dem Bericht erwähnt wird. Es geht da um ein umstrittenes Projekt. Ich als liberaler Abgeordneter sage jetzt einmal, dass ich mir den Lainzer Tunnel wünsche. Ich finde ihn richtig, ich finde, er ist eine Grundvoraussetzung für diese Stadt. Ich weiß nicht, ob wir da gleicher Meinung sind, das kann ich nicht sagen, vielleicht. Nichtsdestotrotz denke ich, dass es wichtig ist, solche Mediationsverfahren durchzuziehen, um eben den BürgerInnen die Möglichkeit zu geben, sich daran zu beteiligen, zumindest die Basis der Entscheidungsfindung aufzubereiten und bestehenden Ängsten und Sorgen entgegenzuwirken. Das ist meines Erachtens nach auch eine der wichtigsten Aufgaben, die damit sehr gut erfüllt wird.

In eigener Sache vielleicht auch ein kurzer Dank und eine Erwähnung: Meiner Meinung nach ist die Arbeit des Teams der Wiener Umweltanwaltschaft auch eine Unterstützung für die politischen Parteien. Ich sehe das so. Die Positionspapiere, die ebenfalls in diesem Bericht angeführt sind, aber auch die vielen Stellungnahmen - wobei ich auch sagen muss, dass ich nicht alle diese Stellungnahmen teile -, sind immer wieder ein wichtiger und interessanter Anhaltspunkt,

um die eigenen Positionen entweder kritisch zu hinterfragen oder aber um wirklich wichtige und richtige Punkte, auf die man selbst nicht gekommen wäre, zu übernehmen.

Ein fünfter Punkt, der auf alle Fälle erwähnt sei und der auch eine wichtige Rolle der Umweltanwaltschaft beleuchtet, ist die Frage der Gesetzgebung. Hier habe ich mir ein Beispiel herausgeholt, das mir persönlich wichtig ist, bei dem wir aber noch nicht extrem viel erreicht haben, das ist der Bereich Tierschutz. Hier ist es natürlich so, dass die Erstellung eines Bundes tierschutzgesetzes, glaube ich, vielen Menschen in diesem Land und nicht nur der Umweltanwaltschaft ein Anliegen wäre. Wir werden hoffentlich gemeinsam weiterhin dafür kämpfen, dass es dazu kommt.

Auch hinsichtlich des 15a-Vertrags zu diesem Thema teile ich die Einschätzung der kritischen Beurteilung dieses 15a-Vertrags, weil er wahrscheinlich nicht nachhaltig zu einer Verbesserung des Tierschutzes in Wien und in Österreich führt.

Aber - und das sei auch erwähnt - es ist eine der wichtigen Aufgaben der Wiener Umweltanwaltschaft, eine Vorreiterrolle zu spielen und auch Themen anzusprechen, an die man vielleicht noch nicht gedacht hat. Deshalb steht das, was als erster Punkt im Bericht der Umweltanwaltschaft angeführt ist, meines Erachtens nach zu Recht als erster Punkt, nämlich das Umweltmanagement in Amtshäusern, das PUMA, wo im Bereich Beschaffung, Energie, Effizienz und Abfallwirtschaft einfach einmal etwas auf die Beine gestellt wird, um zu zeigen, dass sich Umweltbewusstsein auch auszahlen kann. Da muss man, glaube ich, wirklich erwähnen, dass das auf Grund einer Initiative und auf Grund der Hartnäckigkeit der Umweltanwaltschaft gemacht wird. Ich muss sagen, ich freue mich darüber, und ich hoffe, dass diese Pilotprojekte nicht nur Pilotprojekte bleiben, sondern auch intensiv umgesetzt werden.

Einen kleinen Kritikpunkt möchte ich anbringen, der jedoch weniger mit der Arbeit der Wiener Umweltanwaltschaft zu tun hat - wir hatten ein ähnliches Problem schon bei den Volksanwältern -, und das ist der Berichtszeitraum. Irgendwie wäre es sicherlich sinnvoller und nützlicher, wenn wir nicht den Tätigkeitsbericht 1998/99 in Händen hätten, sondern einen jährlichen Tätigkeitsbericht, weil daraus klarer hervorgeinge, was hier passiert. Also ich denke, da könnten wir uns wirklich überlegen, ob wir das nicht in einem jährlichen Rahmen abhandeln könnten.

Abschließend möchte ich den Wunsch äußern, dass die Wiener Umweltanwaltschaft und das ganze Team im Interesse der Umwelt und im Interesse der Stadt Wien so weitermachen wie bisher. - Danke!

**Präsidentin Erika Stubenvoll:** Als nächster Redner ist Herr Abg Klucsarits zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

**Abg Rudolf Klucsarits (ÖVP):** Sehr geehrte Frau

Präsidentin! Herr Stadtrat! Frau Umweltanwältin!  
Hohes Haus!

Der vorliegende Umweltbericht ist in weiten Teilen eine Bestätigung unserer Umweltpolitik. Wenn man sich die Themenbereiche ansieht, so darf ich der Umweltanwaltschaft das Kompliment machen, dass die Auswahl der Arbeitsschwerpunkte so erfolgte, dass man von relevanten Ergebnissen sprechen kann. Der in der Startphase zu hörende Vorwurf, wonach das Themenspektrum zu klein gewählt sei, kann jetzt sicherlich nicht mehr aufrechterhalten werden, denn von Altlastensanierung bis Zivilschutz gibt es wenige umweltpolitische Problemstellungen, die von der Umweltanwaltschaft nicht aufgegriffen wurden.

Besonders positiv erwähnen möchte ich die Offenheit, mit der die einzelnen Themenbereiche miteinander vernetzt wurden, so dass die verschiedensten Expertenmeinungen in die Arbeitsergebnisse eingeflossen sind. Eine gefährliche Einäugigkeit, die bei der Betrachtung von umweltpolitischen Sachverhalten leicht auftreten kann, wurde so sicherlich verhindert.

Diese durchaus positive Ausweitung und auch geforderte Verbreiterung der Tätigkeitsfelder der Umweltanwaltschaft birgt allerdings auch Gefahren in sich, auf die ich bei aller Anerkennung der Tätigkeit dieser Einrichtung doch hinweisen möchte. Es ist eine durchaus berechtigte Praxis, in der Verwaltung gewisse Bereiche auszugliedern, und das entspricht auch unseren verwaltungstechnischen und politischen Grundsätzen. Natürlich hätte man die Umweltanwaltschaft auch bei der MA 22 ansiedeln können. Wir glauben und wir sind fest überzeugt davon, dass eine selbständige Umweltanwaltschaft die bessere Einrichtung ist.

Bei aller Freude über das gelungene Experiment, wird man manchmal das Gefühl nicht los, dass die Koordination mit anderen Stellen des Magistrats, die umweltpolitische Ideenfindungen und damit Orientierungen geben, nur ein bisschen schleppend vorangeht. Das birgt ein wenig die Gefahr in sich, dass die Umweltanwaltschaft zum zweiten Umweltressort wird. Das kann aber sicher nicht Sinn der Sache sein. Hier muss die Umweltanwaltschaft sicherlich Acht geben, dass sie sich nicht zu einem Nebenressort entwickelt, denn das wäre kontraproduktiv.

Abgesehen von diesen drohenden Entwicklungen, die den Verantwortlichen in der Umweltanwaltschaft sicherlich bewusst sind - ich bin überzeugt davon, sie sehen das auch so -, kommen auch wir nicht umhin, der Umweltanwaltschaft unser Lob auszusprechen, vor allem auch deshalb, weil sie so Themen wie den Öko-Kauf aufgreift, von dem ich persönlich sehr viel halte. Dies nicht nur deshalb, weil es auch im Klimaschutzprogramm von uns mitgetragen wurde, sondern weil es einen wichtigen Schulterschluss zwischen der Produktionswirtschaft und der Stadt Wien signalisiert, worin auch ich als Wirtschaftsver-

treter das richtige Signal sehe.

Das Projekt Öko-Kauf hat für uns dieselbe Priorität wie PUMA, das über die energieseitige Sanierung der Amtshäuser sowohl eine Entlastung der Luft von Schadstoffen, als auch des Stadtbudgets erbringen wird. Diese Schiene hat unsere ganze Unterstützung, und wir sind schon gespannt, welche Ergebnisse der ebenfalls in der Umweltanwaltschaft angesiedelte Arbeitskreis Energieeffizienz bringen wird.

Wir alle kennen ja mittlerweile die positiven Auswirkungen des Contractings. Wir haben uns für dieses Modell des sinnvollen Umweltschutzes eingesetzt und wir werden uns auch in Zukunft dafür einsetzen, dass auf Contracting-Basis mehr Energie als bisher eingespart wird. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Erwähnt wird im Bericht auch die Beteiligung der Umweltanwaltschaft am Mediationsverfahren Lainzer Tunnel. Meine Damen und Herren! Es ist StR Bernhard Görg zu danken, dass mittlerweile viele Projekte, die früher eher diktiert wurden, auf so breiter Basis diskutiert werden, dass sich die meisten Bürger mit diesen Projekten identifizieren können. Das war so bei der B 3, das war so bei der U 1, das wird auch bei der Donauquerung so verlaufen, genauso wie bei der Schaffung des Güterverteilungszentrums Inzersdorf, wo durch den Bau der B 301 ebenfalls eine spürbare Entlastung der Anrainer der Laxenburger Straße möglich sein wird.

Meine Damen und Herren! Die Stadtplanung spielt eine wichtige Rolle bei der Erhaltung der Umweltqualität und auch aus dieser Überlegung und der daraus erwachsenden Verpflichtung ist die Stadtplanung in der Amtszeit Bernhard Görgs transparenter und bürgerfreundlicher geworden. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Auf diesen neuen Leitlinien wird auch die Umweltpolitik der Stadtregierung aufbauen. Bürgerfreundlichkeit ist nicht, wenn man gegen jedes Bauprojekt auftritt und alles verhindert, Bürgerfreundlichkeit besteht nicht darin, den Menschen mit sektiererischen Umweltvorschriften und Auflagen das Leben zu sauer zu machen, und Bürgerfreundlichkeit in der Umweltpolitik baut auch nicht auf radikalen Konzepten der Vergangenheit auf.

Meine Damen und Herren! Das ist Kommunalpolitik, wie wir sie betreiben - erst planen, dann tun und nicht nur reden und dann vielleicht noch kritisieren, weil es gerade irgendjemandem ins Konzept passt. Aber wir lassen uns von dem Oppositionsgetöse ohnedies nicht von unserer Linie für die Umweltpolitik dieser Stadt abbringen, die darin besteht, Schritt für Schritt Fortschritte zu erzielen (*Beifall bei der ÖVP.*), auch nicht, wenn sich manche politischen Funktionäre aus den Reihen der Opposition immer wieder als die Koalitionspartner der Zukunft andienen. Es sind aber nicht viele da, das dürfte sie nicht interessieren. (*Abg Johannes Prochaska: Das wird nicht reichen!*) Ja!

Aber eines sei gesagt: Punktuelle positive Meinungsumfrageergebnisse für eine

ungsumfrageergebnisse für eine Oppositionspartei sind noch lange keine ausreichende Qualifikation, Stadträte zu stellen. Da gehört sicher mehr dazu! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Wir wollen etwas anderes erreichen in der Umweltpolitik dieser Stadtregierung, nämlich positive Weichenstellungen für eine bessere Umwelt in einer Stadt, in der sich der Bürger auch wohl fühlt, weil er weiß, diese Stadtregierung sichert neben der Wasserqualität auch alle anderen Lebensbereiche. Wir glauben, dass die moderne Umweltpolitik einen Interessenausgleich voraussetzt und dass technische Lösungen, die realistisch sind, also auf gesundem Menschenverstand beruhen, auch durchgeführt werden sollten.

Die Umweltanwaltschaft hat in unserer Fraktion - das haben wir, glaube ich, am besten und eindrücklichsten bei der Wiederbestellung der derzeitigen Umweltanwältin gezeigt - einen verlässlichen Partner, wenn es darum geht, einer der Motoren der Umweltpolitik zu sein.

Die Umweltanwaltschaft hat sicherlich eine wichtige Impulsgeberfunktion bei konkreten Projektumsetzungen und bei der objektiven Erarbeitung von umweltpolitischen Grundkonzepten sowie von technischen Lösungsansätzen, die auch verwirklichbar sind. Wir sind auch sicher - das haben die Kontakte mit der Umweltanwaltschaft gezeigt -, dass die Umweltanwaltschaft unsere realistische Linie in der Umweltpolitik teilt, die darauf abzielt, konstruktive und ausgewogene Umweltpolitik für diese Stadt zu machen. So sind wir schon in freudiger Erwartung der Projektergebnisse zu den Bereichen Biogasanlagen in Wien und der strategischen Abfallwirtschaftsprüfung.

Wir sind davon überzeugt, dass diese Stadtregierung von der Arbeit der Umweltanwaltschaft auch weiterhin wertvolle Impulse bekommen wird. In diesem Sinne erteilen wir dem Tätigkeitsbericht der Umweltanwaltschaft gerne unsere Zustimmung. (*Beifall bei der ÖVP.*)

**Präsidentin Erika Stubenvoll:** Als nächster Redner ist Herr StR Prinz zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

**StR Walter Prinz:** Frau Präsidentin! Herr Stadtrat! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der Tätigkeitsbericht der Wiener Umweltanwaltschaft befasst sich auch mit dem Thema Mobilfunk und stellt die Position dieser Institution zu dieser Problematik, wenn ich kurz die Zusammenfassung zur Kenntnis bringen darf, so dar: Einerseits werden seitens der Wissenschaft biologische Effekt von elektromagnetischen Feldern von GSM-Sendeantennen im Niedrigdosisbereich als wissenschaftlich gesichert betrachtet, andererseits besteht noch ein erhebliches Wissens- und somit Forschungsdefizit betreffend deren mögliche negative, biologische und gesundheitliche Auswirkungen auf den Menschen. Auf Grund dieser äußerst unbefriedigenden Situation ist die Wiener Umweltanwaltschaft der Meinung, dass

dem Vorsorgeprinzip beim weiteren Ausbau des Mobilfunknetzes unbedingt Beachtung zu schenken ist.

Jetzt frage ich mich, was ist in letzter Zeit in Wien auf Rathausebene geschehen?

Am 16. November vergangenen Jahres kündigt Gesundheitsstadtrat Rieder ein Gutachten an, von dem wir bis heute nichts gesehen und gehört haben. Vielmehr befindet er sich bei dieser Thematik auf permanenter Tauchstation.

StR Faymann stoppt zwar die Montage auf Gemeindebauten, ist aber nicht bereit, die Wiener Bauordnung zu ändern, um endlich Möglichkeiten zu schaffen, dass ein gewisses Genehmigungsverfahren eingeführt wird.

Was passiert auf Bundesebene? - Der damals noch im Amt befindliche Minister Einem gab eine Studie in Auftrag an einen gewissen Prof Silny in Aachen, der zu dem Resümee kommt: "Nach heutigem Wissensstand" - ich zitiere da aus seinen Unterlagen - "ist die Bevölkerung durch die geltenden Grenzwerte ausreichend vor eventuellen Folgen einer Exposition durch hochfrequente Felder geschützt."

Wenn Sie jemanden fragen, der sich auf dem Gebiet der elektromagnetischen Strahlungen auskennt und dort Experte ist, so wird der Ihnen sagen, dass er von diesem von Ex-Minister Einem bestellten Gutachter überhaupt nichts hält, denn der hat nach fachlicher Auskunft überhaupt keine Ahnung von diesen Dingen und hat so für Herrn Minister Einem - er ist ja Gott sei Dank weg - einen Persilschein ausgestellt, der völlig ungerechtfertigt ist.

Am 30. November vergangenen Jahres - so geht es weiter auf Bundesebene - wird eine Mobilfunkpetition an Herrn Parlamentspräsidenten Fischer übergeben, worin die Bürgerinitiativen gemeinsam mit Politikern und anderen Persönlichkeiten ihre Schwerpunkte definieren. Das beginnt bei einer Parteienstellung bei der Errichtung von Mobilfunksendeanlagen, geht über eine bundesweite gesetzliche Verankerung des Gesundheitsvorsorgegrenzwertes bis hin zu einer Ausarbeitung von Vorsorgegrenzwerten, laufenden betreiberunabhängigen Kontrollen, Kennzeichnungspflicht für Antennen und so weiter und so weiter. Diese Mobilfunkpetition wurde unterzeichnet von den Nationalratsabgeordneten Johann Maier, SPÖ, Martin Graf, FPÖ, Gabriele Moser, GRÜNE. Weitere Unterstützer waren: Erstunterstützer Dr Gerd Heilingbrunner vom Umweltdachverband, Dr Heinz Schaden, Bürgermeister von Salzburg, Johann Paudsch, Stadtrat in Salzburg, Dr Gerhard Oberfeld, Referent für Umweltmedizin der Österreichischen Ärztekammer und so weiter und so weiter, und die gesamten Umweltanwälte der Bundesländer. - Das war einmal die Mobilfunkpetition, die an Präsident Fischer übergeben wurde.

Ende November erscheint ein Buch im Handel, das eigentlich jeder Verharmloser einmal lesen sollte. Dieses Buch mit dem Titel "Handy-Fieber" - das schaut so aus (*Der Redner hält es in die Höhe.*) -

sollte man sich zu Gemüte führen. Es ist hochinteressant, auch wenn es stellenweise schwierig zu lesen ist, weil viele medizinische und technische Ausdrücke vorkommen. Aber da fällt es einem dann wie Schuppen von den Augen, wenn man diese Dinge liest. Ich darf Ihnen nur einen kurzen Ausschnitt aus diesem Buch zur Kenntnis bringen. Da sagt unter anderem Prof. Dr. Wolfgang Köstler, Präsident der Österreichischen Gesellschaft für Onkologie, in einem Interview zum Thema Hirntumore:

"Der Mensch von heute ist einer solchen Unzahl von gepulsten Mikrowellen ausgesetzt, die zu Summationen der Feldstärken außerhalb und innerhalb des Körpers, speziell aber im Kopfbereich und im sehr stark verästelten und räumlich stark untergliederten Knochenmark führen können.

So ist eine Zunahme der Hirntumore und der leukämischen Erkrankungen in nächster Zukunft zu erwarten. Geht man einer Hirntumorerkrankung nach und fragt den Patienten, ob er wüsste, wer noch in seiner Umgebung einen Hirntumor entwickelt hätte, bekommt man nicht selten rasch einige Namen genannt. Nimmt man anschließend eine Landkarte oder Stadtkarte zur Hand und trägt die Wohnorte der Betroffenen und gleichzeitig die elektromagnetische Wellen abstrahlenden Sender der verschiedensten Provenienz - Radar, Fernsehen, Richtfunk, Mobilfunksender - ein, so ergibt sich der Verdacht auf eine Fokussierung der Hirntumorhäufigkeiten dort, wo auch eine Summation der Feldstärken und der einstrahlenden Frequenzen gegeben ist."

Meine Damen und Herren! Das ist eine Aussage, die eigentlich die Alarmglocken läuten lassen müsste, aber offensichtlich ist das alles zu wenig. Es ist auch keine Frage, dass der wachsende Mastenwald in Wien die Bürger beunruhigt. Sie protestieren. Ich bekomme viele Briefe zu diesem Thema und da ist mir jetzt ein Schreiben zugekommen, das ich als besonders dramatisch empfinde. Da schreibt mir eine Dame im April Folgendes: "Im September 1999 habe ich für meine damals schwangere Tochter eine Eigentumswohnung im 12. Bezirk gekauft. Sie zog sofort ein. Am 26. Oktober kam Baby Hanna auf die Welt, die nun auch in dieser Wohnung wohnt. Auf dem Haus gab es bereits eine große Sendeanlage von A 1, welche aber nicht in unsere Richtung strahlt. Diese Anlage ist zirka 25 Meter von unserer Terrasse und Schlafzimmer entfernt und liegt um einige Meter höher als unsere Wohnung. Wir dachten, na gut, da ist schon ein Sender, wenigstens kommt nichts Weiteres mehr in der Art. Wir wurden eines Schlechteren belehrt, denn im Dezember 1999 stellte die Firma Telering unmittelbar neben unserer Terrasse auf dem Flachdach des Hauses eine Sendeanlage auf. Wir waren entsetzt, die Anlage ist nur 8 bis 9 Meter neben unserem Schlafzimmer und der Terrasse. Nach Befragung von Fachleuten und Lesen sämtlicher einschlägiger Lektüre haben wir ganz besonders Angst um die Gesundheit der kleinen Hanna. Uns wurde

von Fachleuten mitgeteilt, dass es Wahnsinn ist, in der unmittelbaren Nähe von Wohnungen, noch dazu in Kopfhöhe, diese Sendeanlagen zu montieren."

Es geht dann in diese Richtung weiter. Die Dame ist völlig verzweifelt. Sie haben jetzt ihr letztes Geld für die Eigentumswohnung ausgegeben und nun sitzen sie dort, umgeben - denn es kommt in der Folge auch noch ein dritter Mast dazu - von drei Sendemasten.

Meine Damen und Herren! Im Juni ist im Parlament eine Enquête angesetzt, bei der man die genannte Petition besprechen wird, und ich hoffe, dass da endlich einmal etwas weitergeht. Ebenfalls im Juni, nämlich am 7. und 8. Juni, gibt es in Salzburg eine internationale Konferenz über Situierung von Mobilfunksendern mit sehr interessanten Teilnehmern. Vielleicht wird das auch ein wesentlicher Meilenstein auf dem Weg, eine sinnvolle Lösung für diese Sendemasten in Wien zu erarbeiten.

Was mich wirklich bestürzt, ist Folgendes: Ich war heute am Vormittag in einem Büro, das sich derzeit damit beschäftigt, die Zusammenhänge zwischen Krebserkrankungen und der Einwirkung von elektromagnetischen Strahlen zu ermitteln und darzustellen. Die werden noch eine Zeitlang brauchen, bis sie das Ergebnis für Wien vollständig auf dem Tisch haben. Aber was ich da heute am Vormittag gesehen habe, meine Damen und Herren, ist wirklich dramatisch. Wenn das so weitergeht, wenn diese Entwicklung, die sich da laut dieser Studie anlässt, so weitergeht, dann kann ich heute schon prophezeien, dass einige verantwortliche Politiker in Wien, die bis jetzt keinerlei Lust zeigen, da tätig zu werden, Schwierigkeiten bekommen werden.

Ich wünsche mir nicht, dass sich das so bewahrheitet, wie man es aus diesen Anzeichen ersieht, das wäre nämlich sehr dramatisch. Ich glaube daher, dass es wirklich höchste Zeit ist, dass speziell in Wien dieses Thema von der Wiener Koalitionsregierung ernst genommen wird und ähnlich wie in Salzburg endlich entsprechende Vorsorge getroffen wird. Das ist eine Maßnahme für unsere Jugend, für unsere Kinder, aber einfach für alle Menschen dieser Stadt, und da haben wir schon viel zu lange gezögert, um echte Taten zu setzen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

**Präsidentin Erika Stubenvoll:** Als nächster Redner ist Herr Abg VALENTIN zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

**Abg Erich VALTENTIN (SPÖ):** Frau Präsidentin! Herr Stadtrat!

**Umweltanwaltschaft:** Schon das Wort beschreibt in Wirklichkeit die Aufgabe sehr, sehr gut. Ein Anwalt, ein Lobbyist für Ökologie in der Stadt, ein Lobbyist, ein Anwalt, ein Vertreter von ökologischen Lösungen, eine Institution, die nicht im Magistrat eingebettet ist, die Autonomie besitzt, die auch Dinge sagen kann, die die Agierenden dieser Stadt kritisieren, die Entscheidungen im Magistrat kritisch beleuchten kann. Das ist etwas, meine Damen und

Herren, was ich auch politisch als mutig einschätze. Es ist etwas, was eine Stadtverwaltung, was politische Entscheidungsträger, denke ich, nur dann mit gutem Gewissen wollen können, wenn sie ökologisch mit reinem Gewissen ihr Handwerk der Stadtpolitik machen.

Am Beginn möchte ich Frau Dr Karin Büchl-Krammerstätter und ihrem Team gratulieren und danken. Gratulieren und danken deshalb, weil dieser Bericht, diese Auflistung von Aktivitäten, auch eine gewisse Tendenz zeigt, was sich in der Tätigkeit in den letzten sechs Jahren geändert hat, auch vom persönlichen Standing der Wiener Umweltanwaltschaft den Problemen der Stadt gegenüber, gratulieren auch deshalb, weil ich kaum einen Bericht kenne oder in Erinnerung habe, der so spannend zu lesen war wie der ihre, weil ich kaum einen Bericht kenne, der von etwas zeugt, was man selten findet, nämlich von dem ehrlichen Bemühen, den Aufgaben gerecht zu werden und sich auch mit einer Ausgewogenheit den Dingen zu widmen, auch zu sagen, dass man bei gewissen Dingen ansteht, und auch zu sagen, wo man Intentionen geändert hat.

Ich habe vorhin gesagt, der Name "Umweltanwaltschaft" sagt eigentlich schon sehr viel. Beim Lesen des Berichts ist aber eine zusätzliche Qualität dazugekommen, und zwar auch in der Arbeit der Umweltanwaltschaft, die ich als zutiefst demokratiepolitisch sehe. Wenn wir uns bei der Auflistung der vielen Projekte, der vielen Aktivitäten, die gesetzt worden sind, das Mediationsverfahren rund um den Lainzer Tunnel besonders ansehen, dann erkennen wir, dass nicht nur die Umwelt, die Ökologie einen engagierten Vertreter und Lobbyisten gefunden hat, es sind auch Bürgerrechte, es ist auch ein Sensorium, dass die Umweltanwaltschaft in Wien in vielen Bereichen zusätzlich als Transformator, als objektiver Gesprächspartner, der Stadt angesehen wird, wenn Bürger Sorgen haben.

Ich denke, das ist gut so, und ich denke, es ist auch gut so, wenn eine engagierte Umweltpolitik in der Stadt sagt: Ja, es gibt eine derartige Institution, es gibt die Möglichkeit, in umweltrelevanten Fragen mit der Stadt in Kommunikation zu treten, ohne Angst haben zu müssen, von der Stadtverwaltung vereinnahmt zu werden.

Ich sage einmal mehr: Das kann man nur dann tun, wenn man ökologisch in seiner Programmatik und im Handlungsprinzip der Stadt handelt. Dafür, liebe Frau Doktor, möchte ich namens unserer Fraktion, namens der Sozialdemokraten hier in diesem Haus, herzlich danke schön sagen. (*Beifall bei der SPÖ*)

Etwas Weiteres hat mich bei diesem Bericht bewegt, nämlich die Eigendefinition. Wie Sie von Projekt zu Projekt ausführen, wo Sie die Expertenfunktion wahrnehmen, wie Sie sagen, dass das in Wirklichkeit zuallererst einmal der Grundgedanke war, wie Sie dann weiter ausführen, dass Sie in vielen

Bereichen der operativen Arbeit des Magistrats mithelfen, mitarbeiten, ja sogar Initialzünder für viele Entwicklungen sind, bis hin zu dieser demokratiepolitisch wichtigen Aufgabe der Mediation, die auch in der Konfliktaustragung in der Stadt zunehmend an Bedeutung gewinnen wird, bis hin zur Frage - was Sie als besondere Qualität in Ihrer letzten Arbeit bezeichnen - der strategischen Positionen im Umweltbereich, bis hin zur Frage der Positionierung bei legislativen Vorhaben.

Ich denke mir, das ist eine sehr, sehr wesentliche Sache, und ich glaube auch, dass die Stadt gut daran tut, in vielen Bereichen auf die Arbeit der Umweltanwaltschaft zurückzugreifen und die Umweltanwaltschaft als das zu begreifen, was sie ist. Und dafür möchte ich auch ein Dankeschön sagen. Denn aus dem Bericht kommt auch sehr gut eine sehr ehrliche Einstellung hervor, eine ehrliche Einschätzung dessen, was die Umweltanwaltschaft in der Stadt bewirken kann, nämlich ein Teil eines Verfahrens zu sein, bei dem wirtschaftliche Erwägungen, bei dem logistische Erwägungen, bei dem viele Erwägungen Platz finden, bei dem aber auch der Umwelt, dem ökologischen Vorgehen in der Stadt besondere Bedeutung geschenkt werden sollen. (*Abg Dr Herbert Madejski: Wenn nicht Verfahren schon vorher abgeschlossen sind und dann macht man ein Kasperltheater!*) Sie brauchen, lieber Herr Kollege, keine Sorge zu haben. (*Abg Dr Herbert Madejski: So etwas haben wir schon gehabt!*) Eine Stadtregierung und eine sozialdemokratische Mehrheit hier im Haus (*Neuerlicher Zwischenruf des Abg Dr Herbert Madejski.*) - lassen Sie mich ausreden -, die in der Tat meint, dass es sinnvoll ist, eine Umweltanwaltschaft nicht beeinflussbar und autonom arbeiten zu lassen, die hat auch die Größe und die Stärke, ökologisch vertretbare Lösungen durchzusetzen. Da können Sie gewiss sein! Das hat die Sozialdemokratie in der Vergangenheit bewiesen und das wird sie auch in Zukunft beweisen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ich denke mir, ohne diese Größe, ohne diese demokratische Größe geht es nicht. Gerade, wenn Ihre Partei dazu etwas sagt, dann erinnere ich mich beispielsweise daran, wie Institutionen in anderen Bundesländern behandelt werden. Da erinnere ich mich beispielsweise daran, dass eine Institution wie die Frauenbeauftragte in Kärnten kurzerhand abgesetzt worden ist, als sie gemeint hat, es wäre bedauerlich, dass es kein Frauenministerium mehr gibt, und einige Zeit später ist sie dann großartig als großes Geschenk an die Frauen wieder eingestellt worden. Wir in Wien, Herr Kollege, sehen unsere Arbeit anders. Wir sagen ja zu einer autonomen Umweltanwaltschaft, wir sagen ja zu einer Umweltanwaltschaft, die auch kritisieren soll, wenn sie meint, kritisieren zu müssen, und wo es in anderen Bundesländern Sanktionen hagelt, sehen wir unsere Aufgabe dahin gehend, demokratische Meinungsbildungsprozesse in die Wege zu leiten und uns mit der Kritik auseinander zu setzen. Und das ist

auseinander zu setzen. Und das ist der Unterschied, der essentielle Unterschied zwischen Ihrer Politik und unserer Politik. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ich denke, eine andere Dimension in der Frage der Umweltanwaltschaft in Wien ist ebenfalls wesentlich, und das ist einer der Bereiche, die meine Vorredner noch nicht oder nur teilweise erwähnt haben, obwohl dieser Bereich auch sehr bedeutsam ist. Sie haben gesagt, die Umweltanwaltschaft ist aus der Phase des Angerufenwerdens als Fachorgan, als Clearingstelle weitergeschritten in den operativen Teil. Wenn ich mir nun die strategische Umweltprüfung besonders im Bereich der Abfallwirtschaft ansehe und mir einspiele, wie weit da die EU ist, dann sage ich, da wird in Österreich und vor allem in Wien tatsächlich Pionierarbeit geleistet und vieles an Diskussionen vorweggenommen, was in der Europäischen Union noch gar nicht so weit ist. Und dafür noch einmal ein herzliches Dankeschön!

Meine Damen und Herren! Aber nicht nur dieser Bereich ist ein wichtiger. Man kann sagen, da gibt es eine Stelle in der Stadt Wien, die darauf achtet, dass ökologisch vorgegangen wird, also eine Clearingstelle, eine Diskussionsstelle. Dass aber auch die Privatwirtschaft und die Industrie sehr viel von dieser Arbeit profitieren, zeigt beispielsweise das Einbinden gerade im Bereich des Öko-Kaufs, wo die Umweltanwaltschaft etwa in der Arbeitsgruppe über Desinfektionsmittel in der Auswahl von sinnvollen Materialien, von sinnvollen Substanzen, nicht nur Arbeit, vorbildliche Arbeit für die Stadt, sondern vielmehr auch vorbildliche Arbeit für die Wirtschaft, für die Betriebe dieser Stadt leistet und somit als beispielgebend auch für den privaten Bereich gelten kann.

Lassen Sie mich abschließend eines sagen: In der Wiener Umweltanwaltschaft ist einmal mehr bewiesen worden, dass Umweltpolitik nicht etwas ist, was in einem gläsernen Wolkenkuckucksheim passiert, dass das keine akademische Diskussion ist, dass das nicht etwas ist, was abgehoben von den Interessen der Bürgerinnen und der Bürger dieser Stadt passiert. Ökologisches Vorgehen und sohin auch die Arbeit der Wiener Umweltanwaltschaft ist demokratiepolitisch wertvoll, ist etwas, was als Arbeit für die nächsten Generationen, als etwas Bewahrendes, aber auch als etwas Gestaltendes angesehen werden kann.

Die Sozialdemokraten dieses Hauses bekennen sich zu dieser Arbeit und deshalb sagen wir danke schön und freuen uns auf die vielen Diskussionen in der Zukunft, die eines gemeinsam erzielen sollen: Lösungen in dieser Stadt, die auch Generationen hindurch wichtig und richtig sind, Lösungen in dieser Stadt, die dem Anspruch gerecht werden, dass wir für die nächsten Generationen eine lebenswerte Umwelt in Wien erhalten wollen, in der Umweltmusterstadt, die sie auch in Zukunft bleiben soll. - Danke. (*Beifall bei der SPÖ.*)

**Präsidentin Erika Stubenvoll:** Als nächste Rednerin ist Frau Abg Reinberger zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

**Abg Brigitte Reinberger (FPÖ):** Sehr geehrte Frau Büchl-Krammerstätter! Herr Stadtrat! Meine Damen und Herren!

Der vorliegende Tätigkeitsbericht der Wiener Umweltanwaltschaft beweist uns einmal mehr, dass diese Institution mit den ambitionierten, engagierten und sehr kompetenten Menschen, die dahinter stehen, zu einer immer unverzichtbareren Kontrollinstanz in Sachen Umwelt- und Naturschutz in dieser Stadt geworden ist. Aber leider teilt die Wiener Umweltanwaltschaft das Schicksal vieler Kontrolleinrichtungen und Kontrollregulativen, dass sie sich nämlich mit ihren Empfehlungen nicht immer auch durchsetzen können und dass ihre Empfehlungen auch nicht immer umgesetzt werden.

Heute haben wir gehört, die Regierungsparteien loben die Arbeit der Umweltanwaltschaft sehr und bedanken sich sehr für den Bericht, aber wenn man dann schaut, so setzen sie das um, was sie umsetzen wollen, und das, was ihnen nicht gefällt, das bleibt eben ein offener Wunsch der Umweltanwaltschaft. In vielen Bereichen hat sich die Wiener Umweltanwaltschaft Gott sei Dank im Interesse der Umwelt durchgesetzt und damit dem Umwelt- und Naturschutz zu seinem Recht und uns Wienerinnen und Wienern zu mehr Lebensqualität verholfen, beispielsweise dadurch, dass beim Kraftwerk Donaustadt keinesfalls mit Heizöl gefahren werden darf. Oft auch setzt sie von sich aus maßgebliche Schritte und gibt Anstoß zu wichtigen Projekten.

Ich möchte da als Beispiele nur PUMA oder SUP, die Strategische Umweltprüfung Abfallwirtschaft anführen oder auch die vielen Positionspapiere, die dank ihres kompetenten Inhalts sehr informativ sind, wie zum Beispiel das Papier zur Rosskastanien-Miniermotte. Ich danke für den deutlichen Hinweis, der mir bis dato von anderen Einrichtungen eigentlich gefehlt hat, nämlich der Hinweis auf den undifferenzierten Einsatz des Häutungshemmers Timilin und auf dessen unerwünschte Folgen, weil er ja nicht nur die Miniermotte in ihrer Entwicklung behindert und so zum Aussterben bringen soll, sondern alle anderen Insekten auch, die ebenfalls ein Raupen- und Puppenstadium durchmachen.

Ich hoffe daher sehr, dass der Empfehlung der Umweltanwaltschaft, nach Alternativen zur Verbesserung der Lebensbedingungen für die Rosskastanie zu suchen, nachgekommen wird, denn es gibt sehr viele betroffene Bürger, die sich immer wieder mit Entsetzen an uns wenden, wenn diese Timilin-Einsätze stattfinden.

Das große Engagement, das die Umweltanwaltschaft bei den Sendemasten entwickelt, hat Herr StR Prinz schon angeführt. In manchen Fällen weiß ich nicht, wie ich wirklich dazu stehen soll: Soll ich mich freuen, dass wir im Vorfeld schon die gleiche Mein-

ung hatten und jetzt von der Umweltanwaltschaft im Bericht bestätigt werden, oder ist es nicht vielmehr sehr traurig, dass nicht nur wir Freiheitliche mit unserer Kritik und mit unseren Verbesserungsvorschlägen nicht durchgekommen sind, sondern dass auch die Wiener Umweltanwaltschaft an der mangelnden Einsicht der Verantwortlichen scheiterte. (*Beifall bei der FPÖ. - Abg Dr Herbert Madejski: Leider!*)

Da ist zum Beispiel diese Artikel 15a-Vereinbarung zum Tierschutz. Auch wir Freiheitliche haben damals die Schwammigkeit der Vereinbarung kritisiert, das Fehlen wesentlicher Bereiche in dieser Vereinbarung, die langen Übergangsfristen und so weiter. Wir haben auch Abänderungsanträge dazu eingebracht, doch leider vergeblich.

Hinsichtlich des Lainzer Tunnels - und das bedauere ich sehr - ist die Wiener Umweltanwaltschaft leider von ihrer Forderung nach einer Umweltverträglichkeitsprüfung abgegangen und ich habe irgendwo den Eindruck, dass offensichtlich auch die Umweltanwaltschaft bereits quasi ein Opfer der HLAG-Überzeugungskraft geworden ist. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Ich meine, der Umweltanwaltschaft ist es zwar zu verdanken, dass die noch offenen Fragen, betreffend optimalen Lärm- und Erschütterungsschutz, Schutz vor Störfallsauswirkungen und so weiter, zumindest jetzt in dieses Mediationsverfahren einfließen. Und da mein Kollege Madejski vorher von einem Kasperltheater gesprochen hat, hat er mir aufgetragen, darauf hinzuweisen, dass er damit selbstverständlich nicht die Umweltanwaltschaft gemeint hat, sondern dieses Mediationsverfahren. Denn parallel läuft ja der Bau weiter und man wird sehen, wie weit die Probleme in diesem Mediationsverfahren tatsächlich geklärt werden können.

Und manchmal zeigt sich, dass sich auch die Umweltanwaltschaft an der Macht des Faktischen die Zähne ausbeißt, etwa im Fall des Parkschutzgebietes Bujattigasse, wo zwar nunmehr alle gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind, aber die zahlreichen Baumfällungen und der Baubeginn haben vor den dafür nötigen naturschutzbehördlichen Bewilligungen und dem Rodungsbescheid stattgefunden, die erst nachträglich erteilt wurden - möglicherweise aus Gefälligkeit.

Und eine ganz aktuelle Sache: Möglicherweise findet jetzt eine ähnliche Vorgangsweise beim Bau des Lainzer Tunnels statt, wo in den letzten Tagen große alte Kastanienbäume in der Laudongasse gefällt wurden. Und obwohl den von den entsetzten Anrainern herbeigerufenen Polizisten ein Rodungsbescheid nicht vorgelegt werden konnte, durfte weiter umgesägt werden. Ich hoffe, dass die Umweltanwaltschaft, die, glaube ich, von den betroffenen Anrainern auch mit dieser Angelegenheit befasst wurde, den Vorfall klären kann, wenn es auch die Kastanienbäume nicht mehr zu retten vermag, und hoffentlich

sieht das Ergebnis des Mediationsverfahrens dann nicht auch so schlecht aus.

Zum Abschluss möchte ich noch auf die Chronologie eines glücklosen Gesetzesvorhabens, wie es die Umweltanwaltschaft bezeichnet hat, zu sprechen kommen und meine Hoffnung und meinen Optimismus zum Ausdruck bringen, dass den Anregungen der Umweltanwaltschaft zum neuen Anlagenrecht im Interesse des in den bisherigen Entwürfen weitgehend auf der Strecke gebliebenen Umwelt- und Naturschutzes zu mehr Durchbruch verholfen wird. - Nochmals danke für Ihre Arbeit. (*Beifall bei der FPÖ.*)

**Präsidentin Erika Stubenvoll:** Als nächster Redner ist Herr Abg Dr Stix zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

**Abg Dr Rüdiger Stix:** Frau Präsidentin! Herr - wie sagt man jetzt eigentlich im Landtag? - amtsführendes Mitglied der Landesregierung! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich möchte es mir nicht so leicht machen und sagen, meine Vorredner haben den Dank schon ausgesprochen, denn normalerweise bin ich - und Sie wissen, ich habe mehr als ein Vierteljahrhundert Dienstjahre im öffentlichen Dienst auf dem Buckel - nicht sehr glücklich, wenn von dieser Stelle aus Beamte gelobt werden für etwas, wofür wir im öffentlichen Dienst nicht nur bezahlt werden aus Steuergeld, sondern worauf wir stolz sind, es zu tun, und wo wir einen Eid geleistet haben.

Ich möchte trotzdem Respekt und Dank an Frau Büchl-Krammerstätter deshalb sagen, weil ich in ihrer ersten Amtsperiode nie ein Hehl daraus gemacht habe, dass ich immer ein bisschen das Unbehagen hatte, dass es ein sicher gut gemeintes, manchmal missverständliches, aber de facto enges Zusammenspiel mit einer Fraktion hier im Haus und der Umweltanwaltschaft gegeben hat. Möglicherweise war das deshalb so, weil Frau Dr Büchl-Krammerstätter in ihrer liebenswürdigen, offenen und kommunikativen Art, mit allen zu sprechen - sie hat selbstverständlich mit mir als Freiheitlichem damals auch gesprochen, sie spricht mit mir als wildem Abgeordneten, sie spricht mit allen Fraktionen -, dadurch möglicherweise von einer Fraktion stärker vereinnahmt worden ist.

Ich habe dies auch offen gesagt und ich möchte mich jetzt in aller Form für diesen Verdacht entschuldigen. Ich habe keinen Anlass, an Ihrer Amtsführung zu zweifeln, und kann daher nicht nur oberflächlich, sondern aus gutem Gewissen sagen: Danke für Ihre Arbeit und danke für die Arbeit Ihrer Kolleginnen und Kollegen!

Zwei Punkte möchte ich trotzdem hier diskutieren. Das eine ist das, was das nicht amtsführende Mitglied der Landesregierung, Walter Prinz, gesagt hat und was ich materiell durchaus ernst nehme, und das aus einem simplen Grund: Er gibt keine klaren medizinischen oder wissenschaftlichen Gutachten über die Schädlichkeit von elektromagnetisch gepulster Ab-

strahlung, wie wir sie in unseren Handys verwenden. Es ist aber richtig: Neben all den medizinischen Statistiken von Magenkrebs bis Herzinfarkt gibt es auch medizinische Statistiken, die zumindest den Verdacht nicht wirklich widerlegen. Also, es ist keine Falsifikation.

Ich würde auf Grund der Statistiken, die ich kenne, betreffend die Verteilungshäufigkeit in bestimmten Ballungsgebieten, nicht so weit gehen, zu sagen, das ist eine empirische Verifikation im Sinne zumindest einer Korrelation - so weit würde ich nicht gehen -, aber die Korrelation ist zumindest so eng, dass es keine Falsifikation ist. Ich bin gerne bereit, das nicht amtsführende Mitglied der Landesregierung, Walter Prinz, zu unterstützen, sich parlamentarisch durchzusetzen. Es sind ja Kollegen, die wir alle kennen. Es gibt ja eine Mehrheit der Freiheitlichen gemeinsam mit der Volkspartei, es sind ja die Freiheitlichen in der Regierung. Es gibt zuständige Regierungsmitglieder. Das eine ist die Kollegin Sickl. Sie ist HAK-Direktorin aus Kärnten für Deutsch, Geschichte und Geographie, und es mag sein, dass sie möglicherweise noch nicht eingelesen ist - das bin ich als Jurist und Offizier auch nicht -, aber mit Univ Prof Waneck als zuständigem Staatssekretär für Gesundheitswesen gibt es immerhin einen hochklassigen Mediziner. Ich war selber Patient von ihm, ohne jetzt delegieren zu wollen und aus der Tatsache, dass ich Patient bei ihm war, zu sagen, er ist exzellent. Ich habe mich bei ihm nicht nur exzellent betreut gefühlt, sondern ich hatte auch den Eindruck, dass seine medizinische Bildung tatsächlich fundiert ist. Und wenn Prof Waneck dasselbe sagt wie Walter Prinz, dann wird es ja wohl kein Problem sein, dass die Bundesregierung sich im Parlament mit ihrer Mehrheit durchsetzt.

Ich habe auch nicht die geringsten Hemmungen, einen einschlägigen Antrag des Kollegen Prinz mit zu unterstützen. Aber wie gesagt, Adressat ist primär die Kollegin Sickl und in ihrer Vertretung als Staatssekretär Prof Waneck. - Das war der zweite Punkt.

Der dritte Punkt: Ich habe eine Bitte an Sie, Frau Umweltanwältin, und eine Bitte an alle Kolleginnen und Kollegen. Wir laufen Gefahr - auch ich bin nicht frei davon -, dass wir vor lauter Detailprojekten, vor lauter Detailanliegen - da eine Kastanienallee, dort eine wilde Deponie, dort weiß der Teufel was -, einige systemische Belastungen unterschätzen. Die eine ist eben der Verdacht, den zum Beispiel Kollege Prinz hoffentlich der Kollegin Sickl vermitteln kann, das andere ist etwas, wo wir konkrete Werte haben.

Sie wissen, ich spreche vom Wasser, und mir ist schon klar, dass Wien, das Land Wien oder die Stadt Wien, nur am Rande etwas tun kann, aber es muss sehr aktiv werden. Wir haben völlig unverdächtige Zahlen, nämlich Zahlen des damaligen Bundesministers für Umwelt und des in neuer Funktion noch immer amtierenden Bundesministers Dr Bartenstein - ein

sehr gebildeter und sehr offener Mann und auch Profipolitiker -, und aus diesen Zahlen ergibt sich, dass sich die Nitratbelastung im Grundwasser vor allem nördlich der Donau nicht nur für Wien, sondern von Salzburg beginnend bis ins Burgenland - Marchfeld ganz entsetzlich -, in den Jahren 1994 bis 1998 - das ist der letzte Untersuchungszeitraum, der abgeschlossen ist und der vorliegt -, verschlechtert hat. Das ist mit einer der Gründe, warum wir Schwierigkeiten mit der Sanierung der Alten Donau haben, wo wir dann immer diskutieren, ob diese Sanierung der Alten Donau eine kosmetische Sanierung ist oder ob sie eine weitergehende Sanierung ist.

Das Grundproblem ist relativ simpel, das ist der Phosphatgehalt und der Nitratgehalt in der Donau - der Phosphatgehalt, aber in dem Fall besonders der Nitratgehalt vor allem aus den massiv genützten Gebieten nördlich der Donau kommend -, der im Prinzip unser Grundwasser belastet, nicht zuletzt dann, wenn wir zum Beispiel auf das Grundwasser aus dem dritten Werk, aus dem Pumpwerk, zurückgreifen müssen.

Daher also meine Bitte - neben dem ehrlichen Dank und der ehrlichen Entschuldigung, die ich Sie anzunehmen bitte -: Unterschätzen wir nicht die systemische Belastung, denn dort müssen wir eingreifen, dort müssen wir gegensteuern. Grundwasser lässt sich nicht von heute auf morgen sanieren, aber wenn wir nicht rasch etwas tun, dann wird der nächste Bericht - in dem Fall nicht von Bundesminister Dr Bartenstein, sondern von Frau Bundesministerin Dr Sickl oder wer immer bis zu dem Zeitpunkt das Ministerium innehat; ich will da nicht allzu sehr scherzen - noch schlechtere Werte und einen noch größeren Sanierungsaufwand für uns bedingen.

Daher danke! Spucken wir in die Hände, tun wir etwas! Es ist wirklich viel zu tun.

**Präsidentin Erika Stubenvoll:** Als nächste Rednerin ist Frau Abg Jerusalem zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

**Abg Susanne Jerusalem (GRÜNE):** Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich möchte eingangs sagen: Unser Klubobmann Chorherr hat sich nicht so ganz wohl gefühlt; das heißt, ich werde stellvertretend für ihn hier reden und möchte ihn auch entschuldigen.

Zunächst gleich zu Beginn vielen Dank für den Tätigkeitsbericht und vielen Dank für die gute Arbeit.

Ein paar Worte zu einem meiner Vorredner, Herrn Abg VALENTIN, der gemeint hat: Na ja, die Umweltanwaltschaft ist halt der Teil eines Verfahrens. Ja, stimmt, aber es muss der prominente Teil eines Verfahrens sein. Es muss schon klar sein, dass das ein Teil mit einem hohen Stellenwert ist. Wenn ich mir zum Beispiel die Stellungnahmen der Umweltanwaltschaft zur B 301 oder auch zur B 3 anschau und mir dann anschau, was die Stadt tut, so ist es das Gegenteil. Und dann kann man nicht davon reden, dass das ein schwergewichtiger Teil eines Verfahrens war, sondern eben ein

sondern eben ein vernachlässigter Teil eines Verfahrens, und das ist selbstverständlich zu kritisieren.

Ich möchte aber nunmehr nur einige Bereiche hervorheben, von denen ich denke, dass sie von großer Wichtigkeit sind.

Das sind zum einen die elektromagnetischen Felder von Mobilfunksendeanlagen. Da war es ja zu Beginn eigentlich so, dass vor allem aus der Bevölkerung Besorgnis kam, dass Leute angerufen haben, die verunsichert waren, die gefragt haben, ob das gesundheitsschädigend ist, ja oder nein, wo eine große Verunsicherung entstanden ist. Und da zeigt sich, dass eine derartige Umweltanwaltschaft, wenn sie tatsächlich unabhängig ist, sehr, sehr wertvoll ist, denn nunmehr gibt es auch, zum Beispiel übers Internet einfach abrufbar, eine Stellungnahme. Und es hat sich herausgestellt, dass die zunächst sehr leichtfertig abgetanen Sorgen der Bevölkerung natürlich einen Kern hatten, der sich nunmehr als wahr und richtig herausstellt, nämlich die Sorge, dass derartige elektromagnetische Felder von Mobilfunksendeanlagen tatsächlich gesundheitsschädigend sein könnten, hat durchaus eine Berechtigung. "Denn" - und da zitiere ich jetzt aus dem Umweltanwaltschaftsbericht - "wenn 16 hochrangige Wissenschaftler aus acht Ländern darin übereinkommen, dass biologische Effekte im Niedrigdosisbereich wissenschaftlich gesichert sind", dann heißt das ja nichts anderes, als dass jedenfalls weiter geforscht werden muss und dass jedenfalls höchste Vorsicht geboten ist.

Es zeigt sich hier einmal mehr, wie in vielen anderen Bereichen auch, wie zum Beispiel in der Gentechnik, dass zuerst geforscht werden muss, dass zuerst Sicherheit über einen Gegenstand hergestellt werden muss und dass es keinesfalls so sein kann, dass die Bevölkerung als Versuchskaninchen verwendet wird (*Beifall bei den GRÜNEN.*) und man abwartet, na, passiert etwas oder passiert nichts, und es ist halt wie es ist. So kann man die Zügel sicher nicht schleifen lassen.

Ein Kapitel, das auch meine Aufmerksamkeit erregt hat, wie auch die Aufmerksamkeit meiner Vorednerin, das ist die Geschichte mit der Bujattigasse. Also, das ist schon eine sehr einmalige Vorgangsweise, ein Gebäude in einem Naturschutzgebiet auf diese Art und Weise hinzubauen und sich sicher sein zu können, dass nichts passiert, weil die Behörden alle Genehmigungen nachreichen. Das darf nicht typisch sein für Wien und wir müssen alle davon ausgehen können, dass sich derartige Vorfälle nicht wiederholen. Ich war mehrfach dort in der Bujattigasse und habe mir das angeschaut. Das hängt damit zusammen, dass ich im 14. Bezirk wohne und meine Bezirksräte mich auch gebeten haben, dorthin zu gehen. Was dort an illegalen Rodungen stattgefunden hat, ist wirklich einmalig und das Verhalten der Bezirksvorstehung im 14. Bezirk tatsächlich unerklärlich. Also, so können die Dinge in Wien nicht laufen, und ich denke mir, gerade in Bezug auf unseren Grünraum

müssen wir sehr, sehr heikel sein.

Ich erinnere in dem Zusammenhang auch an die große Besorgnis, die der Bürgermeister gestern ausgelöst hat, als er bei einer Anfragebeantwortung zu verstehen gegeben hat, dass es bei diesen Plänen für eine Olympiade in Wien 2012 keineswegs so ist, dass der Grünraum zur Gänze verschont werden soll. Der Bürgermeister hat eindeutig klargestellt, dass Planungen, die diesbezüglich angestellt werden, sehr wohl auch den Grünbereich umfassen können. Ich kann an dieser Stelle für meine Partei deponieren, dass wir diesbezüglich anders denken und der Meinung sind, dass der Grünraum für derartige Baugelüste sicher nicht zur Verfügung steht.

Meine Damen und Herren! Meine besondere Vorliebe in diesem Umweltbericht gehört dem Positionspapier zum Thema "MAI", zum Multilateralen Abkommen für Investitionen. Und da zeigt sich auch, dass die Umweltanwaltschaft ein ethisches Gewissen - nenne ich es einmal so - hat, das durchaus über den Bereich Umwelt hinausgeht. Ich zitiere: "Verpflichtende Umwelt- oder Sozialstandards" - auch diese sind erwähnt - "enthält das Abkommen ebenso wenig wie Wettbewerbsregelungen und Arbeitnehmerrechte." Ich bin froh, dass wir eine Umweltanwaltschaft haben, die auch diese Merkmale von MAI als wesentlich hervorhebt.

Ich zitiere einen letzten Satz daraus: "Die fehlende Auslegung des Abkommens auf laufende Verminde rung der Umweltbelastungen, Schutz der ArbeitnehmerInnen vor Ausbeutung und Entwicklung hin zur Kreislaufwirtschaft, Nachhaltigkeit und nationale Entwicklung ist schlachtweg inakzeptabel." - Ja, genauso ist es.

Ein Vorletztes zu einer Sache, in der ich mich ohnehin schon einmal zu Wort gemeldet habe - ich möchte sie nur noch einmal in Erinnerung rufen, weil ich sie auch für wesentlich halte -, das ist diese Artikel 15a-Vereinbarung zum Tierschutz. Dass diese Artikel 15a-Vereinbarung so ausgefallen ist, wie sie ausgefallen ist, in dieser Schwammigkeit und Alibihäufigkeit, wo die Haltung zahlreicher Wildtiere in die weite Zukunft verschoben wurde und Löwen und Tiger überhaupt gänzlich ausgenommen wurden, ist mir bis heute ein Rätsel. Es ist mir bis heute ein Rätsel, warum das so sein musste und welche Interessen sich da durchgesetzt haben.

An diesem Punkt auch meine ganz spezielle Kritik am Herrn Umweltstadtrat, der diese Form eines 15a-Artikels zugelassen beziehungsweise herbeigeführt hat.

Erlauben Sie mir nun eine letzte Bemerkung zu einem Umweltthema und Gesundheitsthema, das immer gravierender wird und in diesem Tätigkeitsbericht noch nicht vorkommt, aber, wie ich hoffe, im nächsten sehr wohl vorkommen wird, das ist das Thema Fluglärm. Sie wissen, der Flughafen plant einen Ausbau des Flughafens, der doppelt so viele Flüge und Landungen zur Folge hätte, als das derzeit der Fall

ist. Ich deponiere hier:

Erstens. Lärm ist nicht nur störend, weil man sich dann eben nicht unterhalten kann, sondern Lärm ist massiv gesundheitsschädigend. Es gibt viele gute Untersuchungen, dass Lärm nicht nur gesundheitsschädigend ist, wenn er die Menschen zum Beispiel in der Nacht aufweckt oder wenn er sie stört, sondern dass Lärm in Bezug auf die Steigerung von Stress zum Beispiel von Kindern diese Stresssteigerung auch dann herbeiführt, wenn die Kinder nicht aufwachen.

Das heißt, wir haben es hier mit einem brisanten Thema und Problem zu tun, und dieses Problem müssen wir jetzt rasch lösen. Wenn der Flughafen ausgebaut ist, meine Damen und Herren, ist es zu spät.

Und ich merke an, dass ich über die Wortmeldungen verblüfft und schockiert bin, die diesbezüglich erstens der Landeshauptmann von sich gegeben hat, wo im Grunde genommen gänzliche Ignoranz vorherrscht, dass es dieses Problem überhaupt gibt. Ich bin entsetzt über die Wortmeldungen des Umweltstadtrats dazu und habe im letzten Gesundheitsausschuss feststellen müssen, dass auch der Gesundheitsstadtrat nicht einmal weiß oder zur Kenntnis genommen hat, dass es sich dabei um ein Problem handelt, das auch ihn betreffen könnte.

Meine Bitte und mein Wunsch geht also dahin, dass sich die Umweltanwaltschaft auch dieses Themas schwerpunktmäßig annimmt. - Ich danke. (*Beifall bei den GRÜNEN.*)

**Präsident Johann Römer:** Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Bevor ich dem Berichterstatter, Herrn amtsf StR Svhalek, das Schlusswort erteile, darf ich Umweltanwältin Frau Dr Büchl-Krammerstätter ersuchen, ihre Stellungnahme zum Tätigkeitsbericht der Umweltanwaltschaft vor dem Plenum abzugeben. - Ich erteile Frau Dr Büchl-Krammerstätter das Wort.

**Umweltanwältin Dr Karin Büchl-Krammerstätter:** Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich danke für das sehr positive Feedback. Natürlich freue ich mich darüber - keine Frage.

Ich habe heute vor, nur über den Berichtszeitraum unserer Tätigkeit Bilanz zu ziehen und möchte dann aber doch ein paar Punkte ansprechen, die mir persönlich besonders am Herzen liegen und wo ich meine, dass es auch gut ist, sie vor diesem Gremium anzusprechen.

Einer der Schwerpunkte unserer Arbeit in der letzten Zeit ist sicher in konzeptiven Arbeiten gelegen. Wenn Sie sich vielleicht daran erinnern: Bei der Vorstellung unseres letzten Tätigkeitsberichts habe ich ausdrücklich darauf hingewiesen, dass nach meinem Verständnis es eine zentrale Aufgabe der Umweltanwaltschaft ist, nicht nur zu konkreten Projekten, in konkreten Fällen Stellung zu beziehen und die Umweltinteressen zu vertreten, sondern vielmehr auch auf einer vorgelagerten strategischen Ebene tätig zu werden und dort Initiativen zu setzen. Ich habe da-

mals angekündigt, dass wir diesen Bereich noch verstärken werden. Wir haben das zwischenzeitlich getan. Ich glaube jetzt aus der heutigen Sicht, dass das absolut richtig war und ich freue mich auch, dass wir da schon einiges bewegen und erreichen konnten.

Was meine ich mit konzeptiven Arbeiten? - Einige Beispiele wurden von Ihnen heute ohnehin schon genannt. Ich möchte noch einige weitere Beispiele ergänzen.

Genannt wurde schon die strategische Umweltprüfung im Abfallwirtschaftsbereich, genannt wurde die Ökologisierung der Beschaffung, wo unser Schwerpunkt vor allem bei den Desinfektionsmitteln liegt. Ein weiteres wichtiges Projekt ist die Phytosanierung, also die Sanierung von kontaminierten Böden durch Pflanzen. Ich glaube, dass das ein sehr, sehr zukunftsträchtiges Projekt ist, das auch für die Stadt Wien sehr positiv sein wird. Die Umweltmediation wurde schon wiederholt genannt. Das Handbuch Stadtnatur, der stadtökologische Lehrpfad sind weitere Beispiele.

Auch PUMA wurde schon genannt. Sie wissen, das Pilotprojekt, jetzt schon Projekt, Umweltmanagement für Amtshäuser, läuft ja schon seit einiger Zeit. Es ist äußerst positiv, nicht nur in ökologischer Hinsicht, sondern was, glaube ich, alle besonders auch freuen wird, ist, dass es sehr wohl auch ökonomische Einsparungen für die Stadt Wien bringt und mittlerweile nicht nur national, sondern sogar internationale Anerkennung gefunden hat.

Bei unseren Arbeiten gerade auf dieser konzeptiven Ebene gibt es für mich ein ganz wichtiges Ziel, und zwar unter anderem zu schauen, wie neue umweltpolitische Instrumente praxistauglich sind, also das Ausprobieren neuer umweltpolitischer Instrumente in der Praxis auf ihre Sinnhaftigkeit, auf ihre Machbarkeit, auf die Grenzen und auf die Möglichkeiten. Es wird Ihnen wahrscheinlich ähnlich gehen wie mir. Ich sage es aus eigener Erfahrung: Es kann nichts mehr in die Hose gehen, als über etwas zu reden und sich für etwas einzusetzen, das man nur aus der Theorie kennt, was man aber noch nicht in der Praxis ausprobiert hat.

Daher möchte ich jetzt auf zwei solcher Bereiche eingehen. Beide wurden von Ihnen schon mehrfach genannt, was mich freut, weil ich sehe, dass Sie offenbar aus unserem Tätigkeitsbericht ähnliche Prioritäten herausgelesen haben, wie sie mir auch wichtig sind.

Der erste Punkt ist die strategische Umweltprüfung. Ich bin wirklich sehr, sehr froh und auch, muss ich sagen, stolz darauf, dass wir es geschafft haben, die erste strategische Umweltprüfung in Wien zu initiieren. Ich glaube, dass da Wien eine ganz wichtige Vorreiterrolle übernimmt. Wie Sie wahrscheinlich wissen, haben wir gemeinsam mit der MA 48 und der MA 22 im Sommer dieses Jahres das strategische Umweltprüfungsprojekt Wiener Abfallwirtschaft ins Leben gerufen - kurz SUP. Was ist jetzt dieses

Tolle, Neue, Innovative daran? - Das Erste ist, dass man sich, losgelöst von einem konkreten Projekt, auf einer vorgelagerten Ebene schon den Kopf zerbricht, welche Lösungsmöglichkeiten wir für eine möglichst ökologische Abfallwirtschaft in Wien haben und die Umweltbeeinträchtigungen verschiedener Maßnahmen abcheckt. Wer ist "man"? - Auch das ist eine Besonderheit. Es ist nicht nur ein Experte und es ist nicht nur ein Gutachten, sondern interne und externe Experten arbeiten gemeinsam mit Vertretern der Öffentlichkeit an Lösungsmöglichkeiten.

Das Besondere aus meiner Sicht daran ist, dass diese Lösungsmöglichkeiten, diese Entscheidungsgrundlagen, die hier erarbeitet werden, wesentlich besser abgesichert sind als bisherige Entscheidungen, dass sie transparent sind und dass auch nachfolgende Projekte die Chance haben, auf mehr Akzeptanz in der Öffentlichkeit zu stoßen, ganz einfach, weil die Öffentlichkeit schon in diesen vorgelagerten Bereich einbezogen ist.

Wir werden künftig noch viel über SUP hören. Sie wissen, eine entsprechende EU-Richtlinie ist in Ausarbeitung. Sie wird bald kommen. Meine persönliche Meinung ist, dass gerade bei konfliktträchtigen Planungen SUP die Lösung sind, um Lösungen zu finden, die erstens einmal in einem relativ eingeschränkten Zeitrahmen zu finden sind und die in irgendeiner Weise auch die Chance haben, dann weiter Bestand zu haben.

Ich mache kein Hehl daraus - ich habe das schon mehrfach erwähnt, es steht auch ganz ausdrücklich in unserem Tätigkeitsbericht -: Ich glaube, dass so ein SUP auch für die Frage der Infrastrukturrentwicklung im Nordosten Wiens eine ganz gute Lösung wäre und ich werde mich auch weiterhin dafür einsetzen, das kündige ich da auch schon an.

Ein zweites neues Instrument der Umweltpolitik liegt mir ebenfalls sehr am Herzen. Das betrifft nicht nur die strategische Ebene, sondern konkret die Projektebene, also dann, wenn schon ein konkretes Projekt vorliegt. Sie werden mir wahrscheinlich alle zustimmen. Ich glaube, es ist notwendig, dass wir gerade bei großen Projekten - ich rede von Straßen, von Bahnlinien, von großen Anlagen - unsere Konfliktkultur wesentlich ändern und verbessern müssen.

Wir haben uns daher in letzter Zeit, in unserem letzten Berichtszeitraum sehr für das neue Instrument Umweltmediation eingesetzt. Es ist gar nicht so neu. In den USA und auch in Japan hat man damit schon sehr gute Erfolge gefahren. Im deutschsprachigen Raum ist es ein relativ neues Instrument.

Wir haben - das wurde heute schon mehrfach erwähnt - die Umweltmediation für den Lainzer Tunnel initiiert. Da muss man auch ganz offen sagen, und da mache ich kein Hehl daraus, das ist sicher nicht idealtypisch, bei weitem nicht, es ist viel zu spät damit begonnen worden. Das ist die eine Seite. Die andere Seite: Dieses Projekt hat die typischen Kinderkrankheiten, nenne ich sie jetzt einmal, vielleicht ein biss-

chen vorsichtig, die so Pilotprojekte oft mit sich bringen. Dennoch lässt sich jetzt schon absehen, dass in den einen oder anderen Bereichen gute Chancen bestehen, wesentlich bessere Rahmenbedingungen für die Anrainer zu schaffen, als in den bisherigen Verfahren geschaffen wurden. (*Zwischenruf des Abg Dr Herbert Madejski.*) Sie verzeihen mir, ich bin da jetzt ein bisschen im Nachteil Ihnen gegenüber. Ich bin diese Diskussionskultur nicht gewohnt und habe auch keine Übung darin, da jetzt auf irgendwelche Wortmeldungen einzugehen. Sie verzeihen. Nachher gerne.

Die Umweltmediation wird, glaube ich, die große Chance, wenn es um ein konkretes Projekt geht, hier gemeinsam Lösungen zu finden, die sämtliche Seiten sicher mehr befriedigen, als es in herkömmlichen Verfahren möglich ist. Sie wissen, Umweltmediation bedeutet, dass man möglichst früh, zu Beginn des Verfahrens, sämtliche betroffenen Interessen an einen Tisch bringt und mit unabhängigen Mediatoren gemeinsam Lösungsmöglichkeiten erarbeitet.

Es gibt in nächster Zeit mehrere große Projekte. Eines liegt mir auch sehr am Herzen, das ist der Bahnhof Inzersdorf. Hier haben wir uns bemüht, gemeinsam mit der niederösterreichischen Umweltanwaltschaft, aber auch mit den ÖBB ein Mediationsverfahren in Gang zu bekommen. Es gab schon eine große Sitzung. Leider ist jetzt noch offen, ob dieses Mediationsverfahren weitergeführt wird oder nicht. Das liegt an der Entscheidung der ÖBB. Ich weiß, dass auch die Stadt Wien sehr dafür wäre, so ein Verfahren durchzuführen.

Ich glaube, dass das bei Entscheidungsverträgen wirklich große Chancen bringen würde, nicht nur was die ökologische Seite betrifft, ob sie ökologisch tragbar sind, sondern auch bei Entscheidungen, wo man nicht von vornherein weiß, ob das ohnehin angefochten wird, und das dauert dann jahrelang, in welcher Zeit wir alle in einer gewissen Unsicherheit leben.

Zusammenfassend glaube ich schon, dass sich die Umweltanwaltschaft in den letzten Jahren zu einer Einrichtung entwickelt hat, die sowohl auf Bundesebene als auch auf Landesebene im Umweltbereich mitreden kann und auch mitredet, besonders dort, wo es darum geht, neue Instrumente der Umweltpolitik zu thematisieren und auch in der Praxis auszuprobieren.

Ich möchte aber darauf hinweisen - mir ist das ganz klar und das möchte ich auch ausdrücklich sagen -: Natürlich, die Umweltanwaltschaft allein könnte das nicht machen. Dazu bedarf es unseres Netzwerkes, unseres sehr guten Netzwerkes mit den Kolleginnen und Kollegen anderer Magistratsabteilungen, aber auch mit der politischen Ebene, mit den Kammern, mit den Wissenschaftern.

Es ist mir wirklich ein Anliegen, an dieser Stelle, allen, die hier sitzen, unseren herzlichen Dank auszusprechen für die gute Zusammenarbeit, die für mich - das muss ich sagen - sehr befriedigend ist. Und ich

sage auch: Mir macht das Arbeiten ganz einfach irrsinnigen Spaß.

Gestatten Sie mir jetzt aber doch noch zum Schluss, auf die Punkte kurz einzugehen, die mir am Herzen liegen, wo ich über die Entwicklung auch ein bisschen beunruhigt bin. Es gibt eine Reihe von solchen Punkten, keine Frage. Ich möchte zwei Punkte herausklauben.

Der eine Punkt betrifft die Landesebene. Hier ist es, glaube ich, nichts Neues, wenn ich Ihnen sage, dass der Druck auf verbleibende und bestehende Grün- und Freiräume ein sehr großer ist, dass er so groß ist, dass sogar oft die Umsetzung bestehender Programme verhindert beziehungsweise erschwert wird.

Ich habe den Eindruck, dass noch immer nicht so wirklich im Bewusstsein der Köpfe ist, dass Grün- und Freiräume auch ökonomisch einen Wert haben, dass das die weichen Standortfaktoren sind, die bei einer künftigen Standortpolitik immer mehr an Bedeutung gewinnen.

Im ganz engen Zusammenhang steht da für mich das Problem der Summationseffekte. Das nehme ich in letzter Zeit besonders wahr. Ich weiß nicht, ob ich besonders sensibel dafür geworden bin oder ob es jetzt besonders krass ist. Was meine ich damit? - Wir sind mit sehr vielen Fällen beschäftigt, nach dem Baurecht oder nach dem Naturschutzrecht, wo es um kleinere Eingriffe in Schutzgebiete geht, um eine Werkzeughütte, um einen kleinen Parkplatz, um eine kleine Fläche, wo man sagen muss, dieser kleine Eingriff für sich allein ist noch nicht wirklich eine Beeinträchtigung der Schutzgüter Landschaftsbild, Landschaftshaushalt. Das Problem ist dann die Summation solcher kleiner Eingriffe, die dann sehr wohl einen ganz beträchtlichen Eingriff in das Gesamtsystem darstellen. Hier ist - das sage ich, das ist auch unser Ziel in der nächsten Zeit - ein unbedingtes Muss, sich dieses Problems anzunehmen, gemeinsam natürlich mit den zuständigen Verwaltungsbüroen.

Lassen Sie mich auf die Bundesebene umschwenken. Wir sind auch auf der Bundesebene mit den Umweltaspekten beschäftigt. Hier nehme ich schon seit Jahren eine Entwicklung wahr, die mir insofern Sorge bereitet, als immer mehr eine Kluft zwischen hier Umweltinteressen, dort Wirtschaftsinteressen künstlich geschaffen wird. Ich glaube, dass diese Kluft absolut unnötig ist. Ich führe sie darauf zurück, dass natürlich auch im Umweltbereich die Sprache immer einfacher wird, sehr viel mit Schlagworten gehandelt wird, viele Dinge vereinfacht oder sogar falsch dargestellt werden.

Für mich ist das Anlagenrecht ein sehr gutes Beispiel dafür. Es gibt schon seit Jahren Lösungsmöglichkeiten, die gehen in Richtung verbessertes Verfahrensmanagement, die gehen in eine bessere strategische Planung, die sowohl die Wirtschaft als auch die Umwelt befriedigen könnten. Von der Umsetzung

dieser Lösungen ist nicht wirklich schon etwas zu spüren.

Sie werden sich alle noch an die lange Diskussion um ein neues Anlagenrecht erinnern, so ziemlich genau vor einem Jahr, das ja dann in der letzten Legislaturperiode nicht mehr gekommen ist. Sie gestatten mir auch hier meine persönliche Einschätzung. Ich glaube nicht, dass es damit getan ist, Gesetzesentwürfe, die man in der letzten Legislaturperiode nicht durchgebracht hat, weitgehend inhaltlich unverändert jetzt durch Initiativanträge einzubringen. Ich glaube, dass man sich klar sein muss: Es geht kein Weg vorbei an einer systematischen Planung, an einer Entscheidungstransparenz und an einer Einbindung der Betroffenen.

Ich denke mir, die Umweltanwaltschaft ist in diesem ganzen Bereich nur ein klitzekleines Rädchen, nicht ganz unbedeutend, aber ein kleines Rädchen. Wir können auf unsere Bedenken hinweisen, wir können Lösungsmöglichkeiten aufzeigen, wir können dadurch ein Bewusstsein für bestehende Probleme und auch für bestehende Zusammenhänge schaffen. Für die Umsetzung und dafür, dass wirklich etwas weitergeht, dazu brauchen wir sämtliche Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger.

Ich freue mich daher sehr, dass ich jetzt die Möglichkeit habe, nunmehr zumindest einmal im Jahr im Landtag zu reden und Ihnen meine Sorgen und auch meine wichtigen Punkte mündlich rüberzubringen. - Danke. (*Allgemeiner Beifall.*)

Präsident Johann Römer: Ich danke für Ihre Stellungnahme, Frau Umweltanwältin.

Der Herr Berichterstatter hat nun das Schlusswort.

Berichterstatter amtsf StR Fritz Svhalek: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich möchte auch die Gelegenheit wahrnehmen, um Kollegin Dr Büchl-Krammerstätter und ihrem Team zu danken; zu danken für die persönlich gute Zusammenarbeit, die in regelmäßigen Jour-fixe-Gesprächen zu guten und wichtigen Diskussionen führt, auch was die Zusammenarbeit mit den Abteilungen, die meinem Ressort zugeteilt sind, betrifft, und auch dafür, dass in einer Querschnittsmaterie, wie es die Umweltpolitik ist, die Umweltanwaltschaft eine entsprechend wichtige Rolle hat und, wie wir ja aus dem Bericht wissen, diese Rolle auch wahrgenommen wird.

Ich möchte daher mit einigen Themen beginnen, die den Bund betreffen, und zwar auch deshalb, weil ich nicht verhehle, vor zwei Jahren ein bisschen Kritik geäußert zu haben, was die Unterstützung der Umweltanwaltschaft bei Bundesthemen betrifft. Diese Kritik hat dazu geführt, dass wir das konstruktiv ausdiskutiert haben und heute diese Kritik nicht mehr besteht, im Gegenteil, wie einige Punkte zeigen werden, wie ein Schulterschluss zwischen uns passiert ist. Vor allem freue ich mich, dass es uns gemeinsam gelungen ist, etwa das Betriebsanlagengesetz zu

verhindern, denn ohne diese gemeinsame Strategie, hier die fachliche Vorbereitung und da die politische Kraft des Wiener Umweltstadtrats, hätten wir das sicher nicht geschafft, und daher halte ich das für einen besonders großen Erfolg auf legistischer Ebene.

Es ist auch wichtig, das Thema Mobilfunk ange schnitten zu haben. Ich glaube, dass das, was die Kollegin Dr Büchl-Krammerstätter und der Herr StR Prinz gesagt haben, ein gutes Ergebnis und eine interessante Diskussion bei der Nationalratspetition bringen werden. Ich glaube, dass diese Petition, die jetzt bei einer Enquête zu, wie ich auch hoffe, klaren Aussagen führt, sicherlich ein guter Hinweis ist, um sehr deutlich und sehr klar Handlungsanleitungen zu finden.

Was den Tierschutz betrifft - das ist nur ein kleiner Tipp von mir an die Kollegin Reinberger -: Alle hier in diesem Haus, bis auf die ÖVP, sind für ein bundeseinheitliches Tierschutzgesetz. Ich weise daher die Kritik, die die Kollegin Reinberger am 15a-Staatsvertrag geäußert hat, zurück. Ich würde die Kollegin Reinberger bitten, dass sie nun ihre bundespolitischen Möglichkeiten nützt und endlich ein Bundes tierschutzgesetz in der Bundesregierung durchsetzt. Wien wäre sehr glücklich und wir hoffen, dass Ihnen das auch gelingt.

Den letzten Versuch unternehme ich heute, die Kollegin Jerusalem zu informieren, dass sie mit ihrer Wahrheit, dass zum Thema Fluglärm nichts passiert, falsch liegt.

Es gibt sehr viele Damen und Herren in diesem Haus, über alle Fraktionen hinweg, mit dem Umweltstadtrat an der Spitze, die seit Jahren beim zuständigen Bund massiv gegen die Fluglärmproblematik kämpfen. Wenn Sie in den letzten Jahren nicht gelesen und gehört haben, was wir öffentlich geäußert haben, was wir selbst getan haben, dann bitte ich Sie, es mit einem Knopfdruck im Computer nachzulesen und es sich ausdrucken zu lassen.

Wir haben eine gemeinsame Initiative durchgeführt und in der Stadt Wien eine Enquête abgehalten. Wir haben den berühmten Prof Frigge beauftragt, uns ein Gutachten zu machen, und auf Grundlage dieses Gutachtens setzen wir den Bund unter Druck.

Wir haben massive Probleme, weil eine selten da gewesene Ignoranz auf Bundesebene herrscht, egal, ob es bei Austro Control ist, egal, ob es bei den zuständigen Behörden im Verkehrsministerium ist, wo immer.

Trotzdem haben wir in den Verhandlungen erreicht, und es war mühsam genug, dass jetzt zumindest seit Jahresbeginn im Handbuch der Piloten - und das ist schon eine sehr wichtige Maßnahme - für die Piste 11 ein steilerer Anflugwinkel vorhanden ist. Zweitens hat uns Minister Caspar Einem noch im Dezember bestätigt, dass der Wunsch der Stadt Wien, bei der Piste 16 eine Verschwenkung im Anflugverfahren vorzunehmen und damit eine Entlastung für die Wiener Bevölkerung zu finden, entspre-

chend ausprobiert wird.

Also, ich sage noch einmal: Ich weise es schärfstens zurück. Sie unterstellen hier nicht nur dem Umweltstadtrat, sondern vielen Damen und Herren aus allen Fraktionen, nichts getan zu haben. Im Gegenteil, es gibt keine Stadt in Europa, die so aktiv und offen gegen die Interessen der Fluglärmre zeuger auftritt, wie das die Stadt Wien tut. Das gehört einmal in aller Deutlichkeit gesagt. Bitte lesen Sie das nach. Ihre Wahrheit ist eine Scheinwahrheit. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ich sage Ihnen auch, Kollegin Jerusalem: Wir haben erst heute massiv interveniert und Austro Control kritisiert, dazu stehen wir, mit dem Flughafen gemeinsam, mit dem zuständigen Mann, dem Herrn Ing Röhrer. Wir haben heute Austro Control kritisiert, weil es nicht ertragbar ist, dass Austro Control ohne Rücksicht auf die Wiener Bevölkerung, nur um Flugzeuge schnell abzufertigen, in allen Positionen momentan Wien anfliegt, über die Stadt, wie wir das heute gesehen haben, über die bestehenden Pisten, über die bestehenden Möglichkeiten. Das haben wir heute im Übrigen schärfstens kritisiert, gemeinsam mit Ing Röhrer vom Flughafen, der die Aufzeichnungen hat. Ich bitte Sie wirklich, diesen Dialog zu berücksichtigen. Es ist hier sehr vieles passiert. Und wenn zusätzliche Initiativen, wie die von der Umweltanwaltschaft, eingebunden werden, sind wir nur glücklich darüber. Hier gibt es eine absolute Kontrastierung zwischen dem, was auf Bundesebene passiert, und der Stadt Wien. Da gibt es keine Diskussion darüber, dass das, was technisch möglich wäre, was international üblich ist, was die Verantwortlichen bei Austro Control, im Ministerium nicht tun, von uns schärfstens kritisiert wird.

Ich glaube, meine Damen und Herren, dass auch in diesem Bericht gezeigt wird, wie sinnvoll ein Umweltverträglichkeitsprüfungsverfahren mit Bürgerbeteiligung ist. Ich leugne nicht, dass ich in einigen Punkten - und auch meine Fraktion - nicht alle Stellungnahmen etwa zur Nord-Ost-Umfahrung, zur B 301 et cetera inhaltlich mit den Ansichten der Umweltanwaltschaft teile. Aber gerade dieser Prozess ist es ja, der uns die Chance gibt, bei all diesen UVP-Verfahren, zu einer großartigen inhaltlichen und fachlichen Diskussion zu kommen. Genau diese Beiträge, die hier erfolgen, sind ja in Wirklichkeit das, was politisch gewollt war, wie man die Umweltverträglichkeitsprüfung eingefordert hat, und zu Recht. Umweltverträglichkeitsprüfung bedeutet ja nicht, Positionen aufzugeben, sondern es bedeutet, Positionen auszudiskutieren, Positionen zu erkämpfen, Positionen darzustellen und vor allem für den Bürger transparent zu machen.

Ich bin daher persönlich ein absoluter Verfechter dieser Transparenz und dieser Umweltverträglichkeitsprüfung und die Stellungnahmen der Umweltan waltschaft beweisen ja, wie wichtig sie für den Diskussionsprozess ist. Was glauben Sie, was heute los

wäre in dieser Stadt, hätte man zur B 301 - um ein Fallbeispiel zu nehmen - oder bei anderen wichtigen Vorhaben keine Umweltverträglichkeitsprüfung? - Die Diskussion wäre fürchterlich. Sie würde nur beladen sein mit Falschmeldungen, mit Vorurteilen, mit Polemiken et cetera. So haben wir die Chance, dass auf Grund eines Gesetzes, das schlussendlich dann auch beim direkten Verfahren eine Parteienstellung für Bürgerinnen und Bürger einräumt, alles das wegdiskutiert werden kann und ausdiskutiert werden kann.

Ich freue mich daher und möchte sogar die Gelegenheit nützen, um die Umweltanwaltschaft zu motivieren, weiterhin bei Umweltverträglichkeitsprüfungsverfahren so klare Stellungnahmen abzugeben. Sie sind auch ein Garant, neben den Stellungnahmen der Behörden, neben den Stellungnahmen der Interessenvertretungen, neben den offiziellen Aussagen der Politik, ein wichtiger Garant, dass diese Verfahren einen guten Beitrag zur Demokratisierung dieser großen oder manchmal auch kleineren Projekten darstellen.

Ein weiterer wichtiger Punkt, ein großer Erfolg, der uns gemeinsam gelungen ist, und dafür danke ich auch, was die Mitarbeit betrifft, der Umweltanwaltschaft: Wir haben hier in diesem Hohen Haus vor einigen Monaten das große Umweltschutzprogramm, unser Klimaschutzprogramm, beschlossen, die Leitlinien bis 2010. Ich möchte besonders hervorstreichen, dass bei den Detailbereichen wie Öko-Kauf in Wien, wie Einkauf der Stadt Wien, was Produkte betrifft, oder auch - heute schon erwähnt - beim Umweltmanagement, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Umweltanwaltschaft besonders eingebunden sind, eingebunden waren und auch federführend sind. Das freut mich besonders, weil damit dokumentiert wird, dass es hier eine gemeinsame Ebene zwischen den verschiedenen Organisationen gibt.

Und ganz besonders wichtig erscheint mir auch, dass Umweltschutz am Arbeitsplatz ein Thema ist, das der Umweltstadtrat, sein Ressort und die Umweltanwaltschaft besonders forcieren. In der heutigen Zeit ist es einfach notwendig, dass Umweltschutz am Arbeitsplatz genau das Thema ist, das viele Jahre vernachlässigt wurde. Immer wieder war es auch schon von uns ein Ziel, ähnlich wie es in Schweden ist und in anderen skandinavischen Ländern, Gesetze oder Verordnungen für die Arbeitsumwelt zu schaffen. Hier haben wir als Stadt Wien gegenüber dem Bund jetzt eine sehr starke Position, um Ähnliches zu erreichen. Und ich sage noch einmal: Das Ziel muss es sein, ähnlich wie das in Schweden und in anderen skandinavischen Ländern der Fall ist, Gesetze oder Verordnungen für die Arbeitsumwelt zu schaffen. Diese Zusammenarbeit und diese Philosophie "Umweltschutz am Arbeitsplatz" freut mich besonders und bestärkt die gemeinsame Arbeit.

Und nicht zuletzt - die Kollegin Dr Büchl-Krammerstätter hat es erwähnt - ist ein besonders wichtiges Projekt, das ich politisch ganz massiv un-

terstützt habe und dafür auch grünes Licht gegeben habe, die strategische Umweltprüfung für die Wiener Abfallwirtschaft. Das bedeutet nicht nur, dass wir überzeugt sind, dass unsere Abteilungen in Ordnung sind und gut arbeiten, sondern das beweist, dass wir auf Grundlage dieser guten Arbeit, die nun schon jahrelang passiert, die mit dem ersten Wirtschaftsplan unter Michael Häupl begonnen hat, heute diese Strategie für die Wiener Abfallwirtschaft fortsetzen. Es ist einmalig. Daher darf ich dich einmal korrigieren, deine Versprechung: Es ist nicht das erste Projekt in Wien, sondern in Europa, das erste Projekt in Europa, das in diese Richtung mit einer strategischen Umweltplanung und Umweltprüfung entsprechend dargestellt wird. Wir sind mitten drinnen, die Zwischenergebnisse sind ausgezeichnet, und ich glaube, dass die Abfallwirtschaft, die gerade in Wien unter den negativen Einflüssen der Bundespolitik zu leiden hat, hier einen eigenständigen Weg weiter ausbauen wird.

Letzter Punkt. Auch das ist ein optisches Signal und zeigt die Vielfältigkeit der gemeinsamen Initiativen, der Initiativen der Umweltanwaltschaft, nicht nur, wie am Beginn erwähnt, die entsprechenden Darstellungen von Bundesgesetzen, nicht nur Eigeninitiativen, nicht nur die Teilnahme an UVP-Verfahren, nicht nur entsprechende Aktivitäten im Bereich der Stadt Wien, sondern es ist uns auch gelungen, in den letzten Jahren neue Impulse in dieser Stadt zu setzen, Impulse, die optisch da sind und an denen die Menschen teilnehmen können.

Daher danke ich besonders, dass wir gemeinsam den stadtökologischen Lehrpfad vor wenigen Wochen eröffnet haben, die so genannte Grünspur, eine tolle Sache in Wien, wo ich heute schon alle Kolleginnen und Kollegen und Abgeordnete einlade, sich einmal zwei Stunden Zeit zu nehmen und diesen ökologischen Stadtlehrpfad, den wir gemeinsam geschaffen haben, anzusehen und auch entsprechend den pädagogischen Hintergrund zu betrachten.

Für dieses sichtbare Zeichen möchte ich besonders danken, und ich hoffe, dass diese Zusammenarbeit weiterhin so konstruktiv ist und wie ich glaube auch die Unterstützung in diesem Haus hier findet. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Johann Römer: Wir kommen zur Abstimmung.

Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die den vorliegenden Tätigkeitsbericht 1998/99 der Wiener Umweltanwaltschaft zur Kenntnis nehmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Danke. Das ist stimmeinhellig beschlossen.

Die Postnummer 4 betrifft die erste Lesung der Vorlage eines Gesetzes, mit dem das Kanalräumungs- und Kanalgebührengesetz 1978 geändert wird.

Der Berichterstatter hiezu ist Herr amtsf StR Svhalek. Ich bitte ihn, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter amtsf StR Fritz Svhalek: Danke, Herr Präsident.

Sie haben bereits den Text vorgelesen. Falls es

Wortmeldungen gibt, bitte ich, die Debatte zu eröffnen.

**Präsident Johann Römer:** Da zu diesem Tagesordnungspunkt keine Wortmeldung vorliegt, kommen wir gleich zur Abstimmung.

Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Vorlage einschließlich Titel und Eingang in erster Lesung ihre Zustimmung geben wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Danke. Das ist einstimmig angenommen.

Wenn kein Widerspruch erfolgt, werde ich sofort die zweite Lesung vornehmen lassen. - Ein Widerspruch erfolgt nicht.

Ich bitte daher jene Mitglieder des Landtags, die dem Gesetz in zweiter Lesung zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Danke. Das Gesetz ist somit auch in zweiter Lesung einstimmig beschlossen.

Die Postnummer 5 betrifft die erste Lesung der Vorlage eines Gesetzes, mit dem das Wasserversorgungsgesetz 1960 geändert wird.

Der Berichterstatter hiezu ist Herr amtsf StR Svhalek. Ich bitte ihn, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter amtsf StR Fritz Svhalek: Auch hier bitte ich Sie, Herr Präsident, falls es Wortmeldungen zu dem von Ihnen vorgelesenen Gesetz gibt, die Debatte zu eröffnen.

**Präsident Johann Römer:** Gemäß § 30c Abs. 10 der Geschäftsordnung schlage ich vor, die General- und die Spezialdebatte zusammenzulegen. Wird gegen die Zusammenlegung eine Einwendung erhoben? - Das ist nicht der Fall. Ich werde daher so vorgehen.

Die Debatte ist eröffnet. - Zum Wort gemeldet ist Herr Abg Klucsarits. Ich erteile es ihm.

**Abg Rudolf Klucsarits (ÖVP):** Herr Präsident! Herr Stadtrat! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Leider boten die bisherigen Bestimmungen des Wasserversorgungsgesetzes da und dort in Ausnahmefällen - ich betone noch einmal: in Ausnahmefällen, und wirklich nur bei einigen und ganz wenigen schwarzen Schafen unter den Hausverwaltern - die Möglichkeit, über Wassergebrechen, die nicht rechtzeitig repariert wurden, Druck auf die Hausbewohner auszuüben. Man kennt solche Praktiken. Natürlich sind solche Terrorpraktiken abzulehnen und ihnen muss aufs Schärfste entgegengestellt werden. Die Rechtssicherheit und damit das Gefühl, in einer Stadt wie Wien vor solchen Praktiken geschützt zu sein, muss oberste Maxime der Verwaltung sein.

Die Novellierung des Wasserversorgungsgesetzes ist in unseren Augen daher ein wichtiger Beschluss, der im Sinne der Anliegen und des Schutzes der Interessen der Bürger wirken wird und von uns als Anliegen mitgetragen und auch durchgesetzt wurde. Denn wir verdanken es unserer, im Vergleich zu einer anderen Partei, die hier im Hause vertreten ist und sich eines liberalen Zuschnitts röhmt, guten Verankerung an der Bürgerbasis, dass wir die Probleme der Bürger rechtzeitig erkennen und auch die gesetzlichen Lö-

sungen anbieten können.

In diesem Zusammenhang auch unsere Anerkennung den verantwortlichen Beamten, die auf Bürgerwünsche in diesem Fall prompt reagiert haben, was auch zur Änderung des Gesetzes geführt hat. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Um diese Handschrift des Gesetzes noch zu verstärken, bringen wir gemeinsam mit der SPÖ und den Freiheitlichen einen Abänderungsantrag ein:

Der Wiener Landtag wolle beschließen:

1. § 12 Abs. 3 erster Satz lautet: "Bei Herstellung oder Änderung von Innenanlagen mit bis zu 15 Auslässen und einer Leitungslänge von bis zu 20 Metern sowie von Innenanlagen in Kleingarten und Kleingartenwohnhäusern, in Häusern in Gartensiedlungsgebieten, in Einfamilienhäusern und in einzelnen Wohnungen, einschließlich derartiger Vorhaben anlässlich von Wohnungszusammenlegungen, darf nach erfolgter Meldung sogleich mit der Ausführung begonnen werden."

2. § 12 Abs. 3 Z 5 lautet: "5. Eine einfache schematische Darstellung (Skizze) der geplanten Herstellung oder Änderung."

3. § 12 Abs. 4 erster Satz lautet: "Bei Herstellung oder Änderung anderer als im Abs. 3 genannter Innenanlagen kann mit der Ausführung begonnen werden, wenn der Magistrat nicht innerhalb von vier Wochen nach Einlangen der Anzeige die Durchführung untersagt oder vor Ablauf dieser Frist der Ausführung ausdrücklich zustimmt."

Es ist die Volkspartei - und ihr Koalitionspartner, und da können alle politisch vernünftig Gebliebenen mitmachen -, die mit ihrer Politik Bürgernähe einbringt und die täglichen Bedrohungen, denen die Bürger zu Recht oder auch nur subjektiv ausgesetzt werden, abwehrt und so das Vertrauen in die Stadtverwaltung erneuert. Und gerade solche Schritte sind derzeit notwendig, um die von verschiedenen politischen Kräften angeheizte politische Hysterie wieder mehr durch sachpolitische Vernunft zu ersetzen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Diese Gesetzesänderung ist konkrete politische Humanität, weil sie einen Missstand in Angriff nimmt, durch den manche Bürger benachteiligt worden sind. Mit dieser Gesetzesänderung hat die Koalition auf die berechtigten Bürgeranliegen reagiert und die Koalition wird dies auch weiterhin tun. Daher gibt die Volkspartei dem vorliegenden Gesetz als eindeutigen Beleg hierfür gerne ihre Zustimmung. (*Beifall bei der ÖVP.*)

**Präsident Johann Römer:** Als nächster Redner ist Herr StR Prinz zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

**StR Walter Prinz:** Herr Präsident! Herr Stadtrat!

Der Herr Vorredner und Kollege Klucsarits hat gemeint, diese Gesetzesänderung, dieser Abänderungsantrag trägt die Handschrift der Österreichischen Volkspartei. Also ich kann nur sagen, das stimmt nicht, das stimmt überhaupt nicht. Wenn es eine Handschrift der Österreichischen Volkspartei bei die-

sem Abänderungsantrag gibt, dann ist es vielleicht die Unterschrift auf diesem Abänderungsantrag. Ich werde Ihnen das gleich alles erklären.

Ich habe da ein Bild eines bekannten Herren (*Der Redner zeigt es vor.*) - nein, er ist jetzt nicht da -, das ist der Kollege Strobl, seines Zeichens Obmann des Freien Wirtschaftsverbandes in Wien, und diese Broschüre ist aus dem Handelskammerwahlkampf. Und da sagt uns der Herr Kollege Strobl: Der Freie Wirtschaftsverband steht für weniger Bürokratie und einfachere Verfahren. Das ist die eine Seite, die eine Reichshälfte.

Aber dann gibt es noch diesen Herren da, bekannt als Präsident der Wiener Handelskammer, das ist der Herr Walter Nettig, Präsident der Wiener Handelskammer. Da haben wir ihn ganz groß. (*Der Redner zeigt das Bild vor. - Beifall bei der ÖVP.*) Und der sagt in diesem Wahlkampfblättchen Folgendes: "Genauso unbeirrbar werden wir uns in Zukunft zur Wehr setzen, wenn irgendjemand versuchen sollte, neue Schikanen für Unternehmer aufzuziehen. Daher ein klares Ja zum Kahlschlag im Bürokratiedschungel und ein klares Ja zur Entforstung wirtschaftsfeindlicher Gesetze. Jede neue rechtliche Bestimmung muss zuerst darauf abgecheckt werden, ob sich dahinter irgendwelche Zusatzhürden für Selbständige verbergen."

Also der Strobl schafft die Bürokratie überhaupt ab und der Präsident Nettig durchforstet das alles.

Und jetzt haben wir die Änderung des Wasserversorgungsgesetzes 1960, die ursprüngliche Tischvorlage, und der Kollege Klucsaits hat schon gesagt, da gibt es den § 12 Abs. 4, der nicht so gelautet hat, wie jetzt der Abänderungsantrag ist, sondern der hat geheißen, und das ist ohnehin nur ein Satz, den ich vorlese: "Bei Innenanlagen mit mehr als 15 Auslässen oder einer Leitungslänge von mehr als 20 Metern kann mit der Ausführung begonnen werden, wenn der Magistrat nicht innerhalb von vier Wochen nach Einlangen der Anzeige die Durchführung untersagt" und so weiter und so weiter. Da ist ein entsprechendes Verfahren vorgesehen.

Und jetzt frage ich Sie: Was fällt da alles hinein? - Mehr als 15 Auslässe, mehr als 20 Meter. Wenn jemand ein Häusl gebaut hat, weiß er ganz genau, dass 20 Meter Leitungslänge schon bei einem größeren Wohnungsumbau zum Tragen kommen. Oder wenn sich einer ein Kleingartenhaus baut und es ein bisschen aufwendig macht, eine Wasserleitung hin- und herzieht, sind die 20 Meter überschritten. Und dann muss er sich diesem Genehmigungsverfahren unterwerfen, das ja für solche Größenordnungen überhaupt sinnlos ist. Noch dazu, wo eine detaillierte planliche Darstellung und so weiter und so fort erforderlich ist, die zeitaufwendig ist.

Und jetzt frage ich Sie ... (*Zwischenruf des Abg Gerhard Pfeiffer.*) Lassen Sie mich ausreden. Also, Sie haben überhaupt keine Ahnung. Das fällt mir jetzt auf. (*Neuerlicher Zwischenruf des Abg Gerhard Pfeiffer.*) Nur, das ist der alte Text, Herr Kollege Pfeiffer.

Sie reden jetzt über den Abänderungsantrag. Das ist gut, darum haben wir ihn ja gemacht. Weil ursprünglich war es nicht ausgenommen. Das ist ja der ganze Witz dabei. (*Beifall bei der FPÖ.*) Aber offensichtlich haben Sie das nicht verstanden. Ich sage es Ihnen noch einmal.

Nach dem ursprünglichen Text hätte sich jeder Häuslbauer, jeder Wohnungsumbauer bei jeder Wohnungszusammenlegung, bei jedem Kleingartenhaus, bei jedem Gartensiedlungshaus - wenn Sie 20 Meter Wasserleitungsrohrlänge überschreiten oder mehr als 15 Auslässe machen, also in einem Bad haben Sie vielleicht 5 Auslässe und in einem Klo haben Sie 3 Auslässe und das läppert sich zusammen in einem Haus, in einer Wohnung ist das gleich beieinander -, diesem Genehmigungsverfahren unterziehen müssen. Da haben wir gesagt: Halt, so kann es nicht sein. Das hat aber nicht die ÖVP gesagt, das sage ich auch dazu. Das haben wir gesagt: So kann es nicht sein. (*Abg Johann Hatzl: Also haben sich der Strobl und der Nettig durchgesetzt!*) Herr Kollege Hatzl, heute sind Sie wieder freundlich, das freut mich. (*Abg Johann Hatzl: Nein, schauen Sie, der Strobl und der Nettig haben sich durchgesetzt!*)

Jetzt haben wir uns überlegt: Wer macht - abgesehen von den Eigentümern - denn solche Kleinanlagen? (*Abg Johann Hatzl: Kleingewerbetreibende!*) Das macht ja nicht die Firma Integral oder ähnliche. Ich will ja keine Namen nennen, sondern das macht der kleine Meister, der kleine Unternehmer. Der hat vielleicht einen Lehrbuben, der hat bestenfalls noch einen Angestellten, einen Facharbeiter, und der soll dann bei 20, 21 Metern Leitungslänge, Pläne zeichnen, zum Magistrat gehen, Stempelmarken zahlen, wir kennen das alles. Das hat ja keinen Sinn, bitte. Und Strobl und Nettig (*Abg Johann Hatzl: ...haben sich durchgesetzt!*) haben ja auch gesagt, das gehört weg, das ist nichts. Nur gemacht haben sie bitte nichts. Weil dieses Gesetz war ja in Begutachtung. Das hat die Handelskammer bekommen und das hat die Arbeiterkammer bekommen und viele andere auch, aber sie waren nicht im Stande oder in der Lage oder gewillt, auch tatsächlich für den kleinen Mann Taten zu setzen, Maßnahmen zu setzen, um dieses unsinnige Machwerk (*Beifall bei der FPÖ.*) wirklich zu einer liberalen Lösung zu bringen. Ich habe auch mit Installateuren gesprochen und habe ihnen das gezeigt. Die Reaktion war: Die sind ja depert, wenn man so ein Gesetz macht. Das ist ja völlig unsinnig.

Jetzt haben wir im Ausschuss darüber gesprochen. Der StR Svhalek kann das bestätigen. Ich habe das dort angesprochen und habe gesagt, das muss geändert werden, so hat das keinen Sinn. Ich habe mit der MA 31 gesprochen, mit den Beamten. Wir haben uns verständigt, nur hat man dort gesagt, das ist schwierig. Die haben auch schon Überlegungen gehabt, aber die Rechtsabteilungen waren der Meinung, das ist nicht so einfach in einen Text zu fas-

sen. Ich habe das dann im Stadtsenat angesprochen und da hat StR Svhalek gemeint, ganz einfach und schlicht: Machen Sie einen Gegenvorschlag. Schreiben Sie mir etwas, und vielleicht können wir das so machen. Ich habe diesen Abänderungsantrag geschrieben, habe ihn dem StR Svhalek geschickt. Er hat das von seinen Beamten prüfen lassen, hat ihn neu schreiben lassen. Völlig gleich, ident.

Jetzt ist er am Tisch. Wir werden alle zustimmen. Die kleinen Unternehmer werden ihre Freude haben. Wir können uns alle freuen. Nur, die Handschrift der ÖVP ist überhaupt nicht vorgekommen. Das lassen Sie mich sagen.

Und einen Wunsch habe ich jetzt am Schluss noch. Es gibt da bei diesen ganzen Wasserleitungsgeschichten noch einen Haken, nämlich die Formulare. Die MA 31 hat für derartige Gelegenheiten ein Formular - ich habe es mit - mit sechs Seiten. Da sind sechs Seiten auszufüllen, damit man endlich zu dem Wasseranschluss kommt. Der Installateur zur Genehmigung, meine ich. Beim Gaswerk ist es schlicht und einfach eine Seite.

Jetzt sage ich Ihnen, meine Damen und Herren: Ich bin der Meinung, dass zumindest die Gasrohrverlegungsarbeiten in einer Wohnung gleich viel Verantwortungsbewusstsein brauchen, wie ein Wasserleitungsbau, und wenn man dort mit einem Blattl auskommt, muss das beim Wasserwerk auch möglich sein. (*Abg Johann Hatzl: In Ordnung! Jawohl!*) Das können wir jetzt mit dem Gesetz nicht beschließen, aber ich bin guter Hoffnung, nachdem sich die Zusammenarbeit bewährt hat, dass man ein Formular zusammenbringt, das auch nur ein Blatt hat. - Ich danke Ihnen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

**Präsident Johann Römer:** Als nächster Redner ist Herr Abg Zimmermann zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

**Abg Paul Zimmerman (SPÖ):** Herr Präsident! Herr Stadtrat! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich will mich jetzt überhaupt nicht auf den Streit zwischen dem Kollegen Prinz und dem Kollegen Klucsarits einlassen, wer was wo gesagt oder geschrieben hat, je nachdem. Aber ich kenne den Kollegen Klucsarits schon sehr lange, so dass ich mir gar nicht vorstellen kann, dass es da Differenzen geben könnte.

Man muss aber auch dazusagen, dass die Überlebungen bei den Wasserwerken bereits 1997 begonnen haben, dieses Wasserversorgungsgesetz zu verändern. Es war noch unter dem Kollegen OSR Svhalek, wo man damals gesagt hat, dass es bestimmte Teile gibt, und die sind ja bereits von StR Prinz angeführt worden, die zu verändern sind, die man auch verändern soll. Man hat sich das dann im Laufe der Zeit überlegt, und gemeinsam mit den Rechtsabteilungen einen Entwurf entwickelt, von dem ich glaube, dass er sinnvoll ist.

Er beinhaltet nämlich, wenn man das genau betrachtet, einige Punkte, die ich gerne kurz erwähnen

möchte.

Zunächst einmal Kundenfreundlichkeit, die zu unterteilen ist. Weniger Behördenwegen für den Kunden weniger Behördenwegen aber auch für die Firmen, und letztendlich bedeutet das - in Klammer jetzt gesetzt - eine Entbürokratisierung. Ich glaube, das ist doch sehr wesentlich und ein richtiger Schritt in die richtige Richtung.

Und zweitens, meine Damen und Herren, die Beseitigung von Hemmnissen, die einfach nicht mehr der Zeit entsprechen und nicht mehr zeitgemäß sind. Da heißt zum Beispiel, wenn ich kurz den § 12 ansprechen darf, dass man nicht mehr die Wasserwerke bei Geräten braucht, die ohnehin vom Technischen Überwachungsverein geprüft wurden. Da erübrigtsich die MA 31 und ist auch in keiner Weise mehr notwendig.

Und letztendlich, meine Damen und Herren, als dritter Punkt: Das Wiener Wasserversorgungsgesetz soll auch sicherstellen, dass es auf den letzten Stand der Technik gebracht ist. Es ist auch ganz einfach zu erklären. Im Laufe der letzten Jahre gab es eine Reihe von technologischen Änderungen. Vor allem am Rohrsektor hat es einiges gegeben, das Kunststoffrohr, Aluminiumrohr-Kunststoffbeschichtet und der gleichen mehr, so dass einfach ein Nachholbedarf vorhanden war.

Meine Damen und Herren - und das zum Schluss -, soll es und muss es auch eine Qualitätssicherung geben. Aber entscheidend ist, und das möchte ich jetzt gleich ankündigen, dass das kommt: Die Wiener Wasserwerke beschäftigen sich bereits jetzt mit den Durchführungsbestimmungen. Wir werden das im Herbst zu beraten haben. Selbstverständlich muss jedes Gesetz, auch Durchführungsbestimmungen haben. Das ist doch ganz entscheidend für die Qualitätssicherung der Produkte, wie ich schon sagte, oder für die Kundschaft, wo gearbeitet wird. Das scheint mir äußerst sinnvoll zu sein. Im Herbst werden wir uns dann mit diesen Durchführungsbestimmungen und Verordnungen auseinander zu setzen haben.

Ich ersuche Sie daher, den doch sinnvollen Änderungen dieses Gesetzes Ihre Zustimmung zu geben. - Danke. (*Beifall bei der SPÖ.*)

**Präsident Johann Römer:** Als nächster Redner ist Herr Abg Amhof zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

**Abg Nikolaus Amhof (FPÖ):** Sehr geehrter Herr Stadtrat! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Diese Änderung des Wasserversorgungsgesetzes ist aus den Gründen der Anpassungen an das EU-Recht zu begrüßen.

Insbesondere ist der Abänderungsantrag, der dann noch eingebbracht wurde, zu begrüßen, der also sicherlich sinnlose sozialistische bürokratische Schikanen zumindest hier reduziert hat. Man muss sich einmal vorstellen, 20 Meter Leitungslänge, wie der Herr Stadtrat gesagt hat, sind relativ schnell erreicht

und hier die kleinen Häuslbauer noch mit bürokratischen Schikanen einzudecken, ist wirklich unnötig.

Ich bin vor - ich habe jetzt nachgedacht - 20 Jahren mit einer Schulklassie oben in diesen Reihen gesessen und habe mir die Diskussionen angehört. Da sind mir damals schon einige Sachen aufgefallen, die mir nicht so gefallen haben, zum Beispiel dass auf Argumente der Vorredner überhaupt nicht eingegangen wurde. Auch jetzt bei der Wortmeldung des Herrn Kollegen Zimmermann habe ich eigentlich vermisst, dass ... (StR Karin Landauer: *Er kann ja nicht eingehen! Er hat es ja nicht verstanden!*) Ja, ich weiß ja. Es ist mir aufgefallen, dass Sie bei der Kritik an der Arbeiterkammer überhaupt nicht auf das Wesentliche eingegangen sind. Sie hat ja hier ihre Be-gutachtungsmöglichkeiten nicht ausgenützt, so dass im Prinzip ein falsches Gesetz beschlossen worden wäre, wenn sich hier nicht - und das kann man auch sagen - Herr StR Prinz eingeschalten hätte, wobei die Handschrift der ÖVP, wie gesagt, schon sehr schwer erkennbar ist und ins ganz Kleine hinein abdriftet.

Wir stimmen also diesem Abänderungsantrag zu. Er ist notwendig.

Was hier noch unbedingt aufzuzeigen und aufs Schärfste abzulehnen ist, ist diese sozialistische Bevormundungspolitik nicht nur bezüglich des § 12, der hier stattgefunden hätte, sondern auch im Hinblick auf die Wasserversorgung im Allgemeinen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von der sozialistischen Fraktion! Ich sage Ihnen hier, diese Wasserversorgung, auf die Sie sich sehr viel einbilliden, ist nicht so gut wie Sie das immer darstellen. (Heiterkeit bei der SPÖ.) Ich sage Ihnen so wie der Herr Kollege Saßmann, sie ist nicht schlecht, weil Wien auch eine sehr gute Ausgangslage hat, aber es gäbe viel zu verbessern und es muss auch viel verbessert werden. Überlegen Sie sich einmal, freiheitliche Vorschläge aufzugreifen, denn mit polemischen Zwischenrufen werden wir die Probleme wahrscheinlich nicht in den Griff kriegen.

Zum Beispiel wäre da die Trennung von Nutz- und Trinkwasser, die von uns mehrmals vorgeschlagen wurde. Oder eine weitere Anregung wäre vielleicht, sich einmal zu überlegen, die Verantwortlichen für den Skandal der III. Wiener Wasserleitung zu suchen und für die Kosten, die bei der Räumung der Mitterndorfer Senke entstanden sind. Ich habe da 2 Milliarden S im Ohr, einige 100 Millionen, sage ich Ihnen jetzt einmal. (Abg Godwin Schuster: *Sagen Sie dazu, wer die Verursacher waren! Noch nie etwas gehört davon?*)

Herr Kollege Schuster, dann gehen Sie einmal und suchen Sie die Verantwortlichen und ich sage Ihnen, wo Sie sie finden werden, nämlich in Ihren eigenen Reihen. (Abg Ilse Forster: *Also bitte!* - Abg Heinz Hufnagl: *Der frühere Besitzer der Mitterndorfer Senke war ein Funktionär der SPÖ? Wollen Sie das sagen? Das ist ja teilweise illegal gelagert worden! Illegal!* - Aufregung bei der SPÖ.) Ich habe gesagt, dass die

politische Verantwortung für diese Hunderte Millionen Steuergeld übernommen werden sollte und die Verantwortlichen werden Sie in Ihren Reihen finden. (Abg Godwin Schuster: *Das ist ja illegal gelagert worden!* - Abg Heinz Hufnagl: *Illegal! Davon haben Sie anscheinend noch nie etwas gehört!* - Weitere Aufregung bei der SPÖ.) Aber ich kann Ihnen noch weitere Vorschläge hier machen, will das aber nicht zu lange fassen.

Oder greifen Sie einmal unsere Vorschläge auf, den Wienern eine durchgehende Versorgung mit Hochquellwasser zur Verfügung zu stellen. Die I. Wiener Hochquellenwasserleitung mit 220 000 Kubikmeter und die II. Wiener Hochquellenwasserleitung mit 230 000 Kubikmeter reichen ja nicht aus, wie Sie wissen. Es muss nach wie vor zum Beispiel vom Grundwasserwerk Lobau Wasser ... (Abg Paul Zimmermann: *Das ist ja unwahrscheinlich! Das gibt es ja nicht!*) Ja, ja, Herr Kollege, es gibt eine durchgehende Versorgung der Wiener mit Hochquellwasser nicht und das verlangen wir. (Abg Paul Zimmermann: *Das gibt es ja nicht! Das ist ja eine Sauerei!* - Große Aufregung bei der SPÖ und FPÖ.)

Wir Freiheitliche unterstützen deshalb diese Änderung des Wasserversorgungsgesetzes. Wir wissen, dass Sie immer sehr emotional werden, wenn Sie hier die Wahrheit hören, Herr Kollege Zimmermann.

Wir Freiheitliche unterstützen auch das derzeitige Konzept (Weitere große Aufregung bei der FPÖ.), dass man hergeht und sagt, wir wollen für den Fall des Ausbaus einer kompletten Wasserleitung gerüstet sein und unterstützen deshalb auch diesen Gesetzesantrag.

Wir fordern aber Sie von der sozialistischen Fraktion auch auf: Machen Sie einmal Ihre Hausaufgaben auch auf dem Gebiet der Wasserversorgung! (Aufregung bei der SPÖ.) Kümmern Sie sich vielleicht (Beifall bei der FPÖ.) etwas weniger um Ihre ausländischen Freunde, fahren Sie etwas weniger im Ausland herum (Heiterkeit bei der SPÖ.), um dort Ihre Heimatstadt zu vernadern und zu verunglimpfen, dann könnten Sie den Wienern auch das zur Verfügung stellen, was sie sich verdient haben, nämlich eine 100-prozentige Versorgung mit Hochquellwasser. - Danke. (Beifall bei der FPÖ.)

Präsident Johann Römer: Herr Kollege Zimmermann, ich ermahne Sie für den Ausdruck "Sauerei". (Aufregung bei Abg Paul Zimmermann.)

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich erkläre die Verhandlung für geschlossen.

Der Herr Berichterstatter verzichtet auf das Schlusswort.

Wir kommen daher zur Abstimmung über die Gesetzesvorlage.

Erst stimmen wir über den Abänderungsantrag, eingebracht von den Abgen Heinz Hufnagl/SPÖ, Rudolf Klucscarits/ÖVP und Brigitte Reinberger/FPÖ, ab.

Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die diesem Antrag ihre Zustimmung geben wollen, um ein Zei-

chen mit der Hand. - Danke, er ist somit einstimmig angenommen.

Ich bitte nun jene Mitglieder des Landtags, die der Vorlage einschließlich Titel und Eingang und unter Berücksichtigung des bereits beschlossenen Antrags zustimmen wollen, die Hand zu heben. - Danke. Damit ist das Gesetz in erster Lesung einstimmig angenommen.

Wenn kein Widerspruch erfolgt, werde ich sofort die zweite Lesung vornehmen lassen. - Ein Widerspruch erfolgt nicht.

Ich bitte daher jene Mitglieder des Landtags, die dem Gesetz in zweiter Lesung zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Danke. Das Gesetz ist somit auch in zweiter Lesung einstimmig beschlossen.

Es gelangt nunmehr die Postnummer 6 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft das Ersuchen des Landesgerichts für Strafsachen Wien um Zustimmung zur Verfolgung des Herrn Abg Michael Kreißl wegen des Verstoßes gemäß § 111 Abs. 1 und Abs. 2 StGB.

Ich bitte den Berichterstatter, Herrn Abg Schuster, die Verhandlung einzuleiten.

**Berichterstatter Abg Godwin Schuster:** Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der Herr Präsident hat den Inhalt des Antrags des Landesgerichts für Strafsachen Wien bereits einreferiert.

Das Immunitätskollegium hat sich mit dieser Sachlage auseinander gesetzt und den Beschluss gefasst, dem Landtag zu empfehlen, dem Auslieferungsbegehren nicht Folge zu leisten.

**Präsident Johann Römer:** Ich eröffne die Debatte. Zum Wort gemeldet ist Herr Abg Dr Stix. Ich erteile es ihm.

**Abg Dr Rüdiger Stix:** Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Ich habe mich deshalb zu Wort gemeldet, weil wir heute mit Medienvertretern schon sehr heftige Debatten hatten und einige nicht verstanden haben, warum ich dem klassischen liberalen Grundsatz folge und für Nichtauslieferung stimme, obwohl ich mich dem Kollegen Kreißl gegenüber gleichzeitig für befangen erkläre.

Gestatten Sie fünf Punkte Sachverhalt, fünf Punkte Motivenbericht dazu.

Mir ist schon klar, drei viertel des Hauses gehen in ein gemütliches Sommerwochenende, ein viertel des Hauses wird in 48 Stunden einen neuen Spitzenkandidaten haben, der einigen den Kopf kosten wird. Aber das ist eine andere Angelegenheit. (*Abg Johann Hatzl: Also tun Sie uns das nicht an! Tun Sie uns das nicht an! - Heiterkeit bei der SPÖ.*) Ich mische mich da nicht ein, Herr Klubobmann.

Die Befangenheit ... (*Abg Dr Wilfried Series: Natürlich, das hättest du gerne!*) Bitte doch nicht so kleinlich, Wilfried!

Meine Befangenheit gegenüber dem Kollegen

Kreißl ist einerseits eine positive, andererseits eine negative. Ich stehe nicht an, die positive Befangenheit vorweg zu stellen.

Selbstverständlich kenne ich den Kollegen Kreißl lange genug, um beispielsweise zu sagen, dass alles, was ich über ihn, über seine Dienstleistung als Sicherheitswachebeamter weiß, in Ordnung ist. Ich werde ihn dahingehend auch verteidigen, zumindest über den Bereich, wo ich informiert bin.

Das Zweite. Ich habe in der FPÖ mit ihm gut zusammengearbeitet. Wir selber sind während der Gewerkschaftsverhandlungen vom Bund - übrigens damals Kollege Westenthaler als Generalsekretär, das war noch vor Sichrovsky und Zierler - massiv döpiert worden. Ich fühle also auch mit Kollegen Kreißl als damaligen Kämpfer für eine unabhängige Freiheitliche.

Ich bin aber negativ befangen, weil mir der Kollege Kreißl Lüge vorwirft. Vielleicht hat er die eine oder andere Aussendung gelesen. Ich möchte also ganz kurz den Sachverhalt darlegen, der mich eben dazu veranlasst hat, mich für befangen zu erklären.

Es geht um die leidige Geschichte der kleinen sozialen Netze, deren Förderungswürdigkeit ich bejahe. Ich habe auch mitgestimmt. Die anderen unabhängigen Mandatare übrigens auch. Auch das letzte Mal. Ich bin theoretisch noch Mitglied, werde aber natürlich nicht mehr eingeladen, aber okay. Ich kenne es aus eigener Anschauung und hoffe, dass das weiterhin gefördert wird. Gut.

**Präsident Johann Römer (unterbrechend):** Herr Abg Stix darf ich nur bitten, zur Sache zu sprechen.

**Abg Dr Rüdiger Stix (fortsetzend):** Das tue ich. Also bitte, Herr Präsident, keine Einseitigkeiten. Ich erkläre, warum ich befangen bin. Wenn der Kollege Kreißl mich der Lüge zeigt, dann bitte ich doch, den Sachverhalt darlegen zu dürfen, warum ich glaube, nicht gelogen zu haben. Können wir uns darauf einigen? - Gut!

Der Kollege Kreißl zeigt mich jetzt in der Aussenung immerhin des freiheitlichen Presseklaus, die dem Präsidenten wahrscheinlich ganz unbekannt ist, der Behauptung, ich hätte in einem politischen Magazin behauptet, dass finanzielle Angelegenheiten der Wiener Landesparteien im Wiener Klubvorstand besprochen worden seien. Das habe ich nicht behauptet. Beweis, gerichtlich würde ich jetzt sagen Beweisantrag: Das kann jeder lesen. Das Magazin hat eine Auflage von ich weiß nicht wie vielen 100 000 und da kann man nachschauen.

Möglicherweise ist diese Unwahrheit aus Nervosität geschehen, denn der Kollege Kreißl stellt mich in Zusammenhang mit diesem Magazin und da steht wortwörtlich, aber nicht Zitat Kreißl: "Nicht einmal das Mindestmaß journalistischer Sorgfaltspflicht wurde, wie üblich, vom Fellner-Blättchen beachtet, was für sich spricht. NEWS ist hier ..." Da muss ich jetzt wieder sagen, wenn man eben untersucht, ob Kollege Kreißl Recht hat oder ob ich Recht habe: Na ja, die

Freiheitliche Bundespartei wird im Magazin "NEWS" sehr positiv dargestellt, übrigens schon seit der Wahl. Wenn Sie die Berichterstattung der FPÖ-Expertin im "NEWS", der Isabell Daniel, lesen, werden Sie sehen, dass das eine durchgehend positive Darstellung ist.

Und bitte, die Aktion mit "NEWS" - wenn man die Taten misst und nicht nur eine Darstellung -, diese Computer-, diese Internet-Geschichten, der jetzt alle anderen Magazine gefolgt sind, das ist die Firma vom Kollegen Rumpold. Ein lieber, alter, jahrelanger Weggefährte von mir und vom Kollegen Kreißl. Also, so ganz schlecht kann es nicht sein.

Was ist jetzt das Problem, das der Kollege Kreißl hat? - Es widerspricht sich die nicht amtsführende StR Karin Landauer gegenüber einem Funktionär, den ich natürlich auch viele Jahre kenne, dem Landesgeschäftsführer KR Heiner Heller. Die Karin Landauer sagt: Na ja, also diese "NEWS"-Vorwürfe, die an sich alte Vorwürfe sind, dass nämlich in die kleinen sozialen Netze FP-Geld geflossen ist, das war selbstverständlich ein normaler Mechanismus. Der KR Heiner Heller sagt, selbstverständlich ... (StR Johann Herzog: Zur Sache! Zur Sache!) Bitte nicht nervös werden, nicht nervös werden, nicht nervös werden! Der Sachverhalt bitte ... (StR Johann Herzog: Ich werde nicht nervös! Zur Sache!)

Der Sachverhalt, warum ich gegenüber dem Kollegen Kreißl befangen bin, bitte ich wohl wirklich in einem parlamentarischen Rahmen darlegen zu dürfen! Das darf ... (StR Johann Herzog: Erzähle doch nicht noch Geschichten dazu! Das ist ja ein Missbrauch!) Also bitte wenn Missbrauch ... Ich bitte dich, wenn du schon als Stadtrat Schwierigkeiten hast, als Beamter hast du bitte einen Eid geschworen. Halte dich wenigstens an den. (Aufregung bei der FPÖ.) Ich lege den Sachverhalt vor, warum ich befangen bin. Bitte das ist doch das Minimum, was man einem freien Mandatar, selbst wenn er nicht die Geldmillionen der FP hinter sich hat, zugesteht. Das heißt ja ... (Abg Dr Herbert Madejski: 2,9 Millionen schieben sie dir in dein Büro!) Ja, selbstverständlich, da spricht ja nichts dagegen. (Abg Dr Herbert Madejski: In dein Büro!) Danke, wo? - Ich nehme es gerne. (Abg Dr Herbert Madejski: Die schieben sie dir in dein Büro!) Wo? (Abg Dr Herbert Madejski: Ja, in dein Büro!) Er lügt schon wieder. Ja, entschuldige ... (Weitere große Aufregung bei der FPÖ.)

Präsident Johann Römer (unterbrechend): Ich bitte, Herrn Abg Stix weitersprechen zu lassen.

Abg Dr Rüdiger Stix (fortsetzend): Aber zur Sache. Wenn der Kollege Madejski lügt, ist das nicht Gegenstand dieses Geschäftsstück.

Präsident Johann Römer (unterbrechend): Herr Abg Stix, ich ermahne Sie auch. Sie wissen, dass in diesem Haus das Wort "Lüge" einen Makel hat. Das verwenden wir nicht.

Abg Dr Rüdiger Stix (fortsetzend): Ich akzeptiere die Mahnung. Jawohl, Herr Präsident, bitte auch um Entschuldigung.

Also, wenn Herr Dr Madejski die Unwahrheit sagt, dann werde ich darauf jetzt nicht näher eingehen, weil es eben nicht Gegenstand dieses Geschäftsstück ist. Meine Befangenheit besteht gegenüber dem Kollegen Kreißl. (Abg Dr Wilfried Serles: Zum Geschäftsstück! Zur Sache!) Ich kann nichts dafür, dass sich Kollege KR Heller als Landesgeschäftsführer und die Karin widersprechen.

Es geht weiter. Nämlich warum? - Jetzt mag sein, der Kollege Heller hat eben in der Wirtschaftspolizei etwas gesagt, die Staatsanwaltschaft war auch beteiligt. Jetzt mag sein, dass eine gewisse Nervosität da ist und es mag sein, dass dieser diametrale Widerspruch Landesgeschäftsführer Heller und nicht amtsführende StR Karin Landauer über Parteidelder - wohlgemerkt nicht über den Inhalt der kleinen sozialen Netze, der ist völlig in Ordnung und unbestritten - ausgerechnet in einem politischen Magazin aufgegriffen wird. Ausgerechnet jetzt und beispielsweise nicht vor dem Bundesparteitag. Wenn die Wirtschaftspolizei zum Beispiel der Staatsanwaltschaft eine auflegen will oder wenn das Magazin "NEWS" der FPÖ am Zeug flicken will oder der Peter Pilz etwas tun will, dann müsste es ja Justizminister Dr Böhmdorfer an sich vor dem Bundesparteitag erwischen. Und jetzt wird es interessant!

Ich bitte um Verständnis, denn wenn Sie meine Befangenheit gegenüber dem Kollegen Kreißl beurteilen wollen, dann ersuche ich Sie, sich wenigstens auch die Motive in fünf Punkten anzuhören:

Der Kollege Kabas hat alle 23 Bezirksoblate der FPÖ veranlasst zu unterschreiben, er möge - wie heißt das? - Spartenkandidat werden. In der FPÖ wissen sie, und ich habe bitte den Motivenbericht da ... (Abg Dr Wilfried Serles: Es gibt ja wirklich eine Geschäftsordnung!) Nicht nervös werden, nicht nervös werden! (Aufregung bei StR Johann Herzog und Abg Dr Herbert Madejski.) Was ist denn? - Es kann eine Organisation aufgelöst werden. Also, wenn zum Beispiel der Kollege Madejski nicht unterschreibt, dann kann sein Bezirk aufgelöst werden. Kommissarisch eingesetzt wird dann der Kollege Kreißl oder ein Parteidientler, Tscharnutter, Willinsky oder wer auch immer, und der wird dann schon unterschrieben. Denn es haben nicht - wenn Sie also das Motiv beurteilen - die Wiener Mandatare unterschrieben, denn dann hätte ja der verehrte langjährige Kollege von uns, Peter Westenthaler, mitunterschreiben müssen. Der hat hingegen gesagt: Na ja, die FPÖ ist für Überraschungen immer gut. Ich gebe zu, ich war über diese Insider-Information aus dem Herzen der FPÖ überrascht - und das gebe ich auch dem Kollegen Kreißl zu bedenken -, nämlich Landesgeschäftsführer Heller gegen Karin Landauer. Diese Informationen können nicht viele haben. (Aufregung bei der FPÖ.) Ich war über den Zeitpunkt überrascht, nämlich exakt nach dem Bundesparteitag ...

Präsident Johann Römer (unterbrechend): Sagen Sie, Herr Abg Stix, ich kann im vorliegenden Fall jetzt

wirklich nicht den Zusammenhang zwischen § 111 StGB und Ihrer Schilderung verstehen. Ich bitte, zur Schlussfolgerung zu kommen. Das wollen Sie ja offensichtlich.

**Abg Dr Rüdiger Stix (fortsetzend):** ... und vor dem Landesparteitag.

Ich glaube, es ist klar, dass ich gerade bei dem Vorwurf, den der Herr Präsident genannt hat, der ja im Prinzip genau dasselbe ist zwischen Kollegen Kreißl und mir und der zur Auslieferung geführt hat, befangen bin. Ich bin absolut neutral zwischen Kabas, Westenthaler und Co.

Ich werde trotz der Befangenheit aus demokratiepolitischen Gründen gegen die Auslieferung stimmen, weil ich glaube, es ist zu Gunsten des Kollegen Kreißl.

Ansonsten darf ich allen Freiheitlichen, die es gut meinen, in Erinnerung rufen: Was gut war in der FPÖ, ist bei mir in guten Händen!

**Präsident Johann Römer:** Als nächste Rednerin ist Frau Abg Mag Wehsely zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

**Abg Mag Sonja Wehsely (SPÖ):** Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich bin nicht befangen, soviel sei vorausgeschickt.

Es geht bei dem vorliegenden Poststück und bei dem Antrag des Landesgerichts, den wir ja auch im Immunitätskollegium zu behandeln hatten, darum, dass Herr Abg Kreißl unter anderem der Israelitischen Kultusgemeinde vorgeworfen hat, dass mit der FPÖ-sympathisierende jüdische Mitbürgerinnen und Bürger mit Tempelverbot belegt worden seien. Das wurde auch über die APA ausgeschickt und das ist falsch, weil es ein Grundsatz der jüdischen Religion ist, dass kein Jude und keine Jüdin daran gehindert werden darf, den Tempel zu betreten, in den Tempel zu gehen und dort zu beten. Das ist auch von der Israelitischen Kultusgemeinde ganz klargelegt worden. Vielmehr gibt es einen Beschluss der Israelitischen Kultusgemeinde, aus dem auch ganz klar hervorgeht, dass Freiheitliche, die den Gottesdienst besuchen wollen oder Serviceleistungen der Israelitischen Kultusgemeinde in Anspruch nehmen wollen, daran selbstverständlich nicht zu hindern sind.

Wir haben im Immunitätskollegium seit längerem eine Praxis, wo sich alle Parteien, die dort vertreten sind, darauf geeinigt haben, an sich nicht auszuliefern. Das ist auch, wie Kollege Schuster schon gesagt hat, in diesem Fall der Fall. Wir haben aber auch in der gestrigen Sitzung des Immunitätskollegiums länger darüber gesprochen, dass wir sehr wohl ersuchen würden - und der Kollege Serles hat auch gesagt, er wird das natürlich dem Kollegen Kreißl weitersagen -, dass man Dinge, die offensichtlich nicht so sind, wie sie dargestellt wurden, zurücknimmt und sich auch dafür gebührlich entschuldigt.

Es wurde auch in der gestrigen Sitzung, und das ist kein Geheimnis des Immunitätskollegiums, von niemandem behauptet, dass die Aussage, die Kollege

Kreißl über die APA kundgetan hat, irgendeinen Wahrheitsgehalt hat.

Bis heute - von der letzten Viertelstunde weiß ich nicht, was über die APA gegangen ist -, bis vor einer Viertelstunde war nichts von irgendeiner Entschuldigung, Zurücknahme oder Sonstiges der Aussage des Herrn Abg Kreißl zu lesen. Das stimmt mich schon ausgesprochen bedenklich. Ich denke, dass man hier bei der außerberuflichen Immunität zum Schutz der Abgeordneten, wo wir eben hier im Haus eine Praxis haben, diese sehr weit auszulegen, also grundsätzlich eben nicht auszuliefern, sehr darauf aufpassen muss, dass das nicht ein Freibrief wird, um Bürgerinnen und Bürger oder auch insbesondere Religionsgemeinschaften, wie hier die jüdische Religionsgemeinschaft, zu beleidigen. Insbesondere wenn man sich die Fälle der letzten Jahren ansieht, wo wir Anträge des Landesgerichts für Strafsachen zu behandeln hatten, dann kann man, glaube ich, an zwei Fingern abzählen, wie oft das Kolleginnen und Kollegen aus diesem Kreis betroffen hat, die nicht der Freiheitlichen Partei angehört haben.

Deshalb gilt es bei diesem Antrag des Immunitätskollegiums auch in diesem Fall, entsprechend der noch gültigen Praxis nicht auszuliefern.

Ich mache aber aus meinem Herzen keine Mördergrube und bin der Meinung, wenn diese Praxis dazu führt, dass manche beziehungsweise eine Fraktion hier in diesem Haus das als Freibrief für Beleidigungen von Bürgerinnen und Bürgern oder von Vereinen, Gesellschaften und Sonstigem sieht, dann glaube ich, dass es an der Zeit ist, diese Auslieferungspraxis zu überdenken. (Beifall bei der SPÖ, bei den GRÜNEN und beim Liberalen Forum.)

**Präsident Johann Römer:** Als nächster Redner ist Herr Abg Dr Serles zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

**Abg Dr Wilfried Serles (FPÖ):** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir haben zwei Wortmeldungen gehört. Zur ersten kann ich nicht Stellung nehmen, weil ich sie nicht verstanden habe. Zur zweiten Wortmeldung darf ich Stellung nehmen. Ich habe den Inhalt verstanden.

Ich vertrete eine andere Position. Ich halte es für richtig, dass der Landtag die Praxis fortsetzt, die sich bereits bewährt hat, nämlich die Praxis, dass man in Fragen der beruflichen und außerberuflichen Immunität Meinungsfreiheit garantiert, dass man das Recht des gesprochenen Wortes der Mandatare dieses Hauses anerkennt und das Recht des Landtags, in keiner anderen Zusammensetzung zusammenzutreten.

Ich weise darauf hin, dass die Immunität bloß ein Verfolgungshindernis darstellt, und dass nach Ablauf der Funktionsperiode des Herrn Abg Kreißl in diesem Haus eine strafgerichtliche Verfolgung möglich ist. Ich weise darauf hin, dass es sich nicht um eine Auseinandersetzung oder um eine Klage der Kultusgemeinde gegen Herrn Abg Kreißl handelt, sondern um eine Klage des Herrn Muzicant gegen

Abg Kreißl. Ich weise darauf hin, dass Herr Muzicant auch einen Zivilprozess gegen Herrn Abg Kreißl führt. Im Zivilverfahren gibt es den Schutz der Immunität nicht. Es wird Möglichkeit genug geben, im Zivilprozess den Wahrheitsbeweis anzutreten, und wir werden möglicherweise nach Ablauf des Zivilprozesses diese Sache durchaus in einem anderen Licht beurteilen können, als es Kollegin Wessely heute referiert hat. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Johann Römer: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Der Herr Berichterstatter hat das Schlusswort.

Berichterstatter Abg Godwin Schuster: Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Nur um der Wahrheit die Ehre zu geben: Nicht Dr Ariel Muzicant ist Privatkläger, sondern der Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde in Funktion ist Kläger, und das ist ein gehöriger Unterschied.

Zum Zweiten: Wir haben uns darüber natürlich im Immunitätskollegium sehr ausführlich unterhalten und ich selbst habe angeregt, Kollege Kreißl möge doch etwas tun, wovon er weiß, dass es richtig wäre, und zwar für den moralischen Anspruch, den wir gegen uns selbst erheben.

Richtig wäre nämlich, dass er hier herausgeht, eine Presseaussendung oder sonst eine Äußerung in der Öffentlichkeit macht, in der er sagt: "Ich habe zu Unrecht eine Glaubensgemeinschaft in ein Licht gebracht, in das sie nicht hingehört", und zwar deshalb - glaube ich - zu Recht macht, weil in einer Presseaussendung vom 20. Februar - und dazwischen liegen viele, viele Tage - steht: "Das an FPÖ-Sympathisanten unter jüdischen Mitbürgern durch die IKG übermittelte Haus- und Tempelverbot, welches gestern aufgezeigt wurde, kann durch Muzicant nur schwer als niederträchtige Unterstellung abgetan werden, erklärte der Wiener FPÖ-Landesparteisekretär Michael Kreißl." - Und dann sagt er selbst, und das fehlt, und wenn es fehlt, nehme ich an, er hat es

nicht: "Auch haben sich zumindest zwei Betroffene bereiterklärt, diese unglaubliche Vorgangsweise des IKG-Präsidenten öffentlich zu bestätigen und stehen den Journalisten gerne für Rücksprachen zur Verfügung."

Ich habe in der Zwischenzeit keine dieser Rücksprachen veröffentlicht gesehen und dazu sagt in dem Schreiben der Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde: "Ein Haus- und Tempelverbot gegen FPÖ-Sympathisanten oder Anhänger wurde von vertretungsbefugten Organen" - und als solcher tritt er ja auch auf - "der Israelitischen Kultusgemeinde weder verhängt noch irgendwem übermittelt." - Das ist der Sachverhalt der ganzen Sache.

Ich finde es bedauerlich, dass es diese Äußerung von Ihnen, Kollege Kreißl, nicht gibt.

Ich finde es bedauerlich, dass Sie nicht den Mut haben zu sagen: "Ich bin einer Fehlmeldung aufgesessen und habe sie benutzt, um in der Öffentlichkeit etwas darzustellen, was nicht der Tatsache entspricht."

Wir werden als SPÖ-Fraktion trotzdem diese unseire Entscheidung aufrecht erhalten.

Als Berichterstatter kann ich sagen: Das Immunitätskollegium hat einen einstimmigen Beschluss gefasst, dem Landtag eben zu empfehlen, dieser Auslieferung in dieser Form nicht zuzustimmen. - Darüber hinaus ist der Präsident Johann Römer: Danke. - Wir kommen nun zur Abstimmung.

Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die dem Antrag des Immunitätskollegiums zustimmen wollen, die Hand zu heben. - Danke, das ist mit Stimmenmehrheit angenommen.

Damit ist die Tagesordnung der heutigen Sitzung erledigt.

Tag, Stunde und Tagesordnung der nächsten Sitzung werden auf schriftlichem Weg bekannt gegeben.

Die Sitzung ist geschlossen.

*(Ende der Sitzung um 16.27 Uhr.)*

